

Fallstudie Leipzig 1987–1989. Die politisch-alternativen Gruppen in Leipzig vor der Revolution

Autobiographische Vorbemerkung

1. Ist eine Regionalstudie zur Opposition in Leipzig heute schon möglich?
 - 1.1. Zielstellung dieser Studie
 - 1.2. Studien zu den Gruppen in Leipzig
 - 1.3. Veröffentlichte und unveröffentlichte Dokumente
 - 1.3.1. Aufzeichnungen von Privatpersonen und Interviews
 - 1.3.2. Aufzeichnungen und Informationen kirchlicher Amtspersonen und Gremien
 - 1.3.3. Aufzeichnungen von Gruppenmitgliedern und inoffizielle Vervielfältigungen der Basisgruppen und der politischen Opposition
 - 1.3.4. Materialien des Repressionsapparates
2. Der Herrschaftsapparat im Gegensatz zur sich etablierenden selbstorganisierenden Gesellschaft Ende der achtziger Jahre (anhand Leipziger Beispiele)
 - 2.1. Die Binnenstruktur des Herrschaftsapparates
 - 2.2. Der alltägliche Umgang mit den Gegnern des SED-Regimes (Staat und SED)
 - 2.3. Das MfS
 - 2.4. Die Vorbereitungen auf Spannungssituationen
3. Gruppen in Leipzig
 - 3.1. Die spezifische Situation in Leipzig
 - 3.2. Die Leipziger Opposition bis Mitte der achtziger Jahre
 - 3.3. Soziologische Beobachtungen zur Leipziger Opposition
 - 3.4. Der Bezirkssynodalausschuß „Frieden und Gerechtigkeit“ (1986 bis Anfang 1988)
 - 3.5. Die Gruppen in Leipzig im Frühsommer 1987
4. Die Entwicklung der politisch-alternativen Szene in Leipzig 1987/88
 - 4.1. Die Situation der Basisgruppen in der DDR 1987
 - 4.2. Die Veränderungen in der Leipziger Opposition 1987/88
 - 4.3. Das Verhältnis zwischen „Hierbleibern“ und „Ausreisern“
 - 4.4. Die Entwicklung zur außerkirchlichen Opposition
5. Die Opposition in Leipzig bis zum Sommer 1989
 - 5.1. Die strategischen Differenzen innerhalb der Leipziger Opposition

- 5.2. Die Single-issue-Gruppen
 - 5.3. Die Strategie der Partizipation (Reformgruppen)
 - 5.4. Die Strategie der Freiheit
 - 5.5. Die Entwicklung der Montagsdemonstrationen
 6. Literaturverzeichnis
 - 6.1. Unlizenzierte Publikationen der Basisgruppen (in Klammern vermutliche Auflagenhöhe), sämtlich im „Archiv Bürgerbewegung“ Leipzig
 - 6.2. Dokumentationen, veröffentlichte Dokumente
 - 6.3. Literatur zur Opposition in Leipzig bzw. zu Leipziger Ereignissen in den achtziger Jahren und in der Wende
 - 6.4. Weitere verwendete Literatur
- Zusammenfassung

Autobiographische Vorbemerkung

Da diese Arbeit zu keinem unbedeutenden Teil auf eigenen Erinnerungen beruht, ist es sinnvoll, einige biographische Notizen voranzustellen. Ich bin Jahrgang 1965, in Jena in einer protestantischen Familie aufgewachsen. 1980/81 (u. a. aufgrund des „Berliner Appells“) habe ich Kontakt zu alternativen Gruppen gesucht. Schlüsselerlebnisse waren für mich die Verweigerung eines Platzes an einer zum Abitur führenden Erweiterten Oberschule, obwohl es sogar der Direktor wünschte, und Vorgänge um den Tod von M. Domaschk. Das Abitur legte ich 1982 auf dem kirchlichen Proseminar in Naumburg ab. Nachdem mein Vater in einer Art Berufsverbot invalidisiert wurde, stellten meine Eltern zusammen mit uns vier Kindern einen Ausreiseantrag. Zwei Jahre später zog ich den Ausreiseantrag für mich zurück, da mir sonst u. a. ein Studium verwehrt gewesen wäre. 1986 begann ich mit dem Theologiestudium an der Naumburger Kirchlichen Hochschule. Gleichzeitig engagierte ich mich in der Naumburger Evangelischen Studentengemeinde (Studentenpfarrer Edelbert Richter) und im Naumburger Friedenskreis, der sich zu der Zeit u. a. um Fragen der Überwindung der militärisch-ideologischen Blöcke bemühte. Über Fragen der Zukunft des geteilten Deutschlands und der Entwicklung einer zivilen Gesellschaft entstanden Arbeitskontakte und Freundschaften mit Berliner Bürgerrechtlern und Künstlern. Zusammen mit Michael Kleim u. a. bildete ich einen Stalinismus-Arbeitskreis, der sich den Fragen der Herausbildung des Ostblocks und der SED-Herrschaft widmete. 1986 und 1988 durfte ich in die CSSR, Ungarn, Rumänien und Bulgarien fahren. Dort traf ich mich u. a. mit G. Konrád, M. Haraszy, P. Uhl, J. Dienstbier und verschiedenen Intellektuellen in Rumänien und Bulgarien und lernte dabei viel von den unterschiedlichen Methoden und Zielvorstellungen dieser Dissidenten. Die Zwangsvorstellung, daß wir in der DDR – an der Nahtstelle der Blöcke – wie das Kaninchen vor der Schlange der Sowjetunion ausgeliefert seien, wurde

u. a. auf dem „Umwege“ über Bulgarien und Ungarn mit dem Verweis auf die ausstehende deutsche Einheit zu einem Hoffnungskalkül.

Im Herbst 1988 wechselte ich nach Leipzig an das Theologische Seminar und arbeitete mit verschiedenen Leipziger Oppositionellen zusammen, zuerst in einer Gruppe, die ursprünglich aus dem AK Gerechtigkeit hervorging und mit Mitgliedern der Initiativgruppe „Leben“ und „Aktion Sühnezeichen“ Veranstaltungen zum DDR-weiten Aktionstag der Opposition gegen die rumänische Diktatur am 29.10.1988 vorbereitete. Über zwei Dozenten des Theologischen Seminars erhielt ich dafür einen Zugang zu Literatur, die in der DDR nicht öffentlich zugänglich war, und konnte so meine Osteuropastudien auch im „Giftturm“ der Deutschen Bücherei fortsetzen. Im November 1988 bildete ich einen kleinen Gesprächskreis zu Formen des gewaltfreien Widerstandes, in dem wir nach Mitteln der Herstellung einer Öffentlichkeit unter den Bedingungen einer geschlossenen Gesellschaft suchten. Im Sommer 1989 war ich in Polen, in der Ukraine, Rumänien und in Budapest und habe dort verschiedene Eindrücke vom osteuropäischen demokratischen Aufbruch gesammelt. Im Herbst 1989 wechselte ich wieder zurück nach Naumburg. Parteiengründung, Auflösung der Stasi, Korruptionsuntersuchungen, Sitzungen der verschiedenen Runden Tische usw. fanden für mich in Naumburg statt, obwohl ich auch 1989/90 wöchentlich mindestens einmal nach Leipzig fuhr. Die zeitliche Begrenzung dieser Studie ist nicht nur sachlich bedingt, sondern beruht auch auf meinen Erfahrungen.

Diese Studie wäre nicht ohne die ständige Unterstützung von Constanze Wolf und Uwe Schwabe zustande gekommen.

Auskünfte und Hinweise gaben mir außerdem: Michael Arnold, Tobias Hollitzer, Jens Koch, Jochen Läßig, Superintendent Magirius, Brigitte Moritz, Rainer Müller, Superintendent Richter, Thomas Rudolph, Pfarrer Turek, Prof. H. Wagner, Wilhelm Volks und Stefan Walter.

1. *Ist eine Regionalstudie zur Opposition in Leipzig heute schon möglich?*

1.1. *Zielstellung dieser Studie*

Das Thema Opposition in Leipzig 1987–1989 führt zu der Frage nach den Gründen für das Ende des SED-Regimes. Es liegt also nahe, diese Studie – in Analogie zu einem Begriff aus der Musikwissenschaft – in einer Engführung der beiden Themen Opposition und Zusammenbruch anzulegen. In einer Fuge steht die Engführung am Ende. Ich bin mit meinen Überlegungen und Forschungen zu beiden Themen noch nicht am Ende, deshalb möchte ich hier kein Ergebnis vorlegen, sondern einige Mosaiksteine vorlegen, die vielleicht schon ein schemenhaftes Bild ergeben. Dabei folge ich folgenden Fragestellungen:

Wie sieht die Materiallage aus? Wie sah das Repressionssystem aus? Was waren die regionalen Besonderheiten?

Daran anschließend versuche ich eine Darstellung und knappe Analyse der Entwicklung der Leipziger Opposition zwischen 1987 und dem „Beginn der Revolution“. Ich unterscheide dabei zwischen der Zeit der kirchlichen politisch-alternativen Szene (1987/88) und die Phase der Etablierung einer selbständigen politischen Opposition (1989).

1.2. Studien zu den Gruppen in Leipzig

Es gibt schon eine umfangreiche Literatur zum Thema Wende bzw. Revolution in Leipzig.¹ Bei den Darstellungen lassen sich zwei Schwerpunkte herausstellen: die Friedens- bzw. Montagsgebete² und die Montagsdemonstrationen³. In der Literatur wird jedoch selten auf die Entwicklung der oppositionellen Gruppen vor dem Sommer 1989 eingegangen. Auch in den Arbeiten, die nach dem Warum des Endes des SED-Regimes fragen, ist dieser Mangel eklatant. Nicht selten werden die Demonstrationen über den Leipziger Innenstadtring

1 Siehe Abschnitte 6.3. und 6.4.

2 Hanisch, Günter, Gottfried Hänisch, Friedrich Magirius und Johannes Richter, *Dona nobis pacem. Fürbitten und Friedensgebete Herbst '89 in Leipzig*, Berlin 1990; Kyrie Eleison [Fürbitten des Friedensgebetes am 2.10.1989 in der Leipziger Nikolaikirche], in: *Zur Freiheit berufen. Die Kirche in der DDR als Schutzraum der Opposition 1981–1989*, hrg. von Jürgen Israel, Berlin 1991, 183 f.; Rummel, Susanne, *Sankt Nikolai – Unsere Aurora?* in: Müller, Manfred, *Protestanten. Begegnung mit Zeitgenossen*, Halle/Leipzig 1990, 152–168; Sievers, Hans-Jürgen, *Stundenbuch einer deutschen Revolution*, Göttingen 1990; Feydt, Sebastian; Christiane Heinze, Martin Schanz, *Die Leipziger Friedensgebete*, in: Grabner/Heinze/Pollack (Hgg.), *Leipzig im Oktober*, Berlin 1990, 123–135; Hauser, Uli; Kai Herrmann, *Der betrogene Held*, in: *Stern* 42/93, 118–124; Magirius, Friedrich, Vorwort, in: Grabner/Heinze/Pollack (Hgg.), *Leipzig im Oktober*, Berlin 1990, 7–9; Magirius, Friedrich, *Wiege der Wende*, in: Wolfgang Schneider, *Leipziger Demontagebuch*, 10–13

3 „Neues Forum“ Leipzig (Hg.), *Jetzt oder nie – Demokratie!*, Leipziger Herbst '89, Leipzig 1989; Wende, Franziska, *Revolutionserlebnisse einer Leipziger Postbotin*, Amberg 1990; Döhnert, Albrecht und Paulus Rummelt, *Die Leipziger Montagsdemonstrationen*, in: Grabner/Heinze/Pollack (Hgg.), *Leipzig im Oktober*, Berlin 1990, 147–158; Kuhn, Ekkard, *Der Tag der Entscheidung*, Leipzig, 9. Oktober 1989, Berlin 1992; *Leipziger Demontagebuch*, hrg. von Wolfgang Schneider, Leipzig und Weimar o.J. [1990]; Lindner, Bernd und Ralph Grüneberger (Hgg.), *Demonteure. Biographien des Leipziger Herbst*, Bielefeld 1992; Mühler, Kurt; Steffen H. Wilsdorf, *Die Leipziger Montagsdemonstration. Aufstieg und Wandel einer basisdemokratischen Institution des friedlichen Umbruchs im Spiegel empirischer Meinungsforschung*, in: *Berl. J. Soziol.*, Sonderheft, 1991, 37–45; Opp, Karl-Dieter, Peter Voß und Christiane Gern, *Die volkseigene Revolution*, Stuttgart 1993; Tetzner, Reiner, *Leipziger Ring. Aufzeichnungen eines Montagsdemonstranten*, Oktober 1989 bis 1. Mai 1990, Frankfurt/Main 1990; Was geschah am 9. Oktober? „Von den Arbeitern verlassen“, in: *Der Spiegel* 48/1989 (27.11.1989), 19–27; Wielepp, Christoph, *Montags abends in Leipzig*, in: *DDR. Ein Staat vergeht*, 71–78; Zwahr, Hartmut, *Ende einer Selbsterstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR*, Göttingen 1993

als zentraler Akt der Revolution⁴ angesehen⁵. Doch zur Erklärung ihrer Entstehung wird kaum auf die Entwicklung der Basisgruppen und oppositionellen Bewegungen in Leipzig rekurriert.⁶

Der Religionssoziologe D. Pollack verfaßte schon im Frühsommer 1989 eine Studie zu den Leipziger Gruppen (Pollack 1989), die eine genaue Analyse der Teilnahmemotive, Rekrutierungsstrukturen, Organisationsstrukturen und -ziele versucht. Sie beruhte auf Beobachtungen und Gesprächen mit Gruppenvertretern. Hier führte D. Pollack u. a. die Unterscheidung der Gruppen in aktionistisch, thematisch orientiert und selbstbezogen ein, die immer wieder aufgegriffen wurde.⁷ Er hat 1994 diese Studie aufgrund neueren empirischen Materials⁸ überarbeitet und versucht dort DDR-weite Verallgemeinerungen. Hier vertritt D. Pollack die – gut belegte – These, daß die Gruppen in der DDR vor allem eine Reaktion auf die östlichen Herrschaftsverhältnisse waren und nicht so sehr eine Reaktion auf destruktive Effekte der Industrialisierung sind (so Knabe 1989, Brinksmeier, Unterberg).⁹

Die erste größere Veröffentlichung zu den Ursachen der Revolution in Leipzig war das Ergebnis eines Seminars am Institut für Religionssoziologie der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig. In dem Band „Leipzig im Oktober“, herausgegeben von Wolf-Jürgen Grabner, Christiane Heinze und Detlef Pollack, wird die Rolle der Kirche und der alternativen Gruppen in der Revolution beleuchtet. Als empirisches Material wurden dafür im Februar 1989 und im Februar/März 1990 Interviews mit 36 bzw. 28 Leipziger Pfarrern und Pastorinnen (Superintendentur Leipzig-Ost)¹⁰, eine Befragung unter fast 300 repräsentativ ausgewählten Gliedern dreier Leipziger Gemeinden

4 Ich verwende den Begriff „Revolution“ für eine radikale Änderung der Gesellschaftsordnung und Machtstrukturen, die nicht durch Wahlen zustande kam.

5 Kühn, Rainer, *Wie der Oktober entstand*; Opp, Karl-Dieter, Peter Voß und Christiane Gern, *Die volkseigene Revolution*, Stuttgart 1993; Roski, Günter; Peter Förster, *DDR zwischen Wende und Wahl. Meinungsforscher analysieren den Umbruch*, Berlin 1990; Zwahr, Hartmut, *Ende einer Selbsterstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR*, Göttingen 1993

Die Bezeichnung „Leipzig – Hauptstadt der Revolution“ (Der Spiegel, 27.11.1989 – Titelblatt), die Formulierungen von Christoph Hein („Heldenstadt Leipzig“ 4.11.1989) oder Fr. Magirus („Wiege der Wende“), die Berichterstattung der New York Times im Oktober/November 1989 oder die Entscheidung des Bundestages bzw. der Förderalkommission, in Leipzig ein Zentrum der Einheit zu errichten, lassen keinen Zweifel, daß die Leipziger Vorgänge vielfach als zentral für das Ende der DDR angesehen werden.

6 So sind die Montagsdemonstrationen im Herbst nicht ohne die Entwicklung der Leipziger Opposition zu erklären. K.-D. Opp und P. Voß meinen aufgrund ihres handlungstheoretischen Ansatzes und von Umfragestatistiken zeigen zu können, daß die Revolution „volkseigen“ war. Sie behaupten: „Es gab [...] keine Gruppe oder Instanz, die zu Demonstrationen aufgerufen hatte.“ (Opp/Voß/Gern, 145) Genau dies ist m. E. sehr schlüssig zu widerlegen (s. Punkt 5.5.).

7 Elvers/Findeis (1990b) 101, Anm. 6, und Unterberg

8 Pollack, Detlef; Wolfgang Elvers, Hagen Findeis, Ulrike Franke, Manuel Schilling, *Was ist aus den politisch alternativen Gruppen in der DDR geworden?* Leipzig 1992 (für 1994 bei Evangelische Verlagsanstalt Leipzig angezeigt). Diese Arbeit(en) lagen mir nicht vor.

9 Pollack (1994), 98

10 Franke et al., 48

zwischen Oktober und Dezember 1989¹¹ und 31 Interviews „mit ehemals führenden Gruppenvertretern in Leipzig und Berlin“ im Januar/Februar 1990¹² durchgeführt. Zu beachten sind besonders die Beiträge von H. Findeis¹³ bzw. W. Elvers und H. Findeis, in denen die politisch alternativen Gruppen zwischen Anfang 1989 und Anfang 1990 thematisiert werden. Da die Autoren selbst Mitglieder einer Leipziger Gruppe waren (Arbeitskreis „Abgrenzung“), werden hier neben Interview-Material auch eigene Erfahrungen verarbeitet. Die Autoren strebten soziologische Verallgemeinerungen an, dokumentierten aber das empirische Material nicht, so daß die einzelnen Gruppen kaum dargestellt wurden. Leider konnten spezifische Unterschiede zwischen den Leipziger und den Berliner Gruppen nicht herausgearbeitet werden.

Unter den unveröffentlichten Arbeiten zu den Leipziger Gruppen ist vor allem die Diplomarbeit von P. Unterberg (Bochum) hervorzuheben. Es gibt keine vergleichbare Arbeit, die so ausführlich die Geschichte der Leipziger Gruppen 1988/89 zu rekonstruieren versucht. Unter dem Titel „Vorgeschichte, Entstehung und Wirkung des Neuen Forum in Leipzig“ werden in überzeugender Weise wichtige Gruppen und Ereignisse der regionalen Opposition herausgegriffen und dargestellt. Als Quellen wurden vor allem 23 Leitfadenterviews mit markanten Mitgliedern der Gruppen bzw. des „Neuen Forum“, Materialien der Befragten und Zeitschriftenartikel verwendet. P. Unterberg hat die wichtigsten Gruppen auf ca. je 2 Seiten prägnant dargestellt (IGL, AKG, AGU, IHN, AKSK-Leipzig, „Dialog-Gruppe“, „Rosenthalkreis“, außerdem verweist er auf AGM, AGF und die CFK-Regionalgruppe¹⁴). Daneben stellte er die wichtigsten Aktionen der Leipziger Oppositionsgruppen dar: Solidaritätsaktionen für die Verhafteten der Luxemburg/Liebknecht-Demonstration im Januar 1988; Pleiße-Marsch 1988 und 1989; Demonstration am 15.1.1989 auf dem Leipziger Marktplatz; Aktionen um dem 7.5.1989; Straßenmusikfestival im Juni 1989. Anhand der Theorie der Neuen Sozialen Bewegungen¹⁵ versucht Unterberg in einem weiteren Kapitel eine soziologische Ortung der Basisgruppen, deutet eine gewisse Konvergenz der westdeutschen (H. Knabe 1989a, K.-W. Brandt) und ostdeutschen (Pollack 1989; Neubert 1985) Sichtweisen an und meint, daß die Gruppen in Leipzig bzw. in der DDR Reaktionen auf die Widersprüche moderner Industriestaaten gewesen seien. Der Hauptteil der Diplomarbeit ist dem „Neuen Forum“ in der Zeit von September 1989 bis Dezember 1989 gewidmet.

Die Arbeit von Fr. Feldhaus versucht ein differenziertes Bild der Leipziger Gruppen im Jahre 1988/89 mit Hilfe des Theorieansatzes von Pierre Bourdieu

11 Grabner, 64

12 Elvers, Wolfgang; Hagen Findeis (1990b), 97, Anm. 2

13 Findeis, 91–96 und Elvers/Findeis (1990 a und b)

14 Unterberg, 27–38; zu den Abkürzungen s. Anhang

15 Rasch u. a.

zu geben. Gegenüber der Arbeit von P. Unterberg wird jedoch kein neues empirisches Material verarbeitet. Die Arbeit beruht fast ausschließlich auf Textinterpretationen („Hermeneutik“). Da mit Hilfe des Theorieansatzes auf das soziale Milieu der Autoren/Gruppen geschlossen wird, ist der spekulative Charakter dieser Arbeit evident. Zur konkreten Regionalgeschichte trägt diese Arbeit nur durch einige erhellende Textauslegungen (Grundsatzklärung der IGL; Statut der „Dialog-Gruppe“; Grundsatzklärung der DI) bei.

1.3. *Veröffentlichte und unveröffentlichte Dokumente*

Zu den Ereignissen im Jahre 1989 in Leipzig sind einige Dokumentationen erschienen (s. Literaturverzeichnis 6.2.), die eine grobe Orientierung zu den Ereignissen und dem zugänglichen Materialbestand geben können. Es sind zu unterscheiden Aufzeichnungen von Privatpersonen, Aufzeichnungen und Informationen kirchlicher Amtspersonen und Gremien, Aufzeichnungen von Gruppenmitgliedern und inoffizielle Vervielfältigungen der Basisgruppen und politischen Opposition, Materialien des Repressionsapparates.

Die Print- und Funkmedien konnte ich nicht auswerten, da die Beschaffung von Mitschnitten sich als äußerst kompliziert erwies. So war ich auf meine Erinnerungen angewiesen.

Kurz vor dem Abschluß der Erstellung lag mir außerdem die Dokumentation zu den Friedensgebeten 1982–1989 vor. Sie wird von U. Schwabe und C. Dietrich für das „Archiv Bürgerbewegung“ e.V. Leipzig erstellt und wird im Herbst 1994 erscheinen. In dieser Dokumentation sind wichtige Texte der Quellen zu den montäglichen Friedensgebeten und ihren Veranstaltern gesammelt.

1.3.1. *Aufzeichnungen von Privatpersonen und Interviews*

Es besteht ein schmerzlicher Mangel an Erinnerungen. Keiner der wichtigen Personen der politischen oder kulturellen Opposition in Leipzig hat bis zu diesem Zeitpunkt Erinnerungen veröffentlicht. Dagegen gibt es jedoch eine Vielzahl von Interviews, die durch Journalisten und Sozialwissenschaftler entstanden sind, die diese Lücke etwas füllen können.¹⁶ Im Zusammenhang mit der Geschichte der Friedensgebete gingen die Pfarrer Chr. Führer, K. Kaden, Fr. Magirius, J. Richter, H.-J. Sievers, H. Wagner und Chr. Wonneberger¹⁷ wiederholt auf ihre Erfahrungen mit den Leipziger Basisgruppen ein¹⁸, so

16 Interviews von W. Elvers und H. Findeis (1990a), qualitative Interviews von K.-D. Opp u. a. (1993) und verschiedene Zitate in der Arbeit von P. Unterberg

17 Hauser, Uli und Kai Herrmann, Der betrogene Held, in: Stern 42/93, 118–124

18 Führer (1992 und 1993); Kaden (1990); H. Wagner (1989 und 1993); Sievers (1990), 26 f.; Magirius (1990 b und c); Sievers (1990); Richter, J. (1989 und 1993), Fischer, H. F. (1989, 1990 und 1994)

daß die Retrospektive der Pfarrer, die mehr oder weniger in bzw. mit den Basisgruppen arbeiteten, gut dokumentiert ist.¹⁹

Für die Zeit nach dem 25.9.1989 liegt in der Dokumentation des „Neuen Forum“ Leipzig „Jetzt oder nie – Demokratie!“ eine sehr instruktive Sammlung von Beobachtungen einzelner Leipziger vor.

1.3.2. *Aufzeichnungen und Informationen kirchlicher Amtspersonen und Gremien*

Für die Geschichte der Leipziger Gruppen sind die Protokolle der Kirchenvorstandssitzungen verschiedener Gemeinden, die Protokolle des Bezirkssynodalausschusses „Frieden und Gerechtigkeit“ der Bezirkssynode Leipzig-Ost und Aufzeichnungen zu den Leipziger Vorgängen des Bezirkskirchenamtes und der sächsischen Kirchenleitung (Kirchenleitung, LKA, Synode, Kirchentagsausschuß und Ephorenkonvent) von Interesse. Besonders wertvoll sind Mitschriften von Begegnungen zwischen Gruppenmitgliedern und Vertretern wichtiger kirchlicher Gremien, Manuskripte oder Berichte über kirchliche Veranstaltungen mit politischen Themen. Da es in den Staat-Kirche-Gesprächen auch häufig um Aktivitäten der Gruppen ging, sind deren Protokolle ebenfalls wertvolle Quellen.

In dem Band „Sorget nicht, was ihr reden werdet“²⁰ ist eine – nach Darstellung der Herausgeber – vollständige Sammlung der kirchlichen Protokolle auf der Ebene zwischen Superintendent und Rat der Stadt/Rat des Bezirkes für die achtziger Jahre vorgelegt worden. Die Protokolle wurden von J. Richter angelegt. Außerdem sind einige Aufzeichnungen zu den Fürbittgebeten und der Koordinierungsgruppe im Frühjahr 1988, die sich im Bestand des Bezirkskirchenamtes fanden, abgedruckt. Die Protokolle des Bezirkssynodalausschusses liegen im „Archiv Bürgerbewegung“ und sind öffentlich zugänglich. Der Versuch des Autors, Akten des Landeskirchenamtes der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens einzusehen, scheiterten daran, daß das Kirchenleitungskollegium keine Vertrauensbasis „zu einzelnen Leipziger Bürgerrechtlern“ gefunden habe.²¹

In verschiedenen Veröffentlichungen sind die Ansprachen der Pfarrer in den Friedensgebeten im September/Oktober 1989 zu finden.²² Es fällt jedoch auf, daß die Texte von Gruppenmitgliedern, die während derselben Andachten

19 S. auch den Abschnitt „Kirche in Leipzig“ bei P. Unterberg, der einige Pfarrer interviewte (S. 124–142)

20 Kaufmann, Christoph, Doris Mundus und Kurt Nowak (Hgg.), *Sorget nicht, was ihr reden werdet. Kirche und Staat in Leipzig im Spiegel kirchlicher Gesprächsprotokolle (1977–1989)*. Dokumentation, Leipzig 1993

21 So Brief J. Hempel an C. Dietrich vom 13.10.1992

22 Sievers (1990); Hanisch et al. (1990); Kuhn (1992), 35–37 u. ö.

verlesen wurden, nicht mit publiziert sind.²³ Wichtige Auszüge aus den Protokollen des Kirchenvorstandes von St. Nikolai – St. Johannis werden in dem Buch des „Archiv Bürgerbewegung“ erscheinen.

1.3.3. *Aufzeichnungen von Gruppenmitgliedern und inoffizielle Vervielfältigungen der Basisgruppen und der politischen Opposition*

Leipziger Gruppen, Oppositionelle und kunstinteressierte Freundeskreise haben eine Vielzahl an Erklärungen und Samisdat-Drucken herausgegeben. Dazu zählen auch folgende Zeitschriften: „Streiflichter“²⁴ (1981–89), „Kontakte“²⁵ (1984–89), „IHN-Post“²⁶ (1986–89), „Anschlag“²⁷ (1984–89), „Zweite Person“²⁸ (1987–90), „Poch!“²⁹ (1987/88), „Die neue Grüne“³⁰ (1989), „Forum für Kirche und Menschenrechte“³¹ (1989), „GLASNOST“³² (1987–89), „Messitsch“ (1987–89), „Sno Boy“³³ (1989), „Umfeldblätter“³⁴ (1989), außerdem die umfangreichen Publikationen³⁵ „Die Kirche“ (1988), „Varia“ (1989), „Die Pleiße“ (1989), „Dokumentation Straßenmusikfestival“³⁶, „Die Mücke“ (1989), „Ostmitteleuropa“ u. a. m. Das Informationsblatt des Arbeitskreises „Solidarische Kirche“³⁷ wurde vor allem von Mitgliedern der Leipziger Regionalgruppe der „Solidarischen Kirche“ herausgegeben. Als Quelle zur Geschichte der Leipziger Gruppen kommen weiterhin verschiedene Samisdat-Zeitschriften aus anderen Städten in Frage, so vor allem „Umweltblätter“³⁸, „Arche-Info“, „Blattwerk“ (Halle), „Straßenfeger“ (Quedlinburg), „Unkraut“ (Eilenburg). Es gibt keine Dokumentationen oder Buchveröffentlichungen dieser „Zweiten Öffentlichkeit“ (in Leipzig), so daß man auf Archive angewiesen ist. Im Archiv der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ und im „Archiv Bürgerbewegung“ ist außerdem eine Fülle von Materialien aus dem

23 S. z. B. Fürbitten der AGU, die sich nicht in Hanisch et al. (1990) finden lassen, abgedruckt in: Zur Freiheit berufen, hrg. von Jürgen Israel, Berlin 1991, 183 f.

24 ABL, Archiv der „Initiative Frieden und Menschenrechte“

25 ABL, Archiv der „Initiative Frieden und Menschenrechte“. Nicht zu verwechseln mit dem Informationsblatt der Evangelischen Studentengemeinden in der DDR mit gleichem Namen!

26 ABL

27 Deutsches Buchmuseum (im Gebäude der Deutschen Bücherei – Leipzig, s. a. Vogel oder Käfig sein, 407 u. ö.)

28 Zum Teil ABL und Privatbesitz (s. a. Vogel oder Käfig sein, 413)

29 Im Besitz des Autors

30 ABL

31 ABL, Archiv der „Initiative Frieden und Menschenrechte“

32 Zum Teil ABL, zum Teil Archiv der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ (s. a. Vogel oder Käfig sein, 409)

33 Archiv der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ (s. a. Vogel oder Käfig sein, 412)

34 Archiv der „Initiative Frieden und Menschenrechte“

35 Alle ABL

36 Diese Dokumentation (Text und Fotos) ist zu großen Teilen wiedergegeben in: Lieberwirth (1990), 170–184, u. ö.

37 ABL

38 ABL; s. a. Rüdendklaus (1992)

Besitz verschiedener Gruppenmitglieder zur Arbeit unterschiedlicher Gruppen archiviert.³⁹

1.3.4. *Materialien des Repressionsapparates*

Der Umgang mit den Unterlagen von Partei und Staatsorganen (Ausnahme: MfS) ist in doppelter Weise schwierig. Einerseits wurde nicht nach einheitlichen Registraturordnungen gearbeitet, sondern jede Abteilung bzw. jedes Büro hatte seine eigene Ordnung. So sind alle Akten, die nicht Sitzungsprotokolle regulärer Gremien sind, in Form von Handakten angelegt worden. Da in der Umbruchsphase 1989/90 selten geordnete Aktenübernahmen stattfanden, wurde vor allem der Handaktenbestand ausgesiebt oder überhaupt nicht archiviert. In den Bereichen, die dem Geheimnisschutz unterlagen, mußten die laufenden Aufzeichnungen in „personengebundene Dienstbücher“ gemacht werden. Sie sind aber nur noch in den seltensten Fällen aufzufinden.

Das MfS hat einen Großteil seiner Unterlagen vernichtet, so daß in einigen Fragen ein ausgewogenes Urteil – zumindest heute – nicht möglich ist. Von der Abteilung 26 (Briefkontrolle, Telefonüberwachung und Wanzeneinbau in Wohnungen ...) z. B. sind fast keine relevanten Unterlagen erhalten geblieben.

Zur Untersuchung der Beobachtung, Beeinflussung und Behinderung der Leipziger Opposition durch SED/Staat/Staatssicherheit 1987–1989 sind z.Z. folgende Unterlagen erschlossen:

1. *SED*

Ende 1989 war regulärer Archivierungstermin für die Büros der SED-Leitungen. So wurde zwischen September und Dezember 1989 ein Großteil die Akten vom Archiv der damaligen Bezirksleitung der SED übernommen. Seit 1993 sind diese Akten Teil des Leipziger Bestandes des Sächsischen Staatsarchives und entsprechend der Praxis im SAPMO beim Bundesarchiv in Berlin öffentlich zugänglich. Der Bestand gibt jedoch kein vollständiges Bild der Arbeit z. B. der SED-Bezirksleitung, der SED-Stadtleitung, der SED-Kreisleitung an der Leipziger Universität oder der SED-Stadtbezirksleitungen wieder, da oft nur sporadisch Akten archiviert wurden. Vollständig sind die Protokolle der Sekretariats- und Leitungssitzungen der jeweiligen Ebene.⁴⁰

39 Vor allem „Friedenskreis Grünau-Lindenau“, „AG Umweltschutz und Friedenserziehung mit Kindern“, „Arbeitsgruppe Gerechtigkeit“, „Demokratische Initiative“, „Arbeitskreis Friedensdienst“, „Arbeitsgruppe „Menschenrechte““, „Frauen für den Frieden“, „Friedenskreis Gohlis“, „Initiativgruppe Leben“, „Arbeitsgruppe Umweltschutz“

40 Innerhalb der Akten lassen sich jedoch auch dort Lücken feststellen. So fehlen Beschluß-Protokolle 47/89 und 48/89 der SED-Bezirksleitung (Oktober/November 1989) (Signatur nach Übernahmeliste 5547/5548).

Große Lücken bestehen bei den Akten der jeweiligen Sekretäre und z. B. bei den Abteilungen Staat und Recht sowie Sicherheitsfragen der SED-Bezirksleitung und SED-Stadtleitung. Arbeitsbücher sind überhaupt nicht vorhanden.⁴¹ Da die Unterlagen des ZK-Vertreters in der SED-Bezirksleitung (sogenannte „Beschleuniger“) im Bundesarchiv Berlin (SAPMO) noch nicht einsehbar sind, läßt sich nicht sagen, ob diese Lücken vielleicht etwas aufgefüllt werden können.

2. Abteilung Inneres bei den Räten

Die Akten des ehemaligen Rates des Bezirkes Leipzig liegen heute im Sächsischen Staatsarchiv (Leipzig). Das Leipziger Bürgerkomitee hatte Anfang 1990 den Inhalt der Schränke des Stellvertretenden Vorsitzenden für Inneres des Rates des Bezirkes, Dr. Reitmann, versiegeln lassen. Diese und weitere Akten der Abteilung Inneres sind heute einsehbar. Die Oppositionsgruppen kommen dort nur im Zusammenhang mit den Kirchen vor, so z. B. in Berichten über Gespräche mit Kirchenvertretern, Informationsberichten an die übergeordnete Stelle (z. B. Monatsberichte an das Staatssekretariat für Kirchenfragen) und in Strategieüberlegungen. Der Bestände der einzelnen Abteilungen des Rates der Stadt bzw. der Räte der Stadtbezirke sind bedeutend schmaler. Die Akten des Rates der Stadt wurden bis zum Ende der DDR im Verwaltungsarchiv bei der Abteilung Inneres des Rates der Stadt archiviert. Die Stelle des Verwaltungsarchivars war jedoch 1989/90 nicht besetzt, so daß sich schon im November 1989 das Stadtarchiv darum bemühte, daß eine „vollständige Abgabe von dienstlichem Schriftgut an das Verwaltungsarchiv“ erfolgt.⁴² Mit dem Registraturwechsel am 31.5.1990⁴³ und der Auflösung verschiedener Abteilungen hätte eine vollständige Aktenübergabe erfolgen müssen, doch dies geschah in vielen Fällen nicht. So wurden die Unterlagen der VS-Hauptstelle (Sektor Geheimnisschutz) erst 1991 und 1992 übernommen! Die wenigen Unterlagen des Stadtbezirkes Mitte, Abteilung Inneres, die heute im Stadt-Archiv zu finden sind, sind zufällige Fundstücke aus dem Müll des Rathausinnenhofes. Die Aktenlage für die Bereiche Rat der Stadt, Räte der Stadtbezirke ist katastrophal und läßt nur in seltenen Fällen die Arbeit der Abteilungen für Inneres rekonstruieren.⁴⁴

41 Eingesehene Akten (nach Übernahmeliste, 1991 noch im PDS-Archiv eingesehen): A 4526, A 4645, A 4757–4760, A 4769–4772, A 4987, A 5115, A 5121–5126, A 5200, A 5201, A 5342, A 5371, A 5381, A 5523–55, A 5524–5555, A 5847, A 5861, A 5865, A 6023–6025, A 6031–6034, A 6563, A 6655, A 6662, N 845, N 883–903, N 928–930, N 945, N 946, N 2532–2556, N 2571, N 2600, N 2601

42 Brief Dr. Berger an Sabatowska vom 24.11.1989 (StadtArch, Rat der Stadt 6544, Bd. 1)

43 Weisung des amtierenden Oberbürgermeisters Hädrich vom 28.5.1990 (ebenda)

44 Eingesehene Akten u. a.: Bestand Rat der Stadt: 3195, 6539, 6540, 6543, 6544, 7046–7051, 7058, 10434; Bestand Stadtbezirk Mitte: 260–262, 265, 299, 300, 304, 305

Das Referat Kirchenfragen hatte bis 1989 überhaupt keine Akte archiviert, so daß diese Beobachtung hier auch für die vorhergehenden Jahrzehnte gilt.

3. *Polizei*

Die Akten der Polizei sind zur Zeit nicht zugänglich, da sie bei der Staatsanwaltschaft liegen.

4. *Ehemaliges Ministerium für Staatssicherheit (Bezirksverwaltung und Kreisdienststelle)*

Aufgrund des Stasi-Unterlagengesetz (StUG vom 20.12.1991) gibt es heute verschiedene Möglichkeiten, Einsicht in die noch erhaltenen Akten des MfS zu nehmen. Die Einsicht in die Unterlagen, die gemäß Richtlinie Nr. 1/76⁴⁵ (OV) und Nr. 1/81⁴⁶ (OPK) angelegt wurden, ist für die betroffenen Personen seit 1992 ermöglicht, wurde jedoch für Leipziger Oppositionelle der Jahre 1987–1989 bis heute kaum realisiert. Die Einsicht in andere Unterlagen ist gemäß §§ 32 f. (StUG) möglich, wurde jedoch im konkreten Zusammenhang noch nicht praktiziert, da die Leipziger Außenstelle der Gauck-Behörde fast keine nicht-personenbezogenen Akten archiviert hat. Zur Zeit (Januar 1994) zugänglich sind die noch erhaltenen Dienstbücher der Bezirksverwaltung und der Kreisdienststelle Leipzig des MfS. Die in der Kreisdienststelle erhaltenen Dienstbücher sind bis auf eines für das Thema nicht relevant. Unter den ca. 200 Dienstbüchern der Abteilung XX der Bezirksverwaltung sind nur von drei Referatsleitern (XX/1, XX/4 und XX/9) ein Teil der Dienstbücher erhalten geblieben. Sie geben jedoch einen guten Einblick in Arbeitsweise und konkrete Ziele des MfS bei der „Bearbeitung“ der Opposition. Außerdem sind die nicht vernichteten, das heißt die durch das MfS archivierten IM-Akten⁴⁷, von Interesse.

Bevor das StUG in Kraft trat, sind durch Mitglieder des Leipziger Bürgerkomitees zur Auflösung des MfS schon einige Akten öffentlich geworden⁴⁸, die als Quellen-Material von großem Wert sind.⁴⁹

45 Richtlinie Nr. 1/76 zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge (OV) (GVS MfS 008–100/76), in: Gill/Schröter (1991), S. 346–402

46 Richtlinie 1/81 über die Operative Personenkontrolle (OPK), (GVS MfS 0008–10/81) in: Gill/Schröter (1991), 322–345

47 Wichtige IM-Akten, wie die des IM(B) „Fuchs“ (B. Becker), sind jedoch nicht mehr auffindbar. Die Akte der IMB „Maria“ (D. Penno) bricht mit ihrem Einstieg in die AKG ab, da diese Blätter nach ihrer Dekonspiration in die gegen sie eröffnete OPK-Akte übernommen wurden. Diese hat jedoch ihr ehemaliger Führungsoffizier und jetziger Mann vermutlich mitgehen lassen.

48 S. Besier/Wolf (1991), vgl. 555–615, 655–707; Lieberwirth (1990); Sélitrenny/Weichert (1991); s. a. Sammlung der Kopien im „Archiv Bürgerbewegung“ (Leipzig) und „Forschungszentrum zu den Verbrechen des Stalinismus“ (Dresden)

49 Teilweise auch in Privatbesitz

2. *Der Herrschaftsapparat im Gegensatz zur sich etablierenden selbstorganisierenden Gesellschaft Ende der achtziger Jahre (anhand Leipziger Beispiele)*

Die Entstehung und Entwicklung einer Opposition in der DDR ist nur vor dem Hintergrund der versuchten vollständigen Kontrolle nahezu aller Lebensbereiche der Bevölkerung durch die SED und den von ihr gelenkten Staat zu verstehen. In den letzten Jahren wurden verschiedene Modelle entwickelt, um zu erklären, wie diese Herrschaft sich über Jahrzehnte entfalten konnte und warum sie 1989 zusammenbrach. Ich verzichte darauf, hier ein eigenes Modell zu entwickeln, welches Herrschaftsentwicklung und -verfall erklären kann, möchte aber andeuten, in welchem Rahmen ich mich bewege. Das systemtheoretisch inspirierte Modell der Organisationsgesellschaft für die DDR⁵⁰ hilft zu einer verallgemeinernden Draufsicht. Diese muß aber durch eine Untersuchung der einzelnen Organisationen und informellen Beziehungsgeflechte sowie ihrer jeweiligen Logiken auf ihren konkreten Wert hinterfragt werden. Erst wenn die Lebenswelten der einzelnen Akteure in den Blick genommen werden, kann z. B. eine Rekonstruktion des Lebens in der DDR glücken.

Ich möchte in diesem Abschnitt etwas zu den einzelnen Organisationen und ihrem Zusammenwirken sagen, die im Interesse einer Perpetuierung der geschlossenen Gesellschaft agierten. Für eine differenzierte Analyse ist dabei zwischen dem „Normalbetrieb“ (**Binnenstrukturen** – 2.1.), der **Abwehr von „Feinden“** (2.2. und 2.3.) und den Organisationsstrukturen für die sogenannten **Spannungssituationen** (2.4.) zu unterscheiden. Für die Frage nach der Opposition sind dabei vor allem die Außenbeziehungen des Herrschafts- und Repressionsapparates von Interesse.

2.1. *Die Binnenstruktur des Herrschaftsapparates*

Zum Aufbau der SED (gemäß Statut vom Mai 1976) verweise ich auf die beigefügte Strukturskizze (Strukturplan SED). Die SED versuchte seit ihrem Bestehen, die „führende Rolle“ in allen gesellschaftlichen Prozessen zu spielen. So wurde ein Wirtschaftssystem durchgesetzt (Planwirtschaft), das eine zentrale Verwaltung der Arbeitskräfte ermöglichen sollte. Die Medien wurden in eigener Regie geführt oder streng zensiert. Durch die Etablierung eines Sozialisationskartells von Kinderkrippe bis „Betriebskollektiv“, klinische Entbindungsstation bis Altersheim sollten alle sozialen Beziehungen der Bürger im Sinne der SED geformt werden. Zentrale Rolle spielte dabei die von den zentralen Parteigremien entwickelte Ideologie. Zur Absicherung nach

außen und gegen innere Abweichungen (Parteikontrollkommission) wurde ein umfangreiches Sicherheitskartell entwickelt. Auch wenn das erklärte Ziel der SED war, eine homogene Gesellschaft zu entwickeln, lassen sich spezifische Differenzierungen ausmachen. Die Parteienherrschaft wurde getragen von einer Schicht von Funktionären und Nomenklaturkadern, die eine eigene Werteordnung hatte (keine „Westkontakte“, gute Beziehungen untereinander, „Linientreue“, Orden) und die faktisch gegenüber einem großen Teil der DDR-Bevölkerung abgeschottet waren.⁵¹ Die politische Organisation der DDR war streng zentralistisch. Wahlen waren faktisch Berufungen. Dahinter stand der „demokratische Zentralismus“⁵² der SED. Dies bedeutete unter anderem strenge Weisungen von oben nach unten und eine Berichts- und Kontrollpflicht in die entgegengesetzte Richtung der Hierarchie. Diese Befehls- und Informationsstruktur endete jedoch nicht an den Organisationsgrenzen der SED. Die wichtigsten Posten der staatlichen Behörden (zum Beispiel die Referatsleiter für „Inneres“ in den Räten, Staatsanwaltschaft, Staatssicherheit) und in großen gesellschaftlichen Organisationen (Nationale Front, Gewerkschaft, Handwerkskammer, Universität...) waren mit Genossen besetzt bzw. wurden über Nomenklaturpläne kontrolliert.⁵³ Über die Parteikontrollkommissionen und die Leiter der Grundorganisationen (GO) versuchten die Parteileitungen, ihre Mitglieder zu disziplinieren. Da die GO vor allem am Arbeitsplatz organisiert waren, war die Kontrolle sehr gut möglich und erreichte auch Nichtmitglieder.⁵⁴

2.2. *Der alltägliche Umgang mit den Gegnern des SED-Regimes (Staat und SED)*

Die Abwanderung aus der SBZ/DDR war das Dauerproblem der DDR. Das grundsätzliche Ziel der Sicherheitspolitik war das repressive Verhindern dieser Abwanderung. Dies äußerte sich nicht nur in der Mauer und im Grenzregime,

51 Th. Ammer gibt als Zahlen für die gesamte DDR an: 44.000 hauptamtliche SED-Funktionäre, MfS fast 100.000, Offiziere der NVA und der VP 30.000, Staats- und Wirtschaftsapparat 150.000 (Fragen zu Struktur und Methoden der Machtausübung in der SED-Diktatur, Anhörung der Enquetekommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am 26./27.1.1993, Protokoll Nr. 25).

52 Statut der SED (1976), Artikel 23

53 Gert-Joachim Glaeßner, Kaderpolitik, in: DDR Handbuch, Band 1, S. 697–702

54 So entschieden zum Beispiel Mitglieder der SED-BL über die Exmatrikulation eines parteilosen Studenten durch Anweisung an den Prorektor, der SED-Mitglied war. („Zusammenfassende Information zum Stand der politischen und parteimäßigen Klärung von Vorkommnissen politischen Fehlverhaltens bzw. provokatorischen Auftretens von einzelnen Mitarbeitern und Studenten“, S. 3: „Wenn es keine Änderung der Haltung zur Politik der Partei und Regierung gibt, werden entsprechende Konsequenzen, die eine Übereinstimmung mit den Zulassungsbedingungen zum Studium herstellen, gezogen.“ (18.3.1988, StaatsArch Leipzig A 6023)

Auch Parteilose mußten in den Betrieben an der „Schule der sozialistischen Arbeit“ teilnehmen.

sondern auch in der umfassenden Abgrenzungspolitik der SED.⁵⁵ Der Umgang mit Ausreiseantragstellern – im internen Jargon „Zurückdrängung“ bezeichnet – zeigt, wie das SED-Sicherheitskartell strukturiert war. Wie verschiedene (geheime) Ordnungen des Innenministers zeigen⁵⁶, waren Volkspolizei, MfS, Abteilungen Innere Angelegenheiten bei den Räten, die verschiedenen Arbeitgeber und die entsprechenden Abteilungen bei den Räten des Kreises bzw. der Bezirkes sowie die SED-Leitungen⁵⁷ in verschiedenem Maße daran beteiligt.⁵⁸ Neben dem streng geregelten Informationsfluß über ausreisewillige Bürger zwischen Volkspolizei-Kreisamt (Paß- und Meldewesen), Kreisdienststelle des MfS, Rat des Bezirkes und Rat des Kreises, Abteilung Innere Angelegenheiten⁵⁹ entwickelten sich **Gremien**⁶⁰ zur „Zurückdrängung“ aus Vertretern dieser Organe, die nicht nur über die Ausreise entschieden, sondern z. B. auch über die weitere berufliche Entwicklung oder strafrechtliche Verfolgung der Betroffenen. Da die Grenze zwischen Ausreiseantragstellern, oppositionellen Gruppen und dem nicht angepaßten Teil der Kirchen für den Staat fließend waren⁶¹, sind diese Gremien oft kaum von den „**Kleinen Kollektiven**“⁶² (auf Kreis- und Bezirksebene) zu unterscheiden, die vor allem in Kirchenfragen und gegenüber Basisgruppen aktiv wurden. Sie übernahmen die Koordinierung der staatlichen Maßnahmen gegenüber der politischen Opposition und z. B. bei der Disziplinierung mißliebiger Pfarrer.⁶³ Neben dem für Kirchenfragen zuständigen staatlichen Leiter und stellvertretenden Ratsvorsitzenden gehörten diesen „Kleinen Kollektiven“ auch Leiter der Polizei, der Nationalen Front und der Dienststelle des MfS an.⁶⁴ Außerdem konnte auf Beschluß des jeweiligen SED-Sekretariats eine Ad-Hoc-Arbeitsgruppe eingesetzt werden.⁶⁵

55 Zur Wahrnehmung dieser Abgrenzungspolitik durch DDR-Oppositionelle um 1987 s. Bickhardt (1988) bzw. Samisdat-Druck „Aufrisse I und II“, Pollack (1990a) u. a.

56 S. die Veröffentlichung von Lochen/Meyer-Seitz; im folgenden werden die einzelnen Belege angegeben.

57 „Die Art und Weise der Information der Kreisleitungen der SED ist mit diesen abzustimmen.“ (Ordnung Nr. 0118/77 des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei vom 8.3.1977 in der 10. Änderung vom 2.12.1987, abgedruckt in: Lochen/Meyer-Seitz, dort 393), s. a. Ordnung Nr. 175/89 des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei vom 7.12.1988, abgedruckt in: Lochen/Meyer-Seitz, 523–594, dort 541

58 Lochen/Meyer-Seitz, 349 ff., 388, 392 ff. u. ö.

59 Ebenda 349 ff.

60 Ordnung Nr. 175/89 des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei vom 7.12.1988, abgedruckt in: Lochen/Meyer-Seitz, 523–594, dort 532

61 S. z. B. MfS-Dienstanweisung Nr. 2/83 vom 13.10.1983, besonders S. 12–14, 19 u. ö., abgedruckt in: Lochen/Meyer-Seitz, 87–208

62 Ich wurde von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß diese „Kleinen Kollektive“ entsprechend einer zentralen Direktive eingesetzt wurden. Ich habe jedoch eine solche noch nicht finden können.

63 Beispielsweise heißt es in einer Information des Stellvertretenden Ratsvorsitzenden des Rates des Bezirkes Leipzig zur Kirchenpolitik vom 26.2.1988 (aufgrund des sogenannten Jarowinsky-Papieres): „Die einheitliche Leitung der Staatspolitik in Kirchenfragen ist im Bezirk wirkungsvoll gewährleistet. [...] Im Bezirk am 23.2.1988 und differenziert in der Stadt Leipzig und in den Kreisen haben die 'Kleinen Kollektive' Beratungen durchgeführt und das komplexe Zusammenwirken der staatlichen Organe, der Schutz- und Sicherheitsorgane und der Arbeitsgruppe 'Christliche Kreise' der Nationalen

Die **Abteilung Innere Angelegenheiten** (Abt. IA) war außer für die Behandlung der Anträge von ausreisewilligen Bürgern auch für „Kirchenfragen“ zuständig. Da sich die verschiedenen sozioethischen und regimekritischen Gruppen kirchennah organisierten und viele Bürger mit Ausreiseantrag (besonders im Frühjahr 1988⁶⁶) an Veranstaltungen der Basisgruppen teilnahmen, gerieten diese Gruppen in doppelter Hinsicht ins Blickfeld der Abteilung „Inneres“: einerseits als potentielle Organisatoren von Aktionen Ausreisewilliger, andererseits als „kirchliche“ Gruppen. So gibt es seit Anfang 1989 in den Berichten der Ersten Sekretäre der jeweiligen Parteileitungen „über Ergebnisse und Erfahrungen bei der Entwicklung einer offensiven ideologischen Arbeit unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Kräfte zur Zurückdrängung und Unterbindung von Übersiedlungsersuchen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin“⁶⁷ auch Berichte über den Umgang mit sogenannten „negativfeindlichen Personen“. Dabei konnte sich die Abt. IA auf „ehrenamtliche Mitarbeiter“ stützen.⁶⁸

Front organisiert. Die Abstimmung mit dem Vorsitzenden des Bezirksverbandes der CDU ist erfolgt. [...]

5. Das Zusammenwirken mit allen Verantwortungsträgern der Staatspolitik in Kirchenfragen ist zu aktivieren.

Insbesondere in den sogenannten 'kleinen Kollektiven' sind Absprachen über das konkrete Vorgehen im Einzelfall zu treffen.

Die tägliche Abstimmung zwischen den Stellvertretern Inneres und den Leitern der Kreisdienststellen [der Staatssicherheit] wurde angewiesen.“ (Dietrich/Schwabe)

64 Vermutlich gehörte auch der Leiter der Abteilung Staat und Recht des jeweiligen SED-Sekretariates zu diesen „Kleinen Kollektiven“.

65 S. Strukturplan zum Kirchentag im Anhang

66 Zu dieser Zeit gab es mindestens fünf verschiedene sogenannte „Ausreiser-Gruppen“ in Leipzig, u. a. bei der IG „Leben“ und dem AK „Gerechtigkeit“.

67 Diese Berichte mußten regelmäßig von den einzelnen Parteileitungen an die nächsthöhere Parteileitung erstattet werden. Als Grundlage wurden Politbürobeschlüsse vom 19.4.1988, vom 9.11.1988 und vom 10.1.1989 genannt.

68 Zum Beispiel besuchte „Genosse Himmelreich, ehrenamtlicher Mitarbeiter auf dem Gebiet Kirchenfragen“ ein Fürbittgebet in der Lukas-Kirche, berichtete darüber beim Stadtbezirksrat Inneres und überbrachte das nach der Andacht verteilte Informationsblatt (Stadtbezirksrat Inneres Kühnel, Information über Fürbittengebet in St. Lucas am 25.1.1989 an die Stadtbezirksleitung-Nordost der SED, vom 26.1.1989; StaatsArch Leipzig SED A 5125)

Im „Bericht über die offensive ideologische Arbeit unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Kräfte zur Zurückdrängung und Unterbindung von Übersiedlungsersuchen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin“ des 1. Sekretärs der SED-SBL-Mitte vom 17.3.1989 heißt es u. a.: „Durch den kontinuierlichen Einsatz ehrenamtlicher Kräfte für die Abteilung Inneres haben das Sekretariat, die Sicherheitsorgane und der Rat vielfältige Informationen über geplante Aktivitäten von Antragstellern sowie die Haltung von kirchlichen Würdenträgern in der Nicolaikirche in bezug auf das 'Friedensgebet'. In Abstimmung mit den Sicherheitsorganen wurden und werden mit an durchgeführten demonstrativ feindlichen Handlungen Beteiligten in der Abteilung Inneres Disziplinierungsgespräche geführt. Gleiches gilt bei bekanntgewordenen geplanten Handlungen. Gespräche des Stadtbezirksbürgermeisters sowie des Stellvertreters für Inneres mit kirchlichen Würdenträgern zielen, neben der Erläuterung unserer Politik, auf die Verhinderung feindlicher Demonstrativhandlungen, die in Kirchen ihren Ausgangspunkt haben, hin.“ (StaatsArch Leipzig SED N 2601)

Die Abt. IA diente innerhalb des Sicherheitskartells vor allem als offizieller Kontakt zum „Bürger“. ⁶⁹ Die Vorgaben für die Gespräche wurden nicht selten vom MfS erarbeitet. ⁷⁰ Es gab auch unabhängig von den jeweiligen Kooperationsgremien eine enge Zusammenarbeit zwischen den Dienststellen des MfS und den Abteilungen IA. ⁷¹ Besonders plastisch wird dies am Beispiel des Sektorenleiters Kirchenfragen beim Rat des Bezirkes, W. Jakel, der zuvor in der Abt. XX der Bezirksverwaltung des MfS angestellt war. Dort hatte er inoffizielle Mitarbeiter u. a. im Bereich der Kirche geführt. Als Sektorenleiter in der Abt. IA blieb er Mitarbeiter des MfS. ⁷²

Entsprechend einem strengen „diplomatischen Protokoll“ wurden in den Abt. IA die Gespräche mit den Kirchenvertretern geführt und auf Einhaltung der vom Staat vorgegebenen Normen gedrängt. Hier wurden Gerüchte gestreut, Disziplinierungen gegenüber kirchlichen Mitarbeitern angemahnt und die Öffentlichkeitsarbeit der Kirchen lizenziert bzw. kontrolliert. ⁷³ Die Abt. IA war der offizielle staatliche Ansprechpartner für Ausreisewillige. Dorthin konnten sie vorgeladen werden, und zu verschiedenen Zeiten wurden neben „Disziplinierungsgesprächen“ auch Auflagen erteilt (z. B. Berlin-Verbot; Verbot, sich in Gruppen zusammenzuschließen oder an kirchlichen Veranstaltungen teilzunehmen). Nach öffentlichen Aktionen konnten Oppositionelle „zwecks Klärung eines Sachverhaltes“ in die Abt. IA vorgeladen werden. ⁷⁴ Personen, die solchen Einladungen nicht folgten, wurden „zugeführt“, das heißt sie wurden von zu Hause oder von der Straße aus ins Polizei-Revier gebracht, dort „vernommen“ und zwischen 2 und 24 Stunden festgehalten. Waren die „Abweichler“ in einem „volkseigenen“ oder genossenschaftlichen Betrieb angestellt, konnten die staatlichen Stellen (Abt. IA) dem jeweiligen **Arbeitgeber** Weisungen erteilen. ⁷⁵ Reservisten konnten für einige Wochen zur **Armee** eingezogen werden. ⁷⁶

69 Die Vorgaben zu den Gesprächen kamen oft von der Abteilung bzw. vom Referat XX des MfS (s. z. B. Stasi intern, 74). Die Abt. IA hatte ein komplexes Unterstellungsverhältnis: Einerseits war sie dem Ratsvorsitzenden bzw. Bürgermeister unterstellt, zum anderem dem Innenministerium. Das Referat Kirchenfragen war jedoch eine Art Außenstelle des Staatssekretariats für Kirchenfragen beim Ministerrat. Daneben bestand ein enger Kontakt zum entsprechenden SED-Sekretariat, vor allem den Abteilungen Sicherheit sowie Staat und Recht. Für die Zusammenarbeit zwischen Abt. IA und MfS war letztlich der 1. Sekretär der jeweiligen SED-Leitung zuständig (s. z. B. Stasi intern, 75).

70 s. z. B. Stasi intern, 74

71 In der Arbeitsplatzbeschreibung des Referatsleiters XX/4 der Bezirksverwaltung des MfS Leipzig heißt es ausdrücklich: „ständige Aufrechterhaltung der Verbindung (...) zum Rat des Bezirkes, Sektor Kirchenfragen“. (BV für Staatssicherheit, Abteilung XX/4, Planstellen-Nr.: 1936, Leipzig 6. März 1979; ABL Hefter 8)

72 So Personalakte W. Jakel im Bestand des BStU/Leipzig (Hinweis durch T. Hollitzer)

73 S. Kaufmann/Mundus/Nowak, 13 u. ö.

74 Z. B. die Demonstranten, die am 15.1.1989 auf dem Leipziger Marktplatz demonstriert hatten und von den Sicherheitskräften identifiziert wurden

75 S. MfS-Dienstanweisung Nr. 2/88 vom 10.12.1988, abgedruckt, in: Lochen/Meyer-Seitz 209–249, hier 240. U. Hartmann wurde am 1. Mai 1989 so auf den Schichtplan gesetzt, daß er nicht – wie befürchtet – mit eigenem Transparent an der Maidemonstration teilnehmen konnte.

76 Z. B. R. Elsäßer (AGU, Mitglied des Fortsetzungsausschusses von „Frieden konkret“) im Sommer 1988

Die **Polizei**⁷⁷ spielte vor allem bei der Verhinderung von Demonstrationen eine wichtige Rolle. Sie versuchte durch ihre Anwesenheit zu verunsichern und mit Hilfe verschiedener Mittel (Räumketten, Massenverhaftungen, Hundestaffeln) Demonstrationen aufzulösen. Bei den Einsätzen montags nach dem Friedensgebet im Frühsommer 1989 wurden Polizisten auch in Zivil eingesetzt. Wenn Demo-Teilnehmer durch Geldstrafen gemäßregelt werden sollten, war die Polizei der offizielle Arm des Sicherheitskartells. Auch um Demonstranten im Vorfeld zu verunsichern, kam die Polizei zum Einsatz. Sie wurden zu „Disziplinierungsgesprächen“ vorgeladen, und belehrt, daß die Teilnahme an der Demonstration geahndet wird.⁷⁸ Der Abschnittsbevollmächtigte der Polizei im Wohngebiet konnte als Beobachter gegenüber auffälligen Personen eingesetzt werden.⁷⁹

Die für die Ausstellung von Ausweisen und zur Erteilung von Visa zuständige Paß- und Meldestelle des Innenministeriums (bzw. „Erlaubniswesen“) konnte die Bewegungsfreiheit mißliebiger Bürger einschränken, indem Ausweise eingezogen (PM 12a) oder Genehmigungen für Reisen außerhalb der DDR nicht erteilt wurden.

Die **Sekretariate der SED-Leitungen** (und das Politbüro) waren die strategischen Zentren innerhalb des Sicherheitskartells. Hier wurden die Erfolge der eingeleiteten Maßnahmen überprüft und die weiteren Strategien beschlossen.⁸⁰ Besondere Maßnahmen mußten mit den Ersten Sekretären abgestimmt werden.⁸¹ Zur Absicherung von Veranstaltungen und zur Verhinderung oppositioneller Manifestationen erteilten die SED-Sekretariate Weisungen und setzten dafür spezielle Arbeitsgruppen ein.⁸² Die Ersten Sekretäre sammelten

77 Dieser Absatz ist nur als Stichpunkt zu verstehen. Eine weitere Differenzierung (Bereitschaftspolizei, Bahnpolizei, K1 usw.) unterbleibt, um den Rahmen nicht zu sprengen.

78 „Wie bereits in unserer Information vom 25.5.1989 an Genossen Horst Dohlus mitgeteilt, planten feindlich-negative Kräfte am 4. 6. 1989 einen sogenannten Pleißemarsch, der durch eingeleitete vorbeugende Maßnahmen verhindert wurde. Dazu trugen Disziplinierungsgespräche mit 63 ausgewählten Personen aus dem Kreis der Organisatoren und Inspiratoren sowie anderen feindlich-negativen Kräften bei.“ (Fernschreiben der BL an das ZK der SED vom 5.6.1989; StaatsArch SED A 4972) Vor dem 7.5.1989 waren mindestens Disziplinierungsgespräche geplant (Arbeitsbuch Conrad – BStU Leipzig 1137); s. a. Stasi-Akte „Verräter“, Spiegel-Spezial 1/1993, 94.

79 Maßnahmeplan zur politisch-operativen Bearbeitung der OPK „Willi“ vom 7.1.1988, Pkt. 3.3 (BStU Leipzig, XIII 163/88)

80 Beschluß Nr. 45/89 des Sekretariats der BL Leipzig vom 1.2.1989 über Maßnahmen zur Verstärkung der offensiven politisch-ideologischen Arbeit und Überprüfung der Wirkung dieses Beschlusses am 15.3. (Beschluß Nr. 123/89) (StaatsArch SED A 5524), s. a. Beschluß-Nr. 471/89 (vom 27.9.1989 ebenda A 5544)

81 S. Stasi intern, 74

82 Z. B. Führungsgruppe des 1. Sekretärs zur Absicherung der Kirchentages in Juli 1989 in Leipzig. Dieser Arbeitsgruppe gehörten an: Hackenberg (amtierender 1. Sekretär der SED-BL), Schnabel (2. Sekretär der SED-SL), Krauß (AG Kirchenfragen beim ZK, Löffler (Staatssekretär für Kirchenfragen), Reinhard (Abteilung Sicherheitsfragen im Sekretariat der SED-BL), Urbaneck (Abteilung Staat und Recht im Sekretariat der SED-BL), Reitmann (stv. Vorsitzender des Rates des Bezirkes), Sabatowska (stv. Vorsitzender des Rates der Stadt), Eichorn, Sinagowitz (Volkspolizei), Draber (Arbeitsbuch BStU Leipzig 1071; Dienstbuch Sabatowska – StadtArch ZR Nr. 8951).

laufend Mitteilungen über Personen, die Ausreiseanträge stellten oder in oppositionellen Gruppen arbeiteten.⁸³ Ausgehend von diesen Informationen wurden Maßnahmen entwickelt, wie der öffentliche Einfluß Andersdenkender verhindert bzw. minimiert werden konnte. Die spezifischen Mittel der Partei waren dabei Propaganda und 1989 „Ausprachen mit den jeweiligen Bürgern“. Dafür wurden leitende Genossen und Einsatzwillige herangezogen und angeleitet. Die Formen der Indoktrination waren vielfältig (Leitungssitzungen⁸⁴, Partei-Informationen, Tageszeitungen). Außerdem wurden aufgrund der „führenden Rolle“ der Partei sämtliche Aktionen des Sicherheitskartells durch führende Genossen koordiniert (dafür als Beispiel Strukturplan zur Absicherung des Leipziger Kirchentages im Juli 1989 im Anhang.⁸⁵

Am markantesten waren die speziellen Tagungen für die **Parteiaktivisten**. So hat am 15.6.1989 J. Pommert auf solch einer Versammlung der SED-Stadtleitung eine mehrstündige Hetzrede gegen die Leipziger Oppositionsgruppen gehalten⁸⁶, die die Genossen im Sicherheitskartell zusammenschweißen und aggressiv stimmen sollte.⁸⁷

Daneben wurden sogenannte „**gesellschaftliche Kräfte**“ mobilisiert.⁸⁸ Sie spielten im Sicherheitskonzept der SED in Leipzig 1988/89 z. B. eine bedeutende Rolle. Sie wurden auf Beschluß der Sekretariate der SED-Leitungen

83 Z. B. Beschluß der SED-BL Leipzig Nr. 45/89 vom 1.2.1989 über Maßnahmen zur Verstärkung der offensiven politisch-ideologischen Arbeit (s. o.), s. a. Bericht des Leiters der BV des MfS am 31.8.1989 an Mielke, in: Mitter/Wolle, 126 f.

84 Auf der SED-Stadtleitungssitzung am 28.9.1989 behauptete z. B. der 1. Sekretär, J. Prag: „Am vergangenen Montag war die Nikolaikirche weit überfüllt. 2.000 waren in der Kirche, die Kirchentore mußten geschlossen werden, weil niemand mehr hineinging, und weitere 1.000 standen auf dem Nikolaiplatz davor. Ein solcher Pfarrer unserer Stadt wie Pfarrer Wonneberger hat sozusagen die Predigt gehalten. Mit solchen Worten – wer den Knüppel nimmt, muß selbst den Helm aufsetzen; wer eine Waffe in die Hand nimmt, muß sich gefallen lassen, in den Kopf geschossen zu werden – werden, ganz gleich aus welchen Motiven sie sich dort versammeln, Menschen fürchtbar aufgewiegelt und erhalten in der Kirche Verhaltensmaßregeln, wie man sich nach dem Gottesdienst auf dem Nikolaiplatz gegenüber den Genossen der Volkspolizei verhalten muß. Wenn der Arnold, ein gewisser Arnold, schon vor Tagen vor diesem Montag propagiert, am Montag Schutzhelm und wasserdichte Bekleidung mitbringen, dann ist das eindeutig eine Orientierung auf Konfrontation.“ (StaatsArch Leipzig SED A 5115) Die Predigt war eine kluge Rede gegen die Gewalt (Originalfassung in: Dietrich/Schwabe). Ich kann mich an keine Aufforderung, mit Helm und Regenbekleidung zu den Demonstrationen zu kommen, erinnern. Auch M. Arnold weiß davon nichts.

85 Quellen sind u. a.: Beschlüsse der SED-BL Nr. 124/89 (StaatsArch Leipzig SED A 5527), Beschluß der SED-SL vom 21.7.1989 (StaatsArch Leipzig A 5537), außerdem die Handakten ebenda A 5125, StadtArch RdS/Inneres 7046 und Maßnahmeplan des MfS, teilweise abgedruckt in: Besier/Wolf, 609 ff., und Akte der AG Kirchenfragen beim ZK zum Kirchentag (BArch SAPMO IV B2/14/104)

86 Rede erscheint in wichtigen Auszügen in: Schwabe/Dietrich.

87 In den Tagen darauf fanden wichtige Absprachen zwischen Abt. IA und MfS und z. B. der Kreiseinsatzleitung statt (Dienstbuch Sabatowska, S. 22 ff., StadtArch ZR Nr. 8951). Viele der Formulierungen Pommerts lassen sich danach an anderen Stellen wiederfinden (z. B. Parteiinformationen der SB-Leitungen, Leserbriefe in den Tageszeitungen...). Eine ähnliche (Stadtbezirks-) Parteiaktivtagung fand am 24.2.1988 entsprechend dem sogenannten Jarowsky-Papier statt (StaatsArch SED N 2556).

88 S. z. B. Ordnung Nr. 0118/77 des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei vom 8.3.1977 in der 9. Änderung vom 27.2./1.4.1986, abgedruckt in: Lochen/Meyer-Seitz, dort 394; s. a. Rüdtenklau (1992), 38 f.

gebildet und unterstanden deren Erstem Sekretär. Aufgabe dieser „gesellschaftlichen Potenzen“⁸⁹ war es, mit stalinistischen Methoden (Pfeifkonzert, Trampeln) „ungesetzliche Zusammenkünfte“ zu durchdringen und aufzulösen sowie durch offensives Auftreten zu Verunsicherungen zu führen und Material zur Strafverfolgung mißliebiger Personen zu sammeln.⁹⁰ Hinzugezogen wurden vor allem FDJ-ler (FDJ-Ordnungsgruppen), Kampfgruppenangehörige, Mitarbeiter aus den staatlichen Betrieben und Universitätsangehörige. Um zum Beispiel eine Demonstration nach dem Friedensgebet am 23.1.1989 zu verhindern, wurden durch die Stadtleitung der SED „ca. 400 Genossinnen und Genossen aus dem Partei- und Staatsapparat sowie aus Grundorganisationen der Kombinate und Betriebe“ zusammengerufen, in der Leipzig-Information eingewiesen und dann auf das Gebiet um die Nikolaikirche verteilt.⁹¹ Am 7. Mai 1989 sollen allein im Stadtbezirk Leipzig-Mitte 1.350 „gesellschaftliche Kräfte“⁹² einsatzbereit gewesen sein.⁹³ Für den 9. Oktober 1989 hatte die

89 BV MfS, Der Leiter (H. Hummitzsch), vom 1. Sekretär der SED-BL (H. Schumann) bestätigt, „Maßnahmen zur Auswahl, zur Qualifizierung, zum Einsatz sowie Führung gesellschaftlicher Kräfte zur Verhinderung von Provokationen oder anders gearteter Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Bezirk Leipzig“, (14.2.1989), in: Stasi intern, Leipzig 1991, S. 56–59, S. 57

90 Stasi intern, 56–59, s. a. Mitter/Wolle (1990), 54 f.

91 „Nach Beendigung des Friedensgebetes verblieben ca. 200 Personen auf dem Vorplatz der Nikolaikirche, ohne daß es zu Handlungen oder Störungen kam. Die gesellschaftlichen Kräfte, ihre Präsenz im Zusammenwirken mit Schutz- und Sicherheitsorganen vor der Nikolaikirche und im Innern des Stadtzentrums trugen dazu bei, daß es zu keiner provokatorischen Handlung kam, so daß der Einsatz polizeilicher Mittel nicht erforderlich wurde. Die Teilnehmer am Friedensgebet lösten sich zögernd auf, sie nahmen von den gesellschaftlichen Kräften Kenntnis und suchten keine öffentliche Konfrontation. Gegen 18.30 Uhr war keine Absicht mehr zu erkennen eine Provokation zu starten, so daß die gesellschaftlichen Kräfte zurückgezogen werden konnten...“ (2. Sekretär der SED-SL H. Schnabel am 24.1.1989, StaatsArch SED A 5125) Bei kirchlichen Veranstaltungen wurden vor allem Genossen (und FDJler) von der Leipziger Universität [KMU] eingesetzt. Diese wurden direkt von der Stasi angeleitet und zum Beispiel in die Friedensgebete geschickt. Im Jahresplan der Abteilung XX der Bezirksverwaltung des MfS Leipzig für 1989 heißt es: „Die Kader der unter Verantwortung der Kreisleitung der SED an der KMU Leipzig gebildeten Formation gesellschaftlicher Kräfte

– zur operativen Kontrolle von Zusammenkünften von PUT-Kreisen [Stasi-Abkürzung für „politische Untergrundtätigkeit“ – C. D.], vor allem in Kirchen;

– zur offensiven Auseinandersetzung mit in derartigen Zusammenkünften vertretenen feindlich-negativen Positionen

werden im Planjahr 1989 weiter qualifiziert und eingesetzt. Der differenzierte Einsatz dieser Formation zu ausgewählten Veranstaltungen und ihre Instruierung erfolgt in Abstimmung mit der Abteilung XX durch einen Beauftragten der SED-Kreisleitung. Die eingesetzten Kader sind in Zusammenarbeit mit erfassenden DE (Diensteinheiten – C. D.) dem Klärungsprozeß 'Wer ist wer?' zu unterziehen (Termin: 31.3.1989).

Zu sichern ist die ständige Qualifizierung dieser Kader im Zusammenwirken mit der SED-Kreisleitung der KMU. Die Führungskräfte der Formation sind – soweit noch nicht erfolgt – als IM/GMS zu verpflichten (Termin 31.3.1989)“ (Jahresplan des Leiters der Abteilung XX, (GVS 153/88), Kopie beim Autor)

92 „Abgeschlossen ist die Auswahl der Agitatoren und gesellschaftlichen Kräfte für den Wahltag. Insgesamt stehen für den Einsatz am 7. 5. 1989 über 1.350 Agitatoren im Stadtbezirk zur Verfügung, davon 350 Agitatoren der zusätzlichen Agitatorenreserve, einschließlich der KMU, die in 4 Stützpunkten untergebracht sind. Über 1.000 Agitatoren kommen aus den Reihen der gesellschaftlichen Kräfte der Wohngebiete und der Partnerbetriebe. Abgeschlossen ist auch die Formierung der 100 zusätzlichen gesellschaftlichen Kräfte für den Wahltag.“ (Information der SED-

Bezirkseinsatzleitung den Einsatz von über 5.000 gesellschaftlichen Kräften geplant. Davon sollten allein 2.000 in die Nikolaikirche gehen.⁹⁴ Der vermehrte Einsatz „gesellschaftlicher Kräfte“ 1989 in Leipzig geht z. B. auf einen Beschluß des Sekretariats der SED-Bezirksleitung vom 1. Februar 1989 zurück.⁹⁵

Offiziell agierten gegenüber den Betroffenen meist nur die Abteilung Innere Angelegenheiten, Polizei und Staatsanwaltschaft. Die Kontakte des Sicherheitskartells untereinander und die Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit und der SED mußten von den Betroffenen erschlossen werden, da diese meist inoffiziell bzw. konspirativ agierten. Das **Ministerium für Staatssicherheit** (MfS) übernahm dabei offensichtlich die Hauptarbeit.⁹⁶

2.3. *Das MfS*

Eine Darstellung der Opposition in der DDR unter Ausblendung der Stasi ist nicht möglich. Dieser große Apparat der Repression (allein in Leipzig ca. 2.000 Mitarbeiter – ohne die an das MfS angebundene Abteilung 1 der Kriminalpolizei) hat das Denken und Handeln der Gruppen stark beeinflußt.⁹⁷

Eine Analyse dieser Beziehung zwischen Stasi und Opposition (der Funktion der – vermutlich gegenseitigen – Angst und der eigenartigen Symbiose durch die inoffiziellen Mitarbeiter der Stasi in den Gruppen) ist für Leipzig aufgrund des Unterlagenmangels (noch) nicht möglich. Meine punktuellen Beobachtungen zu den IMs habe ich 1991 (Dietrich, 1991) dargelegt. Hier möchte ich nur einige Bemerkungen zu den spezifischen Strategien und Arbeitsweisen des MfS machen.

SBL-Mitte „über den Stand der politisch-ideologischen und organisatorischen Abschlußvorbereitung für den Wahltag am 7.5.1989“, vom 6.5.1989, StaatsArch Leipzig SED N 2601)

93 Am 7.5.1989 fand die sogenannte Wahl statt. Als Protest gegen diese Farce hatten die Leipziger Gruppen zu verschiedenen Aktionen aufgerufen, u. a. zu einer Demonstration auf dem Markt. Dort standen dann die „gesellschaftlichen Kräfte“ in einzelnen Gruppen (mit Regenschirm) und warteten auf Demonstranten (s. unten S. 642).

94 Entschluß des Chefs der BDVP Leipzig zum Ordnungseinsatz am 9. Oktober 1989 (6.10.1989), in: Kuhn (1992), 48–51, 50. In der Kirche waren nach kirchlichen Schätzungen ca. 1.000 „gesellschaftliche Kräfte“ (Chr. Führer in: Löscher/Vogel, 138, Führer (1993): ca. 600). Darunter befanden sich einige Leipziger Professoren (u. a. Held, K. Starke, B. Okun, Neuhaus – Bericht in: Schwabe/Dietrich). S. a. Bericht H. Wagner, in: Jetzt oder nie – Demokratie, 88–90, und M. Werner in: Löscher/Vogel, 139 f.

95 Beschluß Nr. 45/89 (s. oben)

96 Zu nennen ist aus der Vielzahl an Literatur, die in den letzten Jahren erschienen ist: Stasi intern (1991), Gill/Schröter (1991), Fricke (1989)

97 Z. B. gab es eine große Scheu, die eigenen Gedanken aufzuschreiben, um nicht dem MfS Material zu liefern (W. Templin, Die Schere im Kopf, in: Stasi-Akte „Verräter“, Spiegel-Spezial 1/1993, 168–171). Die meisten Aktionen mußten konspirativ (scheinbar wie kriminelle Handlungen) vorbereitet werden, damit sie nicht schon vor dem Start unterbunden wurden.

Die Stasi verfügte über einen der umfassendsten Datenspeicher in der DDR, unterhielt ein großes Netz an geheimen („inoffiziellen“) Mitarbeitern⁹⁸ und technischen Überwachungsmitteln (Wanzen, Videos, Briefkontrollen, Telefonüberwachung...), organisierte Diffamierungen und konnte als MfS oder unter anderem Namen Personen verhaften (MfS-Abt. IX). Das MfS war nicht nur mit Waffen ausgerüstet, sondern auch mit chemischen Kampfstoffen. Es war eine militärische Organisation, die vor allem gegen die Gegner des SED-Regimes operierte.

In Leipzig gab es eine Bezirksverwaltung und zwei Kreisdienststellen (s. Strukturplan Stasi in Leipzig). Die gegen Oppositionelle bzw. Oppositionsgruppen organisierten Maßnahmen wurden vor allem von der Abt. XX (Bezirksverwaltung) bzw. dem Ref. XX (Kreisdienststelle Leipzig-Stadt) durchgeführt bzw. veranlaßt⁹⁹ (s. Strukturplan Abteilung XX¹⁰⁰). Die verschiedenen Leipziger kirchlichen¹⁰¹ Gruppen wurden vom MfS in den achtziger Jahren im Bearbeitungskomplex „Spuk“ bearbeitet. Für die Jahre 1988/89 war jedoch der Komplex „Spinne“ von größerer Bedeutung.¹⁰² Ich vermute, daß er im Zusammenhang mit der Intensivierung öffentlicher Aktionen durch Ausreisearbeitgeber 1987/88 gebildet wurde. Als es nach den Verhaftungen im Januar 1988 in Berlin auch in Leipzig zu Solidaritäts- und Protestaktionen kam, wurde am 26.1.1988 eine spezielle Lagegruppe der Abt. XX eingesetzt¹⁰³, die unter dem Stichwort „Spinne“ die Aktionen des Sicherheitskartells gegen die öffentlichen Aktionen koordinierte und alle Informationen über Teilnehmer an Solidaritätsaktionen oder Protesten nach einem Karteikartenraster sammelte sollte. Hier wurden die Einsätze der verschiedenen „Sicherheitsorgane“ koordiniert und z. B. kurzfristige Ausreisen, Vorladungen von Pfarrern bei Abt. IA oder Verhaftungen von Ausreisewilligen beim Aufsuchen der Abt. IA beschlossen. Die Lagegruppe plante nicht nur den Einsatz von Mitarbeitern der verschiedenen Abteilungen des MfS¹⁰⁴, sondern bezog in ihre Strategien auch Polizei und „gesellschaftliche Kräfte“ ein.¹⁰⁵ Außerdem wurden spezielle

98 Das Bürgerkomitee (Ausstellung: Macht und Banalität) spricht von fast 10.000 allein im Bezirk Leipzig.

99 Die OV- bzw. OPK-führende Dienststelle lag bei einigen Leipziger Oppositionellen jedoch außerhalb, da die jeweilige Dienststelle nach dem Umzug des jeweiligen Betroffenen „den Vorgang“ nicht bzw. später nach Leipzig gaben. Es gab jedoch auch den Fall, daß der Stasi-Mitarbeiter bei Umzug des „bearbeiteten“ Oppositionellen diesem folgte. So R. Große von der KD Borna, der seit 1.1.1988 in der BV Leipzig angestellt war und vor allem Rainer Müller „bearbeitete“.

100 Dietrich (1991)

101 Zumindest Mitte der achtziger Jahre

102 Ab 25.9.1989 unter dem Namen „Biber“ (Arbeitsbuch Major R. Röber – BStU Leipzig 769)

103 Verantwortlich für diese Lagegruppe waren Tinneberg, Cieck, Zeitschel, Oppel (alle Abt. XX) und je ein Vertreter von BKG, AKG, AuE (Arbeitsgruppe der MfS-Bezirksverwaltung Leipzig „Aktionen und Einsätze“) und KD Stadt (Arbeitsbuch XX/Lagegruppe Zeitschel – BStU Leipzig 1161).

104 Z. B. das Abhören der Telefone von bestimmten Personen rund um die Uhr (ebenda)

105 Schmidt (Leiter der KD Stadt) teilte auf der Sitzung der Lagegruppe am 2.3.1988 mit, daß 750 „gesellschaftliche Kräfte“ der Stadtparteiorganisationen „rund um die Uhr“ einsetzbar seien (ebenda).

Einsatzstäbe gebildet, um bestimmte Oppositionelle zu inhaftieren.¹⁰⁶ Ab 1989 kamen die sogenannten „PUT-Beratungen“¹⁰⁷ in der Bezirksverwaltung hinzu. Hier wurden Strategien zur Verringerung des Einflusses der Oppositionsgruppen entwickelt.¹⁰⁸

Als die Demonstrationen sich in Leipzig häuften, übernahm eine zentrale Lagegruppe der Bezirksverwaltung die Organisation der Einsätze. Größere Einsätze wurden nicht nur mit der HA XX abgestimmt, sondern der stellvertretende Minister kam persönlich nach Leipzig.¹⁰⁹ Ab 1989 häuften sich die Großeinsätze, an denen immer mehr Mitarbeiter des MfS direkt beteiligt wurden. Dadurch gab es auch innerhalb der Stasi Spannungen, da die „Genossen“ z. B. wenigstens am 1. Mai frei haben wollten.¹¹⁰

Inhaftierungen wurden nicht nur vom MfS vorbereitet, sondern auch durchgeführt (Abt. VIII und IX, Stasi-Untersuchungshaftanstalt in der Beethovenstraße....).

2.4. Die Vorbereitungen auf Spannungssituationen

Der Nationale Verteidigungsrat und die Bezirks- bzw. Kreiseinsatzleitungen (BEL bzw. KEL) waren die Befehlsebene zur Absicherung der „Landesverteidigung“. Laut Statut der Einsatzleitungen (1981) gehörten zur BEL:

Vorsitzender: 1. Sekretär der SED-BL

Vertreter des Vorsitzenden im Amt: 2. Sekretär der SED-BL

Mitglieder: Leiter der Bezirksverwaltung des MfS, Chef des Volkspolizeibezirksamtes, Vorsitzender des Rates des Bezirkes, Leiter der Abteilung Zivilverteidigung bei der SED-BL, Leiter der Abteilung Sicherheitsfragen der SED-BL. Analog setzte sich auch die KEL zusammen.¹¹¹ Die Einsatzleitungen kümmerten sich um die „bewaffneten Organe“, das heißt sie legten die Soll-Zahlen fest, kontrollierten die Rekrutierung von **Armee**, Polizei, **Kampfgruppen**, MfS und **Zivilverteidigung** und legten Maßnahmen zur Absicherung der „Wehrbereitschaft“ fest. Sie leiteten Manöver und waren für

106 So z. B. die am 14.11.88 eingesetzte Arbeitsgruppe unter Leitung von Leutnant Wittig zur „strafrechtlichen Vorbereitung gegen“ Rainer Müller, Gesine Oltmanns und Thomas Rudolph (Arbeitsbuch Zeitschel, – BStU Leipzig 1031).

107 PUT stand für „politische Untergrundtätigkeit“, s. Besier/Wolf 432 f. Nach der Liste von Eppisch (Erster Stellvertreter des Leiters der Bezirksverwaltung) gehörten am 12.1.1989 u. a. folgende Gruppen dazu: IGL, AGM, AKSK Leipzig, AKG, Trägerkreis KOZ, AGU, AK „Bausoldaten“, AK „Frieden“, AK „Gerechtigkeit und Ökumene“, AK „Friedensdienst“, IG „Neues Denken“ (Arbeitsbuch Zeitschel, BStU Leipzig 1163).

108 Als deren Ziel gab der Erste Stellvertreter des Leiters der Bezirksverwaltung, Eppisch, am 12.1.1989 die „'gewaltlose' Eingliederung DDR – BRD“ an (ebenda).

109 So war z. B. G. Neiber Anfang Mai 1989 in Leipzig (Arbeitsbuch Conrad – BStU Leipzig 1137).

110 So z. B. Anfang Mai 1989 (Arbeitsbuch Conrad – BStU Leipzig 1137). Auch die Urlaubsregelungen wurden 1989 verschärft. VP-Angehörige, die an den Montagen frei hatten, bekamen für Montagabend Innenstadtverbot, was ebenfalls zu Spannungen führte.

111 Stasi intern, 87–91

„die Mobilmachung im Territorium“ zuständig, außerdem für die Organisation des „Vorbeugungskomplexes“, der u. a. die Einrichtung von Internierungslagern vorsah.¹¹² Wie der Sonderausschuß zur Untersuchung von Amts- und Machtmißbrauch infolge der SED-Herrschaft beim Sächsischen Landtag nachgewiesen hat, verlagerte sich die Orientierung der Einsatzleitungen in den achtziger Jahren immer stärker auf „Überwindung innerer Spannungsperioden“.¹¹³ Die Manöver der achtziger Jahre hatten immer häufiger Auseinandersetzungen mit der eigenen Bevölkerung zum Gegenstand.¹¹⁴ Die Einsatzleitungen bereiteten sich offensichtlich auf bürgerkriegsähnliche Zustände vor. Außerdem waren sie neben den SED-Leitungssekretariaten zentrale Gremien zur Einschätzung der Lage. So befaßten sich die Einsatzleitungen im Sommer 1989 mit der Entwicklung der Ausreiseartragstellung im Territorium.¹¹⁵ Stasi-Minister Mielke hatte als Direktive für den „Verteidigungszustand und in Spannungsperioden“ festgelegt, daß Personen, „die unter dem begründeten Verdacht stehen, staatsfeindliche Handlungen zu begehen, zu dulden oder davon Kenntnis zu haben“, „schlagartig und in kürzester Frist“ festzunehmen sind. Außerdem seien Personen, „die unter dem begründeten Verdacht stehen, durch ihre Handlungsweise gegen die Interessen der Sicherheit der DDR und ihrer Verteidigungsbereitschaft zu verstoßen“, zu isolieren.¹¹⁶ Es läßt sich zeigen, daß die Einsatzleitungen diese Festnahmen, Isolierungen und vermutlich auch Liquidationen¹¹⁷ zu organisieren hatten. Wie verschiedene Übungen und Listen¹¹⁸ von zu isolierenden Personen zeigen, waren diese Maßnahmen gegen Oppositionelle geplant¹¹⁹ und wurden im Herbst 1989 teilweise auch durchgeführt.¹²⁰

112 Stasi intern, 92–95 und Zwischenbericht des Sonderausschusses zur Untersuchung von Amts- und Machtmißbrauch infolge der SED-Herrschaft beim Sächsischen Landtag, vom 27.5.1993

113 Zwischenbericht..., 21

114 Z. B. Bericht M. Gerlach, in: Kuhn (1992), 44 f.

115 Zur BEL s. Stasi intern, 89–91; zur KEL z. B. Arbeitsbuch Sabatowska 19.6.1989, Seite 23b-27 b (StadtArch ZR Nr. 8951) und Information für BEL vom Rat des Bezirkes (29.5.1989) „Erste Ergebnisse bei der Umsetzung der Verordnung über Reisen von Bürgern der DDR nach dem Ausland (RVO)...“ (beim Autor).

116 Mielke, Direktive 1/67, Anlage 1 und Durchführungsbestimmungen, Zitat nach: Zwischenbericht, 17

117 Zwischenbericht..., 24 f.

118 Liste der KD Leipzig mit dem Titel „Im Rahmen des Vorbeugungskomplexes zuzuführende Personen, die dem Politischen Untergrund zuzuordnen sind“ (vom 9./11.10.1989 – „Archiv Bürgerbewegung“, Hefter Internierungslager Leipzig), dort werden 121 Personen aufgeführt. Eine ähnliche Liste ist vermutlich auch von der BV Leipzig zusammengestellt worden (s. a. Presse-Erklärung Th. Rudolph vom 5.6.1992 – ebenda).

119 Als Begründung wurde bei fast allen der aufgeführten Personen angegeben, daß sie in OPKs bzw. OV's „bearbeitet“ wurden, als Demonstranten oder als Sympathisanten des „Neuen Forum“ aufgefallen waren.

120 Versuchte Schließung der Grenze nach der CSSR für potentielle „Republikflüchtige“ in den ersten Tagen des Oktober 1989 und die Verhaftung von ca. 1.300 Personen allein im Bezirk Dresden. s. Zwischenbericht..., 24.

Im Herbst 1989 war für die DDR-Führung die Spannungssituation gegeben, so daß zu dieser Zeit das eigentliche Befehlszentrum in den Einsatzleitungen lag. Der ehemalige Leiter der

Als die DDR-Oppositionsgruppen dazu übergingen, landesweite politische Gruppierungen zu bilden und in Polen, Ungarn und der Sowjetunion die Reformen auch eine Beteiligung von Oppositionellen an der Macht nicht mehr ausschlossen, begann sich die strategische Orientierung des Sicherheitskartells zu wandeln. War man Anfang der achtziger Jahre dazu übergegangen, einen Krieg in Mitteleuropa für die nächste Zukunft auszuschließen, so sprach Mielke im April 1989 davon, daß die Kriegsgefahr nicht eingedämmt sei.¹²¹ Zu der Fastenaktion dreier Leipziger Oppositioneller im August 1989 gegen die DDR-„Leibeigenschaft“¹²² sagte Mielke, daß sie „fast einen Krieg führen wollten“.¹²³ Am 26.9.1989 befahl Honecker als Chef des Nationalen Verteidigungsrates die Herstellung der „Führungsbereitschaft“ der Einsatzleitungen.¹²⁴ Dies war der erste Schritt für eine mögliche Mobilmachung. In der Folge wurde auch der Einsatz von Militär (am 9.10.¹²⁵) gegen Demonstranten geplant.¹²⁶

3. Gruppen in Leipzig

3.1. Die spezifische Situation in Leipzig

Kurt Drawert hat sich mit einem Essay „Haus ohne Menschen“¹²⁷ von Leipzig verabschiedet, indem er die Brüchigkeit dieser Stadt zusammenfaßt: „Diese Stadt ist ein einziger Metastasenorganismus, der sich selber erledigt und in das größte Entsorgungsproblem aller Zeiten einmündet.“ Helmut Zwahr hat seinem Buch über die Revolution in Leipzig den Titel „Ende einer Selbstzerstörung“ gegeben. Diese Bilder und Beobachtungen waren bestimmt auch auf andere

Stasi-Bezirksverwaltung Leipzig, Dr. M. Hummitzsch, behauptete 1990: „In Leipzig gab es eine dynamische Entwicklung. In der letzten Phase vor der Wende hat die Einsatzleitung permanent getagt. Seit Hackenberg als Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung amtierte [seit dem 22.8.1989 – C. Dietrich], fast täglich. Im Normalfall war die politische Einschätzung der Partei das Entscheidende. Aber nach dieser verhängnisvollen Entwicklung verschob sich die Priorität zugunsten des MfS, also praktisch zu meinen Einschätzungen.“ (Rieger/Schwarz/Schneider, 218, s. a. Kuhn (1992), 41 u. ö.)

121 Mielke auf Dienstberatung mit Leitern der Bezirksverwaltungen, so Bericht am 12.5., in: Arbeitsbuch Conrad (BStU Leipzig 1137)

122 In der Erklärung hieß es u. a.: „Beim aufmerksamen Hören – Sehen – Empfinden in diesem Land, beim Erleben seiner Menschen und des Sich-Selbst-Erlebens mit all seinen Abhängigkeiten, Konfrontationen, Zwängen, Ängsten, Beschneidungen und dem damit fehlenden Spielraum an Möglichkeiten in der eigenen Persönlichkeit, drängt sich der Vergleich einer Leibeigenschaft auf.“ (Dietrich (1991), 37)

123 Mitter/Wolle, 138

124 Befehl 8/89, abgedruckt in: Przybylski (1992), 367–369

125 S. Kuhn (1992)

126 Die Kampfgruppen wurden schon vor dem September 1989 eingesetzt, so z. B. zur Absicherung der „Maimanifestation“ am 1.5.1989. Am 2.10.1989 kamen 3 Hundertschaften in Leipzig zum Einsatz. S. a. Dok. 123 in: Besier/Wolf, 608

127 Der Spiegel 27/47 (5.7.1993), 149–151

Städte in der DDR übertragbar, doch in Leipzig hatten sich die verschiedenen Symptome symbolisch verdichtet. Am markantesten war der Abriß der gotischen Universitätskirche, die wie durch ein Wunder die großen Zerstörungen Leipzigs im Weltkrieg überlebt hatte und 1968 der sozialistischen Stadterneuerung weichen mußte. Gegen diese „Kulturrevolution“ gab es einen breiten – jedoch erfolglosen – Protest. Als privates Symbol dieses Protestes konnte man noch 20 Jahre später Bilder dieser Kirche in den Wohnzimmern vieler Leipziger finden. Die sozialistische Stadtgestaltung wurde als Teil einer umfassenden Zerstörung bürgerlicher Kultur erlebt, die sich nicht nur im Abriß von Bürgerhäusern und damit im Auseinanderreißen von Nachbarschaftsbeziehungen, sondern auch im Abriß bürgerlicher Monumente (Ruinen des Gewandhauses, des Augusteums oder der großen Bildergalerie) äußerte.¹²⁸ Dazu kam der Niedergang zweier Domänen der Stadt: des Pelzhandwerks und -handels und des Buchdruckgewerbes. Eine ähnliche „Zerstörung“ der bürgerlichen Kultur fand an der Universität durch die Vertreibung von Ernst Bloch¹²⁹ und Hans Mayer¹³⁰ Anfang der sechziger Jahre statt. In den siebziger und achtziger Jahren kam zur Zerstörung der Verfall hinzu. Die Baukapazitäten wurden in den Wohnungsneubau am Rande der Stadt verlagert und ganze Gründerzeitwohnviertel dem Verfall preisgegeben. Die Stadt, die um die Jahrhundertwende blühendes Zentrum der mitteldeutschen Industrialisierung war, wurde immer trostloser.¹³¹ In die Erneuerung der Industrieanlagen wurde kaum investiert. Es wurde auf „Verschleiß gefahren“. Die Infrastruktur verrottete. Es entstanden Industrierüsten. Der Abbau der Braunkohle wurde intensiviert, und die Tagebaue erreichten 1981 die Stadtgrenze. Das Grundwasser wurde abgesenkt und brachte u. a. den einmaligen Biotop Auewald in Gefahr. Die Pleiße, einer der städtischen Flüsse, wurde unter die Erde verbannt, (u. a. wegen seines Gestankes).

Die Wohnbedingungen wurden unerträglich. Nicht nur, daß Häuser, die aus Trümmerziegeln errichtet wurden, immer noch keinen Putz erhalten hatten, viele der Notdächer der späten vierziger Jahre wurden undicht. Die Tauben nisteten sich ein und übertrugen Taubenzecken. Immer mehr Häuser wurden unbewohnbar. Im Bogen der Braunkohlentagebaue gelegen, wurden

128 Hoquéel (1990), Topfstedt (1993)

129 Ernst Bloch (1948–1961 in Leipzig) leitete eine Hegelrezeption in der DDR ein (Zimmerli (1984)), die verschiedene Intellektuellen-Zirkel und spätere Parteigründer noch 30 Jahre später beschäftigte (M. Gutzeit, M. Meckel, E. Richter).

130 Hans Mayer (1948–1963 in Leipzig), bei ihm hörten u. a. Uwe Johnson, Christa Wolf, Volker Braun und Götz Friedrich.

131 Auf dem Stichpunktzettel zur Vorbereitung eines Gesprächs mit Bischof Hempel nach der Absetzung der von den Gruppen gestalteten Friedensgebete (September 1988) notierten G. Oltmanns und A. Radicke als einen Grund ihres Engagements: „Wir glauben im Falle Leipzigs von einer beginnenden Verslumung mancher Stadtgebiete sprechen zu können. Die Menschen unseres Landes leiden unter diesen Auswirkungen, aber durchschauen die Komplexität der ökonomischen, sozialen, politischen und psychischen Realität zum überwiegenden Teil nicht.“ (Dietrich/Schwabe)

immer mehr Kulturlandschaften Opfer des Tagebaues. Durch Kohlekraftwerke, schwermetalloverarbeitende und chemische Industrie (Leuna, Bitterfeld, Leipzig, Böhlen, Espenhain) waren Boden, Wasser und Luftverschmutzung in Leipzig augenscheinlich. Spätestens die Gesundheitsprobleme der Kinder (Pseudokrupp, Ekzeme)¹³² wurden zu einem Fluchtgrund. Obwohl das Fliehen nicht einfach war, wurden die Einwohner der Stadt, für die die Stadtplaner mit 750.000 Einwohnern rechneten¹³³, immer weniger. Zuletzt waren es 530.000 Einwohner, fast 70.000 weniger als 1970, und das, obwohl es in der DDR eine breite Fluktuation vom Land in die Stadt gab.¹³⁴

Leipzig war *die* Messe-Stadt der DDR. Zweimal im Jahr sollte die Stadt zur Ost-West-Drehscheibe werden und ihre Provinzialität abstreifen. An vierzehn Tagen im Jahr gab es in der Stadt Waren, die sonst kaum in den Geschäften auslagen. DDR-Bürger konnten sich auf den Messe-Ständen ansehen, wie groß die Differenz zwischen Weltmarkt und DDR-Wirtschaft war und welche Produkte ein einheimisches Geschäft nie verkaufte, obwohl die Waren „Made in GDR“ waren. Zur Frühjahrmesse konnte man in Büchern blättern, die in Bibliotheken nicht öffentlich zugänglich waren. So wie die besonderen Berlin-Regelungen waren auch die Messe-Einreise-Regelungen in gewisser Weise ein Loch in der Mauer.¹³⁵ Zur Messe konnten Westdeutsche mit etwas geringerem bürokratischem, aber höherem finanziellem Aufwand als sonst in der DDR einreisen. Dies nutzten nicht nur Geschäftsleute, sondern auch Westdeutsche, die versuchten, ihre Einreisesperren zu umgehen oder den „deutsch-deutschen Austausch“ förderten. Die SED-Spitze traf sich mit Politikern anderer Staaten, und Journalisten waren gern gesehen. So wurde Leipzig zur Messe vielfältiger „Treffpunkt“¹³⁶, der durch mehrere hundert Journalisten in den späten achtziger Jahren eine internationale Beachtung fand.¹³⁷

Die „Hochkultur“ der Stadt feierte (Messekonzerte der Thomaner, Premieren in der Oper, Konzerte im Gewandhaus, Lesungen von Autoren zur Buchmesse, Vorträge in der Nikolaikirche zum „Messemännertag“...). Zur Messe gerieten die sozialistisch genormten Preise („Messepreise“) durcheinander. Studenten, die einen guten Messejob fanden, konnten während der beiden

132 P. Winterstein (Leipziger Facharzt f. Kinderkrankheiten), Luftbelastung und Erkrankungen der Atmungsorgane bei Kleinstkindern in Leipzig, in: ARCHE NOVA 1 (Juli 1988), 20–23 (ABL Box 9); Bezirkskhygieneinspektion und Hygiene-Institut Leipzig, Jahresbericht Lufthygiene 1989, Leipzig 1990

133 So zumindest 1952 (Topfstedt 1993, 82)

134 K. Belwe, Migration in der DDR, in: „Deutschland Archiv“ 5/1987, 515–530

135 M. Jankowski ließ seinen satirischen Text „Während der Leipziger Herbstmesse“, den er bei seinen Konzerten 1988 vortrug, mit dem Satz enden: „Die Sprache der Restaurants schwilt an zum deutschdeutsch.“ („Streiflichter“ 20.9.1988)

136 So die Stasi-Bezeichnung für die umfangreiche Kontrolle der Messe durch das Sicherheitskartell

137 Zur Herbstmesse 1989 waren 221 Korrespondenten (einschließlich Techniker) aus nichtsozialistischen Ländern akkreditiert (BStU ZAIG 4598, 42).

Messen genausoviel verdienen, wie ihnen in einem Jahr an Stipendium gewährt wurde. So bildete sich hier in einem besonderen Maße die „zweite Wirtschaft“ („Fliegende Händler“, Schiebereien mit Mangelwaren, Antiquitätenhandel, private Zimmervermietung, nicht versteuerte Manufakturen, Prostitution, Devisenhandel) heraus.

Als kulturelles Zentrum im Süden der DDR und als Hochschulstadt (Universität, Musikhochschule, Literaturinstitut „Johannes R. Becher“, Hochschule für Grafik und Buchkunst, Theater-Hochschule „Hans Otto“; Theologisches Seminar) hatte Leipzig eine große Ausstrahlung auf den Südosten der DDR („geheime Hauptstadt der DDR“ – U. Johnson). Jugendliche, die aus dem Sozialisationskartell ausbrachen, zog es in die großen Städte, dorthin, wo „was los ging“ und sie den Schutz und die Unterstützung der Gleichgesinnten fanden.¹³⁸

3.2. *Die Leipziger Opposition bis Mitte der achtziger Jahre*

Für Leipzig lassen sich ähnlich wie für die gesamte DDR¹³⁹ verschiedene Traditionslinien der alternativen Gruppen ausmachen:

- a) Wehrdiensttotalverweigerer- und Bausoldatengruppen,
- b) die im Reflex auf die staatliche Zensur politisch orientierte Kulturszene,
- c) konspirative linke Zirkel,
- d) die alternative Jugendszene und „Offene (Jugend-) Arbeit“ der evangelischen Kirchen.

Dazu kamen ab Ende der siebziger Jahre

- e) verschiedene Umweltgruppen und
- f) Emanzipationsgruppen.

Vergleicht man die einzelnen Gruppen, so finden sich immer wieder Theologiestudenten unter den „Gruppengründern“ (AG „Umwelt“, AK „Gerechtigkeit und Ökumene“, AK „Gerechtigkeit“, AK „Abgrenzung“, AK „Solidarische Kirche“), oder unter den führenden Gruppenmitgliedern (AK „Friedensdienste“: H. Bächer).

a) In Leipzig gab es seit den sechziger Jahren einen zeitweise sehr aktiven „Arbeitskreis Friedensdienst(e)“. In diesem Arbeitskreis trafen sich vor allem Bausoldaten und Wehrdienstverweigerer. Anfang der achtziger Jahre organisierte dieser Kreis gemeinsam mit anderen Friedensgruppen („Regionalkreis der Bausoldaten/Wehrdienstverweigerer“, Friedenskreis bei der Evangelischen Studentengemeinde), die im Zusammenhang mit der Einführung des Wehrunterrichtes und der Nachrüstungsdebatte entstanden waren, Leipziger

¹³⁸ A. Grunenberg (1990), 122

¹³⁹ Pollack (1994), 23 ff.

Friedensseminare, die weit über Leipzig hinaus an Bedeutung gewannen. Der AK „Friedensdienst“ und einige in der Jugendarbeit tätige kirchliche Mitarbeiter führten nach der „Friedensdekade“ 1981 (Aufnäher „Schwerter zu Flugscharen“) wöchentlich in der Nikolaikirche Friedensgebete durch.¹⁴⁰ Das Ziel war, sich wöchentlich zu Liedern, Informationsaustausch und Gebet an einem öffentlichen Ort zu treffen.¹⁴¹ 1983 kam es nach Friedensgebeten und vor der Dokumentations- und Kurzfilmwoche zu Kerzendemonstrationen, bei denen mehrere Jugendliche verhaftet wurden und Haftstrafen von bis zu 2 Jahren erhielten.¹⁴²

b) In Leipzig war die Musikgruppe Renft¹⁴³ zu Hause, die spätestens nach der Verhaftung einiger ihrer Mitglieder ein wichtiges Symbol der Opposition wurde. Ihr Manager M. Klotz (verh. Klaus) hat in den siebziger Jahren in Leipzig nicht nur junge Musiker gefördert, sondern auch die politisch-alternative Kultur. Daneben gab es verschiedene weitere Anlaufpunkte einer jungen Künstlergeneration, die sich immer stärker dem Sozialisationskartell verweigerte. Es entstanden Künstler-Zirkel, die Mitte der achtziger Jahre zur Herausbildung einer größeren – auf „Unabhängigkeit“ bedachten – Kulturszene führten.¹⁴⁴ Sie fand ihren Ausdruck in verschiedenen Ausstellungen (z. B. „Leipziger Herbstsalon“ 1984), verschiedenen Künstlerzeitschriften („Anschlag“, „Zweite Person“, „GLASNOST“, „Sno Boy“) und in der eigenständigen Galerie „Eigen+Art“ (1986 gegründet). Für die Jugendkultur im Leipziger Raum von großer Bedeutung wurden Ende der siebziger Jahre außerdem unabhängige Folkgruppen.

c) Die konspirativen linken Zirkel (nach 1968) haben wohl öffentliche Aktionen gestartet (Parolen an Straßenbahnen oder z. B. am Völkerschlachtdenkmal), jedoch das Sicherheitskartell hat es vermocht, eine „Öffentlichkeitswirksamkeit“ zu verhindern. Zu nennen ist hier vor allem die Gruppe um H. Saar, deren Mitglieder 1978 u. a. wegen der Verteilung einer Aufsatzsammlung zu R. Bahros „Alternative“ zu ca. 6 Jahren Haft verurteilt wurden.

Außerdem gab es in Leipzig einige Intellektuellenkreise, die sich mit philosophischen und soziologischen Fragen der Herrschaftsausübung im sozialistischen System beschäftigten (Gruppe „Herrschaft und Dissens“ um

140 Solche Friedensgebete gab es damals auch u. a. in Jena und Rostock.

141 Die Initiatoren waren vor allem der Theologiestudent Heinz Bächer, der Grafik-Student Lutz Stellmacher, der Gemeindehelfer der Thomaskirche Joachim Döring und der Katechet Günther Johannes (Schwabe/Dietrich).

142 Kaufmann/Mundus/Nowak, 203–211; ai, Deutsche Demokratische Republik, 59, s. a. Der Spiegel Nr. 49/83 (5.12.1983), S. 52. Die Betroffenen waren u. a. Mitglieder der IHN.

143 Von ihr erschienen (1973/74) zwei LPs in der DDR.

144 Folgende Aufzählung ist fast zufällig (persönliche Erinnerungen): T. Böhme, M. du Chesne, A. Endler, B. Igel, A. Hanske, H. Härtl, F. Heinze, W. Hilbig, P. Hinke, G. Huniat, H. Jackisch, M. Hoch, D. Kalka, A. Klüssendorf, W. Krause-Zwieback, G. H. Lybke, G. Neumann, D. Oltmanns, A. Reimann, K. Saab, T. Zische, K. Wieckhorst.

H. Wagner Mitte der siebziger Jahre). Für die Entwicklung der politisch-alternativen Gruppen von Bedeutung war außerdem ein Intellektuellenkreis zu Gesellschaftsfragen (Frankfurter Schule u. a.). An den Treffen nahmen auch Oppositionelle aus anderen Städten (Berlin, Naumburg) teil.

d) In Leipzig artikulierten Jugendliche schon früh ihren Protest gegen die Freiheitsberaubung durch das Sozialisationskartell. Der Widerstand gegen das Verbot der Beatmusik und ihrer Kultur (z. B. lange Haare) führte 1964 am Leuschnerplatz zu einer spontanen Demonstration, die brutal niedergeknüppelt wurde.¹⁴⁵ So suchten auch in Leipzig Jugendliche immer wieder bei den Kirchgemeinden nach einem alternativen Kulturangebot (in den sechziger Jahren u. a. „Gottesdienst einmal anders“). Die offizielle Freizeitkultur war in den späten siebziger Jahren in Leipzig besonders unterentwickelt, so daß eine große Gruppe Jugendlicher Veranstaltungen außerhalb Leipzigs aufsuchte.¹⁴⁶ Besonders beliebt waren Veranstaltungen von Musikfolkloregruppen auf den Dörfern, bei denen „historisches Material zur politischen Anspielung auf Gegenwärtiges“ benutzt wurde.¹⁴⁷ Hinzu kamen Volkstanzfeste in der Leipziger Kongreßhalle.

Außerdem wurden kirchliche Räume, in denen die Jugendlichen verhältnismäßig selbständig agieren konnten, zu wichtigen Treffpunkten (Michaeliskeller, Offener Keller Mockau). Besonders hervorzuheben ist dabei die Arbeit mit den Leipziger Punks durch kirchliche Mitarbeiter in Mockau. Außerdem waren verschiedene Junge Gemeinden (Jugenddiakone) und Hauskreise Vorstufen politisch aktiver Gruppen.¹⁴⁸

Da es in Leipzig eine Vielzahl von „ausgewohnten“ Häusern gab, bildete sich eine breite Hausbesetzer-Szene.¹⁴⁹ Dabei entstanden jeweils für eine kurze Zeit selbstverantwortete Kommunikationszentren (Cafés, Probebühnen). Durch das Eingreifen des Sicherheitskartells erregten sie immer wieder Aufsehen.¹⁵⁰

e) 1980/1981 bildeten sich in Leipzig einige Umweltinitiativen, die das Terrain möglicher Reformen in der DDR auszutesten versuchten. Dabei bestanden von Anfang an enge Kontakte zwischen Gruppen, die eine offizielle Einbindung versuchten (Kulturbund), und kirchlichen Gruppen (vor allem beim Jugendpfarramt). Enge Zusammenarbeit gab es außerdem mit

145 S. den Bericht in: Loest 1979.

146 Die folgenden Beobachtungen stützen sich auf Berichte von zwischen 1960 und 1970 geborenen Leipzigern, die in den alternativen Gruppen mitwirkten (s. a. Fred Kowasch, Abriß der Ereignisse in Leipzig und der DDR in den achtziger Jahren [Febr. 1989] – ABL Hefter 1956/8 und R. Kühn (1990).

147 S. Gööck, in: Lieberwirth, 233

148 Besonders die Junge Gemeinde um den Diakon Hans-Joachim Döring an der Thomaskirche (1980/82)

149 Haase u. a., 28 f.

150 Z. B. am 28.3.1981, als die Polizei 94 Jugendliche verhaftete, die sich in einem leerstehenden Haus in Leipzig-Lindenau gemeinsam die Fernsehsendung „Rockpalast“ ansahen (Kaufmann/Mundus/Nowak (1993), 137–142)

dem Kirchlichen Forschungsheim in Wittenberg (P. Gensichen; z. B. „Mobil ohne Auto“). Zusammen mit dem Christlichen Umweltseminar Rötha und anderen Umweltgruppen wurden Umweltgottesdienste in der Nähe der größten Dreckschleudern (z. B. in Mölbis und Deutzen) gestaltet. Die Umweltgruppen arbeiteten sehr themenorientiert. Sie kümmerten sich um Daten der Umweltbelastung, um das sozialistische „Umweltrecht“ oder um Fragen der individuellen Lebensführung. Besondere Themen waren: Fahrradwege in der Stadt, Mülldeponien, Luft- und Wasserverschmutzung, Rekultivierung der Tagebaue, Erhalt der Auenlandschaft u.v.m. Nicht umfassende Veränderungen des politischen Systems waren dabei das Ziel, sondern durch Aufklärung bzw. „Bewußtseinsbildung“ und Gespräche mit den Verantwortlichen sollte der Umwelterstörung Einhalt geboten werden.¹⁵¹

f) Anfang 1983 versuchte eine Leipziger Frauen-Gruppe (u. a. P. Lux), ein Frauenzentrum einzurichten bzw. zu beweisen, daß dies in der DDR nicht möglich war.

Außerdem gab es in Leipzig (anfangs bei der Evangelischen Studentengemeinde – ESG) einen Arbeitskreis Homosexualität.

3.3. *Soziologische Beobachtungen zur Leipziger Opposition*

Zu den Leipziger Gruppen liegen mir vier soziologische Studien (Pollack 1989 = A, Elvers/Findeis 1990a+b = B, Unterberg 1991 = C, Pollack 1994 = D) vor, deren empirische Basis jedoch verhältnismäßig schmal ist.¹⁵² Ihre Ergebnisse möchte ich kurz referieren.

In Leipzig gab es Anfang 1989 ca. **25 politisch-oppositionelle Gruppen**¹⁵³ (C 26; Findeis spricht von ca. 20; 91), in denen ca. 300 Personen engagiert waren (Findeis 94). Die Zahl der Mobilisierungsträger war jedoch weitaus geringer (ebenda). Das **Durchschnittsalter** in den Gruppen war 1989 25 Jahre (C 75: 25,3 Jahre; Bb 98 f.: bis zu 30 Jahre). Die Durchschnittsgröße wird mit knapp 15 Personen angegeben (Ba 22). Die **Qualifikation** der Gruppenmitglieder lag deutlich über dem Durchschnitt (73 % hatten Abitur, Diplom oder Fachschulabschluß – C 72, so auch Ba 23). Bei den **Berufen** waren Studenten (C: 33 %) und soziale Berufe („Humandienstleistungen“,

151 1985/86 erarbeiteten Mitglieder eine Studie „Umweltschutz im Haushalt“, die innerkirchlich vervielfältigt wurde. Auf diese 32-seitige Veröffentlichung verwiesen nicht nur Kirchenzeitungen, sondern u. a. auch „Stimme der DDR“ („Streiflichter“ Nr. 35).

152 A – sporadische Befragungen; B – 31 Interviews, jedoch nicht nur Leipziger; C-Fragebogen und Leitfadenterviews bei 15 Leipziger Gruppenvertretern und 15 weiteren ehemaligen Mitgliedern des „Neuen Forum“; D – beruht auf B

153 Zu nennen sind: IHN, Regionalgruppe des AKSK, Bezirksgruppe der „Aktion Sühnezeichen“ (ASZ), AKG, IGL, AGF, AGM, AGU, AG“ Wehrdienstfragen“, Friedenskreis Gohlis, AK „Abgrenzung“, AK „Gerechtigkeit und Ökumene“, „Frauen für den Frieden“, Friedenskreis der ESG, Friedenskreis Grünau/Lindenau, Arbeitsgruppe „Konziliarer Prozeß im Vorschulalter“, Offene Arbeit Mockau, Arche, AK „Treff für Haftentlassene“, „Dialog-Gruppe“, Rosenthalkreis, KOZ-Trägerkreis.

C: 33 %) deutlich überrepräsentiert. Viele der Gruppenmitglieder war bei der Kirche angestellt bzw. studierten an der Kirchlichen Hochschule (C 71). Aufgrund eines möglichen Vergleichs mit den Beschreibung der Neuen Sozialen Bewegungen (NSB)¹⁵⁴ wird immer wieder vermutet, daß vorrangig in der Gesellschaft marginalisierte Personen Mobilisierungsträger der Gruppen waren (C 73 f.). Nach Pollack (D 67) ist es jedoch falsch, anzunehmen, daß sie die Mehrheit unter den Gruppenmitgliedern gebildet hätten.

Als mögliche **Motivationen** zur Mitarbeit in den Gruppen gab Pollack 1989 vier zentrale Motive an (A 129): subjektive Betroffenheit, Bedürfnis nach Kommunikation über gesellschaftliche Probleme, Streben nach Autonomie und Neugier bzw. das Gefühl, wenn man nicht in einer Gruppe ist, etwas verpassen zu können. Elvers/Findeis sistierten dagegen darauf, daß das Hauptmotiv gewesen sei, gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen (Bb 98; so auch C 80: 87 %). Als Grund wurden vor allem Rechtsprobleme (Rechtssicherheit, Menschenrechte, Mangel an Demokratie und Öffentlichkeit) genannt. Wie die Interview-Auswertung zeigt, war das Bedürfnis nach „psychischer und kognitiver Aufarbeitung“ (A 129) der gesellschaftlichen Probleme dem Streben nach gesellschaftlicher Veränderung untergeordnet (Ba 21, D 70). Als Ursprung dieses Handlungsdruckes nannten die Interviewten vor allem die „Dominanz staatlicher Machtstrukturen“ (Ba 19: 50 %). Als biographischen Ursprung des Wunsches nach Veränderung wurden von zwei Dritteln der Befragten Schlüsselereignisse (Einmarsch in Prag, Terror des MfS, demütigende Erfahrungen in Armee oder Massenorganisationen, Raketenstationierung 1983/84) genannt (Ba 21; C 80). Nur 20 % der Befragten leiteten ihre Motivation auch von globalen Problemen (Weltwirtschaftsordnung) her (Bb 98).

Die Studie von Elvers/Findeis (s. a. D) versucht außerdem noch Ziele, **Handlungsmittel**, Binnenstrukturen und Außenkontakte der Gruppen zu untersuchen. P. Unterberg hat dies nicht zum Inhalt seiner soziologischen Untersuchen gemacht. Elvers und Findeis weisen darauf hin, daß ein Schwerpunkt der Aktivitäten der Gruppen innerhalb der Kirchen lag (Ba 37, 59 ff.). Da es in der geschlossenen Gesellschaft keine politische Öffentlichkeit gab, versuchten die Gruppen zuerst an den innerkirchlichen Kommunikationsstrukturen zu partizipieren. Ihr Ziel waren jedoch gesellschaftliche Veränderungen, so daß sie immer wieder aus der Kirche herausdrängten. Nach D. Pollack konnten die Gruppen jedoch „nur im Raum der Kirche“ agieren (D 76). Dennoch agierten die Gruppen auch außerhalb der Kirche. Dabei spielten symbolische Aktionen eine zentrale Rolle (Bb 100). Elvers/Findeis meinen, daß symbolische bzw. „direkte Aktionen“ (Demonstrationen) implizierten, daß thematische bzw. konzeptionelle Arbeit einen relativ geringen Wert in der Gruppe einnahmen

(ebenda). Pollack interpretiert die symbolischen Aktionen (Baumpflanz- oder Fastenaktionen) als Ausdruck der „Spannung zwischen Handlungsbegrenzung und Handlungsantrieb“, der letztlich schon den „resignativen Verzicht auf die strukturelle Veränderung der Gesellschaft“ beinhaltet (D 79).¹⁵⁵ Als weiteren Ausdruck dieser Spannung zwischen Handlungsbegrenzung und -antrieb nennt Pollack konspirative Handlungen, die angeblich dem politischen Ziel zuwiderliefen (D 80). Auch er meint, daß es einen Zusammenhang zwischen den politischen Zielstellungen und den gewählten Mitteln gab: je weitergehender – desto unbedachtere (expressive) Aktivitäten. Beobachtet D. Pollack einen ausgesprochen taktischen Einsatz der Mittel, so meint er doch, daß einige spektakuläre Aktionen eher dem Profilierungs- als dem Veränderungsbedürfnis geschuldet gewesen seien – eine Behauptung, die er nicht belegt und die sich z. B. auch für Leipzig in den späten achtziger Jahren nicht belegen läßt.

Die weiteren Ergebnisse der Untersuchungen von Elvers/Findeis und Pollack (Binnenstrukturen, Außenkontakte der Gruppen, religiöse Motivation) beruhen im starken Maße auf Berliner und nicht nur auf Leipziger Material. Die Frage der **Binnenstrukturen** möchte ich aber dennoch kurz referieren und daran eigene Beobachtungen anschließen.

D. Pollack meint, daß die Gruppenbiografien im allgemeinen einem Grundmuster folgten. Zu Beginn gab es ein atmosphärisches Hoch, dem aufgrund des Mißerfolges eine Krise folgte. Die dritte Phase soll dann die entscheidende gewesen sein: entweder es wurde ein rationales Handlungskonzept gefunden, oder die Gruppe fiel auseinander bzw. wurde unpolitisch (D 83). Zum Zusammenhalt der Gruppen führten nicht nur gemeinsame politische Interessen, sondern auch persönliche Beziehungen und Freundschaften. „Sie traten gewissermaßen an die Stelle der formalen Strukturen und Regeln und gaben den Gruppenprozessen jene Verbindlichkeit, die in anderen sozialen Systemen durch formelle Regelungen hergestellt werden.“ (D 85) Nach den Beobachtungen von Elvers und Findeis korrelierte das Klima in der Gruppe mit der politischen Orientierung. So schreiben sie: „Auffällig ist, daß Vertreter von Gruppen mit einer mehr realitätsbezogenen Zielsetzung die Atmosphäre in der Regel als angenehm einschätzten. Dementsprechend stellten Interviewte aus Gruppen mit eher zu hohen Ansprüchen das Klima als gespannt dar.“ (Bb 101) Unabhängig von der Frage, was „zu hohe Ansprüche“ gewesen sein sollen, stellt sich die Frage, ob aus diesen Aussagen zu schließen ist, daß in radikaleren Gruppen Freundschaften gefährdeter bzw. seltener gewesen sind, denn gerade dort war der „emotionale Rückhalt“ (Pollack) besonders wichtig gewesen. D. Pollack meint deshalb, daß die soziale Dimension der

155 Dieses Unvermögen, symbolische Handlungen positiv als rationale Handlungen zu beschreiben, führt letztlich zu einer generell skeptischen Analyse der Wirkungsmöglichkeiten der Gruppen. Damit bleiben jedoch nicht nur zentrale Aktionen der Gruppen unerklärt, sondern auch der Zusammenhang zwischen den Gruppen und der Wende.

Gruppenintegration überlastet gewesen sei (D 101). z. B. ist das jedoch ein Hinweis, daß die Formalisierung in den Gruppen fortgeschrittener war, als von den Autoren zugestanden wird (D 87).¹⁵⁶ Ohne Formalisierungen (Begrenzung der Kommunikationsthemen, Bildung von ad-hoc- bzw. Spezialgruppen, funktionale Spezialisierungen u. a.; Sprecher und Gruppenvertreter in anderen Organisationen – Bezirkssynodalausschuß, Gruppentreffen „Frieden konkret“) wäre eine Etablierung der Interaktions- und Kommunikationskreise kaum möglich gewesen. Die basisdemokratische und partizipative Struktur, mit der sich die Gruppen darstellten, lassen wohl fehlende formale Differenzierungen vermuten. Sie war jedoch nicht eine Gegenmaßnahme gegen das Profilierungsstreben von Führungspersönlichkeiten (D 86 f.), sondern ist taktisch zu interpretieren. Jede Hierarchie und jedes Delegierungssystem stand in der Gefahr, durch Maßnahmen des Sicherheitskartells gegen einzelne Gruppenmitglieder lahmgelegt zu werden. So mußten diese von Fall zu Fall konspirativ gehandhabt werden.¹⁵⁷ Das System der Delegierungen und der Arbeitsteilung reicht oft weit über die Grenzen der Gruppe hinaus (z. B. Übersetzungen von Texten der osteuropäischen Dissidenten durch „Bekannte“).

Die Leipziger Gruppen waren sehr unterschiedlich. Salopp gesagt gab es Gruppen, die Intellektuellenzirkeln glichen (AK „Gerechtigkeit und Ökumene“, AK „Abgrenzung“) und andere, die eher als Fiktionen galten („Demokratische Initiative“). Gruppen sind Personen, die über eine längere Zeit miteinander kommunizieren und interagieren (wollen). In den Studien wird jedoch nur dann von „Gruppe“ gesprochen, wenn diese als Gruppe nach außen getreten ist und in der Regel im Bezirkssynodalausschuß vertreten war (etablierte Gruppen). Bei den verschiedenen Leipziger Aktionen gegen das SED-Regime sind jedoch oft gerade nicht die etablierten Gruppen und oft auch nicht (nur) ihre Mitglieder die Akteure gewesen.¹⁵⁸

Eine Untersuchung der etablierten Gruppen kann also z. B. noch nicht die Politik der alternativ-politisch Engagierten erklären. Neben den in den soziologischen Studien herausgearbeiteten Funktionen der Gruppen (kognitive und psychische Aufarbeitung der gesellschaftlichen Probleme, Ersatzöffentlichkeit) müssen z. B. weitere genannt werden. Die Gruppen garantierten einen sozialen Kontakt, der spätestens bei Repressionen Solidarisierungen mobilisieren konnte. Wer in einer Gruppe war, konnte nicht einfach in den Fängen des Sicherheitskartells „verschwinden“, ohne daß die Gruppen bzw. die Öffentlichkeit davon erfuhren. Die Solidaritätsaktionen 1982–1988 (Protestbriefe, Fürbittandachten, Mahnwachen) zeigen, daß die Solidarität vorrangig gruppenzentriert war. Aktionen kamen zustande, wenn Gruppenmitglieder betroffen waren. Die Mitgliedschaft in einer Gruppe hatte also auch eine

156 „Allerdings blieb der Formalisierungsgrad bis Mitte 1989 äußerst gering.“

157 S. unten S. 629 f

158 S. unten Abschnitte 5.4. und 5.5.

Schutzfunktion. Außerdem gab es die Möglichkeit, daß die Gruppe als eine Art Schutzschild gegenüber dem Staat (und der Gesellschaft) fungierte. So wurde bei bestimmten Aktionen die Gruppe „verantwortlich“ gemacht, was sinnlose Rechtfertigungen vermeiden sollte, die persönlichen Profilierungen gruppenintern hielt und ein „Verstecken“ einzelner hinter der Gruppe ermöglichte. Diese symbolische Verwendung von Gruppennamen geschah genau dann, wenn die kirchliche Absicherung aufgegeben wurde. Um diese Phase genauer in den Blick zu bekommen, unterscheide ich verschiedene Strategien, die in den Gruppen, die oft nur sehr sporadisch interagierten, handlungsleitend waren (s. Abschnitt 5).

3.4. *Der Bezirkssynodalausschuß „Frieden und Gerechtigkeit“ (1986 bis Anfang 1988)*

Eine Übersicht über die Leipziger Gruppen zu erhalten, ist nicht so einfach, da es in Leipzig keinen zentralen Ort gab, über den ein Austausch zwischen den Gruppen stattgefunden hat. Es gab verschiedene Bemühungen, solch ein „Kommunikationszentrum“ einzurichten, doch dazu kam es bis in den Herbst 1989 nicht.¹⁵⁹ Pfarrer Wonneberger hatte 1987 einen „Gruppentreff“ einmal monatlich angeregt. Dieser Treff (vor allem 1988) hatte jedoch nur informellen Charakter. Das gleiche gilt für den Informationsaustausch am Rande von Gruppenveranstaltungen, besonders des Friedensgebetes. Das einzige Organ der gegenseitigen Abstimmung in Leipzig war der Bezirkssynodalausschuß „Frieden und Gerechtigkeit“ (BSA) bei der Bezirkssynode Leipzig-Ost.¹⁶⁰ Die Einsetzung dieses Ausschusses wurde am 2.11.1985 beschlossen.¹⁶¹ Mit diesem Beschluß reagierten die Bezirkssynodalen auf den Beschluß der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom September 1985, die die Konferenz der Kirchenleitungen mit der Koordinierung eines „Konzils für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ beauftragte und die Gemeinden zur Mitarbeit daran aufrief.¹⁶² Anlaß der Bildung des BSA

159 Zur Geschichte des „KOZ“ S. 606 f, Anm. 237, und Dietrich 1991, Schwabe/Dietrich

160 Nach der „Verfassung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens“ (in der Fassung vom 1.1.1987)“ gibt es innerhalb der Landeskirche drei Leitungs- und Verwaltungsebenen. Die mittlere Ebene (zwischen Kirchenleitung/Landeskirchenamt/Landessynode und Kirchengemeinde) ist der Kirchenbezirk. Der leitende Geistliche im Kirchenbezirk ist in Sachsen der Superintendent, der zusammen mit dem Kirchenamtsrat dem Bezirkskirchenamt vorsteht. Das synodale Organ ist die Bezirkssynode. Da es in Leipzig zwei Kirchenbezirke gab, hätte der Ausschuß formal nur für den Leipziger Osten arbeiten können.

161 Vgl. a. Feydt/Heinze/Schanz, 123 f., Magirius (1990b), 9; Kopie des Beschlusses im Besitz des Autors

162 Beschluß vom 24.9.1985, in: „Kirche im Sozialismus“ 6/1985, 245. Am 13.2.1986 rief der Dresdener Stadtökumenekreis die Gemeinden in der DDR auf, zunächst „im eigenen Haus“ zu versuchen, was zu der Weltversammlung führen soll. Daraus entwickelten sich dann die Ökumenischen Versammlungen in Dresden und Magdeburg (1988/89) (s. Neubert (1985b), Tammer, 113 und Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung). Am 28.4.1987 wurde im BSA ausdrücklich auf den Stadtökumenekreis Dresden als Vorbild verwiesen (ABL Hefter 35, s. a. Dietrich/Schwabe).

war jedoch der Bruch zwischen dem AK „Friedensdienst“ und Jugendpfarrer Gröger. Bis dahin waren die Gruppen „kirchlich“, wenn ein Pfarrer für sie die Verantwortung übernahm. Fr. Magirius hatte erkannt, daß diese Bindung an eine Gemeinde dem gesamtgesellschaftlichen Anspruch der Gruppen nicht entsprach.¹⁶³ So bedeutete in Leipzig (auch Leipzig-West) die Entsendung eines Vertreters in den BSA kirchliche Legitimation. Wer hier vertreten war, wurde durch den Superintendenten auch gegenüber staatlichen Stellen als „kirchliche Gruppe“ vertreten. Der BSA hatte also für viele eine Schutzfunktion. Der Staat hat den Ausschuß jedoch nie als selbständig anerkannt, sondern stets die kirchliche Hierarchie zu Disziplinierungen in Anspruch nehmen wollen. Als Vorsitzender des BSA wurde Pfarrer Berger gewählt. Er hat als inoffizieller Mitarbeiter der Stasi eine wichtige Funktion im Sicherheitskartell gegenüber den Gruppen gespielt.¹⁶⁴ Superintendent Magirius und die Dresdener Kirchenleitung hatten schon seit spätestens 1984¹⁶⁵ ein gewisses Mißtrauen gegenüber Pfarrer Berger. Dennoch wurde er in den Ausschuß und als Vorsitzender gewählt. Welche Funktion Berger dem Ausschuß zukommen lassen wollte, ist aus seinem Brief vom 27.2.1986 an Fr. Magirius zu entnehmen.¹⁶⁶ Er sollte Kontakt zu allen Leipziger Gruppen aufnehmen, die Gestaltung der Friedensgebete koordinieren und die Öffentlichkeitsarbeit der Gruppen zensieren.¹⁶⁷

Im BSA waren – ähnlich wie später bei den Ökumenischen Versammlungen – gewählte Kirchenvertreter (Bezirkssynodale) und Gruppenvertreter formal gleichberechtigt. Faktisch war der BSA jedoch ein Meinungsbildungsorgan, daß selbst nur Kompetenzen hatte, soweit sie ihm vom Superintendenten (bzw. der Bezirkssynode) zugestanden wurden. Über die Aufnahme weiterer Gruppen(vertreter) entschied der BSA. Für viele Gruppen war die Mitarbeit ambivalent. Einerseits suchten sie den Schutz der Kirche, andererseits empfanden sie den BSA als Reglementierungsorgan der Kirche.¹⁶⁸ 1986/87 waren 9

163 Magirius (1990b), 9

164 Zur Tätigkeit von Pfarrer Berger als inoffizieller Mitarbeiter der Stasi siehe: Besier/Wolf 420, Anm. 231 (Ich konnte die IM-Akte noch nicht einsehen, da sie zur Zeit von der Staatsanwaltschaft gelesen wird.)

165 Wie die Operativinformationen Nr. 189/84 und 209/84 der KD Leipzig Stadt des MfS zeigen (in: Besier/Wolf 420–424), hatte Superintendent Magirius schon 1984 den Verdacht, daß Pfarrer Berger für das MfS arbeitete. Dies wurde in einem Gespräch mit Vertretern der Sächsischen Kirchenleitung 1992 von diesen bestätigt (zur Tätigkeit des IMB „Carl“ siehe Besier/Wolf 420, Anm. 231).

166 ABL Hefter 35, s. a. Dietrich/Schwabe

167 „4. Sollte die Gruppe 'Frauen für Frieden' bei ihrer Tagung eine Ausstellung beabsichtigen, ist diese vorher von der Ausschußleitung zu besichtigen und dem Superintendenten eine Stellungnahme vorzulegen. [...] 6. Es wird festgestellt, daß die Gruppierungen über ihre Vorhaben den Ausschuß noch nicht von sich aus informieren. Der Vorschlag des Superintendenten, daß alle Einladungen und Drucksachen der Leitung des Ausschusses vor der Vervielfältigung zur Kenntnis gegeben werden sollten, wurde nicht beachtet (s. Anlage). Die beigelegten Einladungen erhielt der Ausschuß erst nach ihrer Verteilung. Der Superintendent wird gebeten, dieses Problem mit der Vervielfältigungsstelle zu klären [...]“.

168 Z. B. Quartalseinschätzung IV/86 der BV für Staatssicherheit Leipzig, Abteilung XX/9, zum ZOV „Wespen“ („Frauen für den Frieden“) vom 23.12.1986 (ABL Hefter 10) und Bericht verschiedener Mitglieder des BSA

sozialethische Gruppen im BSA vertreten.¹⁶⁹ Im Ausschuß wurden vor allem Veranstaltungen, die durch die Gruppen (mit)gestaltet wurden, vorbereitet bzw. koordiniert (z. B. Friedensdekaden und das Vertretertreffen aller DDR-Gruppen „Frieden konkret V“ im Februar 1987 in Leipzig-Connewitz¹⁷⁰). Außerdem wurde seit Mitte 1986 im BSA festgelegt (Verantwortlich: Pfarrer Wonneberger), welche Gruppen die Friedensgebiete gestalteten. Als die Teilnehmerzahlen in den Friedensgebieten Anfang 1988 rapide zunahmen (von unter 100 auf über 500), drängten immer mehr Gruppen zur Mitarbeit. So stellten Anfang 1988 mehr als 10 Gruppen einen Antrag auf Mitgliedschaft.¹⁷¹ In der folgenden Zeit war das Hauptthema des BSA das Mitspracherecht der Gruppen bei der Gestaltung der Friedensgebiete und der BSA ein zentraler Ort der Auseinandersetzung zwischen den Gruppen und den Vertretern der Kirchenleitung.

3.5. Die Gruppen in Leipzig im Frühsommer 1987

Im Frühsommer 1987 waren Arbeitskreis „Friedensdienst“ (AKF), „Frauen für den Frieden“, Initiativgruppe „Hoffnung Nicaragua“, AG „Umwelt“ (AGU), der Arbeitskreis Lateinamerika und die Gemeindefriedenskreise Gohlis und Lindenau/Grünau (H.-F. Fischer) im BSA vertreten.

Die **Initiativgruppe „Hoffnung Nicaragua“** (IHN) trat 1981 in die Öffentlichkeit mit Auktionen von Kunstwerken zugunsten der Alphabetisierung in

¹⁶⁹ Im BSA waren 1986/87: Pfarrer Berger (Bezirkssynode), Colditz, Hayner (Jugendpfarramt), G. Heide („Frauen für den Frieden“), W. Herwig (Bezirkssynode), U. Kämpf („Frauen für den Frieden“), L. Koehler (Bezirkssynode), J. Kronberg (AG „Umwelt“, ab 14.10.1987 für IGL), Pfarrer Lippold (Bezirkssynode), M.-G. Lucke (Bezirkssynode), Fr. Magirius (Superintendent), C. Matthes (AG „Umwelt“), B. Moritz (AG „Friedensdienst“), Pfarrer Mühlmann (Bezirkssynode), G. Müller (IHN), H. Nitsche (AG „Friedensdienst“, Friedensbibliothek), G. Pohler („Friedenskreis“ Lindenau/Grünau), Schiel (Friedenskreis Gohlis), Stephan A. Unger (Bezirkssynode), Dr. Wolf (Bezirkssynode), H. Wolff (Bezirkssynode), Pfarrer Wonneberger (Bezirkssynode).

¹⁷⁰ Protokolle 26.9.1986, 23.11.1986 u. ö. (ABL Hefter 35)

¹⁷¹ Aufgenommene Gruppen in der Reihenfolge ihrer Aufnahmeanträge: „Christliche Friedenskonferenz Jugendgruppe“, AK „Gerechtigkeit und Ökumene“, AK „Treff für Haftentlassene“, Leipziger Bezirksgruppe der „Aktion Sühnezeichen“, „Konziliarer Prozeß im Vorschulalter“, Regionalgruppe Leipzig des AK „Solidarische Kirche“, AK „Abgrenzung“, AK „Gerechtigkeit“, AK „Wehrdienstfragen“ beim Jugendpfarramt Leipzig.

Teilnehmer an den Sitzungen waren 1988/89: Pfarrer Berger, A. Bootz (IGL), Colditz, E. Dusdal (AKSK), W. Elvers (AK „Abgrenzung“), T. Falk (Offener Keller Mockau), S. Feydt (AK „Wehrdienstfragen“), H. Findeis (AK „Abgrenzung“), J. Fischer, Pfarrer Führer, A. Hansmann („Konziliarer Prozeß im Vorschulalter“), G. Heide, W. Herwig, Heyde, H. Hirsch (Arche), Pfarrer Kaden, U. Kämpf (bzw. Leukert), Klenk, D. Körner, P. Kranz, Leubner, Pfarrer Lippold, M.-G. Lucke, Magirius, Merkel, B. Moritz (Herausgeberin von „Kontakte“), Chr. Motzer (AG „Menschenrechte“), Pfarrer Mühlmann („Konziliarer Prozeß im Vorschulalter“), A. Müller (AK „Gerechtigkeit und Ökumene“), U. Münnich (CFK), B. Oehler (AK „Solidarische Kirche“), G. Pohler (Friedenskreis Lindenau/Grünau), N. Buhl (ebenfalls), R. Quester (AG „Umwelt“), A. Radicke (IGL), E. u. J. Rasch (ASZ), T. Rudolph (AKG), Sandmann, Schiel (Friedenskreis Gohlis), F. Sellentin (IGL), Fam. Schneider (Lateinamerika), Wesenberg, Wetzels, Wiesner, M. Wolf (Jugendkonvent Leipzig), Wolff, Pfarrer Wonneberger.

Nicaragua. Als eigenes Projekt unterstützte sie das Landschulezentrum „Tania la Guerillera“ in Monte Fresco bei Managua. Dafür stellte sie Kontakte u. a. zu Ernesto Cardenal (damaliger Kulturminister Nicaraguas), zur nicaraguanischen Botschaft und zu nicaraguanischen Studenten her¹⁷² und verhandelte zusammen mit dem Bund der Evangelischen Kirchen mit dem staatlichen Solidaritätskomitee. „Entwicklungshilfe“ war ein staatliches Monopol, so daß diese Verhandlungen zäh waren. Der Scheck über eine Spende von 50.000,- Mark brauchte bei dem staatlichen Solidaritätskomitee 3 Jahre, bis er in Waren eingelöst wurde, die ausgeführt werden konnten und auch in der Schule gebraucht wurden. Die Gruppe bemühte sich daneben auch um genaue Informationen über die Verhältnisse in diesem lateinamerikanischen Land. Dazu machten sie Veranstaltungen in Jugendclubs (1983) und Kirchgemeinden und gaben ab 1987 mit der Unterstützung der Superintendentur Leipzig-Ost ein Informationsblatt („IHN-Post“) heraus. Vor allem K. Saab versuchte 1983/84 außerdem eine starke kulturpolitische Orientierung der Gruppe. Durch intensive Kontakte zu Künstlern konnten große Kunstfestivals mit Ausstellungen, Lesungen, Happenings und Kunstauktionen („Hoffnung aus Nicaragua – Hoffnung für Nicaragua“¹⁷³) veranstaltet werden, seit 1984 wurde die Kunstzeitschrift „Anschlag“¹⁷⁴ von A. Klüssendorf, W. Müller und K. Saab herausgegeben. Ein kulturpolitisches Ereignis war eine große internationale mail-art-Ausstellung, die die Gruppe gegen massiven Widerstand des Staates in verschiedenen Städten der DDR zeigte. Im Frühsommer 1987 begann die Gruppe (K. Saab und W. Volks) mit einer Vortragsveranstaltungsreihe (alle 14 Tage) unter dem Motto „Politik und Hoffnung“, die von hoher Professionalität war.¹⁷⁵ Hier wurde politische Bildung vermittelt, wie sie in der DDR höchstens bei einigen ESG, einigen evangelischen Akademien und bestimmten Großstadtgemeinden zu finden war. Den Leitvortrag hielt die Leipziger Philosophin Inge Bernd.¹⁷⁶ In ihrem Vortrag forderte sie die Zulassung einer politischen Opposition¹⁷⁷

172 Nach der Inhaftierung einiger Mitglieder wegen der Beteiligung an der Kerzendemonstration im Herbst 1983 verbreitete die nicaraguanische Botschaft das Gerücht, daß die Gruppe mit der CIA zusammenarbeiten würde, was einer Kontaktsperre zu den nicaraguanischen Studenten gleich kam. Nach einem Gespräch von IHN-Mitgliedern mit einem Botschaftsvertreter im Jahre 1987 änderte sich dies (Auskunft W. Volks, s. a. Unterberg 33).

173 Auktionen in Zusammenarbeit mit einem AK bei der ESG Jena („Künstler für andere“)

174 Der „Anschlag“ hatte wohl die interessanteste künstlerische Gestaltung unter den DDR-Künstlerzeitschriften (Gestaltung: Wiebke Müller, ebenfalls IHN).

175 An den Vorträgen nahmen im Schnitt 100 Personen teil (W. Volks, Hoffnung und Politik – eine Vortragsreihe, in: IHN-Post II (1987)).

176 Der Vortrag ist abgedruckt in: „Anschlag VIII“.

177 Einige Sätze aus dem Vortrag: „Die Ausdifferenzierung der funktionalen gesellschaftlichen Teilsysteme könnte aber auch wieder den weltanschaulichen Einsatz in der Politik fordern, das heißt, die Forderung einbringen nach dem menschengemäßen, menschengerechten aller Teilsysteme. Aber genau das erfordert auch den oppositionellen Dialog als unumgehbaren Weg zur politischen Urteilsfindung. Alle Ausschaltung von Opposition ist politisch verantwortungslos, heute mehr denn je. Politische Reife heißt für mich, um meine Grenzen und Abhängigkeiten und die des anderen zu wissen und zu wissen, daß wir den Dialog brauchen und den freien Zugang zu Informationen. Es gibt

und gab Kriterien an, unter der eine Opposition „hoffnungsvoll“ ist. Den Abschlußvortrag hielt W. Templin, der von Konsequenzen einer Reform in der DDR sprach und dabei die Wiedervereinigung thematisierte.

Der **Arbeitskreis „Friedensdienst“** (AKF) hatte 1987 seine größte Ausstrahlung auf die politisch-alternative Szene in Leipzig schon hinter sich. Zur Zeit der Nachrüstungsdebatte 1982/83 war der „Freundeskreis der Bausoldaten und Wehrdienstverweigerer“ zu einem bedeutenden Friedenskreis geworden. Er hatte durch Friedensseminare und einer Vielzahl von Gemeindeabenden (Themen z. B. Kriegsspielzeug, Sozialer Friedensdienst) auf die Militarisierung bzw. Verlogenheit des „ersten deutschen Friedensstaates“ aufmerksam gemacht.¹⁷⁸ Durch die Initiative des AKF wurden Gemeindeabende zu Friedensfragen auch außerhalb von Friedensdekaden heimisch. Er bemühte sich um regelmäßige Friedensgebete in der Leipziger Nikolaikirche, doch dafür gab es 1986 (außerhalb der „Friedensdekade“) wenig Interesse. Der Altersdurchschnitt lag beim AKF deutlich über dem der anderen Gruppen, da manche Mitglieder 1987 schon über 10 Jahre in der Gruppe waren.

Bei den **„Frauen für den Frieden“** (U. Kämpf, G. Heide) war die Situation ähnlich. Den radikalen Themen von 1983/84 in Zusammenarbeit mit der Berliner Gruppe „Frauen für den Frieden“ waren 1986/1987 die Beschäftigung mit Erziehungsfragen (Kindergartenpädagogik) und z. B. mit dem Synodalantrag „Absage an Prinzip und Praxis der Abgrenzung“ gefolgt. Wie die Stasi-Berichte belegen¹⁷⁹, war die Arbeit dieser Gruppe wie kaum eine andere dem MfS ein Dorn im Auge.

Die **„Arbeitsgemeinschaft Umwelt(schutz)“** (AGU) war seit Anfang der achtziger Jahre in Zusammenarbeit mit dem Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg ein Zentrum der ökologischen Bewegung in der DDR.¹⁸⁰ Im Winter 1985/86 kam es in der Gruppe jedoch zu einer Krise. Die Arbeitslast war auf nur wenige verteilt, so daß einige über Streß klagten, andererseits waren kaum noch Erfolge zu beobachten. Man beschloß Anfang 1986 ein halbes Jahr „innere Weiterbildung und Festigung“ anstelle von „Aktionen“.¹⁸¹

Länder, in denen offizielle Opposition zugelassen ist. Das ist das Minimum an politischer Vernunft. Ohne freie Meinungsäußerung, ohne die Einübung in das eigene unterschiedliche Urteil, wird Politik zu einer Totenlandschaft. Mit der geforderten Pluralität ist zwar keine Garantie gegeben, daß aus der freien Diskussion und Aktionen eine schöne Sinfonie entsteht. So viel, so Schönes läßt sich noch nicht erhoffen. Aber auch dort, wo Opposition politisch eingeräumt wird, finden nicht immer Dialoge statt, dafür Beschimpfungsmonologe. Jede Partei scheint der Inhaber der Weisheit und Wahrheit zu sein. Das sokratische Gespräch findet nicht statt. Das könnte hoffnungslos machen. Aber Hoffnung ist die Tugend, die den Menschen überlebensfähig macht.“

178 S. R. Laraß in: „Sonntag“ (sächsische Kirchenzeitung) 13/84 und Berichte in: Dietrich/Schwabe

179 Quartalsberichte aus dem ZOV „Wespen“ ABL Hefter 10

180 S. oben S. 27 und z. B. Wensierski (1986), 163 ff.; N. Voss in „Sonntag“ (sächsische Kirchenzeitung) 14/84

181 „Wir werden nur so gut nach außen wirken können, wie jeder einzelne sich dazu in die Lage versetzt.“ („Streiflichter“ Nr. 35, Februar 1986)

Es wurden eine Bauminventur (kranke Bäume in Leipzig) und ein Fahrradwegeverzeichnis erstellt. Es gab Arbeitseinsätze in gefährdeten Biotopen (NSG Wölperner Torfwiesen, Papitzer Lehmlache), jedoch die Krise schwelte weiter. So gingen wichtige Vertreter der Gruppe für drei Tage im April 1987 in einem Tagungshaus in Klausur. Dort gaben sie ihrer Arbeit die weitere Orientierung. Als ersten Punkt vermerkten die Berichterstatter im Informationsblatt der AGU: „konsequentes Nutzen der gesellschaftlichen Möglichkeiten“.¹⁸² Die Entscheidung war eindeutig, man wollte nicht das politische System abschaffen, sondern erhoffte in ihm ökologische Verbesserungen.¹⁸³ Die Öffentlichkeitsarbeit sollte folglich eher Aufklärung als Protest sein. In diesem Sinne bemühte sich die AGU u. a. um eine Wiederbelebung der Friedensgebete¹⁸⁴ und um „Grüne Abende“ mit Vorträgen von Gastreferenten. Außerdem wurde die Gruppenstruktur verändert, das Verhältnis Kerngruppe – Arbeitsgruppen sollte durch die Einführung einer monatlichen Versammlung (in dafür geeigneten großen Räumen!) verbessert werden. Dafür erhielt die AGU die Genehmigung zur Nutzung einiger Räume des Stadtjugendpfarramtes gegenüber der Thomaskirche¹⁸⁵, in denen u. a. auch eine Umweltbibliothek eingerichtet wurde.

Die Orientierung auf die Zusammenarbeit mit „gesellschaftlichen Stellen“ war jedoch kein Gruppenkonsens. Es kam zu internen Spannungen¹⁸⁶, die im Juni 1987 zu einer Spaltung der AGU bzw. zur Bildung der „**Initiativgruppe Leben**“ (IGL) führten.¹⁸⁷

182 Weitere Punkte, die genannt wurden: „Zusammenarbeit mit engagierten Gruppen, intensive Beschäftigung mit konkreten Projekten, verschiedene Formen der Gemeindearbeit, Arbeitseinsätze, Nachdenken und Leben alternativer Lebensformen, Arbeiten mit und für Kinder, Wecken eines breiten Umweltbewußtseins“ („Streiflichter“ o. Datum, ca. Mai 1987)

183 Der sachliche Hintergrund dieser Entscheidung ist aufgrund der teilweise positiven Erfahrung einzelner Umweltaktivitäten 1985/86 mit staatlichen Stellen (als Gesprächspartner anerkannt!) zu sehen; s. dazu Gensichen (1987).

184 „Streiflichter“ Nr. 37 Dez. 86

185 Die AGU nutzte vorher vor allem Privatwohnungen, Räume der ESG und einen freistehenden Laden (Witzgallstraße). Den Laden in der Witzgallstr. nutzte sie 1986/7 zusammen mit der IHN, jedoch unter strengen Auflagen des Superintendenten Magirius. Öffentlichwirksame Aktionen oder öffentliche Veranstaltungen durften dort nicht stattfinden.

186 Z. B. riefen einige der späteren Gründer der IGL am 1.6. anlässlich des von ihnen gestalteten Friedensgebetes in der Nikolaikirche auf, anschließend sich an einem Arbeitseinsatz an einer Grünanlage (Nordplatz) zu beteiligen. Diese Verbindung von Gebet und Arbeit stieß jedoch bei einigen Gruppenmitgliedern auf Unverständnis. Deutlicher wurden die Differenzen beim Umwelttag in Mölbis (z. B. Vortrag, Gottesdienst, Ausstellung und Podiumsdiskussion u. a. mit dem Betriebsdirektor der Dreckschleuder Espenhain und Verantwortlichen für Umweltschutz beim Rat des Bezirkes, Eingabe an den Staatsrat – Bericht R. Quester in: „Streiflichter“ Juli 1987). Dort fügten sich einige Mitglieder der AGU (später IGL) nicht der Auflage, bei der „Wallfahrt“ keine eigenen Plakate zu tragen.

187 Dieser Vorgang hat m. E. eine Parallele in der Bildung des Netzwerkes „Arche“ im Frühjahr 1988 und den Querelen dabei mit der Umweltbibliothek in Berlin. Mußte dort jedoch die „Arche“ ausziehen („Unvereinbarkeitsbeschluß“ Mai 1988, Rüdendklaus 178–180), so zog in Leipzig die eher auf politischen Protest orientierte IGL aus.

Die Gründer der IGL (U. Schwabe, F. Sellentin) sahen, „daß ein wirksamer Umweltschutz in der DDR erst nach Reformen im politischen System möglich sein würde“.¹⁸⁸ Sie versuchten, da sie die Räume der AGU nicht mehr nutzen konnten, eine kirchliche Einbindung über Pfarrer Lösche. Da es dabei jedoch zu keiner ihnen genehmen Lösung kam, nutzen sie in der Folgezeit vor allem private Räume (und leerstehende Wohnungen) für Gruppentreffs. Die IGL veranstaltete im Sommer 1987 ein „Gegensportfest“ gegen die propagandistische Massenveranstaltung „VIII. Turn- und Sportfest“, ohne öffentlich wirksam werden zu können.

Kurz nach der „Basisgruppensynode 'Frieden konkret'“, die vom 27.2.-1.3.1987 in Leipzig-Connewitz stattfand, bildete sich um Pfarrer Wonneberger eine **Arbeitsgruppe „Menschenrechte“** (AGM). Diese Arbeitsgruppe beschäftigte sich zuerst damit, womit Chr. Wonneberger 1981 bekannt wurde: mit der Initiative zu einem „Sozialen Friedensdienst“ (SoFD).¹⁸⁹ Mit Eingaben und Briefen an Volkskammerabgeordnete, mit einem Reader zu Fragen der Wehrdienstverweigerung und einer Ausstellung zur SoFD-Initiative klagte die Gruppe das Recht auf Wehrdienstverweigerung ein.¹⁹⁰ Die erste öffentliche Veranstaltung der Gruppe war am 24.5.1987 im „Offenen Keller“ der Michaelisgemeinde eine Selbstvorstellung unter der Überschrift „Ich bin so frei“, in der die AGM die fehlende Meinungsfreiheit in der DDR thematisierte.

4. Die Entwicklung der politisch-alternativen Szene in Leipzig 1987/88

4.1. Die Situation der Basisgruppen in der DDR 1987

Im Sommer/Herbst 1987 fand eine Umorientierung in den sogenannten Basisgruppen statt. Die Kommunikation zwischen den Gruppen in der ganzen DDR wurde eigenständiger und engmaschiger (Umweltbibliothek der Zionsgemeinde Berlin und das Informationsblatt der „Initiative für Frieden und Menschenrechte“ „grenzfall“¹⁹¹). Zu dieser Vernetzung gehörte auch, daß sich die Gruppen in der „Provinz“ (das heißt außerhalb Berlins) angesichts des Rummels um die 750-Jahr-Feier der „Hauptstadt“¹⁹² stärker zu profilieren und zu vernetzen begannen.

188 Unterberg 27

189 Aufruf vom 9.5.1981 in: Büscher/Wensierski/Wolschner, 169–171, und Lingner, 148 f.

Die Sächsische Frühjahrssynode hatte sich 1987 aufgrund des Personalmangels in Pflegeeinrichtungen hinter die Forderung nach einem sozialen Ersatzdienst gestellt.

190 S. ABL Hefter 2, Mappe AGM

191 Die UB und ihre „Informationsblätter“ gab es schon 1986. Die Breitenwirkung stellte sich jedoch erst 1987 ein. Ähnliches gilt für den „Grenzfall“.

192 Rüdendklaus 94 f.

Die Fragen der Menschenrechte und der Rechtssicherheit rückten immer mehr ins Zentrum der internen Auseinandersetzungen und öffentlichen Äußerungen der Gruppen¹⁹³, so daß die Menschenrechtsgruppen einen eigenen Vertreter in den Fortsetzungsausschuß von „Frieden konkret“ entsenden konnten. Die Problematik der Teilung Deutschlands wurde enttabuisiert¹⁹⁴ und erhielt seit Mitte 1987 durch die Initiativgruppe zum Synodalantrag „Absage an Prinzip und Praxis der Abgrenzung“¹⁹⁵ eine Formulierung, die symbolisch die Probleme der Teilung und der Menschenrechte im Begriff „Abgrenzung“ zusammenfaßte.¹⁹⁶ Mit der Bildung von Staatsbürgerschaftsrechtsgruppen entstanden Gruppen, die sich speziell diesem Problem zuwandten, Ausreisewillige zusammenführten und damit die politisch-alternative Szene stärkten (aber auch polarisierten).¹⁹⁷

Ein weitere nicht zu unterschätzende Ursache der Veränderung in der politisch-alternativen Szene war die Innen- und Außenpolitik Gorbatschows. Durch sie wuchsen seit 1987 in der DDR Hoffnungen, daß sich im „Ostblock“ und in der DDR etwas ändert. Diese Hoffnungen verbanden zum Teil DDR-Bürger, die kaum Kontakte zu den politisch-alternativen Gruppen hatten, mit diesen Gruppen. Die Gruppen wurden für immer mehr DDR-Bürger zu „Perestrojka-Gruppen“.

Die spontanen Demonstrationen vor dem Brandenburger Tor anläßlich von Konzerten vor dem Reichstag zu Pfingsten 1987 waren ein nicht zu übersehender Ausdruck für die sich verändernde Stimmungslage, die vor allem Jugendliche zum Ausdruck brachten.

193 S. „Grenzfall“ 1–11/12 von 1987; E. Richter, Menschenrechte in christlicher Verantwortung (Sommer 1987), in: Ders. (1991b), 238–245. Eine große Bedeutung hatte die zweite Hinwendung zum KSZE-Prozeß (die erste – aufgrund des Ausreiseproblems – geschah 1975/76) in Form der „Entspannung von unten“ (G. Poppe, Dialog oder Abgrenzung?, in: „Grenzfall“-Vorabdruck 11/87; Esche/Semler; von Bredow, 120–123).

194 Deutschlandpolitischer Arbeitskreis (1985–87) aus Vertretern der IFM, des Friedenskreises Naumburg und einzelnen Personen (z. B. W. Ullmann, S. Anderson, L. Rathenow, Pfarrer Hilsberg, St. Bickhardt). Besonders hervorzuheben sind die Bemühungen von W. Templin, der in einer Kontraste-Sendung am 16.6.1987 zur „Pfingstdemonstration“ vor dem Brandenburger Tor den Zusammenhang der Ausreisebegehren und der Demokratie-Bestrebungen der Gruppen öffentlich benannte. Vgl. a. „Grenzfall“ 11/12/1987; L. Rathenow/H. Hauswald, Ost-Berlin. Die andere Seite einer Stadt, München 1987; C. Dietrich, A.E.I.O.U. (Januar 1987), in: Aufbrüche, Festschrift für E. Richter (ABL Box 13)

195 „Aufriße I + II“; „Weil alle Abgrenzung ...“ (Veröffentlichungen des Friedenskreises bei der Bartholomäusgemeinde Berlin, ABL Box 13); Bickhardt (1988)

196 In Leipzig wurden während der „Friedensdekade“ 1987 für diesen Antrag durch den AK „Frauen für den Frieden“ Unterschriften gesammelt (Dietrich/Schwabe).

197 Die spektakulärsten Aktionen waren im Herbst 1987 die „Weißen Kreise“ (Demonstrationen) auf dem Platz der Kosmonauten in Jena (z. B. am 5.9.1987) und ein Offener Brief an H. Sindermann sowie eine Erklärung vom 10.12.1987 (abgedruckt u. a. in: „Ost-/West-Diskussionsforum“ Nr. 1 (Mai 1988), 2–4.

Seit Anfang 1987 rutschte der DM-Ostmark-Wechselkurs (von 1:3 bis auf 1:8 und weiter), so daß das deutsch-deutsche Wirtschaftsgefälle meßbar zunahm.¹⁹⁸

4.2. *Die Veränderungen in der Leipziger Opposition 1987/88*

In Zusammenhang mit dem – die DDR-Opposition nahezu beleidigenden – Empfang von E. Honecker in der Bundesrepublik (7.-11.9.1987)¹⁹⁹ kam es in der DDR zu einer leichten Öffnung, die von den Gruppen sensibel wahrgenommen wurde, das heißt, sie besetzten die Freiräume.

So konnte das SED-SPD-Papier „Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ (am 28.8.1987 im „Neuen Deutschland“ abgedruckt) taktisch gegen Hardliner im Staatsapparat angewandt werden. Die Geschlossenheit der SED schien aufgebrochen zu sein. Andererseits rührten die SED-SPD-Gespräche jedoch am Sinnerv der Gruppen: Waren sie nicht die eigentlichen Vertreter der Ostdeutschen? Sind sich nicht alle Parteien gleich?²⁰⁰

Kurz bevor Honecker vom Bundeskanzler empfangen wurde, stellte der Staat der evangelischen Kirche vier Sach-Gespräche (u. a. zu Wehrdienst- und Volksbildungsfragen) in Aussicht²⁰¹, die ein Einlenken des Staates auf kirchliche Forderungen vermuten ließen. Für viele Mitglieder politisch-alternativer Gruppen wurde der Olof-Palme-Friedensmarsch ein Indiz für den Rückzug des Repressionsapparates.²⁰² Vor allem während der ersten Tage des Marsches (das heißt im Norden der DDR²⁰³) war es immer wieder möglich, sich mit eigenen Transparenten in den Demonstrationenzug einzureihen. Ca. 70 Leipziger versuchten dies in Torgau (bzw. zwischen Torgau und Riesa)²⁰⁴. Ihre Erfahrungen

198 Z. B. Heimlicher Handel, in: Der Spiegel 6/87, 90 ff.

199 M. Stolpe am 21.10.1985 handschriftlich an E. Honecker: „Herr v. W[eizsäcker] ist sicher, einen wirksamen positiven Einfluß zur Gestaltung Ihres eventuellen Besuches nehmen zu können. Möge er gelingen!“ (BArch SAPMO B 2/14/57)

Freya Klier im Februar 1988: „Als Honecker im September auf Staatsbesuch hier war, da standen wir drüben da und haben gesagt: Wie sollen wir jetzt noch klarmachen, daß wir am Ende sind in diesem Land?“ (Der Spiegel 6/88, 29).

200 Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang, daß das MfS versucht hatte, die Leipziger „Frauen für den Frieden“ mit diesem Papier zu beschäftigen – ohne Erfolg (Sachstandsbericht zum TV – Reg. Nr. XIII 121/86 des ZOV „Wespen“ vom 10.12.1987 – Kopie beim Autor).

201 Bericht von der 113. KKL-Tagung (4./5.9.1987)

Die Gespräche wurden am 6.11.1987 wieder abgesagt und von dieser Zeit bis in den Herbst 1989 zu einem Dauerthema zwischen Staat und Bund der Evangelischen Kirchen (Maser 140).

202 Besonders die Berichte über den 5.9.1987 (K.-H. Baum in: Frankfurter Rundschau vom 7.9.1987 u. a.), s. a. M. Herrmann, KIS 5/87.

Mit der Politbürositzung am 22.9.1987 war die Zurückhaltung des Sicherheitskartells beendet.

203 Bei der Dresdener Abschlusversammlung konnten auch Transparente mit Forderungen nach Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit usw. gezeigt werden. Hier waren westliche Journalisten dabei, was diese „Ausnahme“ vielleicht erklärt (s. Kontraste-Beitrag von Jahn/Richter: Friedensbewegung am 9.12.1987).

204 S. Rundschreiben Mittigs vom 14.10.1987, in: Besier/Wolf 490–508, dort 496; Pfarrer Wonnerberger wird dort vermutlich erwähnt, da er 400 Vliesdrucke des UN-Plakates herstellen ließ.

waren jedoch anderer Art. Das erstmal versuchten FDJ-Ordnungstrupps sie abzudrängen bzw. abzudecken, dann verbreitete W. Sarstedt (IM „Wolfgang“) das Gerücht, daß bei einem weiteren Verwenden der Transparente (z. B. „Gitarren statt Knarren“) Verhaftungen zu erwarten seien²⁰⁵. Daraufhin beschloß die von Pfarrer Führer geleitete Gruppe, die Transparente nicht mehr zu verwenden. Das Haus, in dem sie sich trafen (Pfarrhaus Chr. Sachse), war die ganze Zeit von Sicherheitskräften belagert. Auf dem Marsch trug die Gruppe dann nur ein Holzkreuz und das UNO-Symbol mit der Weltkugel und dem Mann, der über seinem Kopf ein Gewehr zerbricht. An einer Teilnahme des Fackelumzuges wurden die Leipziger durch Gewaltanwendung gehindert.²⁰⁶

Über die diktatorischen Verhältnisse konnten bei den Leipziger Gruppen trotz des Olof-Palme-Marsches keine Zweifel aufkommen. Diese Erfahrung dokumentierten sie dann auch auf Schautafeln mit Fotos vom Olof-Palme-Marsch (vor allem mit Sicherheitskräften), die während der Friedensdekade gezeigt wurden.²⁰⁷

Da die Gruppen 1987 in den Kirchen ihre Aktivitäten wieder vermehrten und auch nichtkirchliche Gruppen in den Kirchen auftraten, begann der Staat auf die Kirchenleitungen Druck auszuüben, um die Öffentlichkeitswirksamkeit dieser Veranstaltungen zu minimieren.

Die sächsische Kirchenleitung reagierte auf diesen Druck mit einer Einladung der Gruppen zum „Konziliaren Prozeß“.²⁰⁸ Diese Einladung war jedoch nicht bedingungslos, und so kam es zu einer Formalisierung der Beziehungen zwischen Gruppen und Kirche. Im Oktober 1987 beschloß die sächsische Landessynode Kriterien zur Gestaltung von kirchlichen Veranstaltungen mit bzw. durch „fernerstehende Gruppen“ in Sachsen. Hielten sich die Gruppen an bestimmte kirchliche Normen, konnten sie die kirchlichen Ressourcen nutzen (Räume, Publikationsmöglichkeiten). Praktisch waren die Artikulationsmöglichkeiten der Gruppen innerhalb der Kirche jedoch weiterhin vom persönlichen Kontakt mit Pfarrern abhängig. Nur etwa jeder achte der Leipziger Pfarrer (von über 60) war solch eine Kontaktperson von Gruppenmitgliedern.²⁰⁹

Im Zuge der landeskirchlichen Aufwertung der Gruppen nahm der BSA an Bedeutung zu (Vorbereitung von „Frieden konkret“ und Organisation des „Friedensgebetsplanes“ und der „Friedensdekade“). So genehmigte die Nikolai-Gemeinde den im BSA vertretenen Gruppen, in der Nikolaikirche

205 IM-Akte „Wolfgang“ (Reg.-Nr. XIII 955/86, Bd. II/1)

206 S. Bericht R. Müller in: „Grenzfall“ 10/87, 18

207 Operativinformation 260/87 des Leiters der Kreisdienststelle in Leipzig-Stadt des MfS (Forschungszentrum zu den Verbrechen des Stalinismus/IFM e.V.); zum Teil sind die Fotos im ABL zu finden.

208 22. Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, Frühjahrstagung 1987. Im Bericht der sächsischen KL an die Herbstsynode 1988 wurden die Aktivitäten der Gruppen ausdrücklich in den Kontext des konziliaren Prozesses gestellt.

209 Elvers/Findeis (1990a), 60

auf Schautafeln ihre Arbeit bzw. ihre Anliegen (jeweils im A3-Format) vorzustellen.²¹⁰

Da der BSA praktisch von dem für die Superintendentur Ost zuständigen Superintendenten Fr. Magirus abhängig war²¹¹, bedeutete die Formalisierung eine Zunahme der Kompetenzen des Superintendenten bei den die Gruppen betreffenden Problemen. Die politische Bedeutung der Kirchen nahm mit dem Wachsen der politisch-alternativen Gruppen zu, da sie als einzige Institutionen, welche nicht Teil des staatlichen Sozialisationskartells war, immer mehr zum Ort der gesellschaftlichen Kommunikation wurde. Um ihre Gesprächsposition beim Staat nicht zu gefährden, ging die Kirchenleitung immer wieder auf staatliche Disziplinierungsversuche, die die Opposition erreichten, ein.²¹²

In das Beziehungsdreieck Gruppen-Kirche-Staat kam durch die Verhaftungsaktionen in Berlin im November 1987 und Januar 1988 Bewegung. Stefan Krawczyk hatte gesungen: „Treibt's nicht zu weit, ansonsten kommt die Sicherheit“. Am 24./25. November 1987 schlug das Sicherheitskartell zu. Doch bei der Umweltbibliothek (UB) konnte kaum der Eindruck aufkommen, daß „jemand es zu weit getrieben“ hatte. Die Förderung der second society und Öffentlichkeit durch die UB war in dem der Kirche zugestandenen Freiraum geschehen. So führten die Proteste und Solidaritätsaktionen zu einem Zusammenrücken von Gruppen und Kirche und die Freilassung der Inhaftierten zu einer Stärkung des Selbstbewußtseins der Opposition. Es wurde offensichtlich, daß die vom Staat propagierte Einheit zwischen Staat und Gesellschaft zerbröselte und die politischen Strafrechtsparagrafen nicht gegen bekannte Dissidenten anzuwenden waren.²¹³ Die Aktion führte zu einer Erweiterung der Gruppen (z. B. begann der Medizinstudent M. Arnold aufgrund dieser Verhaftungen bei den politisch-alternativen Gruppen mitzuarbeiten).²¹⁴ Einige

210 Der BSA hatte am 28.9.1987 einen entsprechenden Antrag beschlossen, den der Kirchenvorstand St. Nikolai am 5.10.1987 zugestimmt hatte (Dietrich/Schwabe).

211 Elvers/Findeis behaupten gar, Magirus sei Vorsitzender des BSA gewesen (1990a, 60, Anm. 76).

212 Dafür ein paar Beispiele: Das Gegensportfest der IGL konnte u. a. nicht öffentlich werden, da Pfarrer Berger (IMB „Carl“), der Gastgeber, dies verhinderte. Eine Veranstaltung der IGL unter dem Motto „Anspruch und Realität alternativer Gruppen in der DDR“ während der „Friedensdekade“ wurde nicht im „Friedensdekaden“-Programm abgedruckt.

Nachdem Pfarrer Wonneberger im März 1987 Stefan Krawczyk in der Lukas-Kirche auftreten ließ und staatlicher Druck auf die Kirchenleitung ausgeübt wurde, wurde Pfarrer Wonneberger vom Dresdner Präsidenten nahegelegt, solche Konzerte nicht mehr stattfinden zu lassen. Dieser ließ Stefan Krawczyk jedoch am 31.10.1987 erneut in der Lukas-Kirche auftreten und vertrieb Kassetten mit Aufnahmen der Konzerte. Außerdem ließ Chr. Wonneberger am 16.11. während des „Friedensforums“ in der Reformierten Kirche Unterschriften für den „Sozialen Friedensdienst“ sammeln, eine Ungeheuerlichkeit in den Augen von Superintendent Magirus (Gespräch Magirus mit Sabatowska, Abt. IA beim Rat der Stadt am 20.11.1987 – Operativinformation Nr. 268/87 des Leiters der Kreisdienststelle Leipzig-Stadt – Dietrich/Schwabe).

213 So schreibt zum Beispiel OSL Zeiseweiß im Mai 1988 zu Wolfgang Rüdendklaus (UB): „R. und seinesgleichen lassen sich schwer einsperren. Unser erstes Ziel sollte sein(!), ihn als Feind politisch unwirksam zu machen.“ Faksimile in: „Die Andere“, Beilage 24/91, S. 3

214 Gruppenmitglieder und Neugierige fuhren nach Berlin und beteiligten sich an den Mahnwachen. Es wurden Protestbriefe verfaßt.

Gruppenmitglieder hofften jetzt auf einen Ausbau ihrer Möglichkeiten. So überlegte die AGM (Pfarrer Wonneberger, F. Richter, C. Motzer), auch in Leipzig eine „Umweltbibliothek“ einzurichten.²¹⁵

Für den 22. Januar 1988 hatte die AGU zu einer Informationsveranstaltung zu den „Vorgängen um die Umweltbiliothek“ in der Michaeliskirche eingeladen, bei der über Konsequenzen nachgedacht werden sollte. Doch am 17. Januar kam es in Berlin erneut zu Verhaftungen (Ausreisewillige sowie Gruppenmitglieder). Verschiedene Leipziger Oppositionelle (vor allem Theologiestudenten) reagierten sofort darauf und organisierten schon am folgenden Tag Proteste.²¹⁶ Die Veranstaltung am 22.1. wurde zu einem Koordinierungsgespräch für mögliche Protestaktionen umfunktioniert (über 300 Teilnehmer²¹⁷). Da ein Teil der am 17.1. inhaftierten Ausreisewilligen kurz darauf in die Bundesrepublik gelassen wurde, waren viele Ausreiseantragsteller im Interesse ihrer Ausreise zu politischen Aktionen motiviert.²¹⁸ Die in Leipzig entstandene Staatsbürgerschaftsrechtsgruppe versuchte, sofort aktiv zu werden.²¹⁹ In der Stadt tauchten in den folgenden Tagen immer wieder Flugblätter und Graffiti gegen die Verhaftungen und für Reformen und Ausreise auf. Sowohl Mitglieder politisch-alternativer Gruppen als auch Ausreisewillige versuchten, bei der Veranstaltung am 22.1. ihre Aktionen zu koordinieren und bekanntzumachen.²²⁰ Während der Veranstaltung wurden Protestschreiben einzelner Anwesender verlesen, in denen u. a. das Demonstrationsrecht eingeklagt wurde.²²¹ Es wurde ein gemeinsamer Brief an Honecker erarbeitet und 80 Unterschriften gesammelt.²²² Nach der Versammlung bildete sich ein Kreis von Koordinatoren der Protestaktionen. Zwei Tage später trafen sich 40 Gruppenvertreter in der ESG. Dabei erklärte Studentenpfarrer Bartels sich bereit, die Räume der ESG zu täglichen Andachten zur Verfügung zu stellen. Am Montag (25.1.) zum Friedensgebet waren es dann schon 300 Besucher.²²³

215 Ein Jahr später wurde dies in Form einer „Gemeindebibliothek“, die die AGM und der AKG benutzten, auch realisiert. Sie war Vorläufer der Bibliothek und des Archivs der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ in Leipzig.

216 S. „fußnote 3“ unter „III. Solidarität in der DDR“ (ABL Box 21)

217 Nach staatlichen Angaben waren es „300–350 Interessierte“ (Bericht des Stellvertreters des OBM für Inneres des Rates der Stadt Leipzig, Gen. Sabatowska, über die Staatspolitik in Kirchenfragen im Berichtszeitraum Dezember 1987/Januar 1988. – StaatsArch Leipzig RdB 21396). Superintendent Richter schätzte 200 Teilnehmer (s. unten Anm. 220).

218 S. Spittmann, 227

219 Einem der „Inspiratoren“ wurde auf Beschluß des MfS innerhalb eines Tages (Absprache zwischen Tinneberg/Gabriel/Zeitschel am 21.1.88) die Ausreise genehmigt (Arbeitsbuch Zeitschel, BStU Leipzig 1158).

Am 21.1. nahmen auch Ausreisewillige am Treffen der AGM teil (BStU Leipzig IM „Wolfgang“-Akte II/1)

220 Superintendent J. Richter vermerkte zu dieser Veranstaltung: „Etwa 200 Teilnehmer erschienen. Viele unbekannte Gesichter. Ausreisekandidaten.“ (Kaufmann/Mundus/Nowak, 238)

221 „Werter Herr Staatsratsvorsitzender, setzen Sie sich für die Freilassung der Verhafteten ein und sichern Sie das Recht und den Schutz der Teilnahme an öffentlichen Demonstrationen.“ (ABL Hefter 1)

222 „fußnote 3,,

223 Nach Auskunft der Kontaktgruppe sollen es 300 Besucher gewesen sein („fußnote 3“). Der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung berichtete dem ZK von ca. 160 Teilnehmern (Dietrich/Schwabe).

In der Kirche kam es zu heftigen Diskussionen, in denen u. a. Gruppenvertreter für die täglichen Andachten große Räume forderten. Da wegen Bauarbeiten und fehlendem Beschluß des Kirchenvorstandes die Nikolaikirche nicht zur Verfügung gestellt wurde, fand die nächste Andacht am folgenden Abend in den Räumen der ESG (im Leipziger Süden) statt (über 100 Besucher). Eingeladen wurde dafür durch Flugblätter und in kirchlichen Schaukästen. Nach dem Gebet bildete sich eine Koordinierungsgruppe²²⁴, die ein Kontakttelefon (Telefon der ESG) einrichtete und versuchte, Strukturen zu schaffen, die für eine längere Zeit Protestaktionen garantierten. Anlaß dafür waren u. a. weitere Inhaftierungen in Berlin (B. Bohley, W. Fischer, R. Hirsch, Freya Klier, W. u. R. Templin) und sechs zeitweilige Verhaftungen in Leipzig. Die Kontaktgruppe gab sich eine Satzung²²⁵, in der sie sich auf die „geltenden Gesetze der DDR“ verpflichtete und zu ihrer Aufgabe erklärte, Informationen über Vorladungen, Inhaftierungen und Verlauf der Ermittlungen zu erarbeiten und weiterzugeben. Außerdem erklärte sie, anhand einer Adressenliste nach drei Tagen Abwesenheit zu kontrollieren, ob die betreffenden Personen noch in Freiheit sind. Die Koordinierungsgruppe rechnete also mit weiteren Verhaftungen aufgrund ihrer Solidaritätsaktionen.²²⁶ Die folgenden Fürbittandachten, in verschiedenen Kirchen Leipzigs waren stark besucht, dennoch gab es für jeden Teilnehmer die Möglichkeit, eigene „Fürbitten“ zu sprechen.

Am 26.1. setzte das Sicherheitskartell einen Krisenstab ein²²⁷ und beauftragte den Bezirksamtschef für Inneres, H. Reitmann, und dessen Mitarbeiter für Kirchenfragen, A. Müller, die Kirchenleitung vor politischen Aktionen bzw. deren Unterstützung zu warnen. Die wichtigste staatliche Forderung dabei war, daß die Fürbittgottesdienste nicht in der Innenstadt stattfinden sollten.²²⁸

224 Mitglieder: B. Moritz, M. Jankowski, L. Streubel.

225 Abgedruckt in: Kaufmann/Mundus/Nowak, 241 f.

226 Diese Erklärung wird zum Anlaß für eine Auseinandersetzung zwischen Kontaktgruppe und den Leipziger Superintendenten (S. die Notizen Superintendent Richters in: Kaufmann/Mundus/Nowak, 238 f., besonders unter „28. Januar: [...] Ich moniere den statutenhaften Charakter.“). Dabei legten die Superintendenten fest, daß Pfarrer Bartels und Pfarrer Kaden die Koordinierungsgruppe nach außen vertreten sollten.

227 Das MfS bildete nach Anleitung des 1. Stellvertreters des Leiters der BV Eppisch eine spezielle Lagegruppe am 26.1. (Arbeitsbuch Zeitschel, BStU Leipzig 1158).

228 Bericht J. Richter von diesem Gespräch in: Kaufmann/Mundus/Nowak, 242–245, und Information von Major Conrad (Abteilung XX der BV für Staatssicherheit Leipzig) über ein Gespräch zwischen H. Reitmann, Superintendent Magirius und Superintendent Richter am 27.1.1988 (Dietrich/Schwabe) Interessant die Unterschiede der Berichte:

Richter vermerkte: „Er trug sodann die Bitte vor [...], – wir möchten darauf hinwirken, daß die Gebetsgottesdienste dieser Art nicht in die Innenstadt, sprich: Nikolaikirche zurückkehrten. Wir haben diese Bitten entgegengenommen, dabei aber auf die tatsächlichen Grenzen unserer Einflußmöglichkeiten verwiesen.“

Bericht Müller/Conrad: „Im Ergebnis des Gesprächs wurden folgende Punkte festgehalten:

1. Die staatliche Forderung, daß innerhalb der Kirchen 'keine neuen Türen aufgemacht werden'. (Offensichtlich werden die weiteren Friedensgebete in der ESG oder einer anderen Randkirche, jedoch nicht im Stadtzentrum, durchgeführt.) [...]"

Die Friedensgebete an jedem Montag fanden jedoch weiterhin in der Nikolaikirche (Pfarrer Führer) statt. Am 1. Februar kamen dazu schon ca. 700 Besucher. Die Kontaktgruppe gab eine Erklärung heraus, in der sie sich für eine enge Kooperation zwischen Kirchenleitung und Kontaktstelle „sowie mit den Veranstaltern der örtlichen Friedensandachten“ aussprach und erklärte: „Wir sind der Meinung, daß unser Beten und Nachdenken wegen der Berliner Ereignisse nicht nur das Anliegen einer kleinen Gruppe und für die erste Zeit der Erregung sein darf, sondern vor allem im Hinblick auf den konziliaren Prozeß eine weitreichende Bedeutung für unser ganzes Land besitzt.“²²⁹

In den DDR-Medien liefen zur gleichen Zeit Hetzkampagnen, die die Kampagnen von 1976 (Brüsewitz, Biermann) weit in den Schatten stellten. Der Staat machte der Kirche deutlich, daß er „Mittel und Wege“ finden würde, um „die Organisierung und Abstimmung von Aktivitäten und Organisation“ (Kontaktgruppe) zu unterbinden.²³⁰ In einem Gespräch mit den Superintenden-ten setzten die Staatsvertreter psychologisch geschickt die angebliche staatliche Ablehnung jeder bewaffneten Auseinandersetzung mit dem von den politisch-alternativen Gruppen erzeugten Druck („halten uns erpreßbar“) in Beziehung.²³¹ Diese zynische Drohung wirkte.²³² Die Superintenden-ten versuchten die Öffentlichkeitswirksamkeit der Gruppen in den Gebeten einzuschränken, doch nicht nur Gruppenmitglieder, sondern auch verschiedene Pfarrer verteidigten die erreichten Positionen. Die Andachten wurden bis zur Freilassung aller Inhaftierten (bis 12.2.) weiterhin täglich mit mehreren hundert Besuchern fortgesetzt. Zum Abschluß (am 13.2.) fand sogar ein „Meditationsgottesdienst“ statt, bei dem sich die Gruppen mit ihrer Arbeit vorstellen konnten. In den Andachten wurde von Gruppenmitgliedern für ein „Kommunikationszentrum“ geworben, und es wurden dafür sogar schon Gelder gesammelt. Die Einrichtung der Kontaktgruppe sollte so institutionalisiert werden. In der Zwischenzeit (ab Februar 1988 bis Oktober 1989) bildete sich ein „Trägerkreis für ein Kommunikationszentrum“ als Ad-Hoc-Gruppe.²³³

Auch wenn viele der Inhaftierten mehr oder weniger gegen ihren Willen in die Bundesrepublik abgeschoben wurden und nicht nach Ost-Berlin freigelassen wurden, waren die aktionsreichen Tage für die Leipziger Gruppenmitglieder

229 Abgedruckt in: Kaufmann/Mundus/Nowak, 245 f., dort 246

230 Superintendent Richter über das Gespräch in der Abt. IA beim Rat der Stadt am 2.2.1988, Kaufmann/Mundus/Nowak, 247–249, dort 248

231 Ebenda, S. 249

232 Die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen des Bundes meinte wenig später aufgrund der deutlichen staatlichen Drohung: „Die Weisung der Gruppen an die Gemeinden ist ebenso wesentlich wie die Frage, ob die Provokationen von Gewalt selbst schon Gewalt sind.“ (Presseinformation BEK Nr. 49/88, S. 2) Der Zynismus der staatlichen Argumentation von der „Provokation von Gewalt“ wurde nicht offengelegt, sondern wurde wie selbstverständlich in die innerkirchliche Kommunikation (noch 1988) übernommen und die Rechtsauffassung der SED (als Machtzentrum) anerkannt.

233 Zu Beginn gehörten zu dieser Gruppe G. Heide, M. Jankowski, A. Ludwig, B. Moritz, B. Oehler, G. Oltmanns, R. Quester und A. Radicke.

ermutigend. Sie hatten erlebt, wie sich Solidarität, Protest und Unmut wie ein „Flächenbrand“ an allen Ecken der DDR artikulierten und das Sicherheitskartell davon nicht unbeeindruckt geblieben war. Von „Lähmung“ (Freya Klier²³⁴) oder „Enttäuschung“ (Mielke²³⁵) der Opposition konnte in Leipzig kaum die Rede sein. Aus der Position eines Erfolges bemühten sie sich in der Folge um eine Verständigung über die gemachten Erfahrungen und deren Konsequenzen. Dabei standen vor allem zwei Fragen im Mittelpunkt:²³⁶

1. Sind gemeinsame Aktionen von Reformgruppen und Ausreisewilligen möglich?
2. Wie ist eine kontinuierliche Koordinierung der Aktivitäten der politisch-alternativen Gruppen möglich?

Auch wenn diese beiden Fragen eng zusammenhängen, möchte ich mich auf die erste Frage konzentrieren.²³⁷

234 Klier, 146, s. a. die Bewertung von R. Schult, der von einer Niederlage der Gruppen sprach. Schult, Gewogen und für zu leicht befunden, in: „Friedrichsfelder Extrablatt“ (April 1988), abgedruckt in: Rüdendklu 223–232

235 Referat im Februar 1988 in: Besier/Wolf 541–550, dort 544 oben

236 Vgl. z. B. Erklärung von F. Sellentin und D. Körner (IGL) vom 12.2. Der Text wurde veröffentlicht in: „Streiflichter“ vom 15.2.1988 (Dietrich/Schwabe).

237 Seit der Sitzung des BSA am 30.1.1988 war Superintendent Magirius bereit, sich nach entsprechenden Räumen umzuschauen und ein Kommunikationszentrum der Gruppen (KOZ) zu ermöglichen (Protokoll BSA-Sitzung, 30.1.1988). Für die Verhandlung mit den Kirchenvorständen wurde Br. Moritz beauftragt, einen „Konzeptionsentwurf“ zu erarbeiten (Protokoll BSA-Sitzung, 29.3.1988, ABL Hefter 35). Erarbeitet wurde er von einer Gruppe von Gruppenvertretern. Die Konzeption wurde am 29.4.1988 durch den BSA bestätigt (Protokoll BSA-Sitzung, 29.4.1988). Die Gruppe, welche das Konzept erarbeitet hatte, nannte sich nun „Trägerkreis“ des KOZ. Da Superintendent Magirius im Sommer noch keinen Raum nennen konnte, versuchte die Gruppe selber, mit Pfarrern und Kirchenvorständen zu verhandeln. Der Kirchenvorstand (KV) „Heilig Kreuz“ (Pfarrer Erler) erklärte sich im August 1988 bereit, einen Raum zur Verfügung zu stellen, wenn die Rechtsträgerschaft des Trägerkreises geklärt sei. Im September kam es dann zu einer Verständigung zwischen den beiden Bezirkskirchenausschüssen und dem Trägerkreis. Diese wurde einen Monat später von den beiden Superintendenten gekündigt. Es wurde mitgeteilt, daß der KV „Heilig Kreuz“ keinen Raum mehr zur Verfügung stellt. Gegenüber der Abt. IA beim Rat der Stadt erklärte Fr. Magirius am 21.10.1988, daß das KOZ „verhindert werden muß“ (Information A. Müller 28.10.1988, in: Dietrich/Schwabe). Nun versuchte der Trägerkreis, in der Markus-Gemeinde einen Raum zu bekommen. Der KV stellte dabei die Bedingung, daß die Gruppe als Gemeindekreis arbeitet.

Das geplante Kommunikationszentrum hätte mit Sicherheit das Ende des BSA bedeutet. Es wurde von Staat und MfS als eine große Gefahr eingeschätzt. Mit den verschiedensten Mitteln versuchte das MfS die Errichtung des KOZ zu verhindern (Jahresplan des Leiters der Abteilung XX [BV MfS – Leipzig] vom 28.12.1988, GVS 153/88, S. 6 f. – beim Autor). Da die Flugblätter zur Demonstration am 15.1.1989 teilweise auf einem Gemeinde-Ormig-Gerät bei Pfarrer Turek (Markus-Gemeinde) hergestellt wurden, versuchte der Staat, die Kirchenleitung gegen Pfarrer Turek einzunehmen, was ihm auch zum Teil gelang. Ein KOZ war aussichtslos geworden. Auf der Ökumenischen Versammlung in Dresden im April 1989 und auf dem Statt-Kirchentag in Leipzig (Juni 1989) wurden die frustrierenden Erfahrungen der Gruppenvertreter mit einer Dokumentation unter dem Titel „Eine Hoffnung wird lahmgelegt“ veröffentlicht. Von der Dresdener Versammlung wurde auch ein Brief an die beiden Leipziger Bezirkssynoden mit der Bitte um Einrichtung solch eines Kommunikationszentrums gerichtet (u. a. von Prof. Kühn, Prof. Feiereis, R. Pahnke und Fr. Schorlemmer unterzeichnet – ABL). Ab Frühsommer stellte Pfarrer Turek dann die Gemeindekanzlei für einige Stunden in der Woche für eine „Bibliothek zum Konziliaren Prozeß“ zur Verfügung. Als es am 11. September 1989 nach dem Friedensgebet zu Verhaftungen kam, ging die spontan gebildete Kontaktgruppe zu Pfarrer

4.3. Das Verhältnis zwischen „Hierbleibern“ und „Ausreisern“

Der Staat tabuisierte auch Anfang 1988 das Ausreiseproblem weiter. Das konnten die Kirchen nicht, denn zu den Veranstaltungen kamen mehrere hundert Ausreisewillige. Die Kirche²³⁸ und die Gruppen waren darauf nicht vorbereitet, so daß in den Städten sehr unterschiedlich darauf reagiert wurde.²³⁹ In Leipzig konnten sich Ausreisewillige an der Gestaltung der Andachten beteiligen²⁴⁰ und nutzten sehr früh die Fürbittandachten, um ihre soziale Isolation zu durchbrechen. Am 19.2. hielt Pfarrer Führer einen „Gemeindeabend“, in dem es ausschließlich um die Frage der Übersiedlungen ging („Leben und Bleiben in der DDR“). In seiner Rede vor ca. 1.000 Besuchern²⁴¹ plädierte er für das Bleiben in der DDR, doch an diesem Abend konnten sich verschiedene sogenannte „Ausreiser-Kreise“ bekanntmachen. Pfarrer Führer lud außerdem zu einem Bibelkreis für Ausreisewillige ein. Besonders öffentlichkeitswirksam wurde in diesen Tagen eine „**Arbeitsgemeinschaft Staatsbürgerschaftsrecht**“ (F.W. Sonntag, Dr. S. Kind, Dr. M. Kunze und M. Hartmann), die auch am Rande der folgenden Andachten bzw. Friedensgebete (z. B. am 22.2.) Eingaben-Entwürfe an Honecker mit der Bitte um „gesetzliche Regelung der Ausreise“²⁴² verteilte.²⁴³ Der Ende 1987 entstandene **Arbeitskreis „Gerechtigkeit“** (AKG) am Theologischen Seminar (Th. Rudolph, S. Krug, J. Läßig, R. Müller) arbeitete mit der AG „Staatsbürgerschaftsrecht“ zusammen und unterstützte deren Arbeit. Später erklärte sich die AG „Staatsbürgerschaftsrecht“ als Teil der AKG.²⁴⁴ Später gab es auch innerhalb der IGL einen Bürgerrechtsarbeitskreis,

- Turek und erhielt dort ab 15.9. einen Raum mit Telefonanschluß. In der Wende wurden von den beiden Superintendenturen neue Möglichkeiten für ein KOZ eröffnet. Es sollte sich jedoch nun „Ökumenisches Begegnungszentrum“ nennen (vgl. Protokoll der Sitzung des Vertrauensrates des „Ökumenischen Begegnungszentrums“ am 27.9.1989, in: Kaufmann/Mundus/Nowak, 279 f.). Mit der Wende gab es jedoch unter den Gruppenvertretern kein Interesse mehr an solch einem Zentrum.
- 238 Superintendent Richter vermerkte über ein Gespräch mit Abt. IA beim Rat des Bezirkes (Reitmann) am 27.1.1988: „Wir sind vom Auftauchen von Ausreisekandidaten ebenso überrascht wie die staatliche Seite.“ (abgedruckt in: Kaufmann/Mundus/Nowak, 242–245, dort 243, s. a. J. Richter (1989), 183)
- 239 S. z. B. das widersprüchliche Agieren von Generalsuperintendent G. Krusche in Berlin („Die Kirche“, 14.2.1988, S. 2; Berliner Zeitung, 8.2.1988; G. Thomas, in: „Die Kirche“, 21.2.1988, S. 1)
- 240 Z. B. konnten sie Erklärungen verlesen (s. „fußnote 3“ Dok. III/5).
- 241 Im Bericht des Stellvertreters des OBM für Inneres des Rates der Stadt Leipzig, R. Sabatowska, zur Staatspolitik in Kirchenfragen im Berichtszeitraum Februar/März 1988 vom 29.3.1988 wird von 1.500 Teilnehmern gesprochen (Dietrich/Schwabe).
- 242 In dieser Petition hieß es u. a. „Bezugnehmend auf die Meldung im ND vom 3.2.1988 'Die im Zusammenhang mit ihren Landesverräterischen Beziehungen inhaftierten Stefan Krawczyk und Freya Klier haben entsprechend ihrem Antrag und unter Beachtung der erforderlichen gesetzlichen Bestimmungen am Dienstag die DDR auf dem Wege in die BRD verlassen.' [...] ergeben sich für mich/uns folgende Fragen: [...] Nach Lesen der obigen Zeilen im ND drängt sich die Vermutung auf, daß man sich erst 'landesverräterischer Beziehungen' oder anderer Gesetzesübertretungen schuldig machen muß, damit der Antrag zügig bearbeitet wird und man wie gewünscht die DDR verlassen kann. Um diesen unerhörten Zustand zu beseitigen, bitte ich/bitten wir Sie deshalb dringend, Rechtssicherheit für die Ausreise aus der DDR herzustellen.“ (Dietrich/Schwabe)
- 243 „Die Mücke“, 2
- 244 In „Die Mücke“, herausgegeben von K. Walther, T. Rudolph (AKG) und J. Fischer (AGM) wird die AG „Staatsbürgerschaftsrecht“ von Anfang an als AG der AKG dargestellt.

in dem Ausreisewillige arbeiteten. Außerdem gab es verschiedene sogenannte „Ausreisergesprächskreise“ (u. a. **Kaden-Kreis** und **Arbeitskreis „Hoffnung,** bei Pfarrer Führer).

Spätestens mit dem Gemeinde-Abend vom 19.2.1988 wurde im allgemeinen angenommen, daß die Kirche sich für die Ausreisewilligen einsetzen würde und deren Probleme auch öffentlich thematisieren wollte.²⁴⁵ Damit war die „Toleranzgrenze“ des Sicherheitskartells überschritten. In den folgenden Wochen sollte vor allem verhindert werden, daß die Ausreisewilligen Verbündete unter den „Hierbleibern“ fanden und die Kirche zu einer „Oppositionspartei“ wurde.²⁴⁶ Gegen die Kirche wurde entsprechend dem sogenannten Jarowinsky-Papier vorgegangen²⁴⁷, der „harte Kern“²⁴⁸ der Ausreisegruppen vom MfS „diszipliniert“.²⁴⁹ Führende Gruppenmitglieder wurden mehrere Tage inhaftiert (F.W. Sonntag und Dr. M. Kunze), andere für einige Stunden „zugeführt“ (z. B. aus dem Kaden-Kreis). Vielen Ausreisewilligen wurde nahegelegt, keine kirchlichen Veranstaltungen mehr zu besuchen.²⁵⁰ Die Repressionen hatten jedoch den gegenteiligen Effekt. Die politisch-alternativen Gruppen wurden in ihrer Einschätzung des Herrschaftsapparates bestärkt, und die Solidarität der Gruppen (vor allem AKG und der IGL), da sie von ähnlichen Repressionen betroffen waren²⁵¹, wurde selbstverständlich. Ende März 1988 zählte die Stasi neun Ausreisegruppen in Leipzig.²⁵²

Das wichtigste Forum der Opposition war im Februar/März 1988 das montägliche Friedensgebet. Es fand seit 1982 in der Nikolaikirche statt. 1988 wurde an der Kirche (Kirchturm) gebaut. Am Bauzaun ließ der Kirchenvorstand ein

245 Ebenda

246 In der „Information Nr. 1 zu Ergebnissen der Staatspolitik in Kirchenfragen – insbesondere der verstärkten Ausspracheführung mit kirchlichen Amtsträgern in den letzten Tagen“ von Abt. IA Rat des Bezirkes vom 26.2.1988 heißt es u. a.: „[...] Es ist zu verhindern, daß es zu einer Konfrontation zwischen Staat und Kirche kommt. Es ist alles zu tun, damit sich die sogenannten 'emanzipatorischen' Gruppen der Kirchen von den Ausreiseseuchenden distanzieren. [...] Zur Erreichung der Zielstellung der Trennung von Basis- und Übersiedlungsgruppen ist es vor allen Dingen wichtig, daß sich die Basisgruppen nicht zu Reformgruppen entwickeln.“ (Dietrich/Schwabe)

247 S. unten S. 619 f. Am 23.2.1988 wurden wichtige Leipziger Kirchenvertreter vom Bischofsvertreter und vom Präsidenten des Landeskirchenamtes darin eingewiesen, daß „Staatsbürgerrechtsgruppen“ keine kirchliche Legitimierung erfahren sollten. Die Gesprächsrunden mit Ausreisern nach den Gottesdiensten sollten höchsten 40 Personen umfassen und einen biblischen Bezug haben (Operativinformation 50/88 der Kreisdienststelle Leipzig-Stadt des MfS vom 4.3.1988 – Dietrich/Schwabe).

248 Vom MfS auf ca. 30 Personen beziffert (Arbeitsbuch Abt. XX/Lagegruppe Zeitzschel, BStU Leipzig 1161)

249 So die Sprache des MfS (Arbeitsbuch Abt. XX/Lagegruppe Zeitzschel, BStU Leipzig 1161)

250 Das heißt, sie wurden „verwarnt“, so die Stasi-Bezeichnung für kurzzeitige Verhaftungen mit Verhören und Drohungen (Arbeitsbuch XX/Lagegruppe Zeitzschel, BStU Leipzig 1161). Brutale Behinderungen des Gottesdienstbesuches von Ausreisewilligen geschahen z. B. am 6.3.1988 vor der Berliner Sophienkirche. Ähnliches wurde aber auch von anderen Gemeinden berichtet. In den Frühjahrssynoden in Schwerin und Wittenberg wurden diese „Gottesdienstbehinderungen“ kritisiert.

251 Z. B. wurden Br. Moritz und R. Müller während des Gruppentreffens „Frieden konkret“ in Cottbus am 27.2. zeitweilig verhaftet und mißhandelt.

252 Arbeitsbuch Abt. XX/Lagegruppe Zeitzschel, BStU Leipzig 1161

Plakat anbringen („St. Nikolai offen für alle“), mit dem die DDR-untypische Offenheit der Kirche signalisiert wurde. Basisgruppen gestalteten die Gebete in Koordinierung durch den BSA in eigener Regie. Nach den Andachten gab es verschiedene Gesprächsmöglichkeiten. Diese Gesprächskreise waren ein wichtiger Anlaufpunkt für Ausreisewillige (geleitet u. a. von den Pfarrern Führer, Berger, Kaden, Bartels, Wugk). Außerdem wurden dienstags und donnerstags „Gespräche des Vertrauens“ angeboten. Zum *Montag in der Messewoche*²⁵³ (am 14.3.1988) organisierten verschiedene Ausreisegruppen zusammen mit Basisgruppenvertretern nach dem Friedensgebet eine Demonstration von ca. 300 Bürgern durch die Innenstadt.²⁵⁴

Von den entsprechenden Plänen wußte das Sicherheitskartell schon mindestens 3 Wochen zuvor²⁵⁵, so daß umfassende Verunsicherungsmaßnahmen durchgeführt wurden. Der Kirche wurden Auflagen erteilt. Potentielle Demonstranten wurden von der Stasi in den Tagen davor kurzzeitig verhaftet und verwahrt.²⁵⁶ Einige Ausreisewillige durften noch vor Messebeginn ausreisen.²⁵⁷ Die spezielle Lagegruppe der Stasi („Spinne“) startete einen „Großeinsatz“.

Vertreter der Kirche beteiligten sich an dem vom **Arbeitskreis „Solidarische Kirche“** vorbereiteten Gebet (u. a. Pfarrer Führer und Pfarrer Wonneberger). Oberkirchenrat D. Auerbach, Vertreter der Sächsischen Kirchenleitung, redete beruhigend auf die ca. 800 Besucher ein²⁵⁸, doch danach gingen Ausreisewillige und Basisgruppenvertreter demonstrativ zusammen – vor den Augen und Kameras der zur Messe in Leipzig zugelassenen westlichen Journalisten²⁵⁹ – zur Thomaskirche und wieder zurück. Es war eine öffentlichkeitswirksame politische Aktion geglückt. Doch (spätestens) danach begannen viele innerhalb der politisch-alternativen Szene die Effizienz von Demonstrationen (zusammen mit Ausreisewilligen) in Frage zu stellen.²⁶⁰ Zu einer Wiederholung nach dem

253 Das Gebet gestalteten der AKSK und Pfarrer Wonneberger (Dietrich/Schwabe).

254 „Erheblich gestört wurde der sonst normale Ablauf des kirchlichen Messeprogrammes durch das am Messemontag in der Nikolaikirche stattgefundenen Friedensgebet, das geeignet war, in eine Konfrontationsveranstaltung mit Folgen umzuschlagen. Ca. 800 Personen, überwiegend ÜSE, besuchten diese Veranstaltung, die sich ausschließlich der Problematik der Ausreiseanträge widmete. In der Kirche waren westliche Journalisten anwesend, vor der Kirche war österreichisches, italienisches und BRD-Fernsehen vertreten. Nach der Veranstaltung zogen ca. 200 ÜSE in einem ‚Schweigemarsch‘ durch die Innenstadt. Zu Zwischenfällen kam es nicht, die Gruppe löste sich an der Nikolaikirche ohne Eingreifen der Sicherheitsorgane wieder auf.“ (Bericht des Stellvertreters des OBM für Inneres des Rates der Stadt Leipzig, R. Sabatowska, zur Staatspolitik in Kirchenfragen im Berichtszeitraum Februar/März 1988 vom 29.3.1988 in: Dietrich/Schwabe).

255 Unter dem 22.2. steht im Arbeitsbuch BStU Leipzig (KD) 780: „IM teilt mit, daß Messemontag Schweigemarsch.“

256 Zwischen dem 9. und 11. März wurden so mindestens 13 Personen vernommen (Arbeitsbuch BStU Leipzig 780).

257 Zu dieser Zeit durften monatlich ca. 200 Personen aus Leipzig ausreisen (ebenda).

258 Auerbach sagte aber nach MfS-Bericht auch: „Ich bitte Sie, besonnen zu sein und Geduld zu haben, sich untereinander anzufassen und einen gemeinsamen Weg zu gehen.“ (BStU ZAIG 3660 – s. a.: Dietrich/Schwabe)

259 ZDF, ARD, ORF, Westfälische Rundschau und Der Spiegel

260 So z. B. Mitglieder IGL im Friedensgebet am 21.3.1989

Friedensgebet eine Woche später kam es nicht.²⁶¹ Superintendent Magirus beantragte am 29.3. mit Erfolg im BSA, daß die Gruppen zur Gestaltung der Friedensgebete die Begleitung eines Pfarrers suchen sollten.²⁶²

Die Vorbereitung der nächsten größeren öffentlichen Aktion von Gruppenmitgliedern („*Erster Pleißemarsch*“) geschah jedoch zusammen mit Ausreisewilligen.²⁶³

In der damaligen Kosten-/Nutzenabwägung in den Gruppen spielte der Rekrutierungs- und Öffentlichkeitsgewinn durch die Beteiligung der Ausreisewilligen an den Friedensgebeten eine große Rolle. Durch die große Zahl der Ausreisewilligen in den Friedensgebeten war der enge Raum der Gruppenszene durchbrochen.²⁶⁴ „Unfreiheit“ und „Rechtsunsicherheit“ wurden in den Gesprächen zu wichtigen Vokabeln.²⁶⁵ Es wurde erkannt, daß die Alternative „Entweder ist die DDR reformierbar oder sie ist es nicht.“ nicht deckungsgleich ist mit der (potentiellen) Teilnahme an politisch-alternativen Gruppen bzw. dem Ausreiseantrag. Die persönliche (biographische) Dimension wurde deutlicher wahrgenommen, denn die Schmerzgrenze war individuell, und auch Gruppenmitglieder spielten mit dem Gedanken auszureisen und reisten auch aus (K. Saab, F. Kowasch). Da in der DDR-Gesellschaft eine hohe moralische Barriere gegen die Übersiedlung erzeugt worden war, drohte bei einer Kooperation mit denen, „die sich außerhalb der Gesellschaft gestellt haben“, wie es damals in offiziellen Medien hieß, nicht nur die Erhöhung der staatlichen Repression, sondern auch eine weitere gesellschaftliche Isolierung. Dies war ein Grund in manchen Gruppen, die öffentliche Kooperation mit den Ausreisewilligen zu scheuen. Wichtiger war jedoch die Teilhabe an der Bewertung der Ausreisewilligen als Personen, die sich in egoistischer Weise

261 Das MfS befürchtete eine Wiederholung, so daß der stellv. Leiter der BV Leipzig den Einsatz der Lagegruppe leitete (Arbeitsbuch BStU Leipzig 780 und 782). Es sollten 50 gesellschaftliche Kräfte zum Einsatz kommen. Auch Massenverhaftungen waren geplant (Arbeitsbuch Abt. XX/Lagegruppe Zeitzschel, BStU Leipzig 1161). Das Ministerium hatte Vertreter zur Kontrolle nach Leipzig geschickt (BStU HA XX/4 1608).

262 Protokoll des BSA vom 29.3.1988 (ABL Hefter 35)

263 Z. B. wurde der künstlerisch interessant gestaltete Aufnäher „1. Pleißegedenkumzug“ von einem ausreisewilligen Grafiker hergestellt.

264 Dies wurde nicht immer als gut empfunden. So schrieb C. Motzer (AGM) in „Kontakte“ (Mai 1988): „Die aktuelle Problematik der Ausreisewilligen darf nicht die Arbeit vorhandener Gruppen ins Abseits drängen.“

265 Die Themen- und Bewertungsverschiebung, die durch die Ausreisewilligen bewirkt wurde, gefährdete die Identität mancher Gruppen. So erklärte z. B. G. Heide („Frauen für den Frieden“) im Mai 1988: „In den Zeiten, wo wir mit 20 Leuten im Kreis saßen, gestalteten die 'Frauen für den Frieden' regelmäßig Montags-Friedensgebete. Zur Zeit fällt es uns schwer, ein Gebet zu übernehmen, weil wir die zahlreichen Besucher kaum als Gegenüber empfinden können. Sollen wir uns auf sie einstellen, damit wir sie erreichen? Aber engen wir uns damit nicht ein? Besteht nicht die Gefahr, daß andere wichtige Dinge auf der Strecke bleiben? Sollen wir das Risiko eingehen, an 90 % der Besucher vorbeizureden? Wenn die Situation so bleibt, müssen wir Basisgruppen bis spätestens zur Friedensdekade diese Frage klären.“ („Kontakte“ Mai 1988)

aus der Verantwortung für die DDR-Gesellschaft stehlen würden.²⁶⁶ Versuchten Ausreisewillige, sich gegen dieses Image zu stellen, und unterstützten die politisch-alternativen Gruppen, wurden ihnen von einigen Gruppenmitgliedern wiederum egoistische Motive (Beschleunigung der Ausreise) unterstellt und schon aus diesem Grund ihr Engagement abgelehnt. Lassen sich für Mitte 1988 in Leipzig alle diese Bewertungen finden, so konnte die ablehnende Haltung einiger (vieler?) nicht verhindern, daß die Ausreisewilligen weiterhin die größte Gruppe unter den Friedensgebetsbesuchern waren.²⁶⁷

Da die Ausreiseantragsteller „mit einem Bein schon im Westen“ standen, war ihr Protest gegen das SED-Regime sehr mutig und beflügelte die Gruppen.²⁶⁸ Es wurde offenkundig, daß der Staat mit seiner „Politik der Abgrenzung in eine Aporie gekommen“ war (B. Oehler).²⁶⁹ Einige Gruppen engagierten sich auch öffentlich für die Integration und Unterstützung der Ausreisewilligen (AKG,

266 Aufgrund der Ausreisewelle im Jahre 1984 wurde innerhalb der evangelischen Kirche über die Möglichkeiten eines positiven Grundes zum „Bleiben in der DDR“ nachgedacht (Theologische Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR, Informationen und Texte, Nr. 14 (Juli 1985), Leben und Bleiben in der DDR). Die dabei benannten Identifikationsangebote wurden auch 1988 noch in den Gemeinden (z. B. von Pfarrer Führer am 19.2.1988) kommuniziert. Das wichtigste Argument wurde, daß Weggehen Schuldigwerden an denen, die bleiben, bedeutet. Diese „Schuld“ wurde von vielen evangelischen Ausreiseantragstellern selbstzerknirschend getragen. Eine kirchliche Seelsorge für Ausreiser wurde nicht entwickelt, nur die „Hierbleiber“ waren einer besonderen Ermutigung und Tröstung bedürftig (s. die Beiträge des innerkirchlichen Studienmaterials und Erklärung der Konferenz der Kirchenleitungen nach ihrer Klausurtagung im März 1988: „Seelsorge kann vom Auftrag der Kirche her nicht auf bestimmte Gruppen oder Anlässe eingegrenzt werden. Besondere Kontakt- oder Seelsorgestellen für Personen, die einen Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR gestellt haben, werden deshalb nicht eingerichtet. Vielmehr kommt es darauf an, daß Menschen in dieser Lage in alle Lebensformen der Gemeinde integriert bleiben oder integriert werden.“ – abgedruckt in: „Kirche im Sozialismus“ 2/88, 43 f.; s.a epd-Dok 9/88) Für Leipzig 1988 z. B. die Position der CFK-Jugendgruppe (U. Münnich) vom Juni 1988: „[...] Menschen, die den Entschluß gefaßt haben, aus der DDR auszureisen und die an den Friedensgebeten teilnehmen, sollten sich fragen lassen, ob sie damit nicht auch aus der solidarischen Gemeinschaft mit den Menschen, die täglich durch hartes Engagement Gesellschaft gestalten und verändern, ausgetreten sind.“ (Dietrich/Schwabe)

J. Läßig (AKG) sagte in seiner Ansprache im Friedensgebet am 11.4.1988: „Verantwortungslosigkeit ist die allgemeine Haltung der Verantwortlichen, Distanz zu unserem Staat und Gleichgültigkeit beherrscht den Rest.

Und ihr, die ihr dieses Land verlassen wollt, steht ja nicht einmal in so starkem Gegensatz zu den Anderen, sondern ihr treibt nur etwas auf die Spitze. Ihr seid in gewissem Sinne konsequenter als die, die bleiben, aber auch nichts mehr einsetzen wollen, sich auch nicht für die Zukunft dieses Landes engagieren, eben nur ihre Ruhe und ihr privates Glück suchen.“ (ebenda)

267 Im April 1988 gab es nur 5 Gemeinden in der DDR, wo Gottesdienste zu Treffpunkten von Ausreisewilligen wurden: neben Leipzig noch Halle, Bitterfeld, Quedlinburg und Naumburg (Vorlage der Abteilung II des Staatssekretariats für Kirchenfragen für die Dienstbesprechung des Staatssekretariats am 25.4.1988; BArch Potsdam O-4 6137).

268 S. Interview N.N. [B. Oehler] (AKSK-Leipzig, AKG) in: „Ost-/West-Diskussionsforum“ Nr. 1 (Mai 1988), 5

269 Ebenda

AKSK, IGL)²⁷⁰ und drehten die „Schuld“-Argumentation um. So trugen sie am 24.10.1988 ein Transparent mit den Worten: „Wir mahnen, an die zu denken, die gehen mußten.“²⁷¹

4.4. *Die Entwicklung zur außerkirchlichen Opposition*

Es gab auch in Leipzig schon in den siebziger Jahren und Anfang der achtziger Jahre außerkirchliche politisch-alternative Gruppen. Der Versuch, sich öffentlich zu etablieren, wurde vom Sicherheitskartell jedoch immer erfolgreich verhindert. Nach den Inhaftierungen im November 1987 und Anfang 1988 und vor allem nach den Hetzkampagnen in den DDR-Medien kam es in Leipzig zu vielfältigem Protest auch außerhalb der Kirchen.²⁷² An manchen Tagen mußte das Sicherheitskartell gleich mehrere „Vorkommnisse“ vermerken. So wurden am 15. Februar am S-Bahnhof Leutzsch die weithin lesbaren Sätze „Hört auf mit Terror nach innen!“ und „Die Mauer muß weg!“ entdeckt, in der Nähe des Hauptbahnhofes wurden Flugblätter mit ähnlichem Inhalt gefunden.²⁷³ In der gleichen Nacht klebte J. Tallig an die Litfaßsäule des FDJ-Klubs „Moritzbastei“ eine Erklärung zu den Sprüchen²⁷⁴, die er zehn Tage davor im Fußgängertunnel am Leuschnerplatz (Innenstadt) angebracht hatte. Diese Erklärung war ein Bekenntnis. J. Tallig, der in keiner kirchlichen Gruppe war, hatte an die Wand in der Unterführung u. a. geschrieben: „Wir brauchen Offenheit und Demokratie wie die Luft zum Atmen. M. Gorbatschow.“²⁷⁵ Für

270 So verteilte die Regionalgruppe Leipzig des Arbeitskreises „Solidarische Kirche“ (AKSK) am 3.5. am Rande des Friedensgebietes die Erklärung des AKSK-Regionalgruppe Thüringen zur Ausreiseproblematik vom März 1988, in der es u. a. hieß: „[...] Wir halten die entstandene Gefahr eines neuen gesellschaftlichen Feindbildes dadurch für abwendbar, daß alle Beteiligten die Chance der gegenwärtigen Situation erkennen, die darin besteht, die sich auch in der Ausreiseproblematik ausdrückende gesellschaftliche Krise ernst zu nehmen und ihre Ursachen – gerade auch im Dialog mit den Ausreisewilligen – aufzudecken und zu beseitigen. Wir haben die Erfahrungen gemacht, daß nicht selten gerade Ausreisewillige zu diesem Dialog besonders bereit sind. [...]“ (Dietrich/Schwabe) Zu AKG und AKSK s. a. unten S. 62 ff.

Das Informationsblatt der Gruppen beim BSA („Kontakte“) veröffentlichte auch „Leserbriefe“ von Ausreisewilligen.

271 Auch wenn dieser Satz im damaligen Kontext auf die im Frühjahr 1988 ausgewiesenen Oppositionellen interpretiert werden konnte, so war er damals entstanden aufgrund der Ausreise von A. Holicky aus der Ausreise-Gruppe der AKG, der in der Woche zuvor ausreisen durfte.

272 Z. B. Bericht in „Umweltblättern“ vom 2.1.1988: „Am Vormittag des 17. Dezember konnte man/frau [...] am Thüringer Hof [...] lesen: 'Aktion Zioniskirche – Was soll das?'“

273 Text z. B. „Bürger, die Mauer muß weg. Erich reich die Schlüssel raus!“ und „Bürger! Freiheit, Demokratie und Menschenrechte tritt dieser Staat mit Füßen. Wehrt Euch dagegen. Wir sind viele und werden täglich mehr.“ (Arbeitsbuch Cizek, BStU Leipzig 958)

Auch Gruppenmitglieder verteilten Flugblätter (z. B. U. Schwabe).

274 ABL Hefter 55. Die Erklärung sandte J. Tallig am 17.2.1988 an das Politbüro der SED, an das Innenministerium, an das „Neue Deutschland“ u. a. und hängte sie an ein Informationsbrett in der Michaeliskirche anlässlich des Meditationsgottesdienstes zur Vorstellung der Gruppen am 13.2.

275 „NEUES DENKEN AUCH NACH INNEN“ und „HOCH LENIN! B.B.“. waren die anderen Texte auf insgesamt 22 Metern. Letzteres war ein Zitat aus dem Gedicht „Die unbesieglige Schrift“ von B. Brecht, in dem erzählt wird, wie die mit einem Kopierstift an die Gefängniswand geschriebene Losung: „HOCH LENIN!“ trotz der Bemühungen der Zellenwärter immer wieder hervorleuchtete, so daß einer der Inhaftierten sagt: „Jetzt entfernt die Mauer!“ (B. Brecht, Gedichte, Berlin 1981, 263 f.)

ihn war – wie für viele andere – die Enge des SED-Regimes zu einer fast tödlichen Bedrohung geworden²⁷⁶, so daß Protestaktionen zu Selbstbefreiungen wurden. J. Tallig wurde für seine Tat vom Kreisgericht Leipzig-Stadt per Strafbefehl zu 2000,- Mark Strafe und über 4000,- Mark Schadensersatz verurteilt²⁷⁷. Zusätzlich wurde er im Betrieb strafversetzt²⁷⁸, doch sein Bemühen um Öffentlichkeit wurde damit nur bestärkt. Zusammen mit ca. 15 jungen Leuten (vor allem Studenten, auch SED-Mitglieder) bildete er eine **Gruppe**, die im Klub der Intelligenz beim Kulturbund zwischen November 1988 und Juni 1989 zu einer Vortragsreihe („**Dialog**“) einlud. Mit diesen Veranstaltungen sollte über die in der damaligen Sowjetunion vollzogenen Veränderungen informiert und der Dialog anstelle der „gewaltsamen Durchsetzung eigener Interessen“²⁷⁹ gesetzt werden. Die Möglichkeiten der Gruppen in dem Kulturhaus waren eng begrenzt, so daß die Gruppe auch nach anderen Formen der Arbeit suchte. Auch wenn einige ihrer Mitglieder öfter in die Friedensgebete gingen, wurde eine kirchliche Anbindung von dieser (linken) Gruppe nicht erwogen. Im Frühjahr 1989 ging ein Teil der Gruppe in die Offensive (**Gruppe „Neues Denken“**²⁸⁰), suchte nach Möglichkeiten einer

276 Das damalige Gefühl gab J. Tallig in einem literarischen Text („Der Traum davor“, vom 1.2.1988) folgendermaßen wieder (stark verkürzt): Eine Menschengruppe wurde zur Vernichtung („Verstrahlung“) in einen Reaktor gesteckt. Alle wissen, „daß es gleich los geht“. „Die Leute stehen ziemlich gefaßt, in etwas gedrückter Stimmung, in Gruppen rum und warten. Ich überlege fieberhaft, was ich tun kann. [...] Dann die Idee zu gehen, – einfach raus zu gehen ... Habe ein schlechtes Gewissen dabei. Doch ich gehe – unauffällig, am Rand, bis zum Ausgang. Ich schlüpfte durch die Folie und – ich bin draußen. Draußen – ja, nun das ganz starke Gefühl, mich außerhalb gestellt zu haben, eine unwiderrufliche, nicht wieder gut zumachende Entscheidung getroffen zu haben – eine Grenze überschritten zu haben. Ich bin jetzt sozusagen vogelfrei. [...] Vom Casino aus kann man durch einen Gang direkt in den Reaktor schauen.

Die Leute stehen noch immer so rum, als würden sie auf die Straßenbahn warten. Und jetzt sehe ich es: das sind alles Bekannte, Freunde – Leipziger Gesichter – [...] In einer Gruppe eine Freundin, sie schaut sich um, ungläubig, fassungslos – schaut in all diese unbeteiligten Gesichter –, und plötzlich schreit sie los, schreit: 'Ja, seit ihr denn verrückt geworden? Wollen wir uns alle einfach so umbringen lassen?'

Die Leute gucken sie an, als ob sie spinnt: „Was will die denn, durchgedreht, was?!“ Dann so eine Bewegung des Erwachens, zögernd, wie eine sachte Welle, die allmählich um sich greift, bis sie alle erfaßt hat –, und nun die Bewegung: 'Ja, weg hier, raus!' [...]“ (ABL Hefter 55)

277 Kreisgericht Leipzig-Stadt am 20.4.1988 (Az.: 36 S 97/88)

278 Vom Abteilungsleiter der Bibliophilen Buchhandlung in die Franz-Mehring-Buchhandlung (J. Tallig, Versuche Öffentlichkeit, ABL Hefter 55)

279 Programmatische und konzeptionelle Überlegungen zur Veranstaltungsreihe „Dialog“, (ca. Oktober 1988), Reproduktion in: Feldhaus.

280 Das Statut („Erste autonome Gruppe Leipzigs“) als Reproduktion in: Feldhaus. Dort heißt es u. a.: „[...] Wir wollen Modelle für die weiterentwickelte sozialistische Gesellschaft durchdenken und entwerfen [...] Wir organisieren öffentliche und nichtöffentliche Gesprächsrunden und Diskussionsformen mit dem Ziel, als nichtkirchliche Perestrojka-Gruppe Brücken zu bauen, die Kirchengruppen nicht bauen können: Alle Seiten zu informieren, so Berührungängste und Vorurteile abzubauen, das Gespräch in Gang zu bringen. [...]“

autonomen Arbeit (Räume, Zeitschrift). Einige beteiligten sich am Projekt der nichtlizenziierten Kunstzeitschrift SNO'BOY. Geschlossen trat diese Gruppe dann bei der Kontrolle der sogenannten Wahl am 7.5.1989²⁸¹ auf.

Einige der kirchlichen Gruppen versuchten 1988 aus dem kirchlichen in den „gesellschaftlichen“ Raum vorzustoßen. Die erste größere Aktion war dabei der „*Erste Pleiße*marsch“ anlässlich des Weltumwelttages. Mitglieder der IGL²⁸² (D. Körner, U. Schwabe, M. Arnold, A. Bootz) und A. Holicki (AKG) wollten durch einen Umzug entlang des unsichtbaren, da wegen des zu großen Gestankes 1956 unter die Erde verlegten Leipziger Flusses Pleiße²⁸³ auf die Umweltverschmutzung in Leipzig aufmerksam machen. Zu dem Umzug wurde durch Flugblätter sowie durch Briefe u. a. an den Oberbürgermeister, Mitglieder der Gewässeraufsicht, Pfarrer, Betriebsdirektoren und Medienvertreter eingeladen.²⁸⁴ Die Einladungen wurden mit der Post versandt, in Hausbriefkästen gesteckt, in Telefonzellen ausgelegt oder an Litfaßsäulen geklebt.²⁸⁵ Ein Veranstalter des Marsches wurde nicht genannt.

Durch das Sicherheitskartell wurden einige Gruppenmitglieder „zugeführt“ (zeitweilige Inhaftierungen), doch die Initiatoren konnten sie nicht ausfindig machen.²⁸⁶ Dennoch versuchte der Staat, „die Superintendenten in die Verantwortung zu nehmen“.²⁸⁷ Infolgedessen suchte Superintendentenvertreter Pfarrer Wugk U. Schwabe am Arbeitsplatz (bei der Inneren Mission) auf, und bat ihn, sich nicht an der Aktion zu beteiligen.²⁸⁸ Gegenüber dem

281 S. unten S. 632 f.

282 Am 26.10.1988 erklärte die IGL: „Die Initiativgruppe 'Leben' weist eindeutig Beschuldigungen von Superintendent Herrn Magirus zurück, in denen ihr vorgeworfen wird, sie wäre als Gruppe verantwortlich für die Organisation des ersten Pleiße

283 Christlicher Arbeitskreis Weltumwelttag Leipzig, „Die Pleiße“, 14

284 Flugblatt abgedruckt in: „Umweltblätter“ 8/88, 21

285 S. Bericht M. Arnold, ebenda, Flugblatt ebenda abgedruckt

In der Information des Stellvertreters des Oberbürgermeisters für Inneres zur Staatspolitik in Kirchenfragen im Berichtszeitraum Juni/Juli 1988 vom 1.8.1988 heißt es: „Seit dem 30.5.88 tauchten im Stadtgebiet von Leipzig, vornehmlich im SB Süd, Flugblätter (ohne Druckgenehmigung) auf, in denen zur Teilnahme an einem sogenannten 'Pleiße-Gedenkumzug' aufgefordert wurde.“ (Dietrich/Schwabe)

S. a. Auszug aus OV „Lukas“ in: Besier/Wolf, 669

286 Aussprache der Lagegruppe „Spinne“ bei Eppisch am 3.6.1988 (Arbeitsbuch XX/Lagegruppe Zeitzschel, BStU Leipzig 1161)

287 MfS-Dienstbesprechung bei Eppisch am 31.5.1988 (Arbeitsbuch XX/Lagegruppe Zeitzschel, BStU Leipzig 1161)

288 U. Schwabe hatte die Einladung an die Empfänger der „Streiflichter“ per Post versandt und war deshalb dem Sicherheitskartell als Initiator aufgefallen. Bei seiner Vernehmung hatte er erzählt, von der geplanten Aktion durch einen Aushang während eines Gruppentreffens bei Halle erfahren zu haben. Er erzählte, da er die Idee gut fände, hätte er sie verbreitet.

Staat erklärten die Superintendenten, von dem Vorhaben nichts zu wissen, und distanzierten sich von dem Umzug.²⁸⁹ Bei den Friedensgebeten durfte nicht zum Pleißemarsch eingeladen werden. Am 5. Juni 1988 trafen sich dann über 200²⁹⁰ vor allem Jugendliche (darunter auch Ausreisewillige) und Pfarrer Wonneberger, um demonstrativ durch Leipziger Straßen zu ziehen. Einige trugen Aufnäher mit der Aufschrift „1. Pleiße-Gedenkumzug“. Die Gruppe ließ sich von den zivilen und uniformierten „Sicherheitsorganen“ nicht schrecken und zog bis in den Clara-Zetkin-Park. Unterwegs entnahmen sie dem Fluß eine Wasserprobe und stellten im Park drei – dort am Vortag versteckte – Informationstafeln zur Pleiße auf. Da gleichzeitig ein Wildparkfest (15.000 Besucher) stattfand, erreichte die Gruppe eine größere Öffentlichkeit.

Die Aktion, die die Sicherheitskräfte wider Erwarten nicht unterbanden, wurde sehr unterschiedlich bewertet. Nach M. Arnold habe ein Pfarrer gemeint, sie hätten die Revolution geprobt, er selbst meinte jedoch, daß es „nicht um eine Revolution mit Kanonen, sondern um eine kleine Revolution im Denken, um Offenheit, Mitbeteiligung“²⁹¹ ging. Daß der Staat nicht eingegriffen hat, konnte nur als Schwäche gedeutet werden.²⁹² Der Kirche wurde wegen ihrer Distanzierung von der IGL Inkonsequenz und falsche Eitelkeit vorgeworfen.²⁹³

Nach der Sommerpause der Friedensgebete (28.6.-28.8.) gab es für die kirchlichen Gruppen eine völlig neue Situation: Die Friedensgebete sollten entsprechend einer Entscheidung des Superintendenten Magirus nicht mehr von den Gruppen gestaltet werden, sondern durch die Nikolaikirchgemeinde. Als Begründung gab er an: „Die meisten Teilnehmer an den Zusammenkünften sind nicht interessiert und engagiert an den Fragen ‚Frieden – Gerechtigkeit – Bewahrung der Schöpfung‘ im Sinne des konziliaren Prozesses, sondern erwarten von der Kirche, daß diese sich für ihre Probleme einsetzt.“²⁹⁴ Mit dieser Entscheidung wurde die Formalisierung der Beziehungen zwischen Gruppen und Kirche faktisch aufgehoben, denn der BSA wurde in die Entscheidung

289 Information vom 1.8.1988 (Dietrich/Schwabe)

Sie übernahmen auch keine Verantwortung für eine ursprünglich für den 11.6.1988 geplante „Zukunftswerkstatt“ (Treffen der Gruppen, die sich am Konziliaren Prozeß beteiligten), so daß sie in diesen Tagen abgesagt werden mußte.

290 Die Abt. IA sprach von 80 Teilnehmern (ebenda), die eigenen Berichte von rund 230 Teilnehmern (M. Arnold in: „Umweltblätter“ 8/88, und A. Holicky in: „Streiflichter“ 2.6.1988).

291 „Umweltblätter“ 8/88

292 Ebenda; im staatlichen Bericht wird die Aktion ausdrücklich „als nichtgenehmigte Demonstration entlang der Pleiße“ bezeichnet (Information vom 1.8.1988).

293 So erklärte M. Arnold in den „Umweltblättern“ den Marsch als Teil des Konziliaren Prozesses.

294 Brief Fr. Magirus an Gruppenvertreter, zitiert u. a. in: „Die Mücke“, 5, und Dietrich/Schwabe

nicht mit einbezogen.²⁹⁵ Vermutlich²⁹⁶ war die Entscheidung eine Reaktion auf das letzte Friedensgebet vor der Sommerpause, in dem die IGL als eine konkrete Fürbitte zu einer Geldsammlung zugunsten von J. Tallig aufrief. Der Vertreter des Superintendenten, Pfarrer Wugk, erklärte noch während des Gebetes, daß dies eine „illegale Sammlung“ sei, obwohl Pfarrer Wonneberger entsprechend dem Beschluß des BSA vom 29.3.1988²⁹⁷ die Verantwortung für das Gebet trug. Damit stellte sich die innerkirchliche Kompetenzfrage, die Fr. Magirus in seinem Brief an die „Gruppenvertreter“ entsprechend der Kirchenordnung klärte: verantwortlich für einen Gottesdienst ist der jeweilige Gemeindepfarrer bzw. der Kirchenvorstand. Die Regelung, daß die Gruppen nicht mehr die Friedensgebete gestalten können, wurde vom Kirchenvorstand jedoch erst nach dem Friedensgebet am 29.8. beschlossen.²⁹⁸ Die Absetzung

295 In seinem Bericht (Magirus 1990b) schreibt der Superintendent: „Mitte August wandte ich mich in einem Brief an alle Gruppen. Mein Vorschlag ging dahin: Im Friedensgebet könnten wir nur die biblische Botschaft verkündigen, die Hierbleibern und Ausreisewilligen gleichermaßen gelte, und müßten uns um der Glaubwürdigkeit willen politischer Konkretionen enthalten. [...] Da der Vorschlag nicht diskutiert und somit auch nicht verstanden wurde, kam es zu unerfreulichen Spannungen. [...]“ (dort, 11) Der Brief vom 15.8.1988 [so Briefkopf] wurde an die Pfarrer gesandt, die mit den Gruppen zusammenarbeiteten. Die AGM, die für das Friedensgebet am 5.9. zuständig war, bereitete das Friedensgebet am 22.8. noch nichtsahnend vor. Der Brief erreichte sie erst am 27.8. (Aussagen Pfarrer Wonneberger und IM-Akte XIII 955/86 „Wolfgang“ – BStU Leipzig; W. Sarstedt hatte das Friedensgebet mit vorbereitet). Der Brief begann mit der apodiktischen Feststellung: „Die Nikolaigemeinde übernimmt nach der Sommerpause Durchführung und Verkündigung der Friedensgebete selbst.“ (Dietrich/Schwabe)

296 Die Gruppen interpretierten die Entscheidung als Nachgeben der Kirche gegenüber dem Staat. Dies ist im einzelnen schwer nachweisbar. Der Staat versuchte seit Januar 1988 die Fürbitt- und Friedensgebete zu verhindern. Nach der Demonstration am 14.3.1988 wurde der Kirche gegenüber gedroht, den Kirchentag (1989) nicht zu genehmigen, falls sich die Friedensgebete nicht ändern (15.3.), und das MfS entwickelte eine langfristige Strategie (25.4.), um die Ausreisewilligen aus dem Friedensgebet „herauszudrängen“ (Arbeitsbuch XX/Lagegruppe Zeitzschel, BStU Leipzig 1161). Dafür wurde u. a. ein Gespräch zwischen dem Stadtbezirksbürgermeister und dem KV St. Nikolai anvisiert und am 20.6.1988 durchgeführt. Aufgrund eines Berichtes von Pfarrer Berger (IMB „Carl“) wurde der Druck auf die Kirche erhöht. Berger hatte im Juli berichtet, daß die Gruppen ca. 500 Personen umfassen würden und die Kirche nicht mehr in der Lage sei, die Leute „zu zügeln“. (ebenda)

In einer Information der Abt. IA des Rates des Bezirkes Leipzig über ein Gespräch H. Reitmanns mit dem Stellvertreter des Präsidenten des Ev.-Luth. Landeskirchenamtes, OLKR Schlichter, und OLKR Fritz am 18.8.1988 heißt es: „Dr. Reitmann brachte zum Ausdruck, daß wir vor Jahren vor diesen Gruppen gewart haben. Erst waren es vier, jetzt sind es 20, wo bleibt hier die Verantwortung der Kirche? In Vorbereitung des Kirchentages sollte man sich theologisch besinnen. Er bat auch, den Bischof Dr. Hempel dahingehend zu informieren, daß er auf den Kirchenvorstand der Nikolaikirche einwirkt, um diese Montagsgottesdienste mehr zu theologisieren. Man sollte klug abwägen und diese Erscheinungen nicht wieder zulassen. OLKR Schlichter äußerte dazu, daß sie sich große Gedanken machen. Sie können nicht auf Schließung der Nikolaikirche gehen, aber in bezug auf Theologisierung sehen sie den Ansatzpunkt, wo sie verstärkt daran arbeiten.“ (Dietrich/Schwabe)

Beim ersten Gespräch zwischen Staatsvertretern und Vertretern des Landesausschusses Kongreß- und Kirchentag der sächsischen Landeskirche am 21.9.1988 erklärte H. Reitmann dann, „daß die eingetretene Beruhigung in der Nikolaikirche und die klare Haltung der Superintendenten und des LKA [Landeskirchenamtes] wesentlich mit war, daß das [...] Gespräch am 21.9.] durchgeführt werden“ konnte. (Information der Abt. IA beim Rat des Bezirkes vom 23.9.1989 – BArch Potsdam O-4 1404)

297 S. Bericht Magirus (1990b), 10

298 Protokollauszug in: Dietrich/Schwabe. Das MfS ging davon aus, daß der Beschluß am 26.8.1988 gefaßt wurde (s. OV „Igel“, in: Besier/Wolf, 665)

der von den Gruppen gestalteten Friedensgebete war also eindeutig von Fr. Magirius verantwortet worden. 1988 stellte er es als eine Gewissensentscheidung dar, die in keinerlei Abhängigkeit getroffen worden sei.²⁹⁹ 1990 beschrieb Fr. Magirius die Entscheidung als eine Reaktion auf die nicht zu vereinenden Zuhörer (Reformgruppen versus Ausreisewillige), die eine (von den Gruppen praktizierte) politische Konkretion biblischer Aussagen nicht zuließe.³⁰⁰ Pfarrer Führer berichtete später über die staatlichen Vorhaltungen, in denen es hieß, daß die Gebete keine „religiösen Handlungen“, sondern „Politkirmes“ gewesen seien.³⁰¹ Es läßt sich also feststellen, daß es im Sommer 1988 eine Konvergenz zwischen staatlichen Interessen („Theologisierung“) und kirchenleitenden „Einsichten“ gab.

Das Friedensgebet am 29. August wurde von Pfarrer Führer und den beiden Superintendenten gestaltet (über 600 Besucher). Im Anschluß gab es keine Gesprächsgruppen mehr. Die Ausreisewilligen wurden zu seelsorgerlichen Gesprächen auf ihre jeweiligen Gemeindepfarrer verwiesen.

Die Gruppen hatten darum gebeten, den offenen Brief des Superintendenten und ihre Protesterklärung gegen ihre Ausschaltung bei der Gestaltung der Friedensgebete in diesem Friedensgebet vorlesen zu dürfen. Doch dazu wurde ihnen, trotz vorheriger Zusage, keine Gelegenheit gegeben. So versuchten sie im Anschluß an das Gebet in der Kirche ihren Protest zu artikulieren. Der Theologiestudent J. Läßig (AKG) begann den Brief zu verlesen, worauf das Mikrophon abgeschaltet wurde. Mit seiner kräftigen Stimme versuchte J. Läßig auch ohne Verstärker die Erklärung zu Gehör bringen, doch nach wenigen Worten gab Fr. Magirius dem Organisten ein Handzeichen und die Orgel übertönte die Lesung. Daraufhin begann es in der Kirche unruhig zu werden. Ein Gruppenvertreter schaltete die Orgel ab, er wurde jedoch nicht mehr von der Empore herunter gelassen, so daß er von oben herabsprang. Während die Erklärung, in der die Gruppen die Wiederherstellung ihrer Rechte forderten, zu Ende gelesen wurde³⁰², forderte Pfarrer Führer die Zuhörer auf, die Kirche zu verlassen und rief u. a.: „Wenn Sie hier weiter bleiben, arbeiten wir nur dem Staat in die Hände, der das Friedensgebet je eher je lieber aufhören lassen will.“³⁰³

Nach diesem Friedensgebet war den Gruppen klar, daß ihr damals wichtigstes Forum in Gefahr war. Ein Gespräch zwischen Gruppenvertretern und Superintendent Magirius am 1.9. führte zu keiner Klärung bzw. Änderung der

299 Rede Fr. Magirius im Friedensgebet am 29.8.1988 in: Dietrich/Schwabe

300 Ebenda; gegen die Verhinderung der Gestaltung der Friedensgebete durch die „Basisgruppen“ protestierten auch mehrere Ausreisekreise (Dietrich/Schwabe).

301 Führer (1992)

302 In dem „Offenen Brief“ an Superintendent Magirius hieß es u. a.: „Die in den letzten Monaten vorwiegend durch Ausreiseantragsteller vergrößerte Gemeinde stellt in den Augen der Staatsorgane (für wen auch immer) eine potentielle Gefahr dar. Mit der beabsichtigten Ausgrenzung der Antragsteller stellen Sie sich auf die Seite derer, die dieser Gemeinde ein ehrliches Interesse an

Ordnung. Daraufhin verfaßten einige Gruppenmitglieder einen offenen Brief an Bischof Hempel, in dem sie behaupteten, daß Superintendent Magirius in ihren Augen den Respekt als kirchenleitende Persönlichkeit, das „Vertrauen auf seine geistliche Kompetenz“ und den „Glauben an seine moralische Integrität verloren“ habe und erklärten: „Wir brauchen die Öffentlichkeit. Wir sehen uns als Gruppen nun nicht mehr nur von staatlicher, sondern auch von kirchlicher Seite ins Abseits gedrängt. Es wird für uns immer schwieriger, die normalen innerkirchlichen Kommunikationsmöglichkeiten für unsere Arbeit zu nutzen.“³⁰⁴

Aus der Perspektive des Staates war das „kirchliche Regelwerk“ gestört³⁰⁵, so daß der Staat reglementierend eingreifen mußte bzw. eingriff.³⁰⁶ Für den folgenden Montag wurde ein Großeinsatz des Sicherheitskartells geplant. Befürchtete der Staat am Morgen des *Messemontages* (5.9.1988) noch eine Besetzung der Nikolaikirche durch Ausreisewillige und Gruppenvertreter³⁰⁷, so kam die Aktion von Mitgliedern verschiedener Gruppen zum Friedensgebet doch unerwartet. Während des Eingangsliedes zogen ca. 10 Gruppenmitglieder durch die Kirche und verteilten ihren Offenen Brief an den Bischof und eine umfangreiche Publikation mit dem einfachen Titel „Die Kirche“. Dann stellten sie sich unter die Orgelempore und beobachteten das Geschehen. Am Schluß gingen sie als erste vor die Kirche. Nachdem sich eine größere

Inhalt und Botschaft dieser Gottesdienste absprechen. Die Gemeinde nimmt aber diszipliniert und aufmerksam an den Gottesdiensten teil und wächst mit ihnen.

Ihr Urteil über 'die meisten Teilnehmer' ist eine Diffamierung!

Mit Befremden stellen wir fest, daß die versammelten Teilnehmer von ihnen nicht als Gemeinde Christi angenommen werden.

Wir fordern:

– Offenlegung der tatsächlichen Hintergründe Ihrer uns unverständlichen Entscheidung
– Wiederherstellung der Möglichkeit für die Leipziger kirchlichen Basisgruppen, die Friedensgebete in Eigenverantwortung (unzensiert) zu gestalten.“ („Die Mücke“, 5, und ABL Hefter 1)

Nach der Verlesung unterzeichneten ca. 200 Friedensgebetsteilnehmer die Protesterklärung.

303 Aufzeichnung nach Tonbandmitschnitt, in: Dietrich/Schwabe

304 Offener Brief an Bischof Hempel, unterzeichnet von A. Holicki (AKG), J. Läßig (AKG), A. Ludwig (AKG), R. Müller (AKG), G. Oltmanns (AKG), A. Radicke (IGL), U. Schwabe (IGL) und F. Sellentin (IGL), abgedruckt in: Dietrich/Schwabe

305 H. Reitmann schrieb am Abend des 5.9.1988 an den Staatssekretär für Kirchenfragen: „Superintendent Magirius hob hervor, daß es sich bei dieser Orientierung um eine wohlüberlegte, gewissenhafte Entscheidung verantwortlicher Pfarrerschaft vor Gott handle.

Im Anschluß an diese Worte kam es zu Protesten und konfrontativen Angriffen gegen Magirius. Diese Angriffe wurden von Studenten des Theologischen Seminars vorgebracht.

In mehreren Gesprächen mit Magirius und der Leitung des Theologischen Seminars gelang es, gerade diesen Punkt als Verletzung des kirchlichen Regelwerkes darzustellen. Es besteht Übereinstimmung darüber, daß es nicht zugelassen werden kann, daß im kirchlichen Raum Studenten des Theologischen Seminars einen Leipziger Superintendenten politisch angreifen.“ Brief von H. Reitmann, RdB Leipzig, an den Staatssekretär für Kirchenfragen K. Löffler, in dem die Situation in den Friedensgebeten geschildert wird (Dietrich/Schwabe).

306 So wurde das Theologische Seminar eingeschaltet, um einige Studenten vor Aktionen (Kirchenbesetzung?) zu warnen. Später wurden die Theologiestudenten J. Läßig und Th. Rudolph vom Theologischen Seminar diszipliniert (s. „Die Mücke“, 6).

307 Arbeitsbuch XX/Lagegruppe Zeitzschel, BStU Leipzig 1161

Menschenmenge auf dem Platz (Nikolaikirchhof) angesammelt hatte, verlas J. Läßig eine Erklärung der Gruppen.³⁰⁸ Im Anschluß bildete sich ein kleiner Demonstrationzug von ca. 200 Teilnehmern, der jedoch durch zivile Sicherheitskräfte auf dem Markt aufgelöst wurde.

Die Vorgänge an diesem *Messe* Montag waren strukturbildend für die Beziehung Staat-Kirche-Gruppen in den folgenden Wochen.³⁰⁹

In ihrem Protestbrief an den Bischof hatten einige Mitglieder von IGL, AKG und AKSK eine generelle (ekkesiologische) Orientierung der Landeskirche gefordert.³¹⁰ Mit der elfseitigen, im Wachsmatrizen-Umdruck hergestellten Dokumentation „Die Kirche“ wurde öffentlich gemacht, „worüber zu reden nur im Flüsterton erlaubt“³¹¹ war. Es wurde der jeweils als streng geheim eingestufte parteiinterne und kircheninterne Bericht der Begegnung zwischen Jarowinsky (Politbüro) und W. Leich (Vorsitzender des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR) am 19.2.1988 dokumentiert.³¹² Damals hatte die SED der Kirche wegen der Kontaktbüros und Fürbittegebete schwere Vorhaltungen gemacht und die Forderung gestellt, sich nicht in „staatliche Angelegenheiten einzumischen“.³¹³ Eine Berichterstattung über dieses Krisentreffen zwischen Staat und Kirche gab es nicht, um – so die Interpretation der Herausgeber der Dokumentation (AKG) – die innergesellschaftlichen Spannungen weiter zu tabuisieren. In diesem Sinne machten sie im Vorwort auf den Zusammenhang zwischen staatlichen Repressionen und kirchenleitenden Ängsten vor „innenpolitischem Engagement der kirchlichen Basisgruppen“ aufmerksam.³¹⁴ Beide

308 S. Berichte in: „Die Mücke“, 6f., Dietrich (1989); Telegramm des 2. Sekretärs der SED-Bezirksleitung, H. Hackenberg, an das ZK (BArch SAPMO IV B 2/14/23)

309 S. Auszug aus OV „Trompete“ in: Besier/Wolf, 689 f.

310 Am Ende des Briefes hieß es z. B. „Wir bitten Sie, bei Ihren Mitarbeitern Verständnis dafür zu wecken, daß ein Engagement für die Welt in den ganz verschiedenen Formen, die kirchliche Basisgruppen wahrnehmen, sehr wohl zu den Anliegen der Kirche zählt und eine Trennung zwischen denen, die das Wort Gottes zu Gehör bringen, und denen, die sich dafür einsetzen, daß dieses Wort Zeichen setzt und auch gesellschaftlich Gestalt gewinnt, weder sinnvoll noch christlich ist.“ (Dietrich/Schwabe)

311 So das Vorwort der Herausgeber (AKG)

312 Das sogenannte Jarowinsky-Papier ist veröffentlicht u. a. in epd-Dok. 43/1988 (17.10.1988), S. 61–65. Es sollte von der Kirche vertraulich behandelt werden, wurde von der SED jedoch in Form eines „Briefes“ an die Ersten Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen gesandt, mit der Aufforderung, „diese Darlegung des Staat-Kirche-Verhältnisses“ umzusetzen (BArch SAPMO B2/14/19). Die Quelle der damals nach meiner Kenntnis noch nicht öffentlichen Papiere war nach Aussage von Th. Rudolph zum einen M. Stolpe und zum anderen B. Becker (IM „Fuchs“), der das SED-Papier wiederum von R. Wötzel (Sekretariat der SED-Bezirksleitung) gehabt haben will. Nach meiner Kenntnis wurden Auszüge der Jarowinsky-Rede erstmals am 26.9.1988 durch eine Sendung von Radio 100 einer breiten Öffentlichkeit zugänglich.

313 In der Jarowinsky-Erklärung hieß es u. a.: „In Kirchen werden reine politische Agitationsveranstaltungen organisiert [...], um Kirche zu Oppositionslokalen gegen den Staat zu machen. Die Grenze des Zumutbaren wurde überschritten, der Bogen überspannt. So kann es nicht weitergehen. Über den Kopf der doch angeblich zuständigen Gemeindekirchenräte werden in einer Reihe von Fällen unter Druck von außen und oben Veranstaltungen organisiert, die von den 'gutmeinenden' Initiatoren am Ende gar nicht mehr beherrscht werden.“

314 Das Vorwort war schon vor dem Ende der – von den Gruppen verantworteten – Friedensgebete geschrieben worden.

Texte zusammen lassen erkennen, daß dieser kleinen Gruppe, die die Papiere verteilte, die scheinbare Zwangslage der Kirche gegenüber dem Willkürstaat bewußt war. Doch sie war der Meinung, daß die beste Strategie sei, in die Öffentlichkeit zu gehen bzw. diese herzustellen. In der Rede auf dem Nikolai-kirchhof erklärten sie dann, daß ihnen das Rederecht in der Kirche entzogen worden sei, da der Staat massiven Druck auf die Verantwortlichen ausgeübt habe. Sie klagten den Staat an, der die freie Meinungs- und Religionsausübung beschränke, und die Kirche bzw. Fr. Magirius, die diesen Sachverhalt zu verschleiern helfe. Sie forderten die Kirche auf, „wenigstens in ihren Räumen das Recht der freien Meinungsäußerung aufrechtzuerhalten“, und baten „all jene, denen die Freiheit der Kirche und die Freiheit der Meinungsäußerung [...] am Herzen“ läge, „sich zu Wort zu melden“.³¹⁵ Danach nahmen noch einige der Gruppenmitglieder und Ausreisewilligen an der kleinen Demonstration zum Marktplatz teil.

An den folgenden Montagen artikuliert sich der Protest der Gruppenvertreter in ähnlicher Weise. Sie griffen während des Friedensgebetes das Duckmäsertum der Kirchenleitung an (z. B. R. Müller am 12.9.), setzten sich nicht in die Bänke, sondern standen in kleinen Gruppen unter der Orgelempore und unterhielten sich bzw. beobachteten das Geschehen. Wenn es vervielfältigte Erklärungen oder Informationen gab, wurden sie während oder nach dem Friedensgebet verteilt.³¹⁶ Nach dem Friedensgebet bildeten sich dann auf dem Kirchhof Gesprächsgruppen (bis zum Sommer gab es solche in der Kirche unter Leitung eines Pfarrers!), und es wurden kurze Ansprachen gehalten.

Zur Verhinderung einer Demonstration am 12.9. hatte das Sicherheitskartell auswärtige Ausreisewillige schon vor dem Eintreffen in Leipzig festgenommen und zurückgebracht.³¹⁷ Dennoch besuchten über 700 Menschen das Friedensgebet. Während des Gebetes versuchte eine Frau, die der Festnahme entronnen war, darauf aufmerksam zu machen, erhielt jedoch keine Möglichkeit dazu. Eine Ausreisegruppe verteilte Zettel mit einer Einladung zu einer Demonstration am 7. Oktober. Ab dem 19.9. trugen einig Gruppenmitglieder während des Friedensgebetes eine Binde um den Mund, auf der „Redeverbot“ gedruckt war.

Während des Friedensgebetes wurden zwischen Vertretern der verschiedenen Gruppen Termine und Informationen ausgetauscht. Dabei standen unter der

315 Erklärung abgedruckt in: „Die Mücke“ 6 f., zum Teil „Umweltblätter“ 10/88, 3

316 Da diese Verteilung nicht mehr kirchlich getragen war, gab es auch keine „innerkirchlichen“ Vervielfältigungsgenehmigungen. Die Abzüge wurden meistens auf gruppeneigenen Geräten (AKG) bzw. mit Wäschemangeln hergestellt.

317 Am 11.9. fand eine staatliche Manifestation für die Opfer des Faschismus auf dem Karl-Marx-Platz (heute Augustusplatz) statt. Das Sicherheitskartell verhinderte die Teilnahme von Gruppenvertretern (Arbeitsbuch BStU Leipzig 1031).

Mit der VVS 62/88 des Ministers Mielke war die Stasi darauf aus, alle Versuche von Ausreisewilligen, mit Symbolen oder Aktionen auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen, massiv zu verhindern bzw. zu bestrafen.

Orgelempore und an den Informationstafeln meist ca. 20 bis 40 Personen. Die „Gruppenveranstaltung“ begann dann nach dem Friedensgebet auf dem Vorplatz. Dort wurden Umfragen unter den Ausreisern gestartet und Unterschriften unter Protesterklärungen gesammelt.³¹⁸ Da an der Kirche gebaut wurde, lagen auf dem Nikolaikirchhof Betonplatten, die von den Gruppenvertretern (vor allem AKG und IGL) als Bühne verwendet werden konnten. Von dort oben wurden Informationen weitergegeben und z. B. zu Demonstrationen eingeladen. Am 24.10. stellten sich 15 Gruppenmitglieder während des Friedensgebetes mit Kerzen und Transparenten in den Chorraum. Nach dem Friedensgebet verlasen sie dazu eine Erklärung³¹⁹ auf dem Vorplatz und zeigten ihre Transparente ca. 450 Personen („Wir mahnen, an die zu denken, die gehen mußten“; „Wir mahnen, die Wahrheit zu sagen“; „Wir mahnen, danach zu handeln“; „Mündigkeit verpflichtet – ziviler Ungehorsam“). Innerhalb weniger Wochen hatten ca. 25 Oppositionelle in Leipzig sich ein eigenes Forum geschaffen – Öffentlichkeit in sinnbildlicher Weise: auf der Straße. Das Sicherheitskartell griff wohl ein (kurzzeitige Verhaftungen, Ordnungsstrafen, Ankündigung von Strafverfahren), doch da Wiederholungen möglich waren, wuchs das Selbstbewußtsein der Oppositionellen. Der politische Raum war nicht mehr die Kirche, sondern der Kirchenvorplatz – die Straße – geworden.

Trotz laufender Prüfungsverfahren der Staatsanwaltschaft versuchten sie, das erreichte Terrain auszubauen. Während der „Friedensdekade“³²⁰, am Tag des Pogromgedenkens, verteilten sie am Ende des Friedensgebetes Flugblätter³²¹, in denen die deutsche Gesellschaft im Jahre 1938 mit der ihrigen verglichen³²² wurde und bei Auflistung einiger konkreter Menschenrechtsverletzungen die Beachtung der Menschenwürde in der DDR eingeklagt wurde. Nach dem

318 So am 17.10. z. B. zu einem Brief an den Staatssekretär für Kirchenfragen zur Aufhebung der Zensur von Kirchenzeitungen und der Forderung nach Genehmigung friedlicher Demonstrationen, bei dem 274 Unterschriften gesammelt wurden (abgedruckt in: „Die Mücke“, 8, s. a. Besier/Wolf 568).

319 Abgedruckt in: „Die Mücke“, 8

320 Während der „Friedensdekade“ durften die Gruppen in der Nikolaikirche wieder Friedensgebete gestalten. Das Friedensgebet am 9.11. wurde von der Bezirksgruppe der „Aktion Sühnezeichen“ gestaltet.

321 Flugblatt mit der Über- und Unterschrift „Initiative zur gesellschaftlichen Erneuerung der DDR“, abgedruckt in: Dietrich (1989), Dietrich/Schwabe.

Pfarrer Führer kommentierte dieses Verteilen zwei Tage später im Friedensgebet mit folgenden Worten: „Einige scheinen unsere Kirche mit einem Warenaustauschplatz zu verwechseln.“ (Erklärung vom 11.11., ABL Hefter 1)

322 „Die Pogromnacht vor 50 Jahren mahnt uns: Die Menschen in Deutschland waren 1938 durch fünf Jahre faschistische Diktatur und Ideologie im Denken und Fühlen geprägt und deformiert. Haß und Gewalt gegenüber Andersdenkenden fanden in den Köpfen der Menschen damals ihre Legitimation. Die Angst vor dem totalitären Staatsgefüge und das Mißtrauen zu seinen Mitmenschen breiteten sich in der Gesellschaft aus. Unter dem ständigen Einfluß des faschistischen Massenkultes wurden Kritik und Aufbegehren bis ins eigene Denken selbst zensiert. Die Menschen zogen sich in die Privatsphäre zurück. Sie vollzogen eine innere Emigration oder mußten emigrieren. Wissen und Ahnung um Rassenverfolgung und Gewalt gegen Andersdenkende brachten nur wenige Menschen zum Handeln.“

Gebet zogen dann ca. 160 Gruppenmitglieder³²³ schweigend und teilweise mit Kerzen zum Gedenkstein der 50 Jahre zuvor zerstörten Synagoge und stellten dort Kerzen auf. Am Rande des Zuges wurden auch weiterhin Flugblätter verteilt. Beim Erreichen des innerstädtischen Verkehrsrings wurde der Verkehr polizeilich geregelt, und der Zug konnte geschlossen die Straße überqueren. Die clevere Kalkulierung des AKG war aufgegangen: Am 50. Jahrestag des faschistischen Pogroms wagte das Sicherheitskartell keine aufsehenerregende Repression.³²⁴ Die Leipziger Gruppen hatten erneut (s. „*Erster Pleißemarsch*“) erlebt, daß Demonstrationen möglich sein konnten.

Im Herbst 1988 kam es zu einigen Gesprächen zwischen Kirchenleitungsvertretern (u. a. auch dem Bischof) und Gruppenvertretern. Die Gruppenvertreter versuchten den Kirchenvertretern dabei deutlich zu machen, daß das Verschweigen der politischen Konsequenzen einer christlichen Erkenntnis dem Mittragen der staatlich verordneten Lüge gleichkommt und eine Gefährdung der kirchlichen Zukunft bedeuten würde.³²⁵ Auch wenn die Gruppenvertreter bei manchen Kirchenvertretern Verständnis fanden³²⁶, dauerte es über ein halbes Jahr, bis eine Mitbeteiligung aller Gruppen bei den Friedensgebeten wieder möglich wurde.³²⁷ In der Zwischenzeit hatte jedoch ein Teil der Gruppen das Interesse an den Friedensgebeten verloren. Die ritualisierten Meetings auf der Straße hatten gezeigt, daß die Staat-Kirche-Statik durchbrochen war.

323 Da der 9. November ein Mittwoch und kein Montag war, nahmen kaum Ausreisewillige an der Andacht teil.

324 Vier Tage zuvor war eine Ausstellung zum Leben der einst 14.000 jüdischen Leipziger Mitbürger eröffnet worden, zu der u. a. aus Amerika ehemalige Leipziger zu Besuch kamen. Berichte über diese Demonstration sind u. a. zu finden: „Die Mücke“, 11; Telegramm H. Reitmann an K. Löffler am 10.11.1988 (Dietrich/Schwabe); ders. an Bischof Hempel am 11.11. (ebenda). Zusammen mit dem Flugblatt war das SED-Regime in der Antifaschismusfälle. Ein Schlag gegen die Demonstranten hätte die Interpretation eines derartigen Vorgehens als faschistoid leicht gemacht. Dies war zumindest angesichts der damaligen Politik gegenüber der jüdischen Gemeinden kontraproduktiv (vgl. R.G.Reuth, Neue Töne, alte Ziele, in: FAZ, 19.11.1988).

325 S. z. B. die Notizen von G. Oltmanns und A. Radicke (beides keine Theologen!), die sie zur Vorbereitung auf ein Gespräch mit Bischof Hempel anfertigten (Dietrich/Schwabe)

326 Bischof Hempel schrieb am 15.11.1988 an H. Reitmann (Abt. IA, Rat des Bezirkes): „Nach wie vor ist mir deutlich, daß die Themen, die in der Nikolaikirche verhandelt werden, eigentlich und zuerst mit Vertretern des Staates besprochen werden sollten. Daß es den Montag-Gottesdienst in der Nikolaikirche gibt, sehen wir auch als eine Folge dessen, daß die dort Zusammenkommenden keinen anderen adäquaten Gesprächsort finden. Außerdem beruhen nach unserer Sicht einige der in diesem Bereich zur Sprache gebrachten Probleme unserer Gesellschaft auf Tatsachen. Es ist eine alte Erfahrung der Kirche, daß Schwierigkeiten, die im Raum der Kirche auf Tatsachen beruhen, mit Druck nicht wirklich aus der Welt zu schaffen sind. Diese Erfahrung bewegt uns auch.“ (Dietrich/Schwabe)

P. Unterberg hat versucht, die Haltung der verschiedenen Pfarrer in der damaligen Auseinandersetzung zu analysieren. Er vermutet, daß die umstrittene Entscheidung von Bischof Hempel ausging (S. 128 f.).

327 Bei einem Gespräch von Gruppenmitgliedern mit dem Kirchenvorstand der Nikolaikirchgemeinde am 21.11.1988 wurde eine Mitbeteiligung der Gruppen bereits in Aussicht gestellt (Protokoll C. Führer von dieser Sitzung in: Dietrich/Schwabe), beschlossen wurde sie am 14.2.1989 (Protokollauszug ebenda).

5. *Die Opposition in Leipzig bis zum Sommer 1989*

5.1. *Die strategischen Differenzen innerhalb der Leipziger Opposition*

Die Auseinandersetzungen um die Friedensgebete führten Ende November/Anfang Dezember 1988 zu einer Profilierung und Polarisierung der politisch-alternativen Szene in Leipzig.

Ziel der Sicherheitskartells war es, die Gruppen von den Ausreiseantragstellern zu trennen.³²⁸ Der Beschluß, die Gesprächsgruppen für die Ausreisewilligen nicht mehr durchzuführen und die Gebete nicht mehr durch die Gruppen gestalten zu lassen, hatte nicht zu einem Rückgang des Interesses bei den Ausreisewilligen an diesen Zusammenkünften geführt. Auch wenn sich die Ausreisewilligen – sowohl vor dem Sommer als auch im Herbst – oft nicht an Liturgie und Andacht beteiligten, waren ihnen das gegenseitige Kennenlernen und der – vom Staat unerwünschte – politische Akt, in die Kirche zu gehen, wichtig. Die Aktionen der Gruppenmitglieder auf dem Kirchenvorplatz führten die Gruppenmitglieder und Ausreisewilligen zusammen, die Aktionen wurden oft gemeinsam durchgeführt.

Der Erfolg beflügelte. Montags gegen 18.00 Uhr entstand auf dem Nikolai-kirchhof eine nahezu ideale Öffentlichkeit, an der jeder aktiv oder passiv partizipieren konnte. Das war etwas, was der Staat nur innerhalb der Kirche und, wie das Friedensgebet zeigte, nur sehr begrenzt duldet. Einige Organisatoren (u. a. K. Hattenhauer, R. Müller, U. Schwabe, F. Sellentin, J. Läßig, A. Unger, G. Oltmanns) erhielten Anfang November aus diesem Grund Ordnungsstrafverfügungen. Ihnen wurde erklärt, daß sich ihre Handlungen am Rande der strafrechtlichen Relevanz bewegten.³²⁹ Nachdem auch Kirchenvertreter die Aktionen verurteilten und gleichzeitig eine erneute Mitgestaltungsmöglichkeit der Friedensgebete in Aussicht stellten³³⁰, kam es unter den Oppositionellen zu einer Strategiedebatte und einer deutlicheren Profilierung. Die Auseinandersetzungen innerhalb des AKG führten dazu, daß K. Hattenhauer, J. Läßig und G. Oltmanns den Arbeitskreis Ende November 1988 verließen.³³¹ Hauptgrund, so läßt sich rekonstruieren, war die unterschiedliche Prioritätensetzung bei der Frage, ob langfristige oder eher spontane Aktionen gegenüber dem SED-Regime erfolgreicher sind. Parallel stand die Gruppendisziplin zur

328 So eine Absprache zwischen dem stellv. Leiter der Bezirksverwaltung des MfS, dem Leiter der Kreisdienststelle und anderen führenden Stasi-Offizieren am 30.8.1988 (Arbeitsbuch XX/Lagegruppe Zeitzschel, BStU Leipzig 1161)

329 So ein Vernehmer gegenüber U. Schwabe. Das MfS setzte am 14.11.1988 eine Arbeitsgruppe ein, die die Inhaftierung von G. Oltmanns, R. Müller und Th. Rudolph vorbereiten sollte (Arbeitsbuch BStU Leipzig 1031).

330 Gespräch zwischen Gruppenvertretern und KV St. Nikolai am 21.11. (Protokoll C. Führer in: Dietrich/Schwabe)

331 S. Vorschlag zur Anlage des OV „Trompete“ (J. Läßig), in: Besier/Wolf, 685–695, 691

Debatte: Müssen sich Gruppenmitglieder einem Mehrheitsbeschluß beugen? Die Rationalitäten und Strategien zeigten sich als so verschieden, daß eine gemeinsame Arbeit nicht mehr möglich schien. Nach meiner Beobachtung gab es vor allem drei Strategien, nach denen die politisch-alternativen Gruppen in Leipzig agierten: der auf Macht und Partizipation orientierte Ansatz, der auf Autonomie und Selbstregulierung orientierte und der auf Bewußtseinsänderung bzw. Überzeugung orientierte Ansatz (Single-issues-Gruppen).³³² Diese Unterscheidung ist nicht einer scharfen Abgrenzung zu verstehen, denn die Strategien schlossen sich nur partiell aus. Bei konkreten Aktionen konnten Gruppen verschiedener Strategien bzw. Vertreter unterschiedlicher Gruppen zusammenarbeiten.³³³

5.2. *Die Single-issues-Gruppen*

Der letztgenannte Ansatz war im Zusammenhang mit Analysen über die Neuen Sozialen Bewegungen (NSB) stärker ins Blickfeld gerückt worden.³³⁴ Auf den ersten Blick erscheinen diese Gruppen nicht als politisch-alternative Gruppen, deren Ziel eine Transformierung des politischen Systems war. Dieser Eindruck wird sogar durch die Selbstbeschreibung und Selbstwahrnehmung dieser Gruppen bestätigt. Meist gaben die Mitglieder nicht an, vordergründig politische Ziele zu haben. So übten Zweidrittel-Welt-Gruppen zuerst an der westlichen Ökonomie Kritik und artikulierten ihr Fernweh durch Solidaritätsaktionen (IHN). Da ging es um eine bessere Lebensqualität angesichts der Umweltzerstörung (teilweise AGU) oder um die Achtung der gleichgeschlechtlichen Liebe als etwas Normales (Homosexuellen-Kreis). Man wollte, daß die Verbrechen der faschistischen Politik benannt werden, sowie durch solidarische Aktionen gegenüber den osteuropäischen Völkern ermöglichen, daß dort eine Basis für ein neues Verständnis von „den Deutschen“ wächst („Aktion Sühnezeichen“). Es wurde eine Möglichkeit der Wehrdienstverweigerung eingeklagt, um gemäß der Bergpredigt leben zu können (SoFD), oder es wurde eine Friedenserziehung in Kindergarten und Schule gefordert (AKF, „Frauen für den Frieden“).

332 M. E. lassen sich diese Strategien bei allen politisch-alternativen Gruppen finden, das heißt bei allen Gruppen, die politische Änderungen in der DDR anstrebten und letztlich auch für möglich hielten. Der Begriff „Strategie“ impliziert, daß dabei nicht (nur) fundamentalistisch, sondern (vor allem) nach rationalem, am Erfolg orientierten Kalkül operiert wurde.

333 Ein plastisches Beispiel dafür sind die Aktionen zur sogenannten Wahl am 7. Mai 1989. Dabei konnten M. Arnold und andere die Doppelstrategie fahren, einerseits zu kontrollieren und andererseits einen symbolischen Protest auf dem Marktplatz zu organisieren. F. Hoqué und andere meinten jedoch, daß sich dies – noch dazu zum gleichen Zeitpunkt – ausschloß und also von der Stasi veranlaßt sein müsse (so mir gegenüber im Juni 1989, s. a. P. Unterberg, 53).

334 Raschke 427–430, s. a. Neubert

Das Sozialisationskartell (s. oben) war ein fester Bestandteil der SED-Herrschaft, es war ideologisiert bzw. politisiert, so daß jede Auseinandersetzung damit zu einer politischen Auseinandersetzung wurde. Verstärkt wurde dieser Prozeß, wenn das Sicherheitskartell eingriff und die Unbeweglichkeit („Lernunfähigkeit“) des Systems demonstrierte. Damit hätten die von den Gruppen behandelten Themen nicht nur unter dem Aspekt der persönlichen Einstellung und der Überzeugung, sondern auch unter dem Aspekt der Machtfrage gesehen werden müssen. Wenn dies nicht geschah, so aufgrund der Einschätzung, daß die Machtfrage „geklärt“ war. Die Strategie, die Herrschaft des SED-Regimes zu unterminieren, ohne die Herrschaft direkt anzugreifen, hatte in der DDR eine lange Tradition und prägte auch die meisten Gruppen der frühen achtziger Jahre. Doch mit der Entwicklung von Techniken, die auf Partizipation an politischen Entscheidungen zielten (öffentliche Eingaben, Demonstrationen), und den Erfahrungen, daß diese Techniken zumindest der Rekrutierung der Gruppen dienten, begannen auch in den Gruppen, die an einem gesellschaftlichen Wertewandel interessiert waren, die Debatten um Strategien politischer Veränderung.³³⁵ Diese Debatten führten nicht selten zu einem Auseinanderdriften der jeweiligen Gruppe (z. B. AGU – IGL 1987 – s. oben). Die eigentliche Frage wurde: War das für die Gruppe bestimmende Thema das Gruppenziel oder war es ein Mittel zur politischen Transformation des SED-Regimes? Im allgemeinen nahmen die Gruppen die „Relativierung“ ihres Themas nicht vor, da sie als basisdemokratische Gruppen keinen entsprechenden Konsens herstellen konnten. Da manche, die schon jahrelang in solch einer Gruppe waren, die sozialen Kontakte der Gruppe weiter pflegten, ohne der Gruppenstrategie in jedem Fall zu folgen, gab es in diesen Gruppen eine Reihe von Personen, die sich ad hoc an Aktionen beteiligten, die einer der anderen beiden Strategien folgten.³³⁶ Für die Entwicklung der Leipziger Opposition 1989 spielten diese an speziellen Themen und vor allem auf Überzeugungsarbeit orientierten Gruppen (als Gruppe!) kaum eine Rolle. Dennoch kurz etwas zur größten dieser Gruppen und zu einer Aktion, die zeigt, wie diese Strategie in einer geschlossenen Gesellschaft eine Krise des Herrschaftsapparates verursachen kann:

Beim Jugendpfarramt angegliedert war die **AG „Umwelt“**. Sie hatte sich Ende 1988 nicht nur kirchlich etabliert, sondern auch umfangreiche Kontakte zu staatlichen Stellen geknüpft und arbeitete partiell mit den Umwelt-Gruppen

335 K. Walther (November 1988): „Jedes Engagement für unsere Umwelt wird früher oder später politisch.“ (in: „Streiflichter“ 11/88, 3)

336 K. Walther arbeitete während des Jahres 1989 mit der AKG zusammen.

Hin und wieder gab es allgemeinpoltische Statements auch bei der AGU (wenn kein Gruppenkonsens notwendig war): R. Quester schrieb im AGU-INFO 3/89 als persönlichen „Gruß“: „Nicht wählen zu gehen ist auch eine Meinungsäußerung.“ M. Jankowski veröffentlichte in „Streiflichter“ vom 2.2.1989 einen Kommentar zum Wiener Abschlußdokument der KSZE.

des Kulturbundes³³⁷ und der Universität zusammen. Auch wenn sie als Gruppe nicht als Verhandlungspartner anerkannt wurde, konnte sie staatliche Vertreter z. B. zu Podiumsdiskussion gewinnen.³³⁸ Der Staat mußte mit der Gruppe „rechnen“. Fast jede kommunalpolitische Äußerung in Umweltschutzfragen fand eine Reaktion durch die Gruppe (Eingaben, Leserbriefe, Veröffentlichungen in den „Streiflichtern“). Die AGU arbeitete eng mit anderen Öko-Gruppen im Süden der DDR (Rötha, Borna, Altenburg, Halle) zusammen. In den Monaten November/Dezember 1988 gab es ausführliche Debatten über die Arbeitsstruktur der AGU.³³⁹ Das Ergebnis war eine feste und arbeitsfähige Struktur: eine „Kerngruppe“ (R. Quester, R. Elsässer, G. Kallenbach, F. Heide u. a.), 8 Projektgruppen und eine „Vollversammlung“, an der im Schnitt 35 Personen teilnahmen. 70 eingeschriebene Mitglieder hatte die Gruppe im März 1989.³⁴⁰ Zu ihren „Grünen Abenden“ kamen manchmal 300 und mehr Besucher. Die Gruppe konnte es sogar schaffen, daß zu ihrem Müll-Abend in der Tageszeitung eine Annonce gedruckt wurde.³⁴¹ Ihre Zeitschrift „Streiflichter“ (1988 ca. 300 Exemplare; Mitte 1989 ca. 700 Exemplare, ca. 9 Ausgaben im Jahr) hatte einen ähnlichen Charakter wie die „Umweltblätter“, war jedoch stärker regional orientiert: Informationen über Umweltaktivitäten und Umweltsünder, allgemeine Informationen politischer Art, Berichte über ökologische Probleme aus ausländischen Zeitschriften sowie Aktionen und Termine.

Eine Wiederholung des „Pleiße-Gedenkmarsches“ 1989 erwies sich als schwierig. Es war klar, daß der vorjährige Erfolg eine große Werbung darstellte, so daß viele der Einladung folgen würden, doch es sollte nicht „die Revolution geprobt“ werden (so Pfarrer Wugk 1988). Die IGL beschloß deshalb schon im Juli 1988, daß sie den Marsch mit einem Gottesdienst verbinden und bei den Behörden anmelden wollte.³⁴² Er sollte unter dem Motto „Betroffenheit, Besinnung und Mahnung“ stehen. Nach einigen Querelen – anfangs stellte sich Superintendent Magirius gegen den „Marsch“³⁴³ – kam ein kirchlicher Arbeitskreis zustande, der die Vorbereitungen zum „Pleiße-Pilgerweg 1989“ übernahm. Er nannte sich **Arbeitskreis „Weltumwelttag“**, (K. Kaden, T. Hollitzer, A. Bootz, B. Moritz, H. Wagner). Seine Strategie stellte der Arbeitskreis in

337 1990 bildete die AGU zusammen mit einigen dieser Kulturbund-Gruppen den Leipziger Umweltverband „Ökolöwe“ („Haus der Demokratie“), der eine breite überparteiliche Arbeit entwickelte.

338 Z. B. zum Espenhain-Tag (zusammen mit dem Christlichen Umweltseminar Rötha) am 13.11.1988 mit der Leiterin der Umweltgruppe des Kulturbundes Mitte und Abgeordnete des Rates der Stadt (s. Bericht K. Walther in: „Streiflichter“ 11/88, 2)

339 AGU-INFO 2 und 3/88 (ABL Box VI)

340 AGU-INFO 2/89 (ABL Box VI)

341 „Union“, 4.3.1989: „AG Umweltschutz beim Evangelisch-Lutherischen Jugendpfarramt der Stadt Leipzig. 6. März 1989, Dittrichring 12. Müll und Tagebaue im Bezirk Leipzig. Ein DIA-Vortrag der Projektgruppe Landschaft der AGU“. M. E. hat sonst keine Gruppe solch eine Annonce aufgeben können.

342 Arbeitspapier zum „2. Pleißegedenkmarsch“ (ABL Hefter 1)

343 S. oben S. 614 Anm. 282

einem Text in den „Streiflichtern“ folgendermaßen dar: „Im Verlauf der Vorbereitung wurde uns bewußt, daß nur kontinuierliches Arbeiten und sauber recherchierte Informationen zur Besserung des Zustandes des Flusses beitragen können. So nahm die thematische Arbeit einen immer größeren Raum der Vorbereitung ein. [...] Daß es gesellschaftliche Veränderungen in unserem Land geben muß, haben wir auch bei der Auf- und Bearbeitung des Problems Pleiße gemerkt. Uns ist aber ebenso klar geworden, daß Forderungen ohne praktische Lösungsvorschläge kein Weg zur gewünschten Erneuerung sind. Veränderung muß stattdessen konkret sein, muß sich jeden Tag von der Realität hinterfragen lassen. So ist die Pleiße unser spezielles Feld, auf dem wir Neues erwirken und probieren wollen. Gleichzeitig ist sie ein Geländer auf dem Weg der Veränderung und Erneuerung.“³⁴⁴

Leipzig war an der Pleiße gewachsen, doch durch die Abwässer der chemischen Industrie war der Fluß so dreckig geworden, daß er 1956 unterirdisch abgeleitet wurde. Das Neue Rathaus nennt sich im Volksmund wohl noch Pleißenburg, ein Fluß ist dort jedoch nicht mehr zu sehen. So wurde die Pleiße zu einem Sinnbild der Umweltpolitik: „Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß“.

Entsprechend dem (nachträglich festgestellten) Konzept wurde eine umfangreiche Ausstellung und ein Arbeitsheft zur Geschichte des Flusses erarbeitet.³⁴⁵ Die staatlichen Stellen versprachen, bis zum 7.5. eine Entscheidung zu fällen, ließen den Arbeitskreis jedoch bis zehn Tage vor dem Weltumweltag im Ungewissen, dann teilten sie mit, daß der „Pilgerweg“ nicht stattfinden könne.³⁴⁶ Auch eine Eingabe an Honecker änderte nichts.³⁴⁷ So beugte sich der Arbeitskreis formal dem Verbot. Der Pilgermarsch sollte von zwei Gottesdiensten und Informationsveranstaltungen umrahmt werden. Diese konnten schlecht verboten werden, und so wurde zu den Gottesdiensten eingeladen. Das Sicherheitskartell versuchte zu verunsichern, führte kurz vor dem Weltumweltag 63 Gruppenmitglieder zu und untersagte ihnen eine Teilnahme an einer „Zusammenrottung“ am Weltumweltag.³⁴⁸ Am 4. Juni wurden mindestens 19 führende Gruppenmitglieder unter Hausarrest bzw. offensive Beschattung gestellt³⁴⁹, andere wurden auf dem Weg zur Paul-Gerhardt-Kirche

344 „Streiflichter“ 10.7.1989

345 „Die Pleiße“ Heft I (4. Juni 1989) (38 S.; ca. 1.000 Exemplare)

346 Auf der Dienstbesprechung der Abt. XX der Stasi-Bezirksverwaltung hieß es schon am 12.5.: „Pilgermärsche u. ä. untersagt, sonst wird gehandelt.“ (Arbeitsbuch Conrad – BStU Leipzig 1137)

347 Dort wurde auf den Charakter des „Pilgerweges“ entlang dem ursprünglichen Verlauf der Pleiße als einer „urchristlichen Form der Religionsausübung“ verwiesen (Eingabe vom 28.5.1989 – ABL Hefter 1).

348 S. MfS, ZAIG, Hinweis auf eine geplante provokatorisch-demonstrative öffentlichkeitswirksame Aktion in Leipzig anlässlich des Weltumwelttages (BStU ZAIG 4594, 162–164)

349 Darunter: G. Oltmanns, Th. Rudolph, Th. Gerhard, A. Ludwig, Th. Hollitzer, M. Arnold, J. Läßig, C. Wolf, K. Hattenhauer, C. Dietrich, A. Unger (Beschluß der Dienstversammlung Abt. XX am 2.6.1989 (Arbeitsbuch Conrad – BStU Leipzig 1137), Bericht T. Rudolph bei P. Unterberg, 35

zugeführt.³⁵⁰ Zum Eröffnungsgottesdienst kamen dennoch 1.000 Personen.³⁵¹ Im Eröffnungsgottesdienst predigte der Universitätsprofessor K. Nowak von dem Zusammenhang der Heilung des Flusses, der Heilung der Gesellschaft und der Heilung des Menschen³⁵², und M. Jankowski sang Lieder. Am Ende des Gottesdienstes teilte Jugendpfarrer Kaden³⁵³ mit, daß der Pilgermarsch nicht genehmigt worden sei und der Staat Repressionen bei Nichtbeachtung angedroht habe. Er rief „jeden einzelnen zu verantwortlicher Entscheidung auf“³⁵⁴ und lud zum Gottesdienst in der Reformierten Kirche ein. Bevor die Teilnehmer die Kirche verließen, ließ B. Moritz eine Liste herumgehen, auf der sich alle eintragen sollten, die den Pilgerweg trotz Verbots gehen wollten. Im Falle von Verhaftungen konnte man dann anhand dieser Liste die Namen der Zugeführten gleich feststellen.³⁵⁵ Auf die Liste trugen sich jedoch nur 22 Personen ein.³⁵⁶ Die ersten, die die Kirche verließen, konnten ungehindert die Polizeiwagen passieren und zur zweiten Kirche in die Innenstadt gehen.³⁵⁷ Dann wurden jedoch die Polizei-Sperrketten zugezogen. Die Polizei war auf 300 Verhaftungen eingerichtet³⁵⁸ und umstellte immer wieder die in einzelnen Gruppen gehenden Gottesdienstbesucher. Es kam zu einem Verkehrsstau auf einer wichtigen Ausfallstraße, eine größere Gruppe wurde von der Polizei zur SED-Bezirksleitung getrieben. Als sich einige Eingekesselte zu einem Sitzstreik niederließen, wurden 74 Personen herausgegriffen und zugeführt.³⁵⁹ Sie sollten später Ordnungsstrafen bis zu 500,- Mark zahlen. Zum Gottesdienst des AKSK (H. Wagner) in der Reformierten Kirche kamen noch ca. 400 Personen.

Das Ziel des Arbeitskreises war eine genehmigte Demonstration für die Sanierung der Pleiße, durch das Agieren des Sicherheitskartells wurde es jedoch zu einer Demonstration gegen das Regime. Die Strategie, an einem konkreten Thema Sensibilisierung zu mobilisieren, hatte aufgrund des („reformunwilligen“) politischen Systems zu einer oppositionellen Aktion geführt. Expressiv äußerte sich der Unmut über die Gewalt und später über die Ordnungsstrafen.

350 Nowak (1990a), 9

351 S. Bericht „Streiflichter“; die „Umweltblätter“ meldeten 500 Besucher („a.b.“, „Pleiße-Gedenkmarsch“ im Juli-Heft, 91). Die Zahl 1.000 wurde von T. Hollitzer (AK „Umwelttag“) in einem Brief an die „Umweltblätter“ vom 13.8.1989 verteidigt (ABL Hefter 1). Die staatlichen Stellen sprachen von 800 Teilnehmern.

352 Predigt abgedruckt in: Nowak (1990a), 10–13

353 Den Pilgermarsch hatten K. Kaden und H. Wagner angemeldet.

354 So Bericht in „Streiflichter“ 10.7.1989

355 P. Unterberg, 55

356 „Pleiße-Pilgerweg '89 – Eine Hoffnung wollte gehen – bis wohin kam sie?“ (5 Blätter Fragment eines Berichtes; ABL Hefter 1)

357 So Bericht in „Streiflichter“ 10.7.1989

358 Dienstberatung der Abt. XX der Stasi-Bezirksverwaltung (Arbeitsbuch Zeitschel – BStU Leipzig 1163)

359 Fernschreiben-Nummer 264 der SED-Bezirksleitung vom 5.6. an E. Krenz (StaatsArch Leipzig SED A 4972)

H. Wagner parallelisiert diese Demonstration mit denen nach den Friedensgebeten, da sie hier wie dort ihren Ausgangspunkt in einer Stunde der Ruhe hatten, die in eine gemeinsame Bewegung mündeten.³⁶⁰

5.3. *Die Strategie der Partizipation (Reformgruppen)*

Der wichtigste Aspekt der Strategie der Partizipation war, trotz verschlossener Aufstiegschancen und paternalistischer Entscheidungsstrukturen – sozusagen von außen – einzelne politische Entscheidungen zu beeinflussen. Dabei stützten sich die Hoffnungen auf reformwillige Personen innerhalb der SED bzw. der Herrschaftsstrukturen. Die Reformgruppen versuchten, durch mehr oder weniger konspirative Kontakte zu den Eliten der Gesellschaft einen – öffentlich durch das Machtmonopol der SED ausgeschlossenen – Diskurs zu politischen wichtigen Fragen zu organisieren. Auf diesem Weg sollte einerseits eine Meinungs- und Willensänderung unter den Herrschenden erreicht, andererseits jedoch das Informationsmonopol der Eliten durchbrochen werden. Neben den informellen bzw. konspirativen Kontakten gab es eine Öffentlichkeitsarbeit. Mit gezielten Informationen sollten die Herrschenden in Interessenkonflikte kommen und ihre Willkür eingeschränkt bzw. Entscheidungen mit negativen gesellschaftlichen Folgen verhindert werden. Da es faktisch in der DDR keine Öffentlichkeit gab, war diese Arbeit wegen der möglichen Indiskretionen für die Gruppenmitglieder gefährlich, denn es mußte erst einmal Öffentlichkeit hergestellt werden. So gab es ein ständiges Abwägen zwischen dem In-die-Öffentlichkeit-Gehen und einem weiteren Ausbau der Kontakte zu etablierten Gremien bzw. Personen (Staat und Kirche). Im Interesse einer effizienten Arbeit und der Herstellung einer Öffentlichkeit suchten die Reformgruppen auch untereinander den Kontakt. Außerdem war ihnen an Kontakten zu ausländischen Politikern (Ost- wie Westeuropa) gelegen.

Profilierte Leipziger Reformgruppen waren der **AK „Gerechtigkeit“**, die **„Dialog-Gruppe“**, der **AK „Gerechtigkeit und Ökumene“** und der **AK „Solidarische Kirche“ – Regionalgruppe Leipzig**.

Am deutlichsten ausgeprägt war die Strategie im AKG in Zusammenarbeit mit K. Walther (ursprünglich AGU) und F. Richter (AGM). Den Kern der Gruppe bildete ein „Sprecherrat“ um Th. Rudolph, der sein Theologiestudium im November 1988 abbrach, um sich allein der politischen Arbeit zu widmen. Bei den Sprechern liefen alle Informationen aus den Untergruppen zusammen, und hier wurden Prioritäten für die weitere Arbeit gesetzt. Dabei entwickelten sich konspirative Arbeitsstrukturen. Nur das Wichtigste wurde besprochen oder – da mit Wanzen in der Wohnung zu rechnen war – auf Zetteln vermerkt, die

360 Wagner (1993)

danach sofort vernichtet wurden. Die einzelnen Mitglieder bauten Arbeitszusammenhänge zu „Experten“ (Dolmetscher, Gefängnisseelsorger usw.) auf, ohne daß diese als „Gruppenvertreter“ erscheinen mußten. So entwickelte die Gruppe ein weitverzweigtes Netz an Beziehungen. Die Sprecher forderten sich eine große Disziplin ab. Bei gefährlichen Operationen gab es befehlsähnliche Strukturen.³⁶¹ Die Selbstkontrolle war stark ausgebildet. Aufgrund dieser Vorsichtsmaßnahmen wurde im Mai/Juni 1989 das Gruppenmitglied D. Penno (verantwortlich für die Ausreisegruppe) als Stasi-Mitarbeiterin dekonspiziert.³⁶²

Der AKG war als Gruppe 1989 kaum auf kirchliche Unterstützung angewiesen³⁶³, dennoch versuchte er in kirchlichen Gremien – wie z. B. dem BSA – vertreten zu sein und gute Kontakte zu Kirchenvertretern zu haben. Bei bestimmten Problemen nahmen sie Kontakt zum „Geheimdiplomaten“ M. Stolpe auf oder kooperierten sie mit W. Schnur. Mit der AGM bauten sie im Haus der Lukas-Gemeinde eine Bibliothek auf und gaben ab September und November 1989 die Zeitschrift „Forum für Kirche und Menschenrechte“ heraus.

Für die Entwicklung der Gruppe war die Zusammenarbeit mit Ausreisewilligen (vor allem mit Akademikern) von großer Bedeutung, denn sie sprengte den engen Rekrutierungsrahmen der kirchlichen Basisgruppen. Wichtige Themen waren so auch die Gründe für die Ausreise und die Rechtslage der Ausreiseartragsteller (große Umfrage unter Ausreisewilligen³⁶⁴). Der AKG sammelte Informationen zu Menschenrechtsverletzungen und zu den staatlichen Strategien im Umgang mit Ausreisewilligen und machte sie bekannt.³⁶⁵ Im November bzw. Dezember 1988 gründete er zusammen mit anderen Gruppen die **„Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte in der DDR“**.³⁶⁶ Diese Arbeitsgruppe war mit dem Ziel einer DDR-weiten autonomen Menschenrechtsarbeit gegründet worden. Der AKG (T. Rudolph, B. Oehler und R. Müller) organisierte (zusammen mit dem AGM) monatlich einmal ein Treffen in den Räumen des Theologischen Seminars, bei dem neue Erkenntnisse zu Menschenrechtsverletzungen in der DDR und der Entwicklung der Opposition

361 S. P. Unterberg, 31

362 Bei der Referatsleiterbesprechung der Abt. XX wurde dies am 7.6.1989 ausgewertet (Arbeitsbuch Conrad – BStU Leipzig 1137). In der IM-„Maria“-Akte (BStU Leipzig AIM 1438/89) heißt es: Dekonspiration durch Ehemann seit 14.7.1989. Sie war gezielt gegen Th. Rudolph eingesetzt worden. Am 30.6.1988 wurde sie dafür von der Abt. XVIII zu Abt. XX/9 (Zeitschel) übergeben (Arbeitsbuch XX/Lagegruppe Zeitschel, BStU Leipzig 1161).

363 Z. B. hatte die Gruppe ein eigenes Wachsmatrizen-Umdruck-Gerät.

364 Umfragebögen, teilweise ausgefüllt im Besitz des Autors. Th. Rudolph meint, daß 2.000 dieser Bögen verteilt wurden.

365 Erklärung der „Arbeitsgruppe Ausreise des Arbeitskreises Gerechtigkeit“ vom Februar 1989 (ABL Hefter 2)

366 Gründungsaufruf, unterzeichnet von folgenden Gruppen: „Initiative Frieden und Menschenrechte“, „Umweltbibliothek“ (Berlin), AKSK-Leipzig und -Thüringen, AGM, AKG, Friedenskreis Naumburg (ABL Hefter 2)

ausgetauscht und Erklärungen herausgegeben wurden³⁶⁷, die man auch an westliche Journalisten gab. Da die „Initiative für Frieden und Menschenrechte“ (IFM) nach den Inhaftierungen und Ausweisungen im Januar 1988 als Gruppe in einer Krise war, versuchte der AKG Ende 1988, sich an der Ausweitung der IFM zu einer DDR-weiten Initiative (vor allem zusammen mit W. Fischer und P. Grimm) zu beteiligen. Formal kam es dazu nicht, aber die Arbeit der „Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte in der DDR“ entsprach zum Teil der angestrebten Vernetzung.³⁶⁸

Am 18. April 1989 machte R. Müller (AKG) die noch geheimen Pläne der DDR-Regierung, in der Nähe von Leipzig (bei Börlin) ein Atomkraftwerk zu bauen³⁶⁹, bekannt und organisierte vor Ort vielfältigen Protest dagegen.³⁷⁰ Ein großes Interesse der AKG galt den Entwicklungen in den osteuropäischen Staaten. Sie entwickelten vielfältige Kontakte vor allem nach Prag, nach Polen und nach Litauen und veröffentlichten wichtige Texte tschechischer und slowakischer Dissidenten.³⁷¹ Durch diese Kontakte wurden sie darin bestärkt, daß sich das Honecker-Regime nicht halten konnte, und nahmen seit Januar 1989 an, daß „die Gruppen“ in Leipzig mitteleuropäische Geschichte schrieben.

Als Reformner innerhalb der SED sah der AKG vor allem H. Modrow an.³⁷² Doch auch wenn der strategische Ansatz des AKG reformerisch war, orientierten seine Mitglieder (besonders Th. Rudolph, R. Müller und B. Oehler) nicht auf einen Reformsozialismus. Sie begriffen die Menschenrechtsverletzungen auch als eine Folge des sozialistischen Menschenbildes. So war ihr bevorzugtes politisches Mittel, eher Druck auf die Regierung auszuüben, als sie an ihre eigenen Äußerungen oder Wertvorstellungen zu erinnern.

Legte der AKG großen Wert auf die Öffentlichkeitsarbeit und setzte dabei bewußt auch die Westmedien ein, so war das Ziel des **AK „Gerechtigkeit und Ökumene“** (A. Müller, H. Wagner, W. Volks, J. Jürgens, D. Pollack, P. Müller) vor allem, eigene Reformkonzepte zu entwickeln. Angefangen hatte die Gruppe (Anfang 1988) mit der Frage der Unterentwicklung der Zweidrittel-Welt und welche Rolle dabei sozialistische Staaten spielten.

367 Die Erklärung vom 6.7.1989 ist abgedruckt in: Rein (1990), 182–185; weitere in: ABL Hefter 2.

368 Zur Bildung der Regionalgruppe der IFM in Leipzig kam es offiziell erst im September 1989, als die AGM und der AKG zur IFM fusionierten.

369 „Streiflichter“ extra (2)

370 S. MfS ZAIG, Wochenübersicht Nr. 28/89 – BStU ZAIG 4594, S. 3, und Wochenübersicht Nr. 27/89, Anlage 2 – ebenda, S. 7

371 Z. B. „Varia“, hrg. von AGM und AKG (erschieden März 1989, 26 Seiten), u. a. mit Übersetzungen aus „Lidové Noviny“ 2/2 über die Demonstrationen zum Gedenken an Jan Palach am 15.1.1989 in Prag und den ungläublichen Terror gegen die Demonstranten durch die Sicherheitskräfte

372 S. „Die Mücke“, Vorwort: „Am 18.1. soll es eine Sitzung der Bezirksleitung der SED gegeben haben, bei der auch der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden, Modrow, und 2 Politbüromitglieder anwesend waren, die die Verhaftungen [anlässlich der Demonstration am 15.1.1989] als nicht im Interesse der SED bezeichneten.“ (Autoren: K. Walther, Th. Rudolph, F. Richter)

Damit rückte das Interesse an Reformen in der eher an ökonomischen Fragen orientierten Gruppe (J. Jürgens war Politökonom an der Leipziger Karl-Marx-Universität) stärker in den Mittelpunkt. Es wurden informelle Kontakte zu anderen Reformgruppen (z. B. M. Brie – Berlin, „Dialog“-Gruppe) geknüpft. Die Theologen in der Gruppe (A. Müller, E. Dusdal, H. Wagner, P. Müller) waren meist in weiteren kirchlichen Gruppen tätig und stellten so Kontakte zu den Theoretikern im kirchlichen Umfeld her (E. Richter, E. Neubert). Die Reformkonzepte des Arbeitskreises fanden Eingang in die Programmdiskussion des „Demokratischen Aufbruch“ im September 1989.³⁷³

Die „Dialog“-Gruppe wollte „öffentliche und nichtöffentliche Gesprächsrunden und Diskussionsforen [organisieren] mit dem Ziel, als nichtkirchliche Perestrojkagruppe Brücken zu bauen, die Kirchengruppen nicht bauen können“³⁷⁴, um so die Machthabenden zu Reformen zu bewegen. Ab November 1988 (Verbot der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“!) luden sie zu den (teilweise) öffentlichen Gesprächsrunden Wissenschaftler ein, die durch ihre Arbeit als potentielle Reformer erschienen. In ihrer Erklärung heißt es: „Wir gehen davon aus, daß es entsprechende Vertreter [auch] in der 2. und 3. Reihe des ZK der SED“ gibt. Sie setzten auf eine Erneuerung der SED von der Basis her, die zu Perestrojka und Glasnost in der DDR führen würde, und stellten sich selbst als kompetente Reformer vor, indem sie sich mit der sowjetischen Perestrojka-Literatur beschäftigten und über die „theoretische Grundlage“ der Perestrojka nachdachten.³⁷⁵ Sie hofften, „als Pilotprojekt ‚versuchte Demokratie‘ behandelt zu werden“. Da das Sicherheitskartell das Projekt jedoch nicht tolerierte, ging ein Teil der Gruppe im Sommer 1989 in die Offensive. Sie fragten nicht mehr nach Rede- und Druckgenehmigungen, sondern wollten „autonom“ werden. Sie bauten eine Wohnung in einem Abrißhaus aus, um dort ein Lesecafé einzurichten (Dreilindenstr. 18 – ab 23.10.1989 Büro des „Neuen Forum“).

Die bedeutendste Aktion des autonomen Flügels der „Dialog“-Gruppe (R. Schaumberg, J. Tallig, B. Broßmann, U. Korth, R.G. Reihs, R. Steinbach, F. Hoqué) war vermutlich ihre Wahlbeobachtung am 7. Mai 1989. AKG, AGM und IGL hatten seit Februar 1989 versucht, eine Kontrolle der (öffentlichen) Stimmenauszählung in den Wahllokalen im Stadtbezirk Leipzig-Mitte zu organisieren. Die „Dialog“-Gruppe scheute einen direkten Kontakt zu den „kirchlichen“ Gruppen, so daß sie eine parallele Kontrolle organisierte.³⁷⁶

373 S. Programmwurf A. Müller (ABL Hefter 4)

374 Statut der Gruppe „Neues Denken“. Erste autonome Gruppe Leipzigs [Es bürgerte sich jedoch der Name „Dialog“-Gruppe ein.] (Kopie bei Feldhaus)

375 Feldhaus interpretiert dieses Statut überzeugend als „ideologisches Instrument zur Herrschaftsübernahme.“ (ebenda, 109 f.)

376 Im folgenden nach Bericht J. Tallig vom 5.6.1989, Die fälschliche Wahl, ABL Hefter 55; N. N., Vom Umgang mit der „sozialistischen“ Demokratie, in: „Streiflichter“ 10.7.1989, und P. Unterberg, 47–52

Sie überwachten 82 von 84 Wahllokalen im Stadtbezirk.³⁷⁷ Die dabei ermittelten Wahlergebnisse wollten sie mit den offiziellen vergleichen, doch die Ergebnisse – aufgeschlüsselt nach Stadtbezirken – erschienen weder in den Zeitungen³⁷⁸, noch waren sie bei den Wahlausschüssen in Erfahrung zu bringen. Durch eine List erfuhren sie das Ergebnis noch vor Ablauf der 14-tägigen Einspruchsfrist und stellten bei der Nationalen Front einen Antrag auf Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahl im Stadtbezirk. Dieser Einspruch wurde jedoch von der Nationalen Front gegenüber dem Wahlvorstand nicht erhoben. So versuchten sie, ihren Protest bei allen beteiligten Gremien (Parteien, Massenorganisationen, Rat des Stadtbezirkes) und bei der konstituierenden Sitzung der Stadtbezirksversammlung Leipzig-Mitte am 2.6. zu artikulieren. Ca. 15 Mitglieder der Gruppe versuchten an der laut Gesetz „öffentlichen“ Sitzung teilzunehmen. Sie wurden jedoch entweder schon an den Saaltüren angehalten oder aus dem Rathaussaal, in dem mindestens 600 Personen Platz finden, geholt und in einen Raum geleitet, von dem aus sie die Sitzung über zwei Bildschirme verfolgen sollten. Das Stellen einer Anfrage war so nicht möglich.

Die Gruppe hatte eine wichtige Lektion in „sozialistischer Demokratie“ erhalten, die sie auf ihre Weise (Mund-zu-Mund-Propaganda, schriftliche Berichte und Dokumentationen³⁷⁹) publik machte. Daraufhin wurden die Parteimitglieder in dieser Gruppe aus der SED ausgeschlossen.³⁸⁰ Dennoch versuchten sie auch weiter, den „Rechtsweg“ auszuschöpfen, schrieben Eingaben und erstatteten am 7. September Strafanzeige. Einige der Mitglieder beteiligten sich im September/Oktober an den Montagsdemonstrationen (am 2.10. wurde dabei F. Hoqué inhaftiert) und engagierten sich für das „Neue Forum“.

Der **Arbeitskreis „Solidarische Kirche“ (AKSK)** – Regionalgruppe Leipzig war ein Gremium des Austausches und der Mobilisierung. Hier trafen sich vor allem Theologen bzw. Theologiestudenten, die sich meist zugleich in anderen Gruppen engagierten.³⁸¹ Einige der Mitglieder des AKSK verstanden den AKSK als ihre institutionelle Absicherung, ebenso wie es für Mitglieder anderer Gruppen die Kirche war (Th. Rudolph, B. Oehler). Die Gruppe war so groß und anerkannt (1988/89 über 200 Mitglieder), daß durch sie eine breite, nahezu DDR-weite Infrastruktur entwickelt wurde und eine entsprechende Solidaritätsbewegung (Solidarität, ein Schlüsselbegriff im Selbstverständnis) organisiert werden konnte. Die Leipziger Regionalgruppe hatte ca. 20 Mitglieder (u. a. E. Dusdal, H. Wagner, M. Wolf, B. Schade, B. Oehler,

377 Die andere Wahlbeobachtungsgruppe überwachte 83 Wahllokale (Unterberg 48).

378 S. Leipziger Volkszeitung vom 10.5.1989, vgl. andere Proteste in: Stasi intern, 303–307

379 Broschüre Kommunalwahl '89 und Bericht in den „Streiflichtern“

380 S. Akte des 1. Sekretärs der SED-Bezirksleitung zu Parteiverfahren (StaatsArch SED A 5324)

381 Die Stasi-Auflistung (vom 3.10.1989, in: Görtz/Tautz) der Aktionen des AKSK-Leipzig liest sich deshalb fast wie eine Liste der Aktionen der Leipziger Opposition.

N. Voss, R. Müller, K. Drohberg, T. Rudolph, C. Dietrich). Das Ziel des AKSK war es, die solidarischen Strukturen in der (evangelischen) Kirche und die Partizipationsmöglichkeiten in der Gesellschaft zu fördern. Die Leipziger Regionalgruppe war vor allem eine Vermittlungsinstanz zwischen den Gruppen und der Kirchenleitung, da sie bei beiden hohes Ansehen genoß. Ein schönes Beispiel dafür ist, daß sich die „Solidarische Kirche“ (E. Dusdal) für Montag, den 8. Mai 1989 (nach der sogenannten Wahl), beim BSA und bei dem Kirchenvorstand als Gestalter des Friedensgebetes anmeldete, die Gestaltung jedoch der IGL, die dazu keine Möglichkeit bekam, überließ.³⁸²

5.4. *Die Strategie der Freiheit*

Diese Strategie ist am deutlichsten als eine Reaktion auf das geschlossene System der DDR zu verstehen. Im ersten Eindruck erscheint sie nicht als Strategie, sondern als etwas „urwüchsiges“, eher expressives. Die Aktionen dieser Gruppen waren nicht primär auf „Dialog“ – wie das damalige Schlagwort hieß – angelegt, sondern auf Artikulation der Befindlichkeit, des Lebenswillens und des Protestes gegen die Eintönigkeit und Unfreiheit. Sie waren Demonstrationen des Rechtes auf Autonomie. Mit fast pubertären Gesten wurde der Auszug aus der staatlich verordneten Unmündigkeit artikuliert. Doch diese expressiven Akte unterlagen einem strategischen Kalkül. Der Hebel zur Beendigung des geschlossenen Systems und der SED-Herrschaft war das Abdanken der Untertanen als Untertanen. „Den Machthabern [sollten] die zur Aufrechterhaltung ihrer Position notwendigen Untertanen weggenommen werden.“³⁸³ Der zentrale Wert, an den diese Strategie anknüpfte, war der autonome und selbstbewußte Bürger³⁸⁴, ein Wert, der zumindest unter DDR-Jugendlichen in den achtziger Jahren eine wachsende Bedeutung fand³⁸⁵ und sich in einer zunehmenden Aussteigerkultur zeigte. Das strategische Konzept intendierte jedoch nicht nur den individuellen Ausstieg vieler im Laufe der Zeit, der von einer attraktiven Alternativkultur (second society) abhing³⁸⁶, sondern vor allem eine Öffentlichkeit, in der

382 Dietrich/Schwabe

383 So Feldhaus in der Interpretation der Erklärung der DI vom März 1989 (dort, 104)

384 K. Hattenhauer beschrieb ihre Aktionen im Januar 1990 mit folgenden Worten: „Über ein Jahr lang haben wir in dieser Stadt einfach 'ne Menge Spaß gemacht, und wenn ich mir überlege, weshalb wir 'zugeführt' wurden, Geldstrafen bekamen, weshalb ich dann in den Knast gekommen bin – dann war das letzten Endes nichts weiter als Spaß. Diese Freude hat sich auf die Straße und auf die Leute hier übertragen lassen. Das ist ein Lebensgefühl, das so ein Staat nicht dulden konnte.“ (in: „Neues Forum“ Leipzig, 296)

385 Friedrich, Walter, 34 ff.

386 Der Alltag der Oppositionellen wurde gerade davon bestimmt. So gab es in der Zweinaundorfer Str. 20 a (Hinterhaus; A. Radicke, M. Arnold u. a.) ein autonomes Café und z. B. seit Februar 1989 eine „Wandzeitung“ mit wichtigen politischen Informationen (u. a. „Umweltblätter“, Kirchenzeitungen). Eine zweite wichtige „Adresse“ war die „Marianne“ (zeitweise G. Oltmanns, R. Müller, F. Sellentin, M. Ziegst, K. Walther), ein Haus in der Mariannenstraße mit zwei Kommunen, in denen wichtige Kontakte zwischen verschiedenen politisch-alternativen Gruppierungen hergestellt wurden.

das politische Outing der Bürger nicht auch ein soziales bedeutete und dennoch unübersehbar und damit sinnvoll wurde. Faktisch war das Ziel, eine Volksabstimmung zu initiieren, bei der offenkundig wurde, daß das „Volk“ dem Staat davonläuft bzw. davongelaufen war.³⁸⁷ Gespielt wurde dabei mit der Abenteuerlust angesichts der sozialistischen Öde („Wer sich nicht in Gefahr begibt, der kommt darin um.“ – R. Kunze/W. Biermann).

Das gewollte politische Outing der Bürger war als Bekenntnis zur eigenen Autonomie gedacht. Die Strategie war also egalistisch orientiert. Die Träger dieser Strategie verstanden sich nicht als „Stellvertreter“ bzw. Abgeordnete, sondern eher als „Spiegel“³⁸⁸ für die „schweigende Mehrheit“, der sie zur Sprache verhelfen wollten, denn die eigentliche Initiative sollte von den Betroffenen („Untertanen“) selbst ausgehen.³⁸⁹

Für die Frage, wer die „Konkursmasse DDR“ nach dem möglichen Abdanken der Herrschenden übernehmen soll³⁹⁰ (z. B. Reformgruppen), war diese Strategie blind. Sie ging entsprechend der liberalen Utopie davon aus, daß dort, wo die Meinungs- und Versammlungsfreiheit hergestellt ist, die Herrschaftsfrage im Sinne einer Selbstregulierung gelöst wird.

Die „**Initiativgruppe 'Leben'**“ (IGL) hat verschiedene Aktionen entsprechend der Strategie der Autonomie organisiert. Schon der „*Erste Pleißemarsch*“³⁹¹ und die selbstbewußte Ignorierung des Staates bei seiner Organisation und Durchführung konnte unter diesem strategischen Kalkül verstanden werden. Der Name „Initiativgruppe 'Leben'“ signalisiert einen universellen Ansatz im Gegensatz z. B. zu Arbeitskreisen usw., einen Ansatz, der in besonders starkem Maße von dem Engagement der Gruppenmitglieder abhängt. Die Gruppenstruktur war folglich eher eine Aktionsstruktur. Die Anfänge der Gruppe waren geprägt von einer Strategiesuche. Es wurde eine Vielzahl von Initiativen gestartet. Für die thematische Arbeit bildeten sich Untergruppen (z. B. Perestrojka-Gruppe, Umweltgruppe, Bürgerrechtsgruppe)³⁹², die aufgrund der streng basisdemokratischen Struktur der IGL nach eigenen Strategien arbeiteten. Gemeinsam waren diesen Aktivitäten die Betonung der eigenen Entscheidung und Autonomie und die dafür notwendige Öffentlichkeit. So gab es eine Initiative zur Wehrdienstverweigerung bzw. zum „Sozialen Friedensdienst“ und z. B. einen Protestbrief an Gorbatschow

387 Die Parallele zur „Abstimmung mit den Füßen“, das heißt zur Übersiedlung Tausender DDR-Bürger, war nicht zufällig, wie ich weiter unten zeigen werde.

388 Die Wendung „den Spiegel vorhalten“ fiel in den Aktionsvorbereitungen 1988/89 immer wieder.

389 So auch die Interpretation von Feldhaus zur Erklärung der DI vom März 1989 (dort, 101)

390 So die Frage von M. Gutzeit gegenüber dem „Neuen Forum“ beim ersten Treffen der „Bürgerbewegung“ auf Einladung der DI am 24.9.1989

391 S. oben S. 614 f.

392 P. Unterberg behauptet zu Unrecht, daß die Gruppe nicht thematisch oder konspirativ arbeitete: So erstellten Gruppenmitglieder zusammen mit anderen ein „Arbeitsheft Sozialer Friedensdienst“ (Leipzig 1988, ABL Hefter 2).

S. auch Selbstvorstellung der Gruppe vom Januar 1989 (ebenda)

über die mangelnden Möglichkeiten in der DDR, sich über Perestrojka und Glasnost zu informieren.³⁹³ Als Ergebnis dieses Briefes entstand ein sporadischer Kontakt zum sowjetischen Konsulat in Leipzig. Dabei erhielt die Gruppe sowjetische Zeitschriften, die in der DDR nicht aufzutreiben waren. Eine weiterer thematischer Schwerpunkt war die Auseinandersetzung mit der Diktatur in Rumänien. So gestaltete eine ad-hoc-Gruppe (IGL, AKG, „Aktion Sühnezeichen“) zwei Leipziger Rumänientage (am 29.10.1988 und 27.1.1989).³⁹⁴

Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Friedensgebete im Herbst 1988 verlagerte sich das Hauptinteresse einiger Gruppenmitglieder auf öffentliche Protestaktionen (anfangs zusammen mit dem AKG). In diesem (oben dargestellten) Prozeß entstand eine für die folgenden Monate typische Doppelstruktur der Gruppe: einerseits etablierte Gruppe (im BSA usw.), die unter dem Namen „Initiativgruppe 'Leben'“ agierte, und andererseits eine Anzahl von Gruppenmitgliedern, die zusammen auch mit Nichtgruppenmitgliedern Aktionen starteten, die unter anderem oder unter keinem „Namen“ liefen.³⁹⁵ So reagierten ca. 40 Jugendliche auf das Verbot der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“ und einiger sowjetischer Filme in der DDR, indem sie während der Internationalen Dokumentar- und Kurzfilmwoche vor dem Festivalkino Luftballons steigen ließen, auf denen die Namen der verbotenen Medien standen. Zivile Sicherheitsbeamte zerstörten die Luftballons u. a. mit brennenden Zigaretten, und sofort erschienene Polizisten stellten die Personalien der Beteiligten fest. Später folgten Ordnungsstrafbescheide über 200,- bis 800,- Mark.³⁹⁶ Wie in vorhergehenden und folgenden Fällen zahlten die meisten Betroffenen nicht, sondern ließen es auf Pfändung bzw. Prozesse ankommen.

Nachdem im November der Platz vor der Nikolaikirche als politische Bühne „erobert“ war, reifte bei verschiedenen Oppositionellen die Idee, eine Demonstration im Zentrum der Stadt zu organisieren. Als Termin war der Tag der Menschenrechte anvisiert. Nach einer Kosten-Nutzen-Abwägung wurde jedoch entschieden, darauf zu verzichten und die Gründung der „Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte in der DDR“ ohne öffentliche Aktion geschehen zu lassen. So wurde am 5.12.1988 auf dem Nikolaikirchhof und später noch in Briefkästen ein Flugblatt verteilt³⁹⁷, auf dem an die Menschenrechtsdeklaration erinnert und provokativ behauptet wurde, daß das „öffentliche Eintreten für die Menschenrechte durch massive Demonstration staatlicher

393 Brief vom 17.2.1988 (ABL Hefter 2)

394 S. Erklärung des 1. Rumänientages in: „Ost-West-Diskussionsforum“ Nr. 5, und C. Dietrich, 40 rumänische Jahre im Rapport, in: „Ostkreuz“ 1/89

395 S. oben S. 614. Anm. 282

396 „Die Mücke“, 13; Dietrich (1989); „Umweltblätter“ 1/89

397 Das Flugblatt wurde auf Wäschemangeln im Ormig-Verfahren hergestellt. Beteiligt hatten sich an der Aktion u. a. G. Oltmanns, M. Arnold, U. Schwabe, A. Unger, J. Köllner („Aktion Sühnezeichen“), C. Wolf („Aktion Sühnezeichen“), C. Dietrich.

Sicherheitskräfte im Planquadrat L 19 des Leipziger Stadtplanes ...“ am 10.12. nicht möglich sein werde. Die Behauptung erwies sich als richtig, da an diesem Tag in der Oper eine Parteiaktivtagung stattfand. Dennoch fanden sich einige Bürger am Karl-Marx-(heute Augustus-) Platz ein, und suchten nach möglichen Organisatoren einer Demonstration, eine Probe, die Hoffnung auf eine erfolgreiche Demonstration machte. Diese sollte jedoch einen Monat später auf dem Marktplatz stattfinden. Anlaß war der 70. Todestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Ein Jahr zuvor hatte es den Versuch einer Beteiligung an der staatlichen Luxemburg-Liebknecht-Demonstration gegeben, die zu den Berliner Verhaftungen führte. Daran sollte erinnert und angeknüpft werden. Jedoch sollte eine eigenständige Demonstration für Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit stattfinden. Zur Einladung wurden fast 10.000 Flugblätter hergestellt (u. a. durch Unterstützung der AKG). Unterschrieben war das Flugblatt mit: „Initiative zur demokratischen Erneuerung der Gesellschaft“. Ca. die Hälfte der hergestellten Flugblätter wurde in der Nacht zum 12. Januar in verschiedenen Teilen der Stadt in Briefkästen verteilt.³⁹⁸ Dies geschah, obwohl das MfS durch D. Penno schon am Tage vor der Aktion informiert worden war und das Sicherheitskartell daraufhin eine Rund-um-die-Uhr-Beschattung der potentiellen Flugblattverteiler beschlossen hatte.³⁹⁹ Am 12., 13. und 14. Januar wurden fast alle der Flugblattverteiler inhaftiert.⁴⁰⁰ Später gab es Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen.

Am Abend des 13. Januar begannen die Organisation der Protestaktionen und die Information der bundesdeutschen Journalisten (vor allem durch Th. Rudolph und Mitglieder der Berliner „Initiative für Frieden und Menschenrechte“). Später bildete sich eine Kontaktgruppe, die das Telefon von Pfarrer Wonneberger nutzte.⁴⁰¹ Am 15. Januar berichteten die westlichen Rundfunkstationen über die Verhaftungen.⁴⁰² Die „Charta 77“ und die „Polnisch-tschechoslowakische Solidarnosc“ waren bereits auf die Demonstration (die zeitgleich zur Demonstration in Erinnerung an die Selbstverbrennung von Jan Palach in Prag stattfand) vorbereitet und verbreiteten die Information über

398 Flugblatt u. a. nachgedruckt in: „Die Mücke“, 9 f., „Umweltblätter“ 1/89, 50; Frankfurter Rundschau 16.1.1989

399 M. Fiedler. Auf der Sitzung in der Bezirksverwaltung (BV) des MfS, bei der die Maßnahmen beschlossen wurden, stellte der stellvertretende Leiter der BV fest, daß der Schwerpunkt „gegnerischer Angriffe“ der „Nationalismus“ sei (Offenhaltung 'Deutscher Frage' usw.)“. Das Ziel sei „'gewaltlose' Eingliederung DDR-BRD.“ In diesem Zusammenhang sei „Breite der Zielgruppe des Gegners“ zu beachten. (Arbeitsbuch Zeitschel, BStU Leipzig 1163)

400 U. Hartmann (IGL), C. Bornschlegel (IGL), U. Schwabe (IGL), J. Läßig, C. Wolf, G. Oltmanns, R. Müller (AKG), F. Sellentin (IGL), M. Arnold (IGL), A. Bootz (IGL), M. Ziegs (IGL)
Fotos von der Stasi-Untersuchungshaftanstalt in: Stasi intern, 226 f.
S. „Die Mücke“; Dietrich (1989); K.-H. Baum, Nach der bewährten Methode „Friedhofsruhe“, in: Frankfurter Rundschau, 20.1.1989

401 Ab 16.1. war das Kontakttelefon im Jugendpfarramt.

402 S. Die Welt am Sonntag (15.1.1989): „DDR“-Polizei verhaftet Menschenrechtler; Der Tagesspiegel, 16.1.1989, Festnahmen in Leipzig nach der Verteilung von Flugblättern; A. Hinze in: Süddeutsche Zeitung, 16.1.1989

die Leipziger Verhaftungen schon am 15. Januar u. a. in Wien, wo an diesem Tage die Wiener KSZE-Nachfolgekonferenz zu Ende ging, so daß u. a. die Außenminister G. Shultz und H.-D. Genscher in ihren Wiener Reden gegen die Verhaftungen protestierten.⁴⁰³

Am 15. Januar, gegen 16.00 Uhr, hatten sich unter den Arkaden des Leipziger Alten Rathauses und im Eingang der Passagen mehrere hundert Menschen versammelt. Nachdem diese Personen zum Eingang des Untergrundmessehauses gebeten wurden, stieg F. Kowasch (IGL) auf die Brüstung des Eingangs⁴⁰⁴ und hielt eine kurze Rede gegen die Verhaftungen und für Meinungsfreiheit vor ca. 800 Personen.⁴⁰⁵ Er bat die Demonstranten, sich gegenseitig unterzuhaken und gab nochmals den geplanten Weg der Demonstration bekannt. Dann zog ein Teil der Bürger langsam und in engen Reihen in Richtung Süden. Nach ca. 500 m wurde der Zug von Polizeiketten gestoppt, zur Auflösung aufgefordert, und dann – da dies nicht geschah – wurden die ersten beiden Reihen verhaftet.⁴⁰⁶ Einige Demonstranten versuchten dann den Zug fortzusetzen. Doch überall waren mit einem Mal Polizeiketten. Nun demonstrierte das Sicherheitskartell, wie zwei Monate später in den „Umweltblättern“ und in der „Solidarischen Kirche“ ein wehrdienstleistender Bereitschaftspolizist berichtete.⁴⁰⁷ Am Abend berichteten die westlichen Rundfunkstationen von der „größten Demonstration in der DDR seit dem 17. Juni“. In der Nacht wurden die 53 inhaftierten Demonstranten wieder entlassen, in den folgenden Tagen – als die Solidaritätswelle in- und außerhalb der DDR weiter wuchs⁴⁰⁸ – auch die, die wegen der Organisation der Demonstration inhaftiert worden waren. Wenig später wurden auch die Ermittlungsverfahren eingestellt.

403 Mit dem Wiener Abschlußdokument bekamen die Menschenrechtsabmachungen zwischen den KSZE-Staaten verpflichtenden Charakter. Damit ergaben sich neue Möglichkeiten, auf die DDR-Regierung, die dieses Dokument unterzeichnete, Druck auszuüben. Zur DDR-Reaktion auf die Reden westlicher Außenminister in Wien s. u. a. „Junge Welt“ vom 19.1.1989.

404 Am 16.1. wurde F. Kowasch deshalb inhaftiert.

405 Ich schätzte 1989 die Menge auf 800 Personen (s. Dietrich (1989) und „Die Mücke“, 10). In den „Umweltblättern“ wurde die Zahl u. a. mit 700 angegeben (XYZ, Augenzeugenbericht, „Umweltblätter“ 1/89). Das MfS sprach von 150 bis 200 Personen (Mitter/Wolle, 12). Die SED-Stadtleitung sprach von 300 Personen (Information vom 16.1.1989 – StaatsArch SED N 946). Diese Angaben sind schon durch Fotos eines Teiles des Demonstrationzuges zu widerlegen (im Besitz des Autors und Stasi intern, 259). Die Differenz läßt sich auch nicht mit Sicherheitskräften zwischen den Demonstanten erklären. Das MfS hatte beschlossen, keine inoffiziellen Mitarbeiter auf den Markt zu senden (Arbeitsbuch – BStU Leipzig 1031), und die SED brachte ihre 25 „Agitatoren“ „nicht zum Einsatz“ (Information vom 16.1.1989).

406 Nach staatlichen Quellen waren es 53 Personen, das Kontakttelefon verbreitete die Zahl 190 (s. z. B. taz, 17.1.1989; Der Tagesspiegel, 17.1.1989).

407 N.N., Hinter den Kulissen, in: „Umweltblätter“ 1/89, und Dietrich (1989), s. a. Foto in: Stasi intern, 199

408 S. „Die Mücke“ und Dietrich (1989)

Die Leipziger Superintendenten distanzieren sich in einer Erklärung von der Demonstration, u. a. mit dem Argument, daß „politische Demonstration nicht die geeignete Form des Zeugnisses der Kirche“ sei und sie sich nicht „zu politischer Polarisierung verleiten lassen“ wollten (ebenda). Vgl. Erklärung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vom 3. Juni 1989 (Rein 1990, 141 f.)

Die Leipziger Gruppen hatten eine große Öffentlichkeit gegen das SED-Regime mobilisiert, die wiederum ihre Inhaftierung verhinderte. In einer zuvor von den Beteiligten nicht ganz für möglich gehaltenen Evidenz wurde das Dilemma des Regimes bloßgelegt. Zur Demonstration kamen vor allem Bürger, die nicht zu den Gruppen gehörten. Da die Folgen für die Demonstranten vorher nicht absehbar waren (Formal waren mehrjährige Haftstrafen möglich!), zeigte die hohe Beteiligung an der Demonstration, daß die Hemmschwelle zum politischen Outing in der DDR deutlich gesunken war.

Von Berlin aus (P. Grimm in den „Umweltblättern“) wurde dagegen behauptet, daß die Aktion nur partiell ein Erfolg gewesen sei, und vermutet, daß es „die verantwortlichen Stellen nach einem zweiten Schlag gelüsten“ würde, da große „Defizite in den Leipziger Gruppen“ bestünden.⁴⁰⁹ Diese „Defizite“ waren jedoch vor allem Strategiedifferenzen – besonders zwischen einigen Flugblattverteilern und dem AKG, dessen Infrastruktur (Vervielfältigungsgerät) und Gruppenmitglieder aufgrund der Aussagen bei den Verhören gefährdet wurden.⁴¹⁰

Die Gruppe, die sich als „Initiative zur demokratischen Erneuerung der Gesellschaft“ bezeichnet hatte, setzte jedoch auf weitere Aktionen. So hatte sich ein kleiner Kreis seit November 1988 regelmäßig getroffen, um sich über Techniken der Öffentlichkeitsarbeit in einer geschlossenen Gesellschaft auszutauschen.⁴¹¹ Dabei nahm er Anleihen bei den Methoden des „Zivilen Ungehorsams“.⁴¹² Eine andere Gruppe versuchte, die Prinzipien und Methoden der „**Demokratischen Initiative** – Initiative zur demokratischen Erneuerung der Gesellschaft“ (DI) zu formulieren.⁴¹³ Diese sollte DDR-weit arbeiten, weshalb mit J. Tschiche (Magdeburg), der bei „Frieden konkret“ (Februar 1989) zur Gründung einer Partei aufgerufen hatte, und zu anderen führenden Oppositionellen, die ähnliche Gedanken geäußert hatten, Kontakt aufgenommen wurde. Diese verfolgten jedoch im allgemeinen reformpolitische Strategien, so daß es zu keiner Einigung kam.

In der im Februar 1989 verfaßten Erklärung der DI wurden u. a. folgende Grundsätze und Projekte genannt⁴¹⁴:

409 g., „Leipziger Januar“, in: „Umweltblätter“ 1/89, 6

410 R. Müller (AKG) verweigerte bis zuletzt in der Untersuchungshaft jede Aussage.

411 G. Oltmanns, K. Hattenhauer, C. Wolf, U. Der, T. Beinhof, C. Dietrich. Eine erstellte Liste der „Formen des gewaltlosen Widerstandes“ befindet sich unter IGL im ABL (Hefter 2).

412 Verwendete Autoren waren u. a. G. Sharp und M. Gandhi.

413 G. Oltmanns, K. Hattenhauer, M. Arnold, C. Dietrich

414 Die DI sollte den „Rahmen für eine demokratische Erneuerung“ schaffen (C. Dietrich an R. und W. Templin am 9.3.1989).

Die Erklärung wurde mit der Kontaktadresse M. Arnold verbreitet. Dort hieß es: „Änderungswünsche bis Ende Juli. Im September Treffen der Interessierten in Leipzig geplant.“ (Flugblatt im Besitz des Autors)

Das Treffen „der Interessierten“ fand am 24.9.1989 in Leipzig statt. M. Arnold hatte in der

- „A) *Der Anspruch auf Wahrheit, gleichgültig ob individuell oder institutionell, ist im Prozeß der Wahrheitsfindung hinterfragbar.*
- B) *In der Beziehung zwischen Partei und Staat ist vom Prinzip der exakten Trennung der Funktionen auszugehen.*
- C) *Verwaltung, Gesetz und Justiz sind streng zu trennen.*
- D) *Jede Institution braucht ein demokratisches Kontrollorgan.[...]*
- F) *Wenn in betroffenenmachenden Konflikten die Möglichkeit der legalen Einflußnahme nicht zu einer allgemein akzeptablen Lösung führt, ist auch der Weg der gewaltlosen, symbolischen bzw. begrenzten Gesetzesverletzung möglich (Demonstration, Streik).“*

In der Erklärung der DI wurde empfohlen:

„Von jedem Befürworter der Ziele und Grundsätze unter dem Namen der DI initiiierbar:

- 1. Netzwerk der Befürwortung der Grundsätze und Ziele der DI durch Rundbriefe mit den Adressen der Unterzeichner an alle Unterzeichner.⁴¹⁵*
- 2. Publikation und Kommentierung von Behördenverkehr.*
- 3. Ein gesetzlich garantierter Volksentscheid durch 'Volksbegehren' (Unterschriftensammlung).*
- 4. Einrichtung eines Archives zur Öffentlichkeitsarbeit und zum Zivilen Ungehorsam (vor allem in der DDR) [...].“⁴¹⁶*

Zum Hauptanliegen wurde der Volksentscheid. So war geplant, den Charakter der Wahlen als Volksentscheide offenkundig zu machen. Alle, die die Regierung bzw. das System ablehnten, sollten jedoch nicht einfach der „Wahl“ fernbleiben, sondern zu einem *alternativen Volksbegehren* gehen. Vor den Rathäusern der Städte – in aller Öffentlichkeit – sollten die Wahlbenachrichtigungsscheine der Nichtwähler⁴¹⁷ (als Stimmzettel) gesammelt werden.⁴¹⁸ Diese Idee wurde durch Mund-zu-Mund-Propaganda und später auch über Radio „Glasnost“ verbreitet.⁴¹⁹ Später wurden jedoch Bedenken laut, daß die

Zwischenzeit das „Neue Forum“ (NF) mitgegründet. Die Leipziger Regionalgruppe des NF war in den ersten 10 Tagen mehr oder weniger mit der DI identisch, so daß sie sich am 24.9. zugunsten des NF auflöste. Das Treffen am 24.9. war das erste Treffen der neuen „Bürgerbewegungen“ (SDP, NF und „Demokratischer Aufbruch“).

415 Dieses Prinzip fand in den ersten Wochen des Leipziger „Neuen Forum“ seine Anwendung, dann reichten jedoch die Kapazitäten nicht mehr aus.

416 Flugblatt der DI, u. a. in: Mitter/Wolle 164 f.

417 Am 4.4.1989 beschloß sogar die sächsische Landessynode eine Empfehlung, in der die Benutzung der Wahlkabine oder das Fernbleiben von der Wahl nahegelegt wurde. Der Synodenbeschluß wurde am 24.4.1989 von Pfarrer Führer während des Friedensgebetes verlesen.

418 C. Dietrich, Das Volk entscheidet (eine Leipziger Story) [ca. März 1989]

419 Am 28.4.1989 sandte die SED-Bezirksleitung an das ZK ein Telegramm, in dem es hieß: „Wie Dir bereits telefonisch mitgeteilt, ist der Bezirksleitung bekannt geworden, daß feindlich negative Kräfte am 7.5. in Leipzig eine gegen die Wahl gerichtete Provokation geplant haben. So ist beabsichtigt, auf dem Markt in Leipzig durch Kräfte des politischen Untergrunds, am 7.5., 18.00 Uhr, ein Treffen

Hürde zu solch einem politischen Outing zu hoch sei, da im konkreten Fall – wenn bei der betreffenden Person bzw. in der alternativen Urne der Wahlbenachrichtigungsschein gefunden wird – leicht strafrechtliche Konsequenzen folgen könnten. Es mußte eine eher anonyme Form gefunden werden. In diesem Sinne wurden wenige Tage vor der „Wahl“ Flugblätter der DI verteilt, in dem für den Wahltag (7. Mai) auf den Markt eingeladen wurde: „Bringen Sie bitte statt ihres Stimmzettels ein weißes Blatt Papier mit als Zeichen der Ablehnung der bestehenden Wahlordnung und Wahlpraxis...“.⁴²⁰

Gleichzeitig verteilte eine andere Initiative Flugblätter zu einer Protestdemonstration am Völkerschlachtdenkmal. Sie fand jedoch nicht die nötige Öffentlichkeit.⁴²¹

Das Sicherheitskartell wollte diese Demonstrationen auf alle Fälle verhindern. Stasi-Major Conrad vermerkte in seinem Dienstbuch: „Gespannte Situation in BV: Einzige Provokation in Republik“.⁴²² So kam zur Einsatzleitung der Stellvertretende Minister aus Berlin. Führende Gruppenvertreter wurden verwarnt und am 7. Mai unter Hausarrest gehalten, das heißt, wenn sie das Haus verließen, wurden sie inhaftiert. Die Stasi nannte das „Schutzhaft“.⁴²³ Da diese Techniken bereits bekannt waren, wohnten viele schon einige Tage davor nicht zu Hause.

Zwei Gruppenmitglieder, die später als Mitarbeiter des MfS enttarnt wurden, verbreiteten das Gerücht, daß zur Verhinderung der Demonstration Kampfgruppenbattalione eingesetzt⁴²⁴ und in Espenhain Lager vorbereitet würden, um dort per Strafbefehl Demonstranten einzuweisen.⁴²⁵

durchzuführen, wo Wahlbenachrichtigungskarten von Bürgern, die nicht zur Wahl gegangen sind, eingesammelt und demonstrativ verbrannt werden sollen.

Der Hetzsender 'Glasnost' hat in seiner Sendung am 24.4.89 aufgerufen, daß sich am 7.5.89, 18.00 Uhr, auf dem Leipziger Markt Nichtwähler treffen. Die Bezirksleitung hat mit der Stadtparteiorganisation, mit den Schutz- und Sicherheitsorganen des Bezirkes sowie der Stadt Leipzig und gesellschaftlichen Kräften vorbeugende Maßnahmen eingeleitet, die darauf gerichtet sind, die Provokation zu verhindern und zu erreichen, daß der Wahlausgang nicht von diesen Kräften bestimmt wird.“ (StaatsArch Leipzig SED A 4972)

420 Wahlflugblatt der DI, (ABL, Hefter 1). Es wurden über 1.000 mit Druckersatz hergestellt. Das Sicherheitskartell fand 436 „Hetzblätter“ davon (BStU ZAIG 4569, 51). Im April und Anfang Mai gab es verschiedenen öffentlichen Protest gegen das SED-Regime anlässlich der Wahl. So wurden z. B. Anfang April Flugblätter mit folgenden Texten verbreitet: „Stell Dir vor, es ist Wahl und keiner geht hin!“ und „Die Freiheit des Andersdenkenden“ (Fernschreiben-Nummer 142 der SED-Bezirksleitung – StaatsArch Leipzig A 4972, s. a. Stasi intern, 298).

421 S. Mitter/Wolle, 38. Die beiden Flugblattverteiler J.-U. Drescher und K. Kuhlmann wurden inhaftiert und erst nach dem 9. Oktober aus der Haft entlassen!

422 Arbeitsbuch Conrad XX/4 – BStU Leipzig 1137

423 Ebenda; davon betroffen u. a. T. Gerhard (AKSK), A. Unger, B. Oehler (AKG, AKSK), A. Ludwig (AKG), A. Radicke (IGL)

424 Nach Information des MfS ist dieses Gerücht auch im RIAS gesendet worden (ebenda).

425 Auch diese Information wurde an die Westmedien weitergeleitet und nach meiner Kenntnis auch im TV gesendet. Diese Lager waren Internierungslager für den „Ernstfall“ (s. oben)

Um demonstrationswillige Ausreiser loszuwerden, wurde die Maßnahme „Auslese“ durchgeführt, das heißt fast 2.000 ausreisewillige potentielle Demonstranten erhielten kurzfristig vor der Wahl die Genehmigung zur Übersiedlung.⁴²⁶

Am Abend des 7. Mai beobachteten über 150 Gruppenmitglieder in den Wahllokalen die Auszählung der Stimmen und machten später – ähnlich wie Gruppen in anderen Städten der DDR – auf den Wahlbetrug aufmerksam.⁴²⁷

Dennoch versammelten sich auf dem Leipziger Marktplatz gegen 18.00 Uhr über 1.000 Demonstranten, Besucher der Leipziger Markttag und zivile Ordnungskräfte. Wenn man den Berichten des Sicherheitskartells glauben kann, waren davon jedoch die Hälfte zivile Sicherheitskräfte.⁴²⁸ Gleichzeitig erwarteten auch viele Bürger, daß es auf dem Nikolaikirchhof zu einer Demonstration kommen könnte. Doch die Sicherheitskräfte griffen sich immer wieder „Passanten“ und schmissen sie auf die bereitstehenden Polizeilastkraftwagen.⁴²⁹ Damit provozierten sie die moralische Entrüstung der „Zuschauer“, die nun gegen Willkür und Gewalt anschrien.⁴³⁰ Aus „unbeteiligten Passanten wurde eine protestierende Menge“ (V. Havel)⁴³¹, eine Erfahrung, die im Sommer 1989 immer wieder zu machen war.

Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang das *Straßenmusikfestival* vom 10. Juni 1989. Da es darüber eine 250-seitige Dokumentation gibt (Lieberwirth, Steffen (Hg.), *Wer eynen spielmann zu tode schlaegt... Ein mittelalterliches Zeitdokument anno 1989, Leipzig 1990*), dazu hier nur wenige Worte:

Straßenmusik war schon längere Zeit für verschiedene Leipziger ein „Reizthema“. Zur Messe durften Musiker mit staatlicher Lizenz spielen, ansonsten war es verboten bzw. wurde mit Ordnungsstrafen geahndet. Dagegen gab es immer wieder individuellen Protest.⁴³² J. Läßig, der nach dem Abbruch

426 S. Thesen für Dienstbesprechung in den Bezirksverwaltung des MfS vom 11.5.1989, in: Stasi intern, 296 f.

427 S. a. Mitter/Wolle, 34–39

428 Major Conrad vermerkte, daß sich ca. 500 Personen zu einer Demonstration formierten (ebenda). H.-J. Sievers schreibt: „...etwa 1.500 Demonstranten versammeln sich auf dem Markt. Zufahrtsstraßen nach Leipzig abgeriegelt, Polizei greift ein, 120 Verhaftungen.“ (S. 148).

Döhnert/Rummel sprechen von einem „harten Kern der Demonstranten“ von „etwas über 50“ Personen. „Aber die Zahl der Neugirigen (und Sympathisanten) ging in die Hunderte.“ (148, Anm. 2)

429 FAZ, 9.5.1989, Viele Wähler verweigern der Einheitsliste die Zustimmung; Süddeutsche Zeitung, 8.5.1989, Demonstration in der DDR nach Wahlen, und Süddeutsche Zeitung, 9.5.1989, Fast alle Demonstranten in Leipzig wieder frei. H.-J. Börner (ARD) wurde durch mehrere Polizeiwagen an einer Anreise nach Leipzig gehindert.

430 S. Interviewbericht von D. Pollack, in: Opp/Voß/Gern (1993), 194

431 V. Havel sagte in seiner Verteidigungsrede, als er im Frühjahr 1989 erneut zu einer Haftstrafe verurteilt wurde: „Es geschah nämlich etwas, was mir nicht im Traum eingefallen wäre: Ein völlig überflüssiges Eingreifen der Sicherheitskräfte gegen jene, die in aller Stille und ohne jegliches Aufsehen Blumen am Denkmal niederlegen wollten, machte aus den gänzlich unbeteiligten Passanten eine protestierende Menge. Es wurde mir plötzlich klar, wie tief die Unzufriedenheit in der Bevölkerung sein muß, wenn es zu so etwas kommen kann.“ („Umweltblätter“ Juni 1989)

432 S. z. B. Eingabe U. Schwabe vom 19.9.1988, in: Lieberwirth, 21 ff.

seines Studiums vor allem mit Straßenmusik seinen Lebensunterhalt bestreiten wollte, hatte deshalb die Idee, Musiker, Gaukler, Theatergruppen und andere gemeinsam in der Leipziger Innenstadt auftreten zu lassen. Dafür wurde seit Ende 1988 mit Briefen, Flugblättern, Anzeigen in den „Umweltblättern“, Plakaten und Aufklebern in Leipzig und der ganzen DDR geworben. Das Fest hatte seine Öffentlichkeit schon bevor es begann, damit wurde die Hemmschwelle zur Teilnahme deutlich herabgesetzt. Gleichzeitig versuchte J. Läßig das Fest anzumelden, jedoch eine Genehmigung wurde nicht erteilt. Es folgten Verbote. Die Einschüchterungsversuche des Staates – z. B. konkrete Verbote gegenüber vielen Leipziger Künstlern – konnten das Fest aber nicht mehr aufhalten.

In den Vormittagstunden des Tages begannen an verschiedenen Stellen der Innenstadt Künstler, meist Laien, mit ihren Darbietungen, trotz der Verhinderungsversuche verschiedener „gesellschaftlicher Kräfte“.⁴³³ Es gab Diskussionen und Drohungen. Ein Wagen mit Lautsprechern, der im Auftrag der Sicherheit die Musikanten übertönen sollte, konnte die Festbesucher nicht so provozieren, daß die Polizei hätte eingreifen können.⁴³⁴ Das Fest breitete sich über einige Straßen der Innenstadt aus.⁴³⁵ Zwei Stunden später griff die Polizei grundlos ein, verhaftete mehrere Teilnehmer und verlud sie auf LKWs.⁴³⁶ Als diese weg waren, verhaftete die Polizei erneut zwei Teilnehmer und führte sie ins nahegelegene Polizeirevier. Daraufhin zog ein singender Protestzug hinter ihnen her. Ca. 100 Jugendliche setzten sich auf die Straße vor das Polizeirevier.⁴³⁷ Danach begann die Polizei mit einer Jagd auf die Festteilnehmer. In breiten Ketten rannten die Polizisten über den Markt und trieben einige Menschen zum Bachdenkmal bzw. zum Eingang der Thomaskirche. Dort bildeten weitere Polizisten einen Kessel. Es wurden unbeteiligte Passanten und Festbesucher zugeführt.⁴³⁸ Am Abend feierten die, die nicht inhaftiert wurden, am selben Ort wie am Morgen, ohne daß die

433 Neben der Stasi („Sicherheitseinsatz AuE“) agierten 15 Gruppen „gesellschaftlicher Kräfte“ unter der Leitung des Stadtbezirksbürgermeisters Setzepfand. Außerdem war ein Einsatzstab in der SED-Bezirksleitung eingerichtet. Der Leiter H. Hackenberg besuchte persönlich das Festival. Er meldete später an das ZK der SED: „Da anfangs eine große Personenbewegung in der Innenstadt war und die Liedtexte keinen provozierenden Inhalt hatten, wurde durch mich entschieden, die Auflösung der Personenansammlung nicht vorzunehmen.“ (FS-Nr. 276 vom 10.6.1989 – StaatsArch Leipzig A 4972)

434 Nach Recherche von Lieberwirth hatte der Fahrer Angst vor dem berechtigten „Volkszorn“ und drehte ab (ebenda 166).

435 Prof. Brakelmann (damals Mitglied der Grundwertekommission der SPD) besuchte diese Szene und wurde dabei zu einer Umorientierung der SPD von der SED auf die Reformgruppen in der DDR gedrängt – vielleicht einer der Gründe für die ungewohnten Töne in der Rede E. Epllers am 17. Juni 1989.

436 Das MfS hatte am Vortage beschlossen: „Wenn gespielt wird, spielen lassen: zum geeigneten Moment einladen.“ (Referatsleiterbesprechung 9.6.1989, Arbeitsbuch Conrad XX/4 – BStU Leipzig 1137)

437 S. Foto (ebenda 179)

438 Es wurden Ordnungsstrafen bis zu 1.000,- Mark verhängt.

Polizei erneut eingriff. Insgesamt nahmen vielleicht 1.000 Personen an dem Fest teil.

Einige Organisatoren stellten in den nächsten Wochen eine Mappe über dieses Fest und die Reaktionen des Staates her, die mit vielen Fotos dokumentierte, was viele nicht für möglich halten wollten: Polizeiterror gegen Musikanten. In der Vorbemerkung schrieben sie: *„Das, was hier zu sehen ist, hat sich 1989 [...] mehrmals abgespielt. Nicht immer handelte es sich, wie hier, um unpolitische Anlässe, stets aber stand eine friedliche Menge einem unverhältnismäßigen Aufgebot an Polizei und Staatssicherheit gegenüber, die mit unverständlicher Härte autonome Bestrebungen von Gruppen bekämpften. [...] Für uns selbst hat sich die Sache, um die es hier geht, die Emanzipation von Gruppen gegenüber einem totalitären Staat, der jede autonome, öffentliche Bestrebung zu unterdrücken sucht, nicht erledigt. Die Kreativität, die Freude und Gemeinschaft der Menschen darf nicht manipuliert, nicht geplant oder auf bestimmte Anlässe beschränkt werden.“*⁴³⁹

Anlässlich des Kirchentages (7.7.) konnten einige der Organisatoren (U. Schwabe, J. Läßig) auch per (West-)TV über die Polizeiakte gegen Straßenmusikanten berichten.

Die Strategie der Gruppe war in gewisser Weise aufgegangen. Nachdem die Gruppe die Organisation selbständig vornahm und öffentliche Einladungen verbreitet hatte, bestand sie bei ihrer Anmeldung auf einer Durchführung in selbständiger Organisation.⁴⁴⁰ Dafür gab es in der DDR keine Möglichkeit, und so kam das erwartete Verbot. Nun hatte der Staat nur noch die Alternative, entweder seine ordnungspolitische oder seine moralische Autorität einzubüßen.⁴⁴¹ Da dieser Polizeieinsatz wenige Tage nach der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung in China erfolgte⁴⁴², kam es darauf in Leipzig zu vielfältigen Äußerungen der moralischen Entrüstung.⁴⁴³ J. Läßig erhielt für die Messe eine offizielle Genehmigung für Straßenmusik.

5.5. Die Entwicklung der Montagsdemonstrationen

Die Leipziger Montagsdemonstrationen begannen im Anschluß an die Friedensgebete, da die Demonstranten der ersten Montagsdemonstrationen zuvor Teilnehmer dieser Friedensgebete waren. Die ersten Montagsdemonstrationen

439 Dokumentation Straßenmusikfestival, auszugsweise in: Lieberwirth, 171

440 Das Fest sollte nicht „in ein staatlich organisiertes Volksfest umfunktioniert werden.“ (Dokumentation Straßenmusikfestival)

441 S. auch S. Gööck (ebenda 235). K. Hattenhauer sagte 1990 in einem Interview, daß das Fest ein „Zeichen setzen [sollte] für die Perversion des Systems, das Lebendigkeit und spontane Lebensfreude unterdrückt“. (Unterberg, 57)

442 Während des Straßenmusikfestivals wurden Aufnäher mit der chinesischen Flagge und einem schwarzen Trauerstreifen verkauft, die Vietnamesen, die in Leipzig lebten, genäht hatten. Sie wurden in den folgenden Wochen von vielen Leipziger Bürgern getragen.

443 So auch die Einschätzung von Döhnert und Rummel (148); einige Beispiele dafür bei Lieberwirth

fanden an den Messemontagen statt, wenn mehrere westliche Journalisten für die Öffentlichkeit sorgten, die vor Ort nicht hergestellt werden konnte (s. oben S. 584).

Durch die Aktionen einiger Gruppenmitglieder im Herbst 1988 nach den Friedensgebeten auf dem Nikolaikirchhof war jedoch unter den Friedensgebetsbesuchern eine gewisse Erwartungshaltung entstanden. Nach dem Ende des Gebetes ging man nicht sofort nach Hause, sondern blieb in kleinen Grüppchen auf dem Platz (z. B. waren am 23.1. ca. 200 Personen auf dem Nikolaikirchhof⁴⁴⁴) und verließ ihn erst nach einiger Zeit regen Informationsaustauschs und gespanntem Warten. Aus diesem Grund befürchtete das Sicherheitskartell immer wieder, daß es von dort aus zu Demonstrationen kommt.

Zu einer Demonstration nach einem Friedensgebet kam es jedoch erst wieder am 13. März 1989. In Vorbereitung dieser Demonstration hatte es verschiedene Absprachen unter Ausreisewilligen, Gruppenvertretern und westdeutschen Journalisten gegeben.⁴⁴⁵ Berichte von der Demonstration (ca. 350 Demonstranten) brachten ARD und ZDF noch am gleichen Abend⁴⁴⁶; dabei wurden auch einige der Organisatoren der Demonstration am 15.1.1989 als Demonstranten gezeigt.⁴⁴⁷ Das Sicherheitskartell versuchte die Demonstration erst zu unterbinden, als sie schon „gelaufen“ war.⁴⁴⁸

Am Montag, dem 1. Mai 1989, fiel das Friedensgebet aufgrund des Feiertages (!) aus. Dennoch kamen einige Menschen zur Nikolaikirche, um an einem Friedensgebet teilzunehmen. Da die Tür verschlossen war, gingen sie in einer größeren Gruppe über den Marktplatz zur Thomaskirche und zurück. Ein ZDF-Team machte davon Aufnahmen, so daß es später hieß, in Leipzig hätte es eine Gegendemonstration zur offiziellen „Kampfdemonstration“ gegeben.⁴⁴⁹ So fanden sich am Wahlsonntag (7.5.1989) auch an der Nikolaikirche gegen 18.00 Uhr Schau- und Demonstrationslustige ein (s. oben S. 641 f.).

Am folgenden Tag (8.5.1989) war der AK „Solidarische Kirche“ für die Gestaltung des Friedensgebetes zuständig, es wurde jedoch von der IGL (C. Bornschlegel, M. Arnold, G. Oltmanns, M. Niemann) gestaltet. Man hatte sich

444 Information des 2. Sekretärs der SED-Stadtleitung Leipzig, H. Schnabel, über den Ablauf des Friedensgebetes am 23.1.1989 und den Einsatz von „gesellschaftlichen Kräften“ (Dietrich/Schwabe).

445 Z. B. MfS-Bericht in der Quartalseinschätzung I/89 zum OV „Märtyrer“ (R. Müller – AKG) vom 30.3.1989 (Dietrich/Schwabe), und MFS, ZAIG Nr. 127/88 (!) vom 21.3.1989 (BSTU ZAIG 3752). S. a. H. Schwilk, in: Zurück zu Deutschland, 136–141, 141

446 MfS, ZAIG, Nr. 122/89, abgedruckt in: Mitter/Wolle (1990), 28, und Nr. 123/89 (BSTU ZAIG 3752), s. a. DPA-Meldung in den Zeitungen am 14.3.1989 unter den Überschriften „Rufe: Wir wollen raus!“ oder „Demonstration für Ausreise in Leipzig“. Foto (AP) in: FAZ, 15.3.1989, 4

447 J. Läßig, K. Hattenhauer, A. Unger

448 Frankfurter Rundschau, 15.3.1989, Bonn erinnert DDR an Menschenrechte; Süddeutsche Zeitung, 15.3.1989; Der Tagesspiegel, 15.3.1989

449 MFS, ZAIG Wochenübersicht Nr. 18/89, Bericht über die Ergebnisse der durchgeführten Maßnahmen zur Sicherung der Veranstaltungen anlässlich des 1. Mai (BSTU ZAIG 4594, 38 f.)

das politische Mandat der Kirche zum Thema genommen.⁴⁵⁰ Dazu verwendete C. Bornschlegel u. a. das Bild, daß die Friedensgebetsgemeinde (besonders die Ausreisewilligen) das Fieber in der kranken Gesellschaft darstellen würde, und schloß daraus, daß die Kirche sich der Heilung und somit dem politischen Engagement nicht verschließen könne. M. Arnold bestritt die Berechtigung der Behauptung der Superintendenten (im Juni 1988, s. S. 614 f. und nach der Demonstration im Januar 1989, s. S. 638, Anm. 408) von der politischen Neutralität des Evangeliums bzw. der Kirche und stellte die rhetorische Frage: „Ist nicht gerade die Verkündigung eines zeitlosen unpolitischen Evangelismus mitschuldig, einen Unrechtsstaat mit vorbereiten zu helfen?“

Pfarrer Führer berichtete über die Vorgänge am Vortage und teilte mit, daß bis auf eine Person alle Inhaftierten in der Zwischenzeit aus der Haft entlassen wurden. Nach diesem Friedensgebet, an dem ca. 900 Personen teilnahmen, blieben ca. 300 Personen in kleineren Gruppen diskutierend auf dem Nikolaikirchhof stehen. Der Einsatzleiter der Stasi-Lagegruppe zur Verhinderung von Demonstrationen berichtete am Abend über die anschließenden Ereignisse folgendes: „18.25 Uhr erfolgte der Beginn einer Personenbewegung in losen Gruppen von ca. 200 Personen über die Nikolaikirche ca. 100 m in Richtung Grimmaische Straße. Bereits 18.28 Uhr war diese Abgangsmöglichkeit in Richtung Innenstadt und auch andere Abgangsstraßen in dieser Richtung durch Kräfte der VP abgesperrt.“⁴⁵¹ Für die Personen innerhalb des Polizeikessels stellte sich die Reihenfolge der Ereignisse gerade andersherum dar: Erst massives Aufgebot der Sicherheitskräfte und dann das Zusammenrücken der Personengruppen (ca. 350 Personen⁴⁵²) zu einer „Demonstration“. Danach kam ein Stasi-Mitarbeiter in den Polizeikessel und filmte mit einer Videokamera die „Demonstranten“. Vereinzelt wurden Personen herausgegriffen und kurzzeitig verhaftet.⁴⁵³ Aufgrund des großen Polizeiaufgebotes sammelte sich auch außerhalb des Polizeikessels eine größere Menschenmenge. Schon an diesem Montag wurde einigen Gruppenmitgliedern deutlich, daß bei den Zuschauern die „Schaulust“ leicht in Protest umschlug. Als eine der Personen außerhalb des Kessels verhaftet werden sollte und sich durch Hinsetzen dagegen wehrte,

450 Im März 1989 hatten sich Gruppen- und Kirchenleitungsmitglieder in einer Klausur in Wurzen gerade zu diesem Thema ausgetauscht.

Quellen zum Inhalt des Friedensgebetes sind neben Erinnerungen: Bericht von Leutnant Schönerstedt der Kreisdienststelle Leipzig-Stadt des MfS und Information des Stellvertreters des OBM für Inneres des Rates der Stadt Leipzig, Sabatowska, über den Inhalt des Friedensgebetes am 8.5.1989 in der Nikolaikirche (Dietrich/Schwabe).

451 Information des Leiters der BV für Staatssicherheit Leipzig, Oberst Eppisch, vom 8.5.1989 (Dietrich/Schwabe)

452 S. Bericht in: Berliner Morgenpost, 31.5.1989, Kirchenbesucher in Leipzig festgenommen

453 Foto AP in: Der Tagespiegel, 10.5.1989, S. 5

solidarisierten sich drei weitere Personen und setzten sich aus Protest dazu. Die Polizei verhaftete daraufhin alle vier.⁴⁵⁴

Das Sicherheitskartell empfand die Demonstrationen am 1., 7. und 8. Mai im Zusammenhang mit anderen Demokratisierungsbewegungen⁴⁵⁵ als sehr bedrohlich („Kriegsgefahr ist nicht eingedämmt“). Es wurde eingeschätzt, „daß in Leipzig eine größere Gruppe von Personen vorhanden ist, die in Opposition zur Partei steht“ und risikobereit sei⁴⁵⁶, und beschlossen, Druck auf die Kirche auszuüben. Das MfS ging dabei davon aus, daß die Demonstrationen mit den Friedensgebeten in direktem Zusammenhang stehen, und es folgte die Argumentation: „Solange [die] Kirche nicht in [der] Lage ist, ist Staat gezwungen weiter zu handeln auch [durch] poliz[eiliche] Maß[nahmen]“.⁴⁵⁷

In diesem Sinne behauptete der Bezirkschef für innere Angelegenheiten gegenüber der Kirchenleitung, daß die „Montagsgebete“⁴⁵⁸ keine „Friedensgebete“ seien, da „gegen [die] DDR und die Grenze gebetet“ würde⁴⁵⁹, und daß sie abgesetzt werden müßten. In diesem Zusammenhang kam es am 18. Mai zu einer Krisensitzung des Kirchenvorstandes der Nikolaikirche, an der Bischof Hempel teilnahm. Der Kirchenvorstand bestätigte jedoch die geltende Ordnung und beschloß eine Weiterführung der Montagsgebete.⁴⁶⁰ Später erklärte Bischof Hempel gegenüber dem Vorsitzenden des Rates des Bezirkes: „Ich kann nur einen Gottesdienst absetzen, wenn er verfault ist, nicht wenn der Staat es will.“⁴⁶¹

Am Pfingstmontag fand kein Gebet statt, dennoch fanden sich über einhundert Personen auf dem Nikolaikirchhof ein, um zu demonstrieren (u. a. auch Pfarrer Bartels).⁴⁶² Auf einem Dach gegenüber der Kirche installierte das Innenministerium ab dem 8.5. eine Kamera, so daß an den Montagen das

454 Bericht der Untersuchungsabteilung der Abteilung IX der BV des MfS Leipzig, über die Untersuchungsergebnisse im Zusammenhang mit den Zuführungen im Anschluß an das Friedensgebet am 8.5.1989 (Dietrich/Schwabe). An diesem Montag wurden 12 Personen „zugeführt“.

455 In der Besprechung am 12.5. wurden genannt: Entwicklungen in Ungarn (Beginn der Grenzöffnung am 2.5.1989), die Ankündigung der Gründung einer Sozialdemokratischen Partei und die Dokumentation des Wahlbetruges durch Gruppen und Kirche („Politisches Mandat der Kirche“).

456 In diesem Zusammenhang wurde den Stasi-Mitarbeitern mitgeteilt, daß es in Leipzig 20.900 Nichtwähler und Gegenstimmen gab. (Arbeitsbuch Förster II (KD) – BStU Leipzig 797)

457 Referatsleiterbesprechung am 12.5.1989 der Abteilung XX (Zitat Oberstleutnant Tinneberg – Arbeitsbuch Conrad – BStU Leipzig 1137)

458 Am 8.5. beschloß der KV der Nikolaigemeinde auf Wunsch des Bischofs, die „Friedensgebete“ in „Montagsgebete“ umzubennen (Protokoll der KV-Sitzung – Dietrich/Schwabe).

459 Handschriftliche Aufzeichnung von H. Reitmann mit dem Datum 11.5.1989 (Dietrich/Schwabe)

460 Protokoll der außerordentlichen KV-Sitzung (Dietrich/Schwabe)

461 Protokoll des Gespräches am 25.5. von H. Reitmann (Dietrich/Schwabe). Am 31.5. schrieb Bischof Hempel an den Ratsvorsitzenden: „Das seit dem 1. Mai massierte Auftreten von Polizeieinheiten macht es uns aber nach Bedenken aller Umstände und Folgewirkungen unmöglich, das Friedensgebet jetzt zu verlegen oder abzusetzen. Wir behalten die weitere Entwicklung im Blick.“ (Dietrich/Schwabe)

462 So Superintendent Magirius gegenüber Sabatowska am 19.5. (Dietrich/Schwabe)

Geschehen auf dem Nikolaikirchplatz durch die Einsatzleitung der Sicherheitskartells („Spinne“) direkt im Führungspunkt verfolgt werden konnte. Die Videos wurden später Mitarbeitern der Abt. IA vorgespielt, damit diese die Ausreisewilligen identifizierten.⁴⁶³

Alle staatlichen Einschüchterungsversuche konnten nicht mehr verhindern, daß sich montags gegen 18.00 Uhr auf dem Nikolaikirchhof kleine Gruppen von Gottesdienstbesuchern bildeten und sich auf der Grimmaischen Straße Schaulustige versammelten. Die an den folgenden Montagen (22.5., 29.5., 12.6., 19.6., 26.6., 3.7.) aufgezogenen Polizeiketten (zeitweise mit Hundestaffeln) um die Nikolaikirche beförderten nur eine Ritualisierung.⁴⁶⁴ Es wurden jedesmal mehrere Personen brutal herausgegriffen und verhaftet.⁴⁶⁵ Zum größten Teil waren es Ausreisewillige, doch immer wieder wurden auch Gruppenmitglieder „zugeführt“.⁴⁶⁶

Der Staat war wieder in einer strategischen Falle: wenn er die Polizei zurückzog, wäre das als Legitimierung der Demonstrationen gedeutet worden, präsentierte er jedoch die Polizei, untergrub er seine moralische Autorität und provozierte zu einer weiteren Teilnahme und weitere Neugierige. Eine Verhinderung des Zugangs zum Nikolaikirchhof konnte der Staat sich nicht leisten, da dies einer Gottesdienstbehinderung gleichgekommen wäre.

In dieser Situation versuchte die SED, in die Offensive zu gehen. Am 15.6. hielt sie für ausgewählte Genossen der Stadt eine Parteiaktivtagung ab, in der lange Schmähreden gegen die Opposition gehalten wurden⁴⁶⁷, und am 24.6. veröffentlichte die Partei „Leserbriefe“ in der auflagenstärksten kommunalen

463 Einige dieser Ausreisewilligen erhielten kurzfristig die Ausreisegenehmigung (Arbeitsbuch (KD) – BStU Leipzig 780)

464 S. Bilder in: Heber/Lehmann, 47

Am 5.6. waren weit über 1.000 Personen zum Friedensgebet gekommen, darunter auch Bischof Hempel. Die Sicherheitskräfte hielten sich zurück. Es kam zu keiner größeren Demonstration (s. a. Magirus (1990b), 12 f., Rein (1990), 147 ff.).

465 22.5. – 52 Personen, davon wurde Swen Kalow inhaftiert (s. Erklärung der AKG vom 6.7.1989, abgedruckt in: Rein (1990), 182 ff.; 37 Personen sollten Ordnungsstrafen zahlen (BStU ZAIG 4596, 140).

29.5. – mindestens 20 Personen

12.6. – 27 Personen, 9 Personen erhielten Strafbefehl (zwischen 3.000,- und 5.000,- Mark), 18 Personen erhielten Ordnungsstrafen (zwischen 300,- und 500,- Mark – Dietrich/Schwabe).

19.6. – 33 Personen (BStU ZAIG 4595, 83 f.)

26.6. – 5 Personen, 4 Ordnungsstrafen (ebenda 105)

3.7. – 14 Personen, 3 Ermittlungsverfahren, 8 Ordnungsstrafen (Dietrich/Schwabe)

466 U. a. U. Hartmann, C. Bornschlegel, R. Müller, E. Dusdal, K. Hattenhauer, C. Dietrich

467 So z. B. J. Pommert (Sekretär der SED-Bezirksleitung): „In der Stadt Leipzig vor allem, aber auch im Bezirk sind entsprechend den Orientierungen der imperialistisch aggressiven Zentren zum Teil seit längerem existierende Personengruppen und Personen mit feindlichen und oppositionellen Handlungen verstärkt dazu übergegangen, öffentlichkeitswirksame Handlungen zu organisieren, ihren Einfluß auszuweiten, die staatliche Ordnung zu unterlaufen, um so öffentliche Sicherheit und Ordnung aufzuweichen, zu stören.

Wie eh und je leisten ihnen dabei aktive Schützenhilfe die reaktionären Kräfte und die in ihrem Sold stehenden Medien, namentlich vom Boden der BRD und von Westberlin aus. [...] Leipzig soll

Tageszeitung⁴⁶⁸, in denen die Demonstranten verunglimpft wurden. Damit wurden jedoch nur für eine kurze Zeit die Teilnehmerzahlen bei den Montagsdemonstrationen reduziert.⁴⁶⁹ Am 3. Juli war das letzte Friedensgebet vor der Sommerpause.⁴⁷⁰

Am darauffolgenden Wochenende fand der Kirchentag (und -Kongreß) der Sächsischen Landeskirche in Leipzig statt. An seine Genehmigung hatte der Staat eine Vielzahl von Bedingungen, die die Friedensgebete betrafen, geknüpft. Die politisch-alternativen Gruppen wurden vom Kirchentag ausgegrenzt.⁴⁷¹ Sie organisierten in der Lukaskirche ihren „Statt-Kirchentag“, an dem ca. 2.500 Personen teilnahmen.⁴⁷² Hier traf sich die Opposition (fast aus der ganzen DDR) und tauschte sich u. a. über die möglichen Reformkonzepte und über die europäische Rolle der DDR aus.⁴⁷³ In der Lukaskirche war an

gegenwärtig zum Tummelplatz dieser Elemente werden, gezielt wird auf die DDR, den Sozialismus und Partei und ihre Politik.

Der weitaus größere Teil der zum aktiven Kern gehörenden Personen verfügt über eine abgeschlossene theologische Ausbildung bzw. befindet sich in der theologischen Fachausbildung, unter ihnen auch solche, die aus disziplinarischen oder leistungsmäßigen Gründen von theologischen Bildungseinrichtungen der Kirche, manche zum Teil zeitweilig, exmatrikuliert wurden.

Manche machen auch so etwas wie ein Fernstudium, damit sie mehr Zeit haben für konspirative antisozialistische Tätigkeiten. [...] Ausgerechnet diese Leute wollen dem Sozialismus beibringen, wie Demokratie und Freiheit auszugestalten sind. Das ist infamste Heuchelei, gepaart mit Mißachtung zivilisierter Umgangsformen sowie elementarster demokratischer Gesinnung und Gesittung. [...]

Unsere sozialistische Gesellschaftsordnung soll durch solche Aktivitäten, die permanent auf Konfrontation zielen, wie eben am 15.1.89 beim sogenannten Schweigemarsch anlässlich des Todestages von Karl und Rosa oder bei der Durchführung des sogenannten Pleißemarsches anlässlich des Weltumwelttages oder nach den sogenannten Friedensgebeten montags in der Nikolaikirche zum politischen Verruf unserer Ordnung und politischen Destabilisierung genutzt werden. Unsere Bereitschaft zum Dialog [...] wird bewußt unterlaufen, verunglimpft und in Mißkredit gebracht, um ihre Wirkung zu vermindern. Diese Rechnung wird ohne den Wirt gemacht. [...] Welcher Mittel bedienen sich diese Leute vor allem? Sie mißbrauchen permanent z. B. uns teure und inhaltsschwere politische Begriffe, wie Freiheit und Demokratie, Menschenrecht und Menschenwürde, Antifaschismus und Humanität. Sie treten das Andenken eines revolutionären Führers der deutschen Arbeiterklasse ebenso in den Dreck, wie sie antifaschistische Traditionen verunglimpfen oder indem sie gegen Recht und Ordnung in unserem Lande provozieren, Bürger in Uniform und Zivil, die die Gesetzlichkeit und staatliche Ordnung gewährleisten, beleidigen und dann als Krönung ihrer Heucheleien, ihres Pharisäertums die Internationale anstimmen, gegen deren Ideale sie gerade Amok [sic!] laufen. Ihre wahren Absichten kann der Mißbrauch sozialistischer Werte nicht verschleiern.“ (Protokoll einer geschlossenen Veranstaltung der SED-Stadtleitung in der SED-Bezirksleitung Leipzig am 15.6.1989 – StaatsArch Leipzig SED N 932)

468 Artikel: „Was trieb Frau A.K. ins Stadtzentrum?“ (Leipziger Volkszeitung, abgedruckt in: Sievers (1990), 28 f.) Das zentrale Gremium der SED-Kirchenpolitik (Jarowinsky, Krauß, Löffler) stellte am 27.6.1989 fest, daß diese Veröffentlichung ein Fehler gewesen sei (SAPMO-BArch IV B 2/14/9).

469 Am 26.6. waren es ca. 50 Demonstranten, am 3.7. ca. 250 Personen.

470 Pfarrer Führer hatte im Friedensgebet am 19.6. als Sommerpause die Zeit zwischen dem 3.7. und 18.8.1989 angegeben.

471 A. Hinze überschrieb seinen Bericht zum Kirchentag mit: „In der Furcht vor Bürgerrechtlern“. (Süddeutsche Zeitung, 10.7.1989)

472 P. Unterberg 135

473 Diskussionen zwischen E. Eppler, E. Richter (Weimar), C. Wonneberger, L. Mehlhorn (Berlin) und H. Minnema (Wien) zum „Europäischen Haus“ (zum großen Teil dokumentiert in: „Forum für Kirche und Menschenrechte“ 1/89 – ABL Box 10)

diesem Wochenende auch eine Ausstellung mit Fotos von Polizeieinsätzen gegen das Straßenmusikfestival und gegen die Montagsdemonstrationen zu sehen.⁴⁷⁴ In Anlehnung an die Montagsdemonstrationen versuchten einige Leipziger Gruppenmitglieder, nach dem Abschlußgottesdienst des Kirchentages eine Demonstration durchzuführen. Auf einem Transparent hatten sie die beiden chinesischen Schriftzeichen für „Demokratie“ geschrieben. U. a. mit diesem Transparent demonstrierten sie zur Abschlußveranstaltung auf dem Gelände der Pferderennbahn und zogen dann auf die Straße. Über hundert Kirchentagsbesucher, die untereinander durch Bänder ein Netz gebildet hatten, nahmen an dieser Demonstration teil.⁴⁷⁵

Das erste „Montagsgebet“ nach der Sommerpause war für den 4. September geplant⁴⁷⁶, also während der Herbstmesse. Der Staat befürchtete Demonstrationen, weshalb er erneut bei der Kirchenleitung vorstellig wurde und um Absetzung des Friedensgebetes bat.⁴⁷⁷ Doch Vertreter der Kirchenleitung machten den staatlichen Stellen deutlich: „Was sich um die Nikolaikirche sammelt, würde vom Friedensgebet nicht beeinflußt werden“⁴⁷⁸, und widersetzten sich dem Ansinnen.⁴⁷⁹ Am Sonntag zuvor gab es sogar ein Treffen zwischen dem Kirchenvorstand von St. Nikolai und dem Leipziger Oberbürgermeister Dr. Seidel⁴⁸⁰, in dem die Kirchenvorstandsmitglieder eine Liste von Problemen nannten, die der Staat nicht löse bzw. sogar geschaffen habe. An eine Absetzung der Friedensgebete wurde gar nicht gedacht.

Am *Messemontag* war klar, daß es eine Demonstration geben wird. Auf einer Stasi-Dienstversammlung am Vortage hieß es ausdrücklich, daß die Ausreisewilligen eine „unberechenbare Größe“ geworden seien.⁴⁸¹ Da zur Messe über einhundert westliche Korrespondenten in der Stadt weilten⁴⁸², war mit einer breiten Öffentlichkeit zu rechnen. Diese sollte nach dem Willen einiger Oppositioneller nicht allein den Ausreisewilligen überlassen werden.⁴⁸³ So fertigten sie Transparente und zeigten sie nach dem Friedensgebet auf dem Nikolaikirchhof vor den Kameras verschiedener Fernsehstationen. Ihre

474 Diese Ausstellung wurde am 8. September durch das Sicherheitskartell beschlagnahmt.

475 S. MfS, ZAIG 337/89, in: Mitter/Wolle (1990), 111; Foto, in: Heber/Lehmann, 43

476 Am 3. Juli hatte der KV beschlossen, das erste Montagsgebet nach der Sommerpause am 4.9. unter Leitung von Fr. Magirius durchzuführen.

477 Brief des Leipziger Oberbürgermeisters an Bischof Hempel und an den KV St. Nikolai vom 25.8.1989 (Dietrich/Schwabe)

478 So der Inhalt der Aussagen von OLKR Schlichter und OKR Auerbach nach: Information des Rates des Bezirkes Leipzig, Bereich Kirchenfragen, über ein Gespräch zwischen Dr. Reitmann und OLKR Schlichter und OKR Auerbach am 22.8.1989 (BundesArch Potsdam O-4 1117)

479 Wenige Tage vor der Messe bat der Staat, das Friedensgebet wenigstens um eine Stunde zu verschieben. Auch dies lehnte der KV am 28.8. ab (Protokoll in: Dietrich/Schwabe).

480 Protokoll Fenzlau (Rat der Stadt), in: Dietrich/Schwabe

481 Arbeitsbuch Quaas. Am 25.8.1989 lagen den staatlichen Stellen Ausreisearträge von fast 5.000 Bürgern vor. Ausgereist waren seit dem 1.1.1989 ungefähr ebensoviele (BStU ZAIG 4598, 50).

482 S. oben S. 584 Anm. 137

483 S. Bericht G. Oltmanns in: G. Oltmanns (1990)

Forderungen „Für ein offenes Land mit freien Menschen“ und „Reisefreiheit statt Massenflucht“ u. a. waren am Abend per TV in den Wohnstuben zu sehen, obwohl zivile Schutzkräfte die Transparente nach wenigen Sekunden herunterrissen und kassierten. Danach versuchten die „Bürgerrechtler“⁴⁸⁴, einen Demonstrationzug zu organisieren, jedoch die Polizeiketten gestatteten kein Verlassen des Platzes vor der Nikolaikirche. Nun begann die Demonstration der Ausreisewilligen vor den Fernsehkameras.⁴⁸⁵

Das Sicherheitskartell wertete die Demonstration als „Signal für [den] Generalangriff auf [die] sozialistischen Verhältnisse in der DDR“⁴⁸⁶, weshalb Stasi-Minister Mielke seinen Soldaten für den nächsten Montag befahl, jede Demonstration und „Berichterstattung der Journaille“ zu unterbinden.⁴⁸⁷ In der „Leipziger Volkszeitung“ (LVZ) wurden die Demonstranten als „politische Rowdys und Provokateure“ beschimpft.⁴⁸⁸

Am folgenden Montag (11.9.1989) wurde der Kirchplatz bereits am Tage für Autos gesperrt, die parkenden Autos wurden abgeschleppt. Schon während des Friedensgebetes wurden immer wieder Personen, die sich auf dem Nikolaikirchhof versammelten, vertrieben.

Nach dem Friedensgebet standen wieder kleine Grüppchen auf dem Platz. Außerhalb der Reihen der Polizei hatte sich erneut eine große Zahl Schaulustiger versammelt. Was dann geschah, wird von den Beteiligten unterschiedlich berichtet.⁴⁸⁹ Am plausibelsten ist z. B. der Bericht von Ch. Führer vom gleichen Abend, den ich hier zitieren möchte: „Hunde bellen, eine Stimme aus dem Megaphon eines der grünen Wagen ist zu vernehmen: 'Bürger! Verlassen Sie den Nikolaikirchhof! Bei Nichtbefolgen polizeiliche Maßnahmen!' Sie wird übertönt durch Buh-Rufe und lautes Pfeifen von [den] inner- und auch außerhalb der Barrieren stehenden Menschen. Stehen. Warten. Die Aufforderung der Polizei wird mehrfach wiederholt, sie richtet sich nun auch an die Menschen, die in den Seitenstraßen stehen: 'Behindern Sie nicht unsere Maßnahmen! Ich lasse die Straße räumen!' Einige wenige gehen. Nun erfolgen die 'Maßnahmen'. Die kaum bereiten Bereitschaftspolizisten, die uns nicht in die Augen sehen können, werden von den in der zweiten Reihe stehenden Grauhemden,

484 u. a.: G. Oltmanns, K. Hattenhauer, C. Bornschlegel, U. Hartmann, U. Schwabe, T. Beinhof, F. Sellentin, C. Dietrich

485 S. z. B. P. Bornhöft in: taz, 9.9.1989 (taz, „DDR-Journal zur Novemberrevolution“, 8 f.); MfS, ZAIG Wochenbericht 36/89 – BStU ZAIG 4598)

486 Arbeitsbuch Oberstleutnant Hillner (KD) – BStU Leipzig 744

487 Ebenda

488 LVZ, 7.9.1989

489 Bericht von S. Rummel: Rummel 1990, 163–165; Bericht K. Hattenhauer in: „Neues Forum“ Leipzig, 296; MfS, ZAIG Wochenbericht 37/89 (BStU ZAIG 4598, 76 f.); Fernschreiben des 2. Sekretärs der SED-Betriebsleitung Leipzig an das ZK der SED über den Ablauf des Friedensgebetes am 11.9.1989 vom 12.9.1989 (StaatsArch Leipzig SED A 4972); Hausinformation des ZK der SED über das Friedensgebet am 11.9.1989 (SAPMO-BArch IV B 2/14/21); Gedächtnisprotokoll zu den Ereignissen am 11. und 12.9.89 in Leipzig von K. Boche (Dietrich/Schwabe), s. a. weiteres Material der Kontaktgruppe wegen der Inhaftierungen im September 1989 im ABL

die wohlbestückte Schultern erkennen lassen, und den 'Unauffälligen' mittels gebrüllter Befehle und drängender Hände auf die Menge zugeschoben. Sie kreisen die Gruppe ein. Immer enger. Die 'Hintermänner' greifen sich indessen einzelne aus der Masse heraus. Teilweise scheint dies gezielt, teilweise ohne System vor sich zu gehen. Jeweils drei Polizisten schleifen eine/n weg. Wer sich wehrt, wird an den Haaren fortgezogen, Hände werden auf dem Rücken zusammengedreht, Finger werden umgebogen. Manche lassen sich schweigend abführen, andere werden auf die LKW's getragen, Schreie von Frauen, Männern und auch Kindern werden laut.⁴⁹⁰

Bei dem brutalen Einsatz wurden 89 Personen „zugeführt“. Einige von ihnen konnten am nächsten Tag wieder nach Hause, 11 Personen kamen jedoch in die Stasi-Untersuchungshaft und wurden ohne Gerichtsverfahren zu mehreren Monaten Haft verurteilt.⁴⁹¹

Dem Sicherheitskartell wurde nach dieser Aktion klar, daß es die Entwicklung mit den bis dahin üblichen Mitteln nicht mehr aufhalten konnte.⁴⁹² Die Polizeisperrketten waren nun nicht mehr nur gegen Demonstranten auf dem Kirchhof gerichtet, sondern auch gegen die vielen hundert Schaulustigen, die ihre Sympathien mit den Personen im Polizeikessel immer wieder zeigten.⁴⁹³

Aufgrund der Inhaftierungen bildete sich am 13.9. eine Kontaktgruppe⁴⁹⁴, die die Solidaritätsaktionen und Fürbittandachten koordinierte und die Informationen über die Inhaftierungen veröffentlichte.⁴⁹⁵ Die Gruppe erhielt einen Raum mit Telefonanschluß in der Markus-Gemeinde (Pfarrer Turek). Sie war gleichzeitig ein wichtige Anlaufstelle bzw. ein Multiplikator des „Neuen Forum“.⁴⁹⁶ Jeden Tag fanden in einer anderen Kirche Fürbittegebete statt.⁴⁹⁷

490 Dietrich/Schwabe

491 C. Bornschlegel, U. Hartmann, K. Hattenhauer, M. Kätzel, A. Gebhart, J. Müller, J. Gätzel, R. Ziegner, F. Elsner, G. Müller, G. Walter, J. Michalke, P. Matzeit (Kontaktgruppe, Bericht von den Leipziger Ereignissen vom 19.9. – ABL Hefter 1)

492 So mußte die Bezirksleitung der SED nach Berlin melden: „2. Die bisher angewandten rechtlichen Mittel und die massive Präsenz der VP haben nicht zur Zurückdrängung und Unterbindung von Provokationen im Anschluß an das Montagsgebet auf öffentlichen Plätzen und Straßen geführt.“ (Fernschreiben des 2. Sekretärs der SED-Bezirksleitung Leipzig an das ZK der SED über den Ablauf des Friedensgebetes am 11.9.1989 vom 12.9.1989 – StaatsArch Leipzig SED A 4972)

493 Ebenda: „Während der Handlung verfolgten mehrere hundert Schaulustige an Zugängen des Handlungsraumes den Handlungsablauf. Entfaltete Sperrketten der VP verhinderten ihr mögliches Eindringen in den Handlungsraum.“

494 In der Zeit vom 13.-25.9.1989 gehörten zu dieser Gruppe u. a. A. Ludwig, A. Hansmann, M. Arnold, G. Oltmanns, C. Dietrich, U. Schwabe, S. Walter, J. Läßig, C. Fromme, R. Kühn.

495 Der Tagesspiegel, 15.9.1989; taz, 18.9.1989, 1+8; „Die andere Zeitung“ 1/1990, 12. Einige Fotos von den ersten Demonstrationen gingen über die Kontaktgruppe an die Medien.

496 Am 17.9. wollte sie im Namen des „Neuen Forum“ eine Erklärung zu den Verhaftungen herausgeben; da sich jedoch Berliner Mitglieder gegen diesen „Einzelgang“ wandten, blieb die Erklärung unveröffentlicht in den Akten der Kontaktgruppe. In der Erklärung heißt es u. a.: Seit Wochen und Monaten können wir verfolgen, wie Tausende von Menschen das Land verlassen, Menschen, die für sich und das Land keine auf Dauer akzeptable Perspektive sehen. Dagegen versucht die Staatsführung der DDR seit jeher einer anwachsenden Bürgerrechtsbewegung mit repressiven Maßnahmen zu begegnen. [...] Von der Regierung fordern wir die Bestrafung der für

Auch in vielen anderen Städten begannen Fürbittgebete für die in Leipzig inhaftierten Demonstranten.

Am 18.9. wiederholte sich das Montagsritual des Sicherheitskartells, doch die Situation war eine neue.⁴⁹⁸ Seit einer Woche war der „Eiserne Vorhang“ (via Ungarn) offen. Die Ausreisewilligen waren nun in der Minderheit, die Zahl der Schaulustigen hatte jedoch bedeutend zugenommen. Nach und teilweise schon während des Friedensgebetes versammelten sich einige hundert Bürger auf dem Nikolaikirchhof. Den Aufforderungen zum Verlassen des Platzes folgten sie, doch dabei strömten viele „Schaulustige“, die zuvor außerhalb des Polizeikessels standen, auf den Nikolaikirchhof. Es entstand eine aggressive Stimmung, und es folgte ein brutaler Polizeieinsatz, bei dem es auch Verletzte gab.⁴⁹⁹

In den folgenden Tagen erreichten die Kontaktgruppe vielfältige Solidaritätserklärungen, u. a. von Prager Freunden: „Wir gehen aus von der Ansicht, daß die Bürger der DDR das Recht haben, in die BRD auszuwandern. Umsomehr ist es unsere moralische Pflicht, uns dafür einzusetzen, daß sie frei und ohne Behinderung in der DDR leben können, die dort leben wollen und die durch ihre kritische Stellung beitragen zur Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse.“ („Charta 77“) Diese Erklärung wurde zusammen mit dem Gründungsauftrag des „Neuen Forum“ in der Nikolaikirche ausgestellt.

Am 24. September trafen sich – auf Einladung der DI – führende Vertreter der Bürgerbewegungen und der SDP in den Räumen der Markus-Gemeinde (Kontaktbüro) und vereinbarten ein konzertiertes Vorgehen gegen das SED-Regime.⁵⁰⁰

Am folgenden Montag hielt die AGM zusammen mit Pfarrer Wonneberger das Friedensgebet. In diesem Friedensgebet wird im allgemeinen der Beginn der „Revolutionsgeschichte“ gesehen. Ich möchte deshalb hier enden.

Pfarrer Wonneberger hielt eine Rede gegen die Gewalt⁵⁰¹, die nur die Hälfte derer, die bis zur Nikolaikirche kommen konnten, hörte. Im Anschluß daran

den Polizeieinsatz Verantwortlichen, da diese polizeilichen Maßnahmen einen Verstoß gegen die Menschenwürde und gegen die freie Glaubens- und Religionsausübung darstellen.“ (M. Arnold, C. Dietrich)

497 Sievers (1990), 36 f., Dietrich/Schwabe

498 Der Einsatz des Sicherheitskartells am folgenden Montag geschah deshalb auch nicht mehr als Einsatz im Komplex „Spinne“ (s. oben S. 579), sondern es wurde ein neuer eröffnet: „Biber“.

499 taz, 19. und 20.9.1989; MfS, ZAIG Wochenübersicht 38/89 – BStU ZAIG 4598, 105 f.; chiffriertes Fernschreiben Nr. 434 des 2. Sekretärs der SED-Bezirksleitung Leipzig an das ZK der SED (Dietrich/Schwabe). Aktennotiz von Pfarrer Führer über die Vorgänge um das Friedensgebet in St. Nikolai am 18.9.1989 (Dietrich/Schwabe); chiffriertes Fernschreiben des 2. Sekretärs der SED-Bezirksleitung an das ZK der SED über den Verlauf des Friedensgebetes und die stattfindende Demonstration am 18.9.1989; Döhnert/Rummel, 149 f. Der dem 25.9. zugeordnete Bericht von C. Dietrich in: „Neues Forum“ Leipzig, 31, betraf Vorgänge am 18.9.

500 taz, 25.9.1989, 1 f.+8; taz, 26.9.1989, 7 (Aufzeichnungen von der Sitzung im ABL)

501 Der Text der Ansprache von Pfarrer Wonneberger ist in „Dona nobis pacem“, Berlin 1990, 27 ff. leider nicht in der richtigen Reihenfolge wiedergegeben. Originalfassung in: Dietrich/Schwabe

versammelten sich um die Nikolaikirche ca. 3.500 Menschen. Einige von ihnen zogen durch das Stadtzentrum über den Ring zum Hauptbahnhof und weiter zur Reformierten Kirche und zurück. Der Bann war gebrochen.⁵⁰²

6. Literaturverzeichnis

6.1. Unlizenzierte Publikationen der Basisgruppen (in Klammern vermutliche Auflagenhöhe), sämtlich im „Archiv Bürgerbewegung“, Leipzig

- „Die Mücke“, hrg. von AG „Menschenrechte“ und AK „Gerechtigkeit“, [Leipzig März 1989] (500)
- Arbeitsheft „Sozialer Friedensdienst“, Leipzig 1988 (ABL Box 8)
- Christlicher Arbeitskreis Weltumweltag Leipzig, „Die Pleiße“, Leipzig 1989 (1.200)
- Dietrich, Christian (1989), „Was war los in Leipzig?“, in: „Solidarische Kirche“ 1/89 (600)
- Grimm/Weißhuhn/Poppe (Hgg.), „fußnote 3“ [Dokumentation über Verhaftungen und Solidarisierung Januar/Februar 1988], Mai 1988 (ABL Box 21)
- ohne Namen, DIE KIRCHE [Leipzig], August 1988 (800)
- Spuren. Zur Geschichte der Friedensbewegung in der DDR, hrg. von St. Bickhardt, M. Haeger, G. Poppe, E. Richter, H.-J. Tschiche im Februar 1988 (ABL Box 21)

6.2. Dokumentationen, veröffentlichte Dokumente

- Bekanntmachung des vollständigen Wortlautes der Verfassung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens vom 13. Dezember 1950 unter Berücksichtigung aller Änderungen bis Ende 1986, in: Amtsblatt der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, 1986, A 85 – A 92
- Besier, Gerhard/Wolf, Stefan (Hgg.), Pfarrer, Christen und Katholiken. Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen, Neukirchen-Vluyn 1991
- Bickhardt, Stefan (Hg.), Recht ströme wie Wasser. Christen in der DDR für Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung. Ein Arbeitsbuch, Berlin 1988
- Bürgerkomitee Leipzig (Hg.), Stasi intern. Macht und Banalität, Leipzig 1991
- Der Pleiße-Pilgerweg, in: Zur Freiheit berufen. Die Kirche in der DDR als Schutzraum der Opposition 1981–1989, hrg. von Jürgen Israel, Berlin 1991, 178–183
- Dietrich, Chr. u. U. Schwabe (Hgg.), Freunde und Feinde. Dokumente zu den Friedensgebeten in Leipzig zwischen 1981 und dem 9. Oktober 1989, Leipzig 1994
- Fischer, Hans-Friedrich, Interview mit dem Wiener Rundfunk in der Sendung „Gospel Extra“ am 25.9.1989, Tonbandmitschrift im ABL
- Forschungszentrum zu den Verbrechen des Stalinismus/IFM e.V. (Hg.), Dokumente zur Kirchenpolitik in Sachsen. Nicht personenbezogene Operativinformationen der Kreisdienststelle Leipzig-Stadt zur Rolle kirchenleitender Persönlichkeiten in Sachsen, (MS) Dresden 1992
- Hanisch, Günter, Gottfried Hänisch, Friedrich Magirius und Johannes Richter, Dona nobis pacem. Fürbitten und Friedensgebete Herbst '89 in Leipzig, Berlin 1990
- Kaufmann, Christoph, Doris Mundus und Kurt Nowak (Hgg.), Sorget nicht, was ihr reden werdet. Kirche und Staat in Leipzig im Spiegel kirchlicher Gesprächsprotokolle (1977–1989). Dokumentation, Leipzig 1993

502 Zum 25.9.: Zwahr 23–30; „Neues Forum“ Leipzig 31 ff.; Sievers 42 ff.; Mitter/Wolle, 174 ff.; Fotos z. B. in: Schneider (1991), 18 f.; „Neues Forum“ Leipzig, 34 f.; Heber/Lehmann, 50 f.

- Heym, Stefan und Werner Heiduczek (Hgg.), *Die sanfte Revolution*, Leipzig und Weimar 1990
- Kyrie Eleison [Fürbitten des Friedensgebetes am 2.10.1989 in der Leipziger Nikolaikirche], in: *Zur Freiheit berufen. Die Kirche in der DDR als Schutzraum der Opposition 1981–1989*, hrg. von Jürgen Israel, Berlin 1991, 183 f.
- Lieberwirth, Steffen (Hg.), *Wer eynen spielmann zu tode schlaegt... Ein mittelalterliches Zeitdokument anno 1989*, Leipzig 1990
- Michael, Klaus/Thomas Wohlfahrt (Hgg.), *Vogel oder Käfig sein. Kunst und Literatur aus unabhängigen Zeitschriften in der DDR 1979–1989*, Berlin 1992
- Mitter, Armin/Stefan Wolle (Hgg.), *Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar–November 1989*, Berlin 1990
- „Neues Forum“ Leipzig (Hg.), *Jetzt oder nie – Demokratie!*, Leipziger Herbst '89, Leipzig 1989
- Nowak (1990a), Kurt, *Jenseits des mehrheitlichen Schweigens. Texte von Juni bis Dezember 1989 (pro vocation 2)*, Berlin 1990
- Oktober 1989: *Wider den Schlaf der Vernunft*, Berlin 1989
- Rein, Gerhard (Hg.), *Die Opposition in der DDR. Entwürfe für einen anderen Sozialismus*, Berlin 1989
- Rein, Gerhard, *Die protestantische Revolution 1987–1990*, Berlin 1990
- Richter, Johannes (1989), „Wir sind Sachsen!“, in: Rein, Gerhard (Hg.), *Die Opposition in der DDR*, Berlin 1989, 182–187
- Rüddenklau, Wolfgang, Störenfried. *DDR-Opposition 1986–1989. Mit Texten aus den „Umweltblättern“*, Berlin 1992
- Rummel, Susanne, *Sankt Nikolai – Unsere Aurora?* in: Müller, Manfred, *Protestanten. Begegnung mit Zeitgenossen*, Halle/Leipzig 1990, 152–168
- Schorlemmer, Friedrich, *Träume und Alpträume*, München 1993
- Sélitrenny, Rita/Thilo Weichert, *Das unheimliche Erbe. Die Spionageabteilung der Stasi*, Leipzig 1991
- Sievers, Hans-Jürgen, *Stundenbuch einer deutschen Revolution*, Göttingen 1990
- Stasi-Akte „Verräter“, *Spiegel-Spezial 1/1993*
- Swoboda, Jörg (Hg.), *Die Revolution der Kerzen. Christen in den Umwälzungen der DDR*, Wuppertal und Kassel
- taz-DDR-Journal zur Novemberrevolution, Berlin 1990
- Wende, Franziska, *Revolutionserlebnisse einer Leipziger Postbotin*, Amberg 1990
- Zurück zu Deutschland. *Umsturz und demokratischer Aufbruch in der DDR*, hrg. vom Rheinischen Merkur, Bonn 1990

6.3. *Literatur zur Opposition in Leipzig bzw. zu Leipziger Ereignissen in den achtziger Jahren und der Wende*

- [Hummitzsch-Interview vom Juli 1990], in: Riecker/Schwarz/Schneider, *Stasi intim. Gespräche mit ehemaligen MfS-Angehörigen*, Leipzig 1990
- Brinkmeier, Burghard, *Die Gruppen und die Kirche*, in: *Zur Freiheit berufen. Die Kirche in der DDR als Schutzraum der Opposition 1981–1989*, hrg. von Jürgen Israel, Berlin 1991, 46–60
- DDR. *Ein Staat vergeht*, hrg. von Thomas Blanke und Rainer Erd, Frankfurt/Main 1990
- Dietrich, Christian, *Die Kirche zwischen offiziellem und inoffiziellem Bereich der Gesellschaft – Eine lokale Studie am Beispiel Leipzig 1988/89*, MS, Naumburg 1991
- Dönert, Albrecht und Paulus Rummel, *Die Leipziger Montagsdemonstrationen*, in: Grabner/Heinze/Pollack (Hgg.), *Leipzig im Oktober*, Berlin 1990, 147–158
- Dohms, Silke, *Die Friedensarbeit innerhalb der evangelischen Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik – bezogen auf das Gebiet des Stadtkreises Leipzig (Chronologie von 1960–1989)*; Fachschulabschlußarbeit Institut für Museologie Leipzig 1991 (MS)
- Elvers, Wolfgang/Hagen Findeis (1990a; Ba), *Was ist aus den politisch-alternativen Gruppen*

- geworden? Eine soziologische Auswertung von Interviews mit ehemals führenden Vertretern in Leipzig und Berlin [Praktikumsarbeit Religionssoziologie], Leipzig 1990 (MS)
- Elvers, Wolfgang/Hagen Findeis (1990b; Bb), Die politisch alternativen Gruppen im gesellschaftlichen Wandel. Eine empirische Studie zu ihrem Selbstverständnis, in: Grabner/Heinze/Pollack (Hgg.), Leipzig im Oktober, Berlin 1990, 97–111
- Feldhaus, Friedhelm, Politisch-alternative Gruppen im sozialen Raum der DDR am Beispiel politischer Dokumente und Erklärungen Leipziger Oppositionsbewegungen [Diplomarbeit, Sozialwissenschaften] Hannover 1993 (MS)
- Feydt, Sebastian/Christiane Heinze/Martin Schanz, Die Leipziger Friedensgebete, in: Grabner/Heinze/Pollack (Hgg.), Leipzig im Oktober, Berlin 1990, 123–135
- Fiedler, Martin, Die stumpfe Lyrik des großen Kraken, in: Leipziger Volkszeitung, vom 8.11.1991, S. 3
- Findeis, Hagen, Überblick über die sozioethisch engagierten Gruppen in Leipzig Anfang 1989, in: Grabner/Heinze/Pollack (Hgg.), Leipzig im Oktober, Berlin 1990, 91–96
- Fischer (1990), Hans-Friedrich, Kirche und Friedensgebete in Leipzig, in: Hans-Jürgen Sievers, Stundenbuch einer Revolution, Zollikon und Göttingen 1990, 13–20
- Fischer (1994), Hans-Friedrich, Statement für die öffentliche Anhörung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ zum Thema „Kirchen und Christen im Alltag der DDR“ (MS), Leipzig/Dresden 1994
- Franke, Ulrike/Andreas Fünfstück/Detlef Pollack/Joachim Rasch/Thomas Weiß, Der Pfarrer im Spannungsfeld von Kirche und Gesellschaft. Auswertung von Interviews mit Leipziger PastorInnen vor und nach der Wende, in: Grabner/Heinze/Pollack (Hgg.), Leipzig im Oktober, Berlin 1990, 47–62
- Führer (1992), Christian, Hoffnungsträger für die Bedrängten, Interview in: Junge Welt vom 30.10.1992
- Führer (1993), Christian, Interview im Oktober 1993 mit dem MDR (Mitschrift im ABL)
- Gensichen, Hans-Peter (1987), Ökologischer Dimensionsgewinn in der Kirche, in: „Kirche im Sozialismus“ 5/1987, 185–189
- Görtz, Jochen/Lothar Tautz, Arbeitskreis „Solidarische Kirche“ (AKSK), Referat in der 60. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am 8. und 9. Februar 1994 in Dresden (MS)
- Gory, Catherine, Die Artikulation der Opposition [Seminararbeit Geschichte], Leipzig 1991 (MS)
- Grabner, Wolf-Jürgen/Christiane Heinze/Detlef Pollack (Hgg.), Leipzig im Oktober. Kirchen und alternative Gruppen im Umbruch der DDR. Analysen zur Wende, Berlin 1990
- Grabner, Wolf-Jürgen, Kirche und Politik. Ergebnisse einer Befragung von Leipziger Gemeindegliedern, in: Grabner/Heinze/Pollack (Hgg.), Leipzig im Oktober, Berlin 1990, 63–80
- Haase, N. u. a. (Hg.), VEB-Nachwuchs. Jugend in der DDR, Reinbek 1983
- Hauser, Uli/Kai Herrmann, Der betrogene Held, in: Stern 42/93, 118–124
- Heber, Norbert/Johannes Lehmann (Hgg.), Keine Gewalt! Der friedliche Weg zur Demokratie, Berlin 1990
- Heiduczek, Werner, Der „Kleine Oktober“, in: ders., Im gewöhnlichen Stalinismus. Meine unerlaubten Texte, Leipzig und Weimar 1991, 207–226
- Heine, Christiane/Pollack, Detlef, Zur Funktion der politisch-alternativen Gruppen im Prozeß des gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR, in: Grabner/Heinze/Pollack (Hgg.), Leipzig im Oktober, Berlin 1990, 82–90
- Heß, Kerstin, Die Kommunalwahlen am 7.5.1989 [Seminararbeit Geschichte], Leipzig 1991 (MS)
- Hofmann, Michael und Dieter Rink, Der Leipziger Aufbruch. Zur Genesis einer Heldenstadt, in: Grabner/Heinze/Pollack (Hgg.), Leipzig im Oktober, Berlin 1990, 114–122
- Kaden, Klaus (1990), Von den Friedensgebeten ging alles aus, in: Stefan Heym und Werner Heiduczek (Hgg.), Die sanfte Revolution, Leipzig und Weimar 1990, 101–105
- Kuhn, Ekkard, Der Tag der Entscheidung. Leipzig, 9. Oktober 1989, Berlin 1992

- Kühn, Rainer, Wie der Oktober entstand, in: Die andere Zeitung 1/1990 (1.1.1990), 12
- Läßig, Jochen, Herbst '89 – ein Jahr danach. Ursachen und Folgen des Scheiterns einer Revolution. Vortrag am 8.10.1990 in der Universität Leipzig (MS)
- Leipziger Demontagebuch. Demo. Montag. Tagebuch. Demontage, hrg. von Wolfgang Schneider, Leipzig und Weimar o.J. [1990]
- Lindner, Bernd und Ralph Grüneberger (Hrsg.), Demonteure. Biographien des Leipziger Herbst, Bielefeld 1992
- Lindner, Bernd, Soziologie der Losungen, in: Leipziger Demontagebuch, 169–173
- Löscher, Lutz/Jürgen Vogel, Leipziger Herbst. Eine subjektive Dokumentation (Radio DDR, Sender Leipzig, 30.12.1989), in: Die sanfte Revolution, hrg. von St. Heym und W. Heiduczek, Leipzig und Weimar 1990, 127–145
- Magirus, Friedrich (1990a), Vorwort, in: Grabner/Heinze/Pollack (Hgg.), Leipzig im Oktober, Berlin 1990, 7–9
- Magirus, Friedrich (1990b), „Selig sind, die Frieden stiften...“, Friedensgebete in St. Nikolai zu Leipzig, Berlin 1990, 92–99, und in: Hanisch/Hänisch/Magirus/Richter, Dona nobis pacem, Berlin 1990, 7–14 (zitiert nach letzterem)
- Magirus, Friedrich (1990c), Wiege der Wende, in: Wolfgang Schneider, Leipziger Demontagebuch, 10–13
- Magirus, Friedrich: „Ich muß mich nicht rechtfertigen“. Interview mit dem Leipziger Stadtpräsidenten zu den neuerlichen Vorwürfen gegen ihn, in: Leipziger Morgenpost vom 16.10.1993, 5
- Maier, Gerhard, Die Wende in der DDR, Bonn 1990
- Mühler, Kurt/Steffen H. Wilsdorf, Die Leipziger Montagsdemonstration. Aufstieg und Wandel einer basisdemokratischen Institution des friedlichen Umbruchs im Spiegel empirischer Meinungsforschung, in: Berl. J. Soziol., Sonderheft, 1991, 37–45
- Oltmanns, Gesine, Interview in: Die andere Zeitung 1/1990, 12
- Opp, Karl-Dieter, Peter Voß und Christiane Gern, Die volkseigene Revolution, Stuttgart 1993
- Pollack, Detlef (1994; D), Politischer Protest in der Organisationsgesellschaft. Zur gesellschaftlichen Rolle der politisch alternativen Gruppen in der DDR, MS, Leipzig 1994
- Pollack, Detlef (1989; A), Sozialethisch engagierte Gruppen in der DDR. Eine religionssoziologische Untersuchung [Juni 1989], in: ders.: Legitimität der Freiheit, 115–154
- Richter, Gerald, St. Thomas in den Oktobertagen, in: „Die Kirche“ 45 (1990)/10, 11.3.1990
- Richter, Johannes (1993), Nachwort, in: Kaufmann, Christoph, Doris Mundus und Kurt Nowak, Sorget nicht, was ihr reden werdet. Kirche und Staat in Leipzig im Spiegel kirchlicher Gesprächsprotokolle (1977–1989). Dokumentation, Leipzig 1993, 311–324
- Riecker, Ariane, Annette Schwarz, Dirk Schneider, Stasi intim. Gespräche mit ehemaligen MfS-Angehörigen, Leipzig 1990
- Roski, Günter/Peter Förster, DDR zwischen Wende und Wahl. Meinungsforscher analysieren den Umbruch, Berlin 1990
- Roski, Günter/Peter Förster, Leipziger DEMOSkopie, in: Leipziger Demontagebuch, 173–176
- Schnauze!. Gedächtnisprotokolle 7. und 8. Oktober 1989, hrg. von Berliner Verlags-Anstalt Union, Berlin 1990
- Schneider, Wolfgang, Oktoberrevolution 1989, in: Leipziger Demontagebuch, 5–9
- Schwarzer, Thomas, Zum Wandel sozialer Mentalitäten. Erhebung und Auswertung von biographischen Interviews im Raum Leipzig. Magisterarbeit Universität Hannover, Fachbereich Politische Wissenschaften, 1991
- Seltmann, Ina, Umweltaktivitäten/Pleißemärsche (Seminararbeit Geschichte), Leipzig 1991 (MS)
- Tallig, Jürgen, Rowdys, Helden und Spaziergänger, in: Das Parlament Nr. 38/1990, 3
- Teske, Alexander, „Das war ein Tritt von hinten“. Wie die Kirche einen Mitbegründer der Montagsdemos einfach fallen ließ, in: Leipziger Morgenpost vom 14.10.1993, 5
- Teske, Alexander, Ein Wende-Denkmal wackelt. Neue Vorwürfe gegen Stadtpräsident Magirus, in: Leipziger Morgenpost vom 15.10.1993, 3

- Tetzner, Reiner, Leipziger Ring. Aufzeichnungen eines Montagsdemonstranten, Oktober 1989 bis 1. Mai 1990, Frankfurt/Main 1990
- Unterberg, Peter (C), „Wir sind erwachsen, Vater Staat!“ Vorgeschichte, Entstehung und Wirkung des „Neuen Forum“ Leipzig, Diplomarbeit Sozialwissenschaften. Universität Bochum, 1991
- Vogler, Werner u. a. (Hgg.), Vier Jahrzehnte kirchlich-theologische Ausbildung in Leipzig. Das Theologische Seminar/Die Kirchliche Hochschule Leipzig, Leipzig 1993
- Wagner, Harald (1989), Die Leute hatten Angst um ihre Kinder, in: Die Opposition in der DDR, hrsg. von G. Rein, Berlin 1989, 175–181
- Wagner, Harald (1993), Friedensgebete – Symbol der Befreiung (MS), in: Dietrich/Schwabe Was geschah am 9. Oktober? „Von den Arbeitern verlassen“, in: Der Spiegel 48/1989 (27.11.1989), 19–27
- Weigt, Heike, „Initiative Frieden und Menschenrechte“ Leipzig [Seminararbeit Geschichte], Leipzig 1991 (MS)
- Wielepp, Christoph, Montags abends in Leipzig, in: DDR. Ein Staat vergeht, 71–78
- Zur Freiheit berufen. Die Kirche in der DDR als Schutzraum der Opposition 1981–1989, hrsg. von Jürgen Israel, Berlin 1991
- Zwahr, Hartmut, Ende einer Selbsterstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR, Göttingen 1993

6.4. Weitere verwendete Literatur

- Amnesty International (Hg.), Deutsche Demokratische Republik. Rechtsprechung hinter verschlossenen Türen, Bonn 1989
- Baumgartner, Claudia, Polyglott-Reiseführer Leipzig, München 1992
- Brandt, Karl-Werner, Massendemokratischer Aufbruch im Osten: Eine Herausforderung für die NSB-Forschung, in: „Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen“ 2/1990, 9–16
- von Bredow, Wilfried, Der KSZE-Prozeß, Darmstadt 1992
- Bruckmeier, Karl, Vorgeschichte und Entstehung der Bürgerbewegungen in der DDR, in: Gerda Haufe und Karl Bruckmeier (Hgg.), Die Bürgerbewegungen in der DDR und in den Ostdeutschen Ländern, Opladen 1993, 9–28
- Bude, Heinz, Das Ende einer tragischen Gesellschaft, in: Joas, Hans/Martin Kohli, Der Zusammenbruch der DDR, Frankfurt/Main 1993, 267–281
- Büscher, Wolfgang/Wensierski, Peter, Null Bock auf DDR. Aussteigerjugend im anderen Deutschland, Reinbek 1984
- Büscher/Wensierski/Wolschner (Hgg.), Friedensbewegung in der DDR. Texte 1978–1982, Hattingen 1982
- Collins, Randall/David Waller, Der Zusammenbruch von Staaten und die Revolutionen im sowjetischen Block. Welche Theorien machten zutreffende Voraussagen?, in: Joas, Hans/Martin Kohli, Der Zusammenbruch der DDR, Frankfurt/Main 1993, 302–325
- DDR-Handbuch, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Köln 1985
- Ehring, Klaus/Dallwitz, Martin [Hubertus Knabe], Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR, rororo-aktuell 5019, Reinbek 1982
- Eisenfeld, Bernd, Kriegsdienstverweigerung in der DDR – ein Friedensdienst? Genesis, Befragung, Analyse, Dokumente, Frankfurt/M. 1978
- Esche, Dieter, Christian Semler, Entspannung von unten, in: „Osteuropa-Forum“ 14 (Dezember 1986), 10–12
- Fricke, Karl Wilhelm, Die DDR-Staatssicherheit, Köln 1989
- Fricke, Karl Wilhelm, Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report, Köln 1984
- Friedrich, Walter, Mentalitätswandlungen der Jugend in der DDR, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 16–17/90
- Gill, David/Ulrich Schröter, Das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1991

- Grunenberg, Antonia, Aufbruch der inneren Mauer. Politik und Kultur in der DDR 1971–1990, Bremen 1990
- Hänisch, Gottfried, Die Situation, Berlin 1990
- Herrmann, Manfred, Ein Stück „Glasnost“ – um des Friedens willen, in: „Kirche im Sozialismus“ 5/87, 181–184
- Hildebrandt, Jörg und Gerhard Thomas (Hgg.), Unser Glaube mischt sich ein... Evangelische Kirche in der DDR 1989. Berichte, Fragen, Verdeutlichungen, Berlin 1990
- Hoqué, Wolfgang, Die wichtigsten nach 1945 abgebrochenen Baudenkmale in Leipzig/Gefährdete Leipziger Bau- und Kunstdenkmale, die dringend gesichert, rekonstruiert, restauriert werden müssen, in: „Bauwelt“ 12/1990, 556 f.
- Huinink, Johannes/Karl Ulrich Mayer, Lebensverläufe im Wandel der DDR-Gesellschaft, in: Joas, Hans/Martin Kohli, Der Zusammenbruch der DDR, Frankfurt/Main 1993, 151–171
- Joas, Hans/Martin Kohli, Der Zusammenbruch der DDR, Frankfurt/Main 1993
- Joas, Hans/Martin Kohli, Der Zusammenbruch der DDR: Fragen und Thesen, in: Joas, Hans/Martin Kohli, Der Zusammenbruch der DDR, Frankfurt/Main 1993, 7–28
- Kalkbrenner, J., Urteil ohne Prozeß. Margot Honecker gegen Ossietzky-Schüler, Berlin 1990
- Klier, Freya, Aktion „Störenfried“. Die „Januar-Ereignisse“ von 1988 im Spiegel der Staatssicherheit, in: Hans Joachim Schädlich (Hg.), Aktenkundig, Berlin 1992, 91–153
- Knabe, Hubertus (1989a), Neue Soziale Bewegungen, in: „Kirche im Sozialismus“ 1/89, 14–16
- Knabe, Hubertus (1989b), Die deutsche Oktoberrevolution, in: ders. (Hg.), Aufbruch in eine andere DDR, Reinbek bei Hamburg 1989
- Knabe, Hubertus (1989c), Die wichtigsten Gruppen der Opposition, in: ders. (Hg.), Aufbruch in eine andere DDR, Reinbek bei Hamburg 1989, 156–159
- Koch, Uwe, „...sie werden hinfert nicht mehr lernen, Krieg zu führen“; in: Beiheft zur „Ökumenischen Rundschau“ 62, Frankfurt/Main 1991, 143–148
- Krüger, Hans-Peter, Strategien radikaler Demokratien. Ein normativer Entwurf, in: Deppe, Dubiel, Rödel (Hgg.), Demokratischer Umbruch in Osteuropa, Frankfurt/Main 1991, 76–103
- Krusche, Günter, Die Rolle der „Schutzmantelmadonna“ und ihre ungeliebten Kinder, in: Frankfurter Rundschau, 5.3.1988, S. 12
- Krusche, Günter, Gemeinden in der DDR sind beunruhigt, in: „Lutherische Monatshefte“ 11/1988
- Kuhr, Eberhard, Wider die Militarisierung der Gesellschaft. Friedensbewegung und Kirche in der DDR, Melle 1984
- Lemke, Christiane, Die Ursachen des Umbruchs 1989. Politische Sozialisation in der ehemaligen DDR, Opladen 1991
- Lingner, Olav, Friedensarbeit in der Evangelischen Kirche der DDR 1978–1987, in: „Kirchliches Jahrbuch“ 114. Jg., 1987, Gütersloh 1989, 95–264
- Lochen, Hans-Hermann/Christian Meyer-Seitz (Hgg.), Die geheimen Anweisungen zur Diskriminierung Ausreisewilliger, Köln 1992
- Loest, Erich, Es geht seinen Gang, Rudolstadt 1979
- Lötsch, Manfred, Der Sozialismus – eine Stände- oder eine Klassengesellschaft?, in: Joas, Hans/Martin Kohli, Der Zusammenbruch der DDR, Frankfurt/Main 1993, 115–124
- Lutter, Hans, Evangelische Christen und Kirchen in der sozialistischen Gesellschaft der DDR, in: „Deutsche Zeitschrift für Philosophie“ 5/1989, 385–393
- Maser, Peter, Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR 1949–1989, Konstanz 1992
- Mechtenberg, Theo, Friedensverantwortung der evangelischen Kirchen in DDR, in: R. Henkys (Hg.), Die evangelischen Kirchen in DDR, München 1982, 355–399
- Meuschel, Sigrid (1992), Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR, Frankfurt/Main 1992
- Meuschel, Sigrid (1993), Revolution in der DDR. Versuch einer sozialwissenschaftlichen Interpretation, in: Joas, Hans/Martin Kohli, Der Zusammenbruch der DDR, Frankfurt/Main 1993, 70–92
- Meuschel, Sigrid, Wandel durch Auflehnung. Thesen zum Verfall bürokratischer Herrschaft in der

- DDR, in: Deppe, Dubiel, Rödel (Hgg.), *Demokratischer Umbruch in Osteuropa*, Frankfurt/Main 1991, 26–47
- Moser, Tilmann, Die Stasi als psychotherapeutische Großinstitution. Die flächendeckende Ambulanz der Führungsoffiziere und inoffiziellen Mitarbeiter, in: „Das Plateau“ 18/IV (1993), 4–25
- Müller-Streisand, Rosemarie, Exodus der Kirche aus dem Sozialismus, in: „Weißenseer Blätter“ 2/1989, 26 ff.
- Neubert, Ehrhart (1985a), Religion in der DDR-Gesellschaft. Zum Problem der sozialisierenden Gruppen und ihrer Zuordnung zu den Kirchen, in: Pollack (Hg.), *Legitimität der Freiheit*, Frankfurt/Main 1990, 31–40
- Neubert, Ehrhart (1985b), Basisgruppen und Friedenskonzil, in: „Kirche im Sozialismus“ 6/1985, 241–245
- Neubert, Ehrhart, Motive des Aufbruchs, in: Knabe, Hubertus (Hg.), *Aufbruch in eine andere DDR*, Reinbek bei Hamburg 1989, 141–155
- Nowak (1990b), Kurt, Der Protestantismus in der DDR – Erfahrungen und Schwierigkeiten auf dem Weg zur Demokratie, in: *Zeitschrift für Evangelische Ethik* 34 (1990), S. 165–173
- Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, Berlin 1990
- Pollack, Detlef (1990a), Ursachen des gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR aus systemtheoretischer Perspektive, in: Grabner/Heinze/Pollack (Hgg.), *Leipzig im Oktober*, Berlin 1990, 12–23
- Pollack, Detlef, Religion und gesellschaftlicher Wandel. Zur Rolle der evangelischen Kirche im Prozeß des gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR, in: Joas, Hans/Martin Kohli, *Der Zusammenbruch der DDR*, Frankfurt/Main 1993, 246–266
- Pollack, Detlev (Hg.), *Legitimität der Freiheit*, Frankfurt/Bern/New York/Paris 1990
- Pollack, Detlev, Religion und Kirche im Sozialismus, in: „Zeichen der Zeit“, 43 (1989)/1
- Poppe, Gerd, Zur Entwicklung des grenzüberschreitenden Dialogs, in: Gerda Haufe und Karl Bruckmeier (Hgg.), *Die Bürgerbewegungen in der DDR und in den Ostdeutschen Ländern*, Opladen 1993, 201–218
- Probst, Lothar, *Ostdeutsche Bürgerbewegungen und Perspektiven der Demokratie. Entstehung, Bedeutung und Zukunft*, Köln 1993
- Przybylski, Peter, *Tatort Politbüro*, Band 2, Berlin 1992
- Raschke, Joachim, *Soziale Bewegungen*, Frankfurt/Main 1985
- Reißig, Rolf, Das Scheitern der DDR und des realsozialistischen Systems – Einige Ursachen und Folgen, in: Joas, Hans/Martin Kohli, *Der Zusammenbruch der DDR*, Frankfurt/Main 1993, 49–69
- Richter, Edelbert, Andeutungen zu einer Kritik der klassischen Menschenrechtstradition, in: *Festschrift für Heino Falcke*, Erfurt 1989
- Richter, Edelbert (1991a), *Christentum und Demokratie in Deutschland. Beiträge zur geistigen Vorbereitung der Wende in der DDR*, Leipzig und Weimar 1991
- Richter, Edelbert (1991b), *Erlangte Einheit. Verfehlt Identität. Auf der Suche nach den Grundlagen für eine neue deutsche Politik*, Berlin 1991
- Richter, Edelbert (1989), Historische Erwägungen zu den Menschenrechten. Eine Frage an die Kirchen in der DDR, in: „Kirche im Sozialismus“ 5/1989, 189 ff.
- Richter, Klemens, Das Friedenserengagement der evangelischen Christen in der DDR, in: „Deutschland Archiv“ 11/1981, 1123–1129
- Richter, M. und E. Zylla, *Mit Pflugscharen gegen Schwerter. Gespräche über die Kirche in der DDR*, edition temmen, Bremen 1991
- Sachsen Radio, *Einsatz Dresden Hauptbahnhof. Sieben Tage im Oktober. Eine Chronik im Originalton*, zusammengestellt von Eckard Bahr 1990
- Schröder, Richard, Was kann „Kirche im Sozialismus“ sinnvoll heißen? in: „Kontext“, Nov. 1988 (bzw. „Kirche im Sozialismus“ 4/1988, 135–137)

- Sozialreport 1990, hrg. v. Gunnar Winkler, Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1991
- Spittmann, Ilse, Der 17. Januar und die Folgen, in: „Deutschland Archiv“ 3/88, 227–232
- Stolpe, Manfred, Die Zeit der „Geheimdiplomatie“ ist vorbei, in: Neue Zeit, 23.11.1989, 1 f.
- Sühnezeichen/Friedensdienste (Hg.), Ökumenische Versammlung, Dresden, Magdeburg, Berlin 1990
- Tammer, Josef, Ökumenische Versammlung in der DDR. Beschreibung eines Weges, in: Beiheft zur „Ökumenischen Rundschau“ 62, Frankfurt/Main 1991, 113–118
- Topfstedt, Thomas, Stadtplanung und Wiederaufbau nach 1945, in: Verwundungen. 50 Jahre nach der Zerstörung von Leipzig, hrg. vom Stadtgeschichtlichen Museum Leipzig, Leipzig 1993
- Wensierski, Peter, Friedensbewegung in der DDR, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 33/1983, Nr. 17, 3–13
- Wensierski, Peter, Von oben nach unten wächst nichts. Umweltzerstörung und Protest in der DDR, Frankfurt/Main 1986
- Wiegohls, Jan/Marianne Schulz, Von der „friedlichen Revolution“ in die politische Normalität. Entwicklungsetappen der ostdeutschen Bürgerbewegung, in: Joas, Hans/Martin Kohli, Der Zusammenbruch der DDR, Frankfurt/Main 1993, 222–245
- Zander, Helmut, Die Christen und die Friedensbewegungen in beiden deutschen Staaten. Beiträge zu einem Vergleich für die Jahre 1978–1987 („Beiträge zur politischen Wissenschaft“, Bd. 54), Berlin 1989
- Zapf, Wolfgang, Die DDR 1989/1990 – Zusammenbruch einer Sozialstruktur?, in: Joas, Hans/Martin Kohli, Der Zusammenbruch der DDR, Frankfurt/Main 1993, 29–48
- Ziemer, Christoph, Erfahrungen – Ergebnisse – Perspektiven, in: Beiheft zur „Ökumenischen Rundschau“ 62, Frankfurt/Main 1991, 119–124
- Zimmerli, Walther Ch., Die Aneignung des philosophischen Erbes, in: Clemes Burricher (Hg.), Ein kurzer Frühling der Philosophie, Paderborn/München/Wien/Zürich 1984
- Zwischenbericht des Sonderausschusses zur Untersuchung von Amts- und Machtmißbrauch infolge der SED-Herrschaft beim Sächsischen Landtag, vom 27.5.1993 (MS)

Zusammenfassung

Die Studie besteht aus fünf Teilen.

Im ersten Teil wird die Materiallage zu den politisch-alternativen Gruppen in Leipzig dargestellt. Dabei fallen folgende Lücken auf: Die Entscheidungen der Landeskirchenleitung bezüglich der Gruppen lassen sich meist nur durch staatliche Quellen rekonstruieren, da die Akten nicht zugänglich sind. Ebenso sind die Sachakten des MfS und der Polizei zu den Leipziger Gruppen noch nicht zugänglich. Spannende Fragen zur Beziehung zwischen den kommunalen Behörden und der SED und den Berliner Zentralen aufgrund der Aktionen der Leipziger Opposition lassen sich oft noch nicht beantworten. Um so stärker sind die Materialien der Gruppenmitglieder und ihrer Gremien sowie die zugänglichen Akten der lokalen kirchlichen Gremien als Quellen beachtet worden.

Veröffentlicht wurden zu den Leipziger Gruppen bis heute nur soziologische Studien. Die Literatur zur Revolution ist in einer unerklärlichen Weise blind für die Leipziger Opposition im Zeitraum davor.

Im Teil 2 der Studie wird dargestellt, in welcher Weise Ende der achtziger Jahre in Leipzig versucht wurde, die Etablierung einer Opposition zu verhindern. Besonderes Interesse gilt dabei dem Zusammenwirken der verschiedenen Instanzen des Sicherheitskartells und der parallelen Behandlung von Oppositionellen und Ausreisewilligen. Als Anlage beigefügt wurden Strukturpläne der SED und der Stasi in Leipzig sowie anhand eines Beispiels (Kirchentag 1989) die Kooperation von SED, kommunalen Behörden und MfS skizziert.

Zur spezifischen Situation der politisch-alternativen Gruppen in Leipzig wird einerseits auf die Destruktion der Lebensmöglichkeiten in der Stadt und andererseits auf die entwickelte Infrastruktur der kirchlichen Gruppen verwiesen. Die Gruppen unterschieden sich soziologisch jedoch kaum von den Gruppen in anderen Großstädten der DDR. 1987 entstanden in Leipzig Gruppen, die gezielt fehlende Freiheiten sowie Menschenrechtssprobleme in der DDR thematisierten.

Nach den Verhaftungen Berliner Oppositioneller im Januar 1988 kam es in der DDR zu einer Protest- und Solidarisierungswelle, in der die Leipziger Gruppen eine wichtige Rolle spielten. In der Folge wurden die seit 1982 von Gruppenmitgliedern gestalteten Friedensgebete ein Zentrum der Opposition. Hier trafen sich Ausreisewillige und Reformgruppen und starteten gemeinsame öffentliche Aktionen (Demonstrationen).

Gleichzeitig versuchten verschiedene Personen außerhalb der Kirche politisch-alternative Gruppen zu bilden. Beschleunigt wurde dieser Prozeß durch die Entscheidung der Kirchenleitung, die Friedensgebete nicht mehr durch die Gruppen gestalten zu lassen. Der Rausschmiß aus der (Nikolai-)Kirche führte dazu, daß einige Gruppenmitglieder den öffentlichen Platz vor der Kirche als Kommunikations- und Aktionsraum nutzten. Durch eine wöchentliche Wiederholung wurde so unter der Hand die „Straße“ als Aktionsfeld „erobert“.

Mit den neuen Möglichkeiten wuchs das Selbstbewußtsein bei einigen Oppositionellen, so daß es im Spätherbst 1988 zu einer Differenzierung innerhalb der Leipziger politisch-alternativen Szene kam. Neben den schon lange bestehenden single-issue-Gruppen profilierten sich Reformgruppen, und es entstand ein Kooperationsnetz von Personen, die ihre Autonomie gegenüber dem SED-Regime demonstrierten. Das gemeinsame Ziel der Strategien der Beteiligten waren politische Veränderungen, so daß sie partiell zusammen agierten bzw. sich gegenseitig ergänzten (Demonstration am 15.1.1989 und Kontaktbüro). In der Entwicklung zu den großen Montagsdemonstrationen hin waren die single-issue-Gruppen kaum von Bedeutung. Die Reformgruppen spielten durch ihren Versuch, die Herrschenden zu kontrollieren, eine wichtige Rolle bei der Herausbildung einer kritischen Öffentlichkeit (Berichte über Menschenrechtsverletzungen, Wahlkontrolle). Das Ziel der „Strategie der Freiheit“ war vor allem die Einübung in den öffentlichen Protest. Die

Aktivitäten der Gruppen, die dieser Strategie folgten, zielten auf eine Mobilisierung der Bevölkerung, bei der diese ihre Autonomie zurückerlangt.

Zum Abschluß der Studie wird die immer wieder vertretene These, die Leipziger Demonstrationen wären spontan entstanden, widerlegt. Die erste Leipziger „Montagsdemonstration“ fand schon im Frühjahr 1988 statt. Die Meetings und Demonstrationen der Gruppen im Herbst 1988 auf dem Nikolaikirchhof führten dazu, daß sich dort jeden Montag nach den Friedensgebeten viele Menschen in kleineren Grüppchen standen, versammelten und auf „etwas“ warteten. Polizeiketten, die Demonstrationen verhindern sollten, provozierten dann ab dem 8. Mai das, was sie verhindern sollten.

Die TV-Bilder der Demonstration vom 4. September wirkten wie eine Einladung und die Informationen über die Verhaftungen der „Gottesdienstbesucher“ an den folgenden Montagen, waren Aufforderungen, gegen den Polizeistaat aufzustehen.

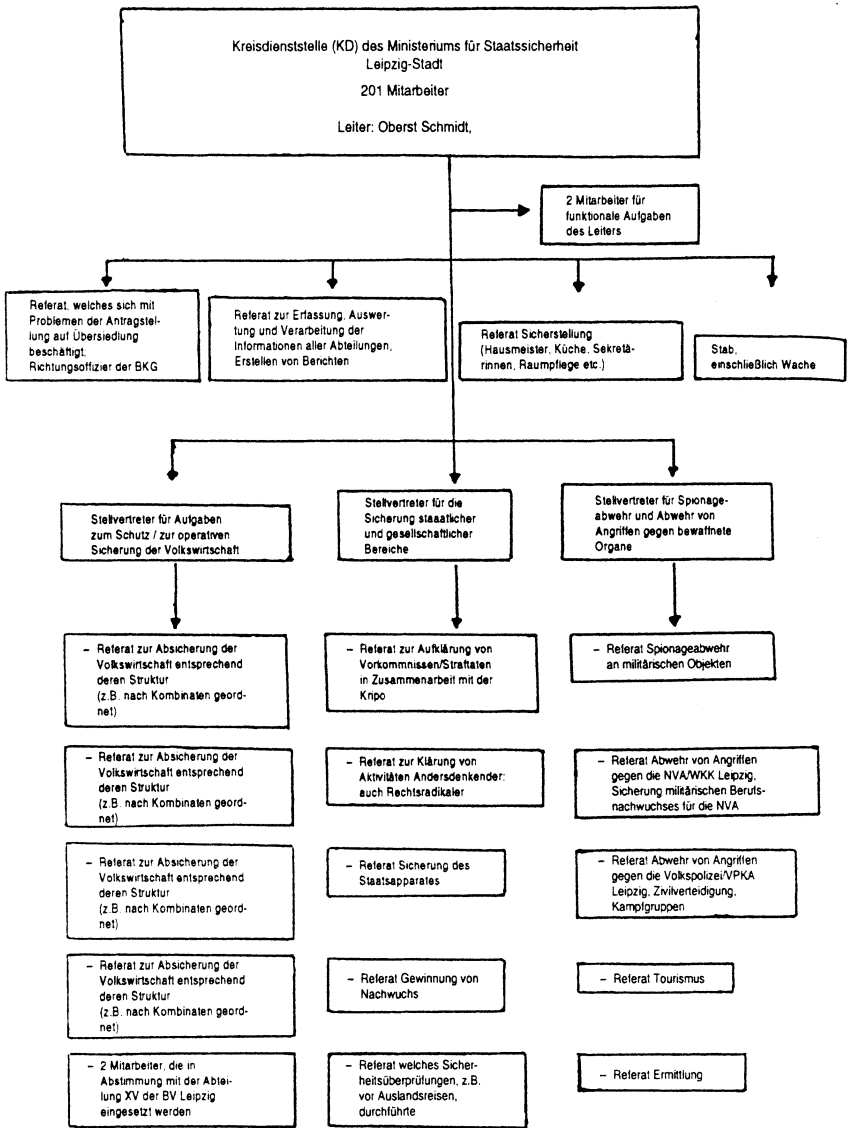
Die Revolution hatte keine „Köpfe“, doch Wegbereiter.

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

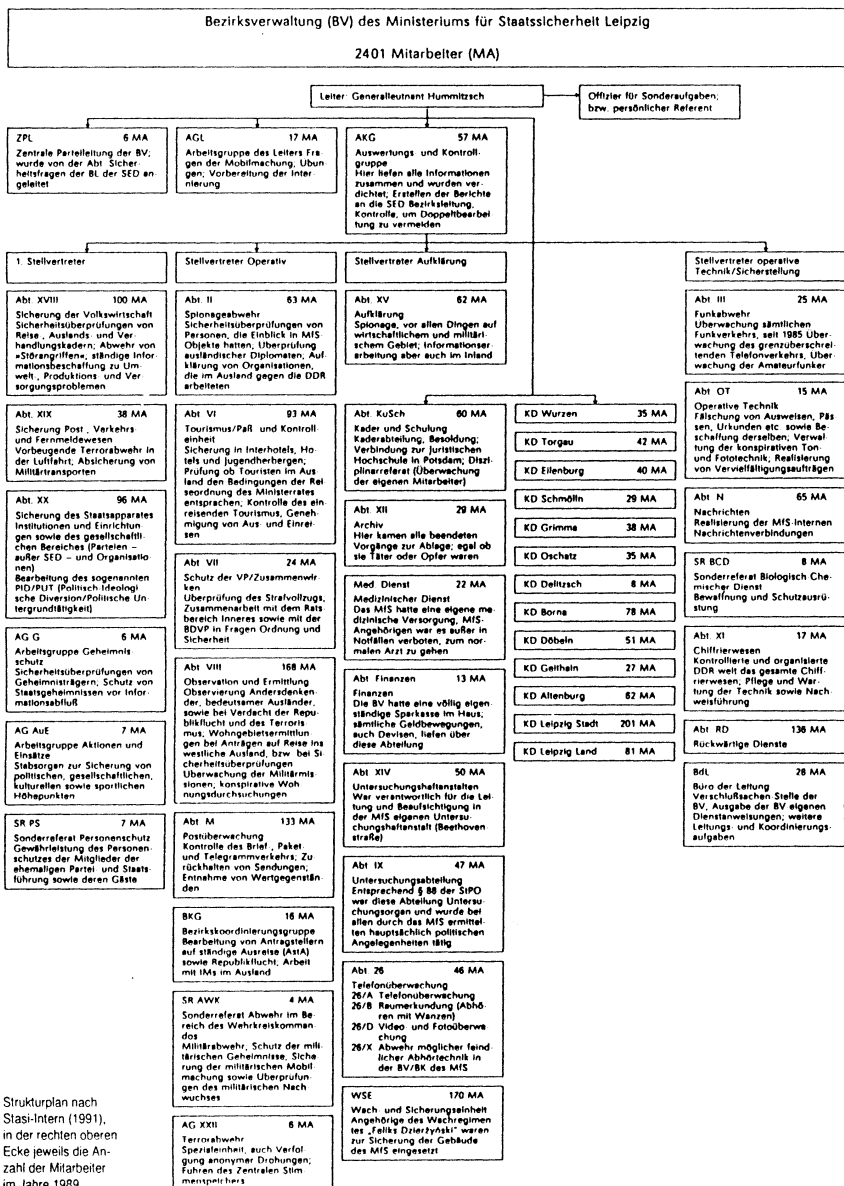
ABL	Archiv Bürgerbewegung
Abt. IA	Abteilung Innere Angelegenheiten beim Rat des Bezirkes, der Stadt bzw. der Stadtbezirke
AGF	Arbeitsgruppe „Friedensdienst“
AGM	Arbeitsgruppe „Menschenrechte“
AGU	Arbeitsgruppe „Umwelt“(schutz)
AKG	Arbeitskreis „Gerechtigkeit“
AKSK	Arbeitskreis „Solidarische Kirche“
BEK	Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR
BSA	Bezirkssynodalausschuß
BStU	Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
CFK	„Christliche Friedenskonferenz“
DI	„Demokratische Initiative“
ESG	Evangelische Studentengemeinde
IGL	„Initiativgruppe 'Leben'“
IHN	„Initiativgruppe 'Hoffnung'“
KD	Kreisdienststelle

KOZ	Kommunikationszentrum
KV	Kirchenvorstand
OSL	Oberstleutnant
SAPMO	Stiftung der Archive der Parteien und Massenorganisationen
StaatsArch	Staatsarchiv
StadtArch	Stadtarchiv Leipzig
UB	Umweltbibliothek



Strukturplan nach Stasi-Intern (1991)

Struktur der BV Leipzig des MfS



Strukturplan nach Stasi-Intern (1991), in der rechten oberen Ecke jeweils die Anzahl der Mitarbeiter im Jahre 1989.